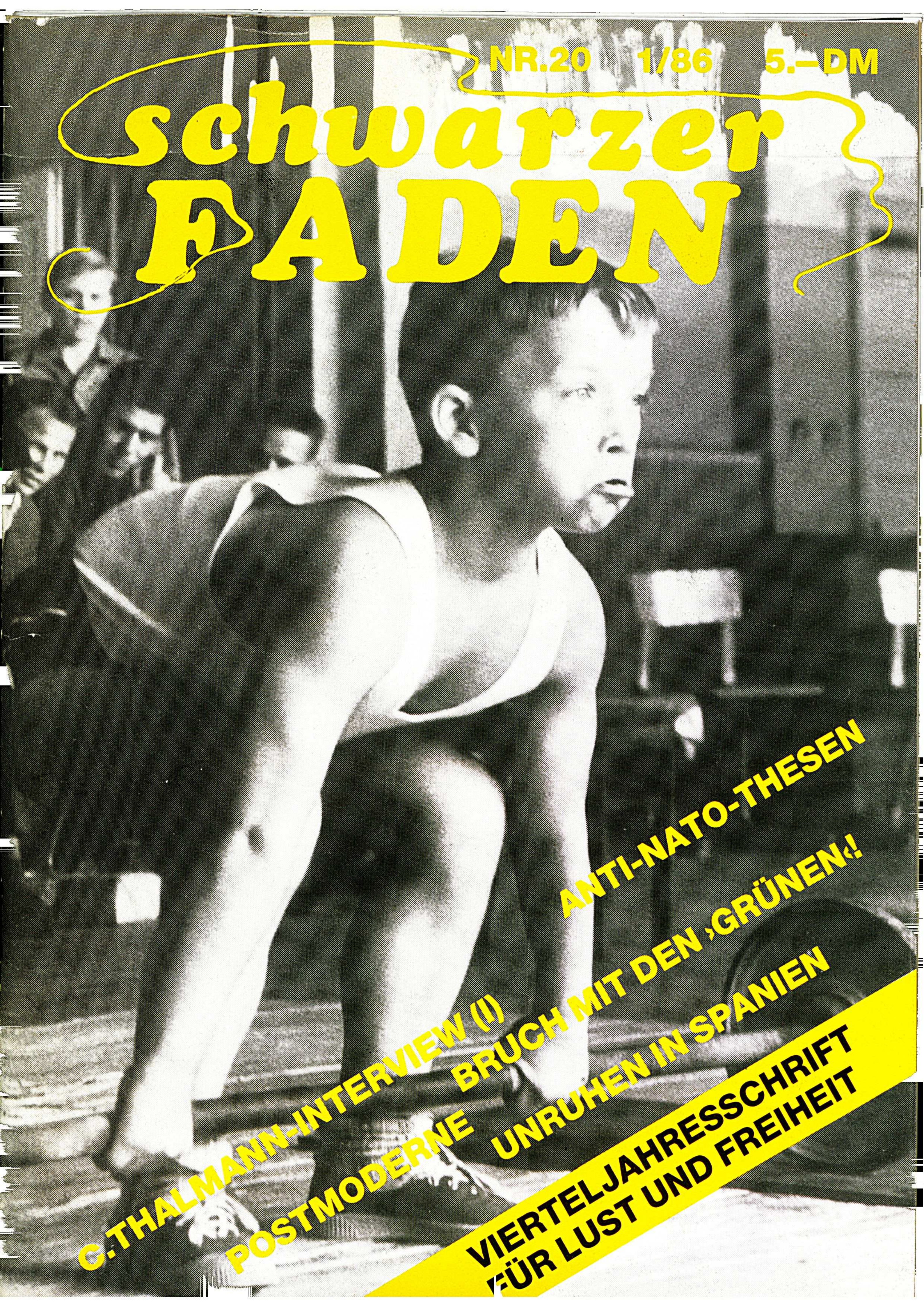
NR.20 1/86 5.– DM

schwarzer FADEN



ANTI-NATO-THESEN

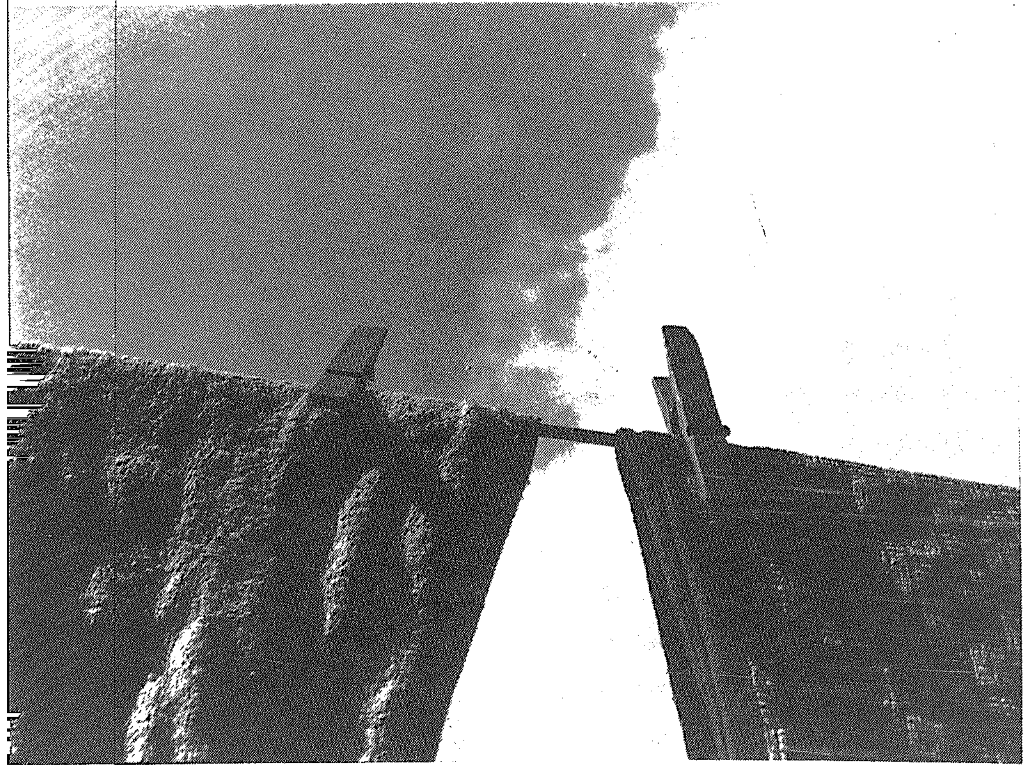
BRUCH MIT DEN ›GRÜNEN‹!

UNRUHEN IN SPANIEN

C.THALMANN-INTERVIEW (!)

POSTMODERNE

VIERTELJAHRESSCHRIFT FÜR LUST UND FREIHEIT



INHALT

HERAUSGEBER: FLI – Forum für libertäre Informationen
V.i.S.d.P.: Horst Blume, Schleusenweg 10, 4700 Hamm; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder. Eingesandte Artikel werden diskutiert; über einen Abdruck entscheidet die Redaktion der jeweiligen Nummer; ein Anspruch auf Abdruck besteht nicht; Abdrucke erfolgen honorarfrei. Nachdrucke sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare ausdrücklich erwünscht! KNAST-FREIEXEMPLARE bleiben solange Eigentum des Verlags, solange sie nicht dem Gefangenen ausgehändigt sind. Eine Zur-Habe-Nahme ist keine Aushändigung!
Auflage: 2000 Exemplare; Redaktion: Horst, Wolfgang, Herby, Fri, Ulli. Satz, Lay Out und Vertrieb: Trotzdem★Verlag, Grafenau-1; Druck: Druckcooperative Karlsruhe; Weiterverarbeitung: Libellus-Verlag, Stuttgart; Erscheinungsweise: vierteljährlich; Photos: sofern nicht anders gezeichnet Manfred Kampschulte, Leverkusen; Photos zum Thalmann-Interview von der Medienwerkstatt Freiburg.
Abonnementsgebühren: 15.-DM für 4 Nummern *(Bezahlung im voraus; automatische Verlängerung nach Ablauf des Abo-Zeitraums, d.h. bitte gebt uns schriftlich Bescheid, wenn ihr den SF nicht mehr beziehen könnt oder wollt.)* **Anzeigenpreise:** *1 Spalte: 100.-DM + MWST; 1/2 Seite: 150.-DM; 1 Seite: 500.-DM. SF-Konto: F. Kamann - PSK Stuttgart - Ktonr. 574 63 – 703; Anarchistische und alternative Kleinverlage erhalten 20% Rabatt, Dauerkunden 50%. Redaktionsanschrift: SCHWARZER FADEN – REDAKTION, Postfach, 7031 Grafenau-1; Tel. 07033/44273; ISSN: 0722 – 8988.*

Einzelnummer: 5.-DM
4 Nummern: 15.-DM
8 Nummern: 30.-DM
Probenummer (ältere Ausgabe!) nur gegen Rückporto!
Sondernummer ARBEIT 5.-DM
Sondernummer NOSTALGIE 10.-DM
Bezahlung: Bitte vor der 1. Lieferung, bzw. bei Verlängerung des ABOS nach der letzten Nummer des alten Zeitraums.
Ihr erspart uns viel Arbeit, wenn ihr bezahlt, ohne die Rechnung abzuwarten. Merci!
Postscheckamt Stuttgart, F. Kamann, Kontonummer: 574 63 – 703

Redaktionsschluß Nr.21: 1.4.86
Anzeigenschluß Nr.21: 15.4.86

Aus der festen Erwartung, daß es auch 1986 wieder eine Kulturschwerpunktnummer bzw. eine Sondernummer KULTUR geben wird, fragen wir verstärkt nach Grafiken, Lithos etc. anarchistisch inspirierter Künstler. Sieht man sich die Nummern des SF an, so fällt auf, daß in dieser Hinsicht kaum etwas abgedruckt werden konnte, weil uns nichts angeboten wurde. Gibt es keine – zeitgenössische soziale Themen aufgreifende – Grafik?? Keine Fortsetzer/innen der Tradition von Arntz, Seiwert, Grosz, Felixmüller, Hoerle, Hirsch, Schmidt-Rottluff, Berlit, Freundlich, Holtz, Jansen, Karpf, Masereel, Meidner, Morgner, Oppenheimer, Richter, Dix, Schad, Richter, Schiele, Schrimpf, Tappert, Zierath . . . usw.; die Liste der 20er und 30er Jahre ist sehr viel länger!(?)

Titelphoto: *L. Wlocka*

Spenden, ohne die der SF nicht seine Kosten decken könnte und für die wir herzlich danken. Wir haben uns im übrigen mit dieser Redaktionskonferenz vorerst gegen »alternative Werbung« (Schallplatten, Trampshops, etc.) entschieden, in der Hoffnung, daß wir auch in Zukunft u.a. aufgrund der Spenden auch weiterhin n u r von den SF-Lesern und Leserinnen »abhängig« bleiben können:
N.H., Nürnberg 100.-; B.S., Tübingen 5.-; A.M., Bremen 5.-; G.R., Luxembourg 40.-; T.L., Berlin 50.-; R.P., Bremen 10.-; J.L., Dollrottfeld 5.-; T.A., Bad Hersfeld 10.-; F.D., Mühlacker 5.-; J.A., Berlin 5.-; Nato, Köln 5.-; J.M., Tübingen 15.-; E.K., Eitorf 35.-; J.L., Heidelberg 10.-; L.B., Ulm 22.-; K.R., Bonn 10.-; G.K., Berlin 5.-; B.S., Bergisch-Gladbach 10.-; O.B., Troisdorf 10.-; A.S., München 30.-; J.G., Tönnhausen 5.-; T.S., Ahlen 10.-; G.G., Ober-Olm 50.-.



»In dem Augenblick, in dem man die Welt ganz ernst nimmt, ist man potentiell geisteskrank. Die ganze Kunst, zu lernen, wie man sich am Leben erhält, liegt darin, daß man am Lachen festhält; ohne Lachen ist die Welt eine Folterkammer blutiger Gewalttaten.«
Jens Bjørneboe, Augenblick der Freiheit, S. 134

Editorial

1986, der 7. Jahrgang des ›Schwarzen Fadens‹. Bevor wir näheres zu unseren weiteren Plänen und zur vorliegenden Nummer erzählen, wollen wir ein paar Zahlen aus Umfragen vorausschicken. Gleichsam um uns zu erinnern, wo wir leben, weshalb wir Systemkritik für aktuell halten, auch wenn oft das Gegenteil behauptet wird.

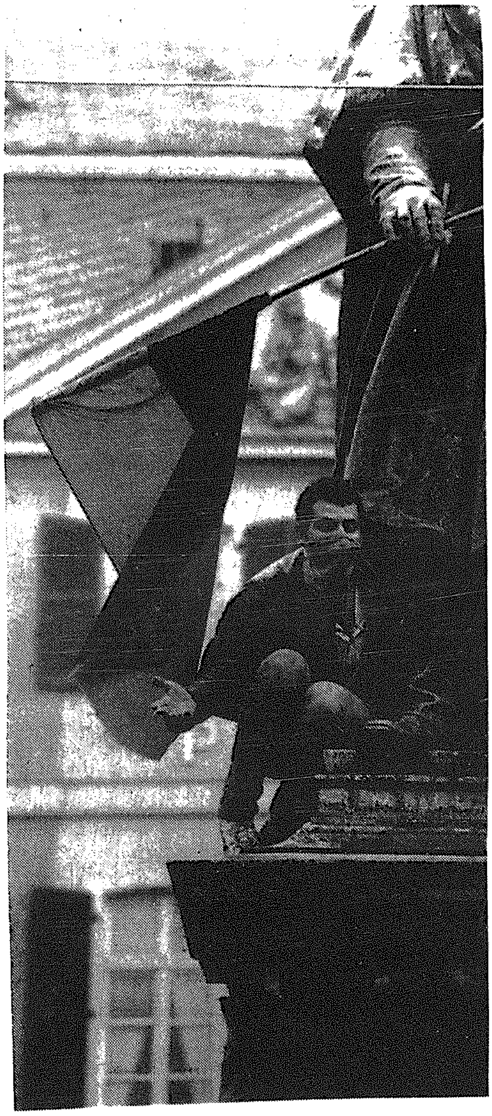
50% der Bundesbürger finden den Staat »sympathisch«. Aber immerhin 29% »unsympatisch« – was auch immer das heißen mag. Wir wären allerdings schärfstens daran interessiert, daß diese 29% den SF abonnieren; wenn schon die seichte taz von 27.000 abonniert wird, können 5000 ABOs für den SF bis zum 1. Mai 1987 doch nicht zuviel verlangt sein. Also werbt ABOs was das Zeug hält oder wir machen dicht. (Mit dieser Holzhammertour klappts doch in der heutigen Linken, oder?)

73% der CDU-Wähler glotzen »Schwarzwaldklinik«. Eigentlich wenig, oder? Alarmiernd hingegen, daß 37% der GRÜNEN-Wähler dies auch tun. (Doch nur aus »Gag« und wir sind so moralinsauer, dies nicht »geil« zu finden? – Nee, wirklich nicht!) Kein Wunder, daß die GRÜNEN in Baden-Württemberg unter der K-und K-Monarchie (Kuhn/Kretschmer) mit 90% gegen Rotation stimmen; da will eben keiner in den Landtag, er/sie könnte ja eine der Folgen verpassen . . .

40% der Frauen zwischen 19 und 45 tragen Pelzmäntel, was soviel bedeutet, daß die BRD die höchste »Pelzmänteldichte« der Welt aufweist. . .;

. . .wer also immer noch glaubt, daß 2000 Auflage ausreichen, um bewußtseinsmäßig etwas in Gang zu setzen, gar politisch Einfluß zu nehmen, der/die sollte gleich dem Verfassungsschutz beitreten, denn die sind so ziemlich die einzigen, die daran glauben: Im Gratisbericht 1984 heißt es vielsagend: *»Größere organisatorische Zusammenhänge erreichten bisher nur die anarchistische ›Graswurzelbewegung‹ und die ›Anarcho-Syndikalisten‹. Daneben bestehen zahlreiche Kleingruppen und Diskussionszirkel, oft um Kleinverlage und Zeitungsprojekte; einige Bedeutung gewann die Zeitschrift »Schwarzer Faden«, die für den Aufbau überregionaler »Anarchistischer Föderationen« eintritt.«* – Sehen wir zu, daß ein Satz im Bericht über 1986 nicht mehr ausreicht!

Seit Pfingsten 1983 besteht das FLI. Es versteht sich als *offener* überregionaler Diskussionszusammenhang, dem es darum geht, den Anarchismus in seiner Theorie zu aktualisieren, gesellschaftliche Probleme zu analysieren und gemeinsam zu diskutieren. Wichtigstes Nebenziel: den Kommunikationsgrad unter Anarchisten via Rundbriefe und halbjährliche Treffen zu erhöhen. Menschen mit verschiedenem Hintergrund und Erfahrungen (Stadt – Land, Frauenbewegung – Politgruppen, Vereinzelte, Theoretiker, Praktiker etc.) zusammenzubringen. Das FLI kennt auch weiterhin kein Statut, sondern besteht aus den Diskusionsthemen, die wir uns selbst setzen. Ein Papier über die bisherigen Treffen sowie weitere Infos können *regional* bei folgenden Kontaktadressen angefordert werden:



1000 Berlin-36: Gloria Brabbin/Günter Hartmann, c/o BIAS, Lausitzerstr. 25 (hier bekommt man gegen 20.-DM jährlich den FLI-internen Rundbrief zur Vor-und Nachbereitung der Treffen!, u.a. Kontakt für die AG »Verfall der Arbeit«.
2000 Hamburg-50: Wolfgang Neven, Stresemannstr. 71
3400 Göttingen: Wolfgang Aschauer, Burgstr. 32
4700 Hamm: Horst Blume, Schleusenweg 10 (u.a. Kontakt für den Anti-NATO-Kongreß und die Antimilitarismus-AG des FLI)
5090 Leverkusen: Herby Sachs, Moosweg 165 (u.a Kontakt für die Internationalismus-AG des FLI)
5552 Morbach-Merscheid: Gerhard und Waltraud Kern, Dörrwiese 4 (u.a. Kontakt für die Antipädagogik-AG des FLI, Bildungstag 1986)
6000 Frankfurt: Uli M , c/o Pfalz, Rotlintstr. 8 (u.a. Kontakt für die Sowjetunion-AG des FLI)
7031 Grafenau-1: SF-Red., PF
7500 Karlsruhe: Veronika Mager, Gartenstr.40
8500 Nürnberg: Eddi Taubert, Adam-Kraftstr. 26
A-1160 Wien: Martin Thoma, Herbststr. 24/18 (u.a. Kontakt für die AG Sozialtechnologie des FLI)

Parallel zum Erscheinungstermin dieser Nummer findet in Lutter bei Salzgitter das erste FLI-Treffen 1986 statt. An Pfingsten ist ein weiteres Treffen mit der ersten öffentlichen Veranstaltung (eventuell in Berlin?) geplant; Näheres dazu und Anmeldungen an die BIAS-Adresse!
Kurz zum Untertitel und somit zurück zum SF: Die gelegentliche Abänderung des Untertitels hat – entgegen der Befürchtung einiger Leser/innen – keine politische Kehrtwendung zur Ursache. Wir gehen vielmehr davon aus, daß der SF nach nunmehr 20 Nummern und 2 Sondernummern als anarchistische Schrift eingeführt ist. Uns ging es vor allem darum, bewußt gegen die Konzentration auf die »realpolitische Linie« *linker Diskussionen* anzutreten; wir wollen keinen frischen Wind *im* herrschenden System!

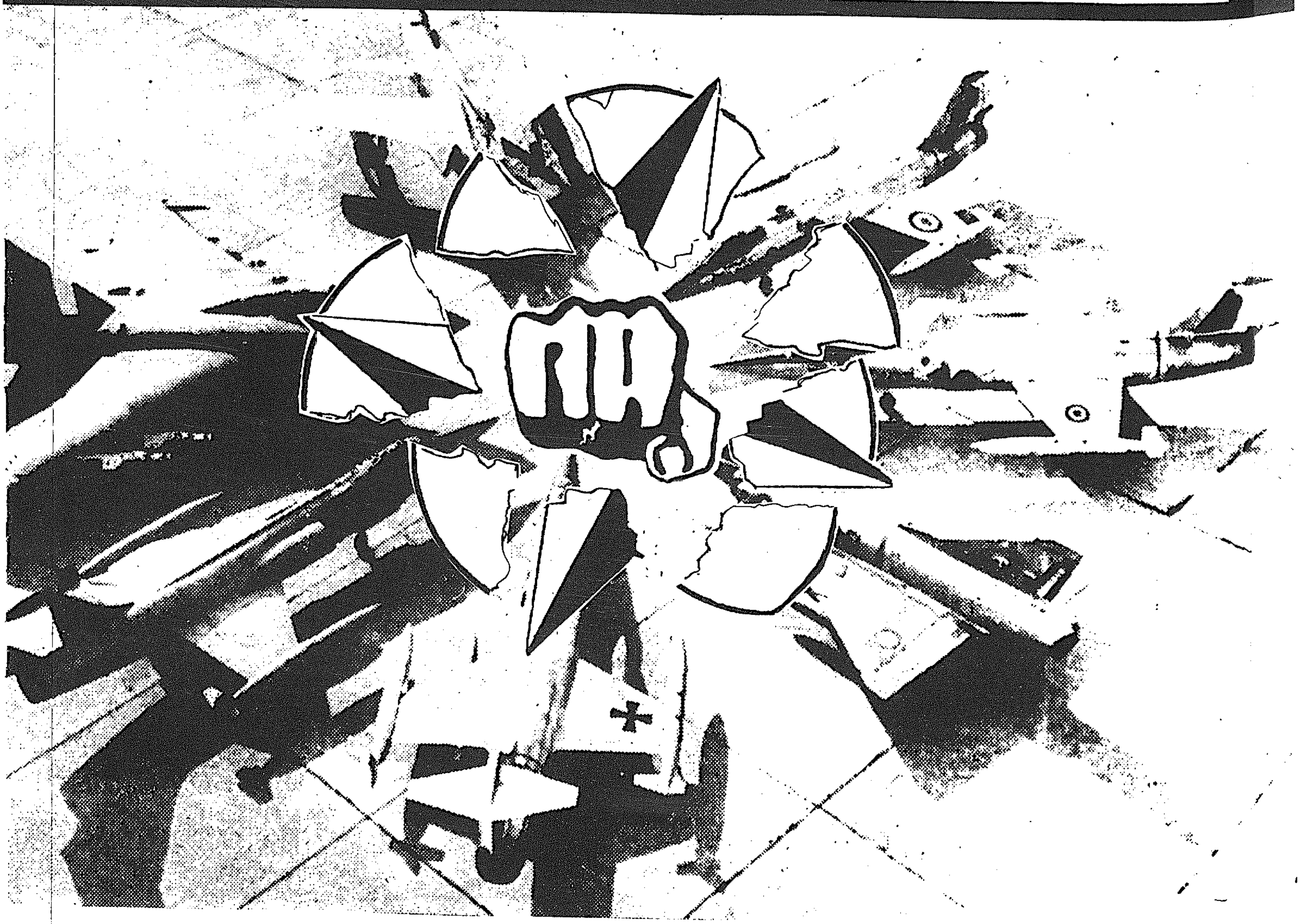
1986: Spaniens Eintritt in die EG und 50. Jahrestag des Beginns der Spanischen Revolution. Es wird in diesem Jahr zahlreiche Gedenksendungen und Artikel geben und wir sollten alle auf ihre Vollständigkeit kontrollieren; obwohl das Thema in A-Kreisen ein Dauerthema ist, dem die Jahrestage unwichtig sind, werden wir doch unseren Teil zur Spanieninformation beitragen. Wir beginnen mit einem zweiteiligen Interview (Teil II in Nr.21) mit **Clara Thalmann** sowie einer *aktuellen* Analyse von Lutz Bredlow, der in Barcelona lebt. Sein Beitrag kontrastiert mit einer historischen Analyse Gottfried Mergners, die die *Internationalismus-Diskussion* des SF einleitet. Sieht Bredlow die Abwehrkämpfe der spanischen Arbeiter als Beginn neuer sozialer Kämpfe (Klassenkämpfe), so betont Mergner (und damit der SF-Position entsprechend), daß der Klassenbegriff nicht die alleinige Basis für Widerstandsmöglichkeiten bildet. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf den Analysebeitrag Günter Hartmanns »Der Mensch als handelndes Subjekt der Geschichte« in der SF-Sondernummer ARBEIT (Dez. '85), in dem die Rolle der »Entfremdung« als Antrieb für Widerstand behandelt wird.

Gottfried Mergners Beitrag sehen wir im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen im Apartheid-System Südafrika. Die Beschäftigung mit dem deutschen Kolonialismus in Namibia scheint uns eine wichtige Voraussetzung, heutige rassistische Systeme zu analysieren, »weißes Denken« zu verdeutlichen. Wenn der Beitrag verdeutlicht, daß die Integration der deutschen Arbeiterklasse in den deutschen imperialistischen Staat auf Kosten der Ausbeutung der Kolonialstaaten ging, so ist dies die direkte Vorgeschichte der Integration der Bundesbürger in einen Industriestaat BRD und dessen auf Vorteil bedachtes Verhältnis zu den Ländern der 3.Welt.

WICHTIG: *Noch einige Hinweise in eigener Sache: Gebt bei Überweisungen auf das SF-Konto in jedem Fall den Namen »F. Kamann« sowie – falls ihr nicht schon vorher überweist – die Rechnungsnummer an. Fehlt der Name, so wird eure Überweisung von der Post nicht gebucht und das Geld geht an euch zurück; fehlt die Rechnungsnummer, erschwert ihr uns die alltägliche lästige Büroarbeit unnötigerweise. Zuletzt: vergeßt weder bei Überweisungen* noch bei *Bestellungen* eure Adressen, leider liegen uns solche Briefe vor; die Betroffenen sollen sich melden!

Frieden mit der NATO?

BUF-Thesen zum Anti-NATO-Kongreß



Seit Juni 1985 wird von diversen politischen Gruppen ein Anti-NATO-Kongreß für 1986 vorbereitet. Initiiert von der ›Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen‹ (BUF) haben sich der theoretischen Plattform, die wir im Anschluß dokumentieren, folgende Gruppen angeschlossen: BBU, Göttinger AK gegen Atomenergie, GAL, Kommunistische Jugend, Kein Frieden mit der NATO-Ini, KB, Friedensliste, GIM, DS und Comision Anti-OTAN (=NATO) Madrid. Die Redaktion des SF geht davon aus, daß sich das FLI auf seinem Februar-Treffen in Lutter mit der Gesamt-Plattform auseinandersetzen wird. Die Plattform soll als Thesenpapier für den Kongress verstanden werden, sie ist nicht gleichzusetzen mit dem inhaltlichen Rahmen, die die Entstehungsbedingungen der NATO analysieren und ihre derzeitige Rolle sowie insbesondere die Rolle der BRD innerhalb der NATO bestimmen will. U.a. sind auch Podiumsdiskussionen mit Vertretern anderer Positionen wie etwa ›Raus aus der NATO‹ oder ›NATO-Reform‹ vorgesehen.

NATO

Politische Plattform des Koordinationskreises für den Kongreß

Bisher ist die NATO für die Friedensbewegung weitestgehend ein Tabu. Einzelne (Rüstungs-)Maßnahmen werden zwar teilweise vehement kritisiert, aber über das sie organisierende Bündnis wird grundsätzlich nicht gesprochen. Dies allein wäre und ist Grund genug, endlich eine öffentliche Diskussion um die NATO zu beginnen. Aber auch aus unserer inhaltlichen Einschätzung der NATO leitet sich die Notwendigkeit einer solchen Debatte ab. Diese Einschätzung ist im Grundsatz Konsens des Koordinationskreises und wird von uns so auf dem Kongreß zur Diskussion gestellt:

1. Die NATO ist offensiv gegen die UdSSR

Mit Kriegsende erkannte die USA, daß in der UdSSR eine neue Weltmacht entstanden war, deren Existenz sie in ihrer Handlungsfähigekit einschränkte. So war es von diesem Zeitpunkt an ihr Interesse, die SU als Weltmacht und damit deren Gesellschaftssystem zu beseitigen. Zu diesem Zweck wurde u.a. die NATO gegründet. Sie ist seither das wichtigste Instrument der US-Regierung zur weltweiten militärischen Absicherung ihrer Interessen.

2. Die NATO dient der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen

In diesem Rahmen spielt vor allen Dingen die sogenannte Dritte Welt eine wichtige Rolle. Stärker werdendes Selbstbewußtsein der Völker und immer schwerer zu lösende Probleme (Schuldenkrise) bringen die NATO dazu, auch in der Dritten Welt immer öfter bis in zu offenen Kriegen zu intervenieren, um ökonomische Interessen ihrer Mitglieder abzusichern. Dabei geht es um weltweite Sicherung und Ausbau von Absatzmärkten, Rohstoffquellen und billigen Arbeitskräften. Im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung fällt diese Rolle meist – wenn auch längst nicht immer – den USA zu.

3. Die NATO sucht die strategische Überlegenheit

Seit in den fünfziger Jahren das atomare Patt entstand, ist die NATO stets bemüht gewesen, dieses zu durchbrechen. Atomkriegspläne der fünfziger und sechziger Jahre, Mehrfachsprengköpfe in den siebzigern und die aktuelle Umrüstung auf zielgenaue Waffen sind Ausdruck dafür. Die NATO ist für alle großen Aufrüstungsschübe der Vergangenheit verantwortlich. Diese Vorrüstung wurde mit der angeblichen »Bedrohung aus dem Osten« frei erfundenen »Raketenlücken« oder angeblich notwendige »Nachrüstungen«

begründet. Tatsächlich war die NATO nie unterlegen.

4. Die NATO sucht Kriegsführungsfähigkeit auf allen Ebenen

Bei dieser Vorrüstung geht es heute nicht mehr um die »Zentralfront« in Europa. Mit neuen Strategien (horizontale Eskalation), neuen militärischen Instrumenten (Schnellen Eingreiftruppen) und der Diskussion um die Ausweitung des Vertragsgebietes (u.a. Naher Osten) bereitet sich die NATO darauf vor, an verschiedenen Fronten und auf verschiedenen Eskalationsebenen gleichzeitig kämpfen zu können.

5. Die Bundeswehr – eine Armee für die Offensive gen Osten

Die Bundeswehr ist von Anfang an in die NATO-Arbeitsteilung einbezogen. Die Entscheidung über eine westdeutsche Wiederbewaffnung war zwischen Adenauer-Regierung, US-Führung und alten Wehrmachtsoffizieren schon vor 1950 (Himmeroder Denkschrift) gefallen. Dabei war das gemeinsame Interesse an der Revision der Kriegsergebnisse und der »Befreiung« des Ostens maßgeblich. Dem diente auch die Integration der Bundeswehr als stärkster europäischer Territorialarmee der NATO. Unabhängig davon, ob alle Militärs und Politiker dies tatsächlich selbst bewußt wollten, war damit die Bundeswehr eines der wesentlichen Elemente für einen möglichen Angriffskrieg der NATO gegen Osten. Ihre Rolle in einem solchen Krieg war immer als eine Offensive gedacht. ». . .Nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien«, war Aufgabe für eine westdeutsche Armee (Konrad Adenauer, 5.3.1952). »Die Verteidigung muß . . . offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß . . .« (Himmeroder Denkschrift 1950). »Vorwärtsverteidigung« war schon die Strategie vor Gründung der Bundeswehr: Air-Land-Battle 1950.

6. Die Bundeswehr auf dem Weg zur Atomstreitmacht

Um wirklich militärische Großmachtpolitik betreiben zu können, fehlt der Bundeswehr der Zugang zu den Atomwaffen. Seit ihrem Bestehen wurde von BRD-Politikern versucht, diesem Mangel abzuhelfen: Durch den Adenauer-Vorstoß zur atomaren Bewaffnung des Bundeswehr 1957, durch die Initiative für eine mulitlaterale Atomstreitmacht (MLF) 1963 und die Zielsetzung einer westeuropäischen Atomstreitmacht. Bereits heute verfügt die BRD über die technischen Voraussetzungen zur Produktion von Atomwaffen. Aktuell spielt beim Streben der Bundeswehr nach atomarer Bewaffnung die Diskussion über die »Europäisierung« (Westeuropäische Union, Europäische Verteidigungsinitiative, Eureka etc.) eine entscheidende Rolle.

7. Die Bundeswehr – eine Armee zur Unterstützung von Interventionen

Trotz ökonomischer Konkurrenz und teilweise unterschiedlicher strategischer Vorstellungen: im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung bedeutet diese »Europäisierung« keineswegs eine Schwächung, sondern vierlmehr eine Stärkung der NATO-Länder insgesamt gegenüber Dritten. Neben dem Zugang zu Atomwaffen verspricht sich die Bundesrepublik von einer solchen »Europäisierung« auch den Ausbau eigener militärischer Handlungsmöglichkeiten in der Dritten Welt, z.B. über die Schaffung einer gemeinsamen westeuropäischen Schnellen Eingreiftruppe. Bereits heute ist die Bundeswehr z.B. durch das Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen in die US-Interventionsstrategie eingebunden und beteiligte sich mehrfach indirekt an französischen oder britischen Interventionen (Zaire 1978, Malwinenkrieg 1981, Tschad).

8. Die Bundeswehr in der NATO – eine Partnerschaft zur inneren Disziplinierung

Der nationale Konsens über die Bundeswehr und NATO-Mitgliedschaft konnte erst über die Ideologie des Antikommunismus geschaffen werden. Bis heute dient diese Ideologie auch nach innen zu Repressionen vielfältigster Art. Schon in den sogenannten Friedenszeiten werden in der BRD Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei entsprechend aufgerüstet und über die zivil-militärische Zusammenarbeit die zur Aufstandbekämpfung (Notstandsgesetze) notwendige Infrastruktur entwickelt. So können gesellschaftliche Diskussionen um Alternativen immer wieder unterbunden und offensive außenpolitische Konzepte gerechtfertig werden.

9. Die NATO ist nicht reformierbar

Die NATO kann in ihrem Charakter als Kriegsführungsbündnis nicht verändert werden. Eine Politik, die auf eine Veränderung der NATO hin zu einem »Friedensbündnis« zielt, ist illusorisch. Schon immer wurden auch nur Diskussionen in diese Richtung über bündnisinterne Disziplinierungsmechanismen im Keim erstickt. Auch die Entspannungspolitik stößt innerhalb der NATO an ihre Grenzen. Im Rahmen des Bündnisses würde sogar die Entwicklung einer eigenständigen westeuropäischen »Sicherheitspolitik« nur zu einer größeren Effektivität der NATO-Arbeitsteilung und damit weltweit zur Erhöhung der Kriegsgefahr führen.



10. Konsequente Friedenspolitik ist in und mit der NATO nicht durchsetzbar

Die Einbindung der BRD und der Bundeswehr in die NATO hat zentrale Bedeutung sowohl für das Fortbestehen dieses Bündnisses als auch für die »Sicherheitspolitik« der BRD. Eine Diskussion sicherheitspolitischer Alternativen muß die Bündnisfrage einschließen.
(Verabschiedet auf dem 2. Koordinationstreffen in Dortmund am 19. Oktober 1985)

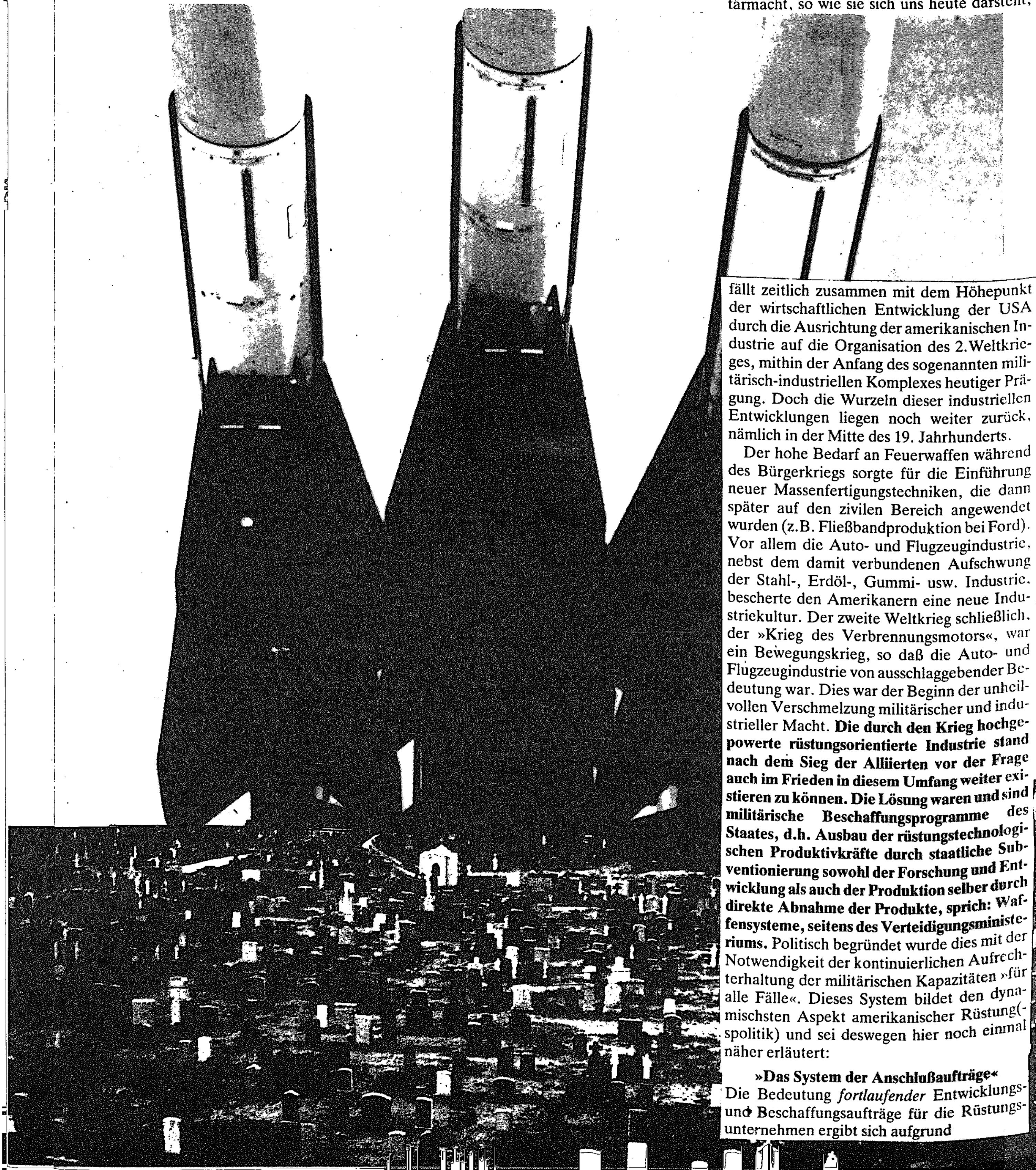
Die USA und die UdSSR – oder: Die militärischen Möglichkeiten eine Supermacht zu werden

von Peter Valtinek

Um die Einschätzung der beiden »Supermächte« vor dem ANTI-NATO-Kongreß seitens des SF etwas zu rekapitulieren und zu verdeutlichen, drucken wir im folgenden einen Beitrag *Peter Valtinks* ab, der insbesondere in der Einschätzung der UdSSR von der ersten der Kongreß-Thesen abweicht, aber gerade darin sich mit unseren Ansichten weitgehend deckt. Eine Position, die wir in die Diskussion einzubringen gedenken, die uns also nicht davon abhält für den Kongreß aufzurufen!

Vorstellung zweier »Friedensmächte«

Die »Vereinigten Staaten von Amerika« Die Geburtsstunde der amerikanischen Militärmacht, so wie sie sich uns heute darstellt,



fällt zeitlich zusammen mit dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Entwicklung der USA durch die Ausrichtung der amerikanischen Industrie auf die Organisation des 2. Weltkrieges, mithin der Anfang des sogenannten militärisch-industriellen Komplexes heutiger Prägung. Doch die Wurzeln dieser industriellen Entwicklungen liegen noch weiter zurück, nämlich in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Der hohe Bedarf an Feuerwaffen während des Bürgerkriegs sorgte für die Einführung neuer Massenfertigungstechniken, die dann später auf den zivilen Bereich angewendet wurden (z.B. Fließbandproduktion bei Ford). Vor allem die Auto- und Flugzeugindustrie, nebst dem damit verbundenen Aufschwung der Stahl-, Erdöl-, Gummi- usw. Industrie, bescherte den Amerikanern eine neue Industriekultur. Der zweite Weltkrieg schließlich, der »Krieg des Verbrennungsmotors«, war ein Bewegungskrieg, so daß die Auto- und Flugzeugindustrie von ausschlaggebender Bedeutung war. Dies war der Beginn der unheilvollen Verschmelzung militärischer und industrieller Macht. **Die durch den Krieg hochgepowerte rüstungsorientierte Industrie stand nach dem Sieg der Alliierten vor der Frage auch im Frieden in diesem Umfang weiter existieren zu können. Die Lösung waren und sind militärische Beschaffungsprogramme des Staates, d.h. Ausbau der rüstungstechnologischen Produktivkräfte durch staatliche Subventionierung sowohl der Forschung und Entwicklung als auch der Produktion selber durch direkte Abnahme der Produkte, sprich: Waffensysteme, seitens des Verteidigungsministeriums.** Politisch begründet wurde dies mit der Notwendigkeit der kontinuierlichen Aufrechterhaltung der militärischen Kapazitäten »für alle Fälle«. Dieses System bildet den dynamischsten Aspekt amerikanischer Rüstung(-spolitik) und sei deswegen hier noch einmal näher erläutert:

»Das System der Anschlußaufträge«

Die Bedeutung *fortlaufender* Entwicklungs- und Beschaffungsaufträge für die Rüstungsunternehmen ergibt sich aufgrund

a) des hochqualifizierten Personals (neueste Technologie, komplizierte Ausrüstung)
b) des Verteidigungsministeriums als Geldgeber. Dadurch brauchen die Unternehmen kein eigenes Vertriebssystem (für kommerzielle Bereiche lebensnotwendig)
c) der milliardenschweren Programme, die von diesen Unternehmen bewältigt werden. Das Management solcher Riesenunternehmen muß »den Laden in Gang halten« um schwere Verluste zu vermeiden.

Die Erkundung und Sicherstellung neuer Programme geschieht durch die direkte Zusammenarbeit zwischen Planungsgruppen der Unternehmen und den Planungsstäben der Streitkräfte. So kommt man zu »Voraussagen« künftiger waffentechnischer Erfordernisse, die sich dann meist als sich selbst erfüllende Prophezeihungen erweisen. Dazu der Vizepräsident eines solchen Unternehmens: *»Die Regierung ist auf Firmen wie unsere angewiesen, damit sie erfährt, was sie braucht.«*

Folgen: Die Unternehmen expandieren immer mehr, die Technik wird immer komplizierter und aufwendiger. Da der Militäretat der Regierung real im Laufe der Zeit ungefähr gleich geblieben ist, reduzierte sich nach und nach die Zahl der Waffensysteme. Die Aufträge werden seltener, aber dafür um so größer. Dabei werden die Waffen selber immer teurer (hohe Wartungskosten, qualifiziertes Personal etc.) und empfindlicher, da komplizierter.

Diese Dynamik, die sich aus der Konkurrenz der Rüstungsmultis ergibt, sowie die konservative Einstellung des Militärs ergeben die Struktur des *militärisch-industriellen Komplexes*.

Dieser sogenannte »Imperativ der Anschlußaufträge«, also daß sofort die Arbeit an einem Nachfolgeprojekt begonnen wird sowie das ›alte‹ Waffensystem abgeschlossen ist, orientieren sich immer auf Analysen des schlimmsten denkbaren Falls, quasi die Fortschreibung des zweiten Weltkrieges auf Konstruktionsebene.

Der Korea-Krieg schien solchen Vorstellungen Recht zu geben. Unter der Regierung Eisenhower bildete sich 1954 die Strategie der massiven Vergeltung (massive retaliation) heraus. Nachdem die UdSSR als weltpolitischer Gegner Nr.1 der äußeren Sicherheit ausgemacht war, sorgte man nun durch Propagierung antikommunistischer Ideologie für gezielte gesellschaftliche Einflußnahme des Militärs, d.h. die Erweiterung des äußeren Feindbildes auf innergesellschaftliche Bereiche. **Es war der Anfang der Dominanz des Militärischen über das Politische (McCarthy-Ära).**

Mit dem Ende der Vorherrschaft der Luftkriegsführung kam unter der Kennedy-Administration der Wechsel der Strategie hin zum »flexible-response« und damit einer Erhöhung der Ausgaben für konventionelle Waffen. Warum? Nun, das Wirtschaftswachstum der USA verlangsamte sich. 1957 gab es erstmals ein Zahlungsbilanzdefizit (die Handelsbilanz war noch positiv, aber es gab zu hohe Militärausgaben in Übersee). Der inländische Markt war langsam aber sicher gestättigt, die Unternehmen hatten nur zwei Ausweichmöglichkeiten: entweder im Ausland zu investieren oder sich ein Stück vom sicheren Rüstungskuchen abzuschneiden.

Außerdem:. die Erkenntnis setzte sich durch, daß Revolutionen in der Dritten Welt nicht durch das Prinzip der massiven Vergeltung zu verhindern sind.

Konsequenz: Verteidigungsminister McNamara erhöhte das Militär-Budget und ließ vermehrt Aufträge an die zivile Industrie vergeben (z.B. auch gemeinsames Panzerprojekt mit der BRD, die allerdings '68 ausstieg).

Das Prinzip der »flexible-response« gründet sich auf die Doktrin vom begrenzten Krieg!

1. Anwendung: Vietnam, verbunden mit einem saftigen wirtschaftlichen Aufschwung der Rüstungsunternehmen (gleichzeitig Aufkommen der Weltraum-Technologie und der Aufschwung im Bau von zivilen Transportflugzeugen). Das folgende Desaster ist bekannt.

Nach Vietnam gab es eine große Rezession, deren Hauptopfer durch die Auftragsrückgänge die Zulieferbetriebe der großen Rüstungsunternehmen wurden.

1971 schlug zum ersten Mal die Handelsbilanz der USA ins Negative um. *Stichworte*: Abwertung des Dollar, Ölkrise '73, Konkurrenz durch Japan und EG. Und wieder ›löste‹ man das Problem mit der schon bewährten Methode: Das Pentagon will »surge«-(Spannungsfall)Kapazitäten und meint, man muß für Kriegszeiten zusätzliche Mobilisierungskapazitäten bereithalten.

Die Politiker hatten nichts dagegen und unter der Nixon-Administration wurden wieder neue Rüstungsprojekte in Auftrag gegeben: F-14, 15, 16; AWACS; Schiffe; XM-1; TRIDENT u.v.a.m. Diese ganzen Waffensysteme gelangten unter Carter zur Produktionsreife, so daß dieser nur noch die Militärausgaben steigern brauchte.

Wichtig: Es gab drei große Sprünge in der Nachkriegsentwicklung der Militärausgaben:
1. in den 50ern: erste Anschlußaufträge für neue Flugzeuge (Doktrin der massiven Vergeltung: ›Countervalue‹)
2. in den 60ern: 2.Generation von Waffensystemen, Einbeziehung von Automobil-und Schiffbau-Firmen (Doktrin der »flexible-response«)
3. späte 70er: 3.Generation, Aufrüsten der Grauzone (›Counterforce‹)

Allen drei Sprüngen ist eine Atmosphäre internationaler Spannungen bzw. eigener ökonomischer Schwierigkeiten gemeinsam.

Trotzdem: Überzeugend erklärbar ist dies nur aus der Logik des »Systems der Anschlußaufträge« und nicht aus einer »Logik der weltpolitischen und/oder militärischen Lage. (Die bei Bedarf herbeimanipuliert werden kann, Anm. des SF).

Politiker, die keine Politik mehr treiben?!

Welche Rolle spielen denn nun die Politiker, außer der, die aus dem gemeinsamen Gremium von *Unternehmen und Militär* vorgebrachten Rüstungsprogrammvorschläge auf Regierungsebene zu beschließen?

Unterstellt man den *Militärs* eine überwiegend konservative Einstellung, charakterisiert durch Denkmodelle und Leistungskategorien, die den Erfahrungen den 2.Weltkriegen verhaftet sind (dazu kommt eine »interfraktionelle« Konkurrenz zwischen Marine, Heer und Luftwaffe über Zuständigkeitsbereiche), so sind es eben die Politiker, die neue Strategien auf theoretischer Ebene hervorbringen und dann durch entsprechende Wahl der Leute die Voraussetzung zur Umsetzung in die Praxis einleiten.

Z.B. Henry Kissinger (*Friedens*nobelpreisträger 1973): Er war Mitte der 50er Jahre der Denkvater der neuen Strategie eines begrenzten Krieges gegen die UdSSR. In seinem Verständnis hieß das die Rückkehr der Möglichkeit, den Krieg wieder zum Mittel der Politik, sprich der Erpressung, zu machen.

D.h. »den Gegner in eine Lage zu bringen, aus der er sich nur durch den totalen Krieg befreien kann. Gleichzeitig muß die militärische Überlegenheit ›unserer‹ Vergeltungskräfte so klar sein, daß er von diesem Schritt abgehalten wird.«

Diese neue, militärisch fortgeschrittene Doktrin war mit den in traditionellen Kategorien denkenden Generälen nicht umzusetzen. Darum suchte sich Kissinger für das Amt seines militärischen Stellvertreters einen jungen General mit Uni-Abschluß in Philosophie, Politik und Ökonomie: Bernard William Rogers, heute NATO-Oberbefehlshaber und Organisator der schnellen Eingreiftruppe (RDF-Rapid Deployment Force).

In Kurzfassung: Wir haben es mit einem dynamischen Wechselspiel von Rüstungsunternehmen, Militär und Politikern zu tun, deren Beziehungen zueinander sich teilweise auswechseln lassen, im Grunde aber klar abgegrenzt sind: Die Rüstungsunternehmen wirken über das Militär auf die Politiker ein, um ihre Interessen, nämlich die Nachfolgeaufträge, durchzusetzen. Auf der anderen Seite wirken die Politiker über das Militär auf die Rüstungsunternehmen ein, um neue Strategien in die Praxis umzusetzen. Beide Male spielt das Militär die Rolle des »Vermittlers« beider Gruppen, sowie die des Organisators zur anwendungsreifen Umsetzung in die Praxis.

Die »Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken«

Der für unsere Frage relevante Zeitraum beginnt mit der Konstituierung der Sowjetunion (SU) nach der Machtübernahme der Bolschewiki in einer durch den 1.Weltkrieg entstandenen wirren innenpolitischen Situation. Die damalige, auch in Zukunft immer wieder empfundene (und ja auch tatsächlich bestehende) Isolierung und Bedrohung von außen hatte entscheidenden Einfluß auf die entstehenden politischen und ökonomischen Strukturen.

Die 20er Jahre sind in der SU durch einen großen technischen und industriellen Rückstand gegenüber den Westmächten gekennzeichnet. So kam es unter Stalin zu einer Politik der raschen Industrialisierung und militärischen Aufrüstung (die ›Kosten‹ sind bekannt; SF). Der Grundgedanke war, daß wirtschaftliche, militärische und politische Stärke, da notwendig zur Verteidigung der neuen Gesellschaft, nur auf dem gleichen Weg wie die »fortgeschrittenen« kapitalistischen Länder zu erlangen sei. Dies werde man allerdings aufgrund der fortschrittlicheren Produktionsweise schneller und wirkungsvoller als der Kapitalismus machen, um ihn schließlich einzuholen bzw. zu überholen.

Bereits im 1.Fünfjahresplan spielte die Verteidigung bei der sowjetischen Industrialisierung eine zentrale Rolle. Woroschilow, Volkskommissar für Armee- und Marineangelegenheiten 1927: »Hauptziel und grundlegender Inhalt des Fünfjahresplans ist für uns, die Rote Armee in technischer Hinsicht so

stark zu machen wie die führenden Armeen unserer Zeit.«

Diese theoretisch formulierte Anlehnung an das Know-How des Westens führte im Bereich der Rüstungspolitik, und zwar sowohl vor als auch nach dem 2.WK bis heute zur **Übernahme westlicher Vorstellungen von militärischer Macht und militärischem Denken** schlechthin.

Die 30er Jahre waren die dynamischste Periode der sowjetischen Wirtschaft. 1938–1941, in Ahnung eines neuen Krieges, flossen 40-50% des sowjetischen Haushaltes in die Verteidigung. Überhaupt war der Schwerpunkt Militär bestimmend für den gesamten Aufbau der industriellen Infrastruktur, insbesondere der Schwerindustrie, zumal fast alle zivilen Betriebe im Kriegsfall auf kriegsrelevante Produkte umstellbar sein sollten (Traktor=Panzer, Uhren=Zünder). Hierfür gab es in jedem Unternehmen spezielle Abteilungen, die das Recht auf Anlagenumstellung hatten.

1942 nahm die Militärproduktion 63,9% der Gesamtproduktion ein. Der starke Technologie-Import aus dem Westen war teuer und führte zu punktuellen Unterversorgungen ziviler Sektoren (z.B. führte die gewaltige Produktion von Benzinmotoren für Flugzeuge und Militärfahrzeuge zu einem schlechten Wirkungsgrad bei Gasgeneratoren für Traktoren). So entwickelte sich der dynamischste Aspekt sowjetischer Rüstung(spolitik), **das System der hierarchischen Reproduktion:** Viele Experten bezeichnen das sowjetische Plansystem als »Kriegswirtschaft«, weil

a) es ähnlich zentralisiert ist wie die kapitalistische Wirtschaft zu Kriegszeiten und
b) weil den Verteidigungsausgaben absoluter Vorrang eingeräumt wird.

Die militärische Repräsentanz in den Organen von Staat und Partei ist hoch. Die Militärs verteidigen die traditionelle Schwerindustrie als »Fundament der Gesamtwirtschaft und als Basis der militärischen Macht des Staates.« Dadurch konstituiert sich **kontinuierlich eine in viel höherem Maße militarisierte Gesellschaft als vergleichsweise in den USA.**

Die sowjetische Rüstungsindustrie ist in 9 Ministerien aufgeteilt: Flugzeugbau, Verteidigungsindustrie, Schiffbau, Radiotechnik, mittleres Maschinenwesen, Elektronik, Kommunikationswesen, Maschinenbau.

Forschung, Entwicklung und Produktion sind im wesentlichen voneinander getrennt. Es bestehen intensive Kontakte zwischen den Stäben der Streitkräfte und den Zulieferorganisationen, welche im übrigen durch das Planungssystem auch garantiert fortlaufend beschäftigt sind, ganz im Gegensatz zur Situation in den USA. Durch die »gesicherte Existenz« können die Forschungs-und Entwicklungseinrichtungen mehr ihren Spezialinteressen nachgehen. So werden in der SU mehrere Typen eines Waffensystems nebeneinander konstruiert unnd produziert (in der Hauptsache Prototypen).

Es gibt aber auch einen Innovationsdruck durch Konkurrenz zwischen den Entwicklungsbüros. Denn dem Erfolgreicheren winken mehr Angestellte, höheres Prestige, Staatspreise und beträchtliche Geldprämien. Auch die Produktionsbetriebe müssen nicht um Aufträge konkurrieren.

Die Forschungs-und Entwicklungs-Abteilungen werden von den Ministerien geplant und geleitet; diese wiederum bekommen ihre Order von der Militärindustrie-Kommission. Die Militärstäbe andererseits sind unter dem Generalstab zusammengefaßt.

Schließlich: Über allem steht der *Verteidigngsrat*, der bestimmt wird durch das *Präsidium des Obersten Sowjet*, das dem *Politbüro* untersteht.

D.h. die Entscheidung der Spitze wird durch die gesamte militärisch-industrielle *Hierarchie* mehr oder weniger direkt nach unten weitergegeben. Durch die überall gegenwärtige Repräsentanz des Militärs *reproduziert* sich die militärisch-technische Struktur immer wieder selbst. Dies läßt sich von den Anfängen der SU bis heute nachvollziehen.

Daß die **amerikanischen Militärausgaben die sowjetische Ausgabenpolitik mehr bedingen als andersherum zeigt sich bei der Betrachtung der sowjetischen Militärdoktrin sowie den Inhalten der Militärausgaben:** Die im 2.WK gemachten Erfahrungen prägen noch heute die Militärstrategie. Die Streitkräfte müssen groß genug sein jeden Angriff zurückzuschlagen bzw. aufzufangen um dann voranzumarschieren um auf gegnerischem Boden den Krieg zu gewinnen. Diese Vorstellung bildet den Rahmen, innerhalb dessen die SU auf US-Innovationen reagiert (z.B. Ein Atomkrieg muß durchgestanden und dann gewonnen werden und dient nicht der Abschrekkung. So wird die SU-Quantität an Kernwaffen von ihren militärischen Führern gerechtfertigt.)

Der 2.WK bedeutete im Nachhinein für die SU das Primat des Landkrieges, sowie die Orientierung auf den Kriegsschauplatz Europa. Die Entwicklung von Kernwaffen und einer Luftverteidigung waren dann Reaktionen auf die US-Nachrüstungspolitik und deren Primat der strategischen Luftwaffe.

Die SU begann dann 5 Jahre vor der USA mit der Entwicklung ballistischer Fernraketen (ca. 1948) und zwar aufgrund ihrer Militärlogik, die Atomraketen als Weiterentwicklung der Artillerie betrachtete. Stalin selber hatte schon immer eine »besondere Schwäche« für die Artillerie.

Nach dem Krieg in Korea stiegen die Militärausgaben stark an, denn u.a. die sowjetische Marine sollte ausgebaut werden. Nach Stalins Tod '53 gingen die Militärausgaben wieder zurück. Die Kapazitäten der Landstreitkräfte und der Flotte wurden verringert. Dafür favourisierte man die Fernraketen, insbsondere Mittelstreckenraketen, da man diese als adäquates Mittel ansah, um während einer Offensive gegnerische Militärziele zu zerstören.

1959 wurde die, militärisch selbständige, »Strategische Raketengruppe« gegründet.

1960 verkündete Chrustschow die neue sowjetische Militärdoktrin: Reduzierung der Streitkräfte (d.h. der Luftwaffe, Marine, Heer) zugunsten der Raketentruppe. Jedoch verhindern die traditionellen Militärs die Durchsetzung dieser Ideen (z.B. sagte Chruschtschow: »Kernwaffen schließen die Unvermeidlichkeit eines Krieges aus.«) So meinte Generaloberst Rybkin: »Wer behauptet, ein Sieg im Kernwaffenkrieg sei überhaupt nicht möglich, hätte nicht nur auf theoretischer Ebene unrecht, sondern wäre auch politisch gefährlich. Die Möglichkeit eines Sieges a priori zurückzuweisen ist eine schädliche Sache, weil es zu moralischer Abrüstung führt, den Glauben an den Sieg nimmt, zu Fatalismus und Passivität beiträgt.«

Überhaupt sind die SU-Militäranalytiker der Meinung, daß militärische Rückschläge die innenpolitischenm Spannungen verschärfen und die Legitimität der an der Macht befindlichen Regierung untergraben. Dazu wieder Oberst Rybkin: »Eine herrschende kommunistische Partei muß ihre Entscheidung, ob sie einen Krieg führen soll oder nicht, von den wahrscheinlichen Auswirkungen dieses Krieges auf die eigene Gesellschaft abhängig machen.«

Die Berlin-Krise 1961, der Konflikt China-UdSSR sowie die Kuba-Krise gaben den Traditionalisten Aufschub und beschleunigten Chruschtschows politisches Ende.

Kennedys Raketenprogramm zu dieser Zeit (Polaris, Minuteman) führte zu einer drastischen Erhöhung der SU-Militärausgaben: mehr Interkontinental-Raketen, mehr U-Boot-gestützte Raketen, Erweiterung der Kriegsmarine auf vorgeschriebene Posten, denn die sowjetische Kriegsflotte ist bislang noch nicht in größerem Maße interventionsfähig (Nachschubprobleme durch fehlende Hilfsschiffe, unzureichende Marineflugzeuge, fehlende Marineinfanterie). **Mitte der 70er Jahre hat die SU in fast allen Bereichen der Waffentechnologie nachgezogen und ist in den direkten Wettbewerb mit den USA eingestiegen.** Eine 1972 vom Pentagon herausgegebene Studie bescheinigt der SU Überlegenheit in 11 neu eingeführten Waffensystemen, während sie selber in 17 Systemen überlegen ist. Bei 4 Systemen herrscht patt. Der technologische Rückstand der SU ist noch immer groß und wird im Elektronikbereich anscheinend noch größer (3–14 Jahre). Der neueste sowjetische Jäger, die MiG 25, ist z.B. noch mit Röhrentechnologie ausgestattet.

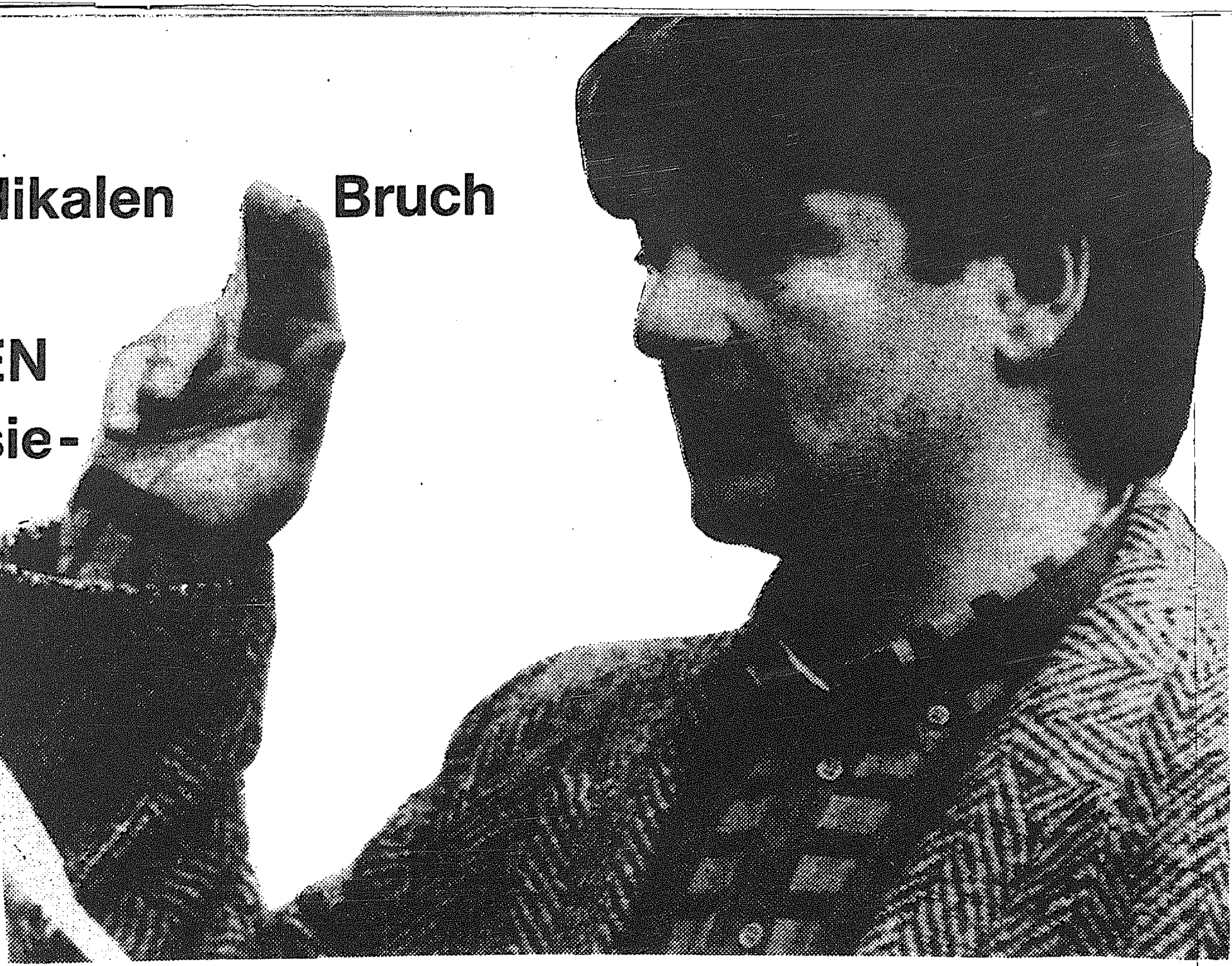
Die sowjetische Ökonomie ist in einer Krise: Trotz weiterer Ausdehnung der vorhandenen Wirtschaftsbereiche verlangsamt sich das Wachstum, da das Arbeitskräftevolumen nicht mehr im selben Maße mitwächst. Die Produktivität sinkt wegen der unflexiblen Industriestruktur und weil die Investitionen bevorzugt in solchen Bereichen getätigt werden, die sowieso schon am besten ausgestattet sind (wie das Militär) und ihre Erträge kaum noch steigern können.

Rückgang der jährlichen Wachstumsrate:
'51–'60: 5,8%;
'71–'76: 3,7%

Wie in den USA, nur in noch stärkerem Maße, verbraucht die Rüstung in der UdSSR die meisten hochqualifizierten wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Talente sowie den überwiegenden Teil der hochwertigen und damit seltenen Ressourcen und aus dem Westen importierten Bauteile und Maschinen. Der zivile Aufbau der Industrie nach dem 2.WK ist charakterisiert durch Modernisierungen, die aufgrund forcierter militärischer Programme »abfielen«. Dieses »spin-off« genannte Prinzip ist bis heute ein bestimmender Faktor. Da die militärischen Programme weitgehend Reaktionen auf militärtechnologische Innovationen der USA darstellen, ist für die SU eine paradoxe Situation entstanden: **ihr traditionelles Prinzip des militärischen und ökonomischen »Einholens« des Kapitalismus beschränkt sich auf ein immer genaueres Nachtreten in die Fußstapfen kapitalistischer Produktionsverhältnisse.**

»Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur – sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte.« (Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie)

Den radikalen Bruch mit den GRÜNEN organisieren!



Ein Diskussionsbeitrag

von Horst Blume

Dieser Text richtet sich an diejenigen Bürgerinitiativmitglieder und Libertäre, die sich ein Stück weit und oft mit Bedenken auf eine Arbeit mit oder in den GRÜNEN eingelassen haben. Er will *nicht* den Hunderten von Überlegungen zur Strategie der Linken in den GRÜNEN eine neue Variante hinzufügen. Er soll vielmehr eine Bewertung der neueren sich abzeichnenden Entwicklungen bei den GRÜNEN aus der Sicht eines libertären Teils der Bürgerinitiativbewegung vornehmen und vor allem daraus Konsequenzen aufzeigen, vor denen sich bisher auch Libertäre herumgedrückt haben.

So sehr sich die verschiedenen Flügel und Tendenzen bei den GRÜNEN auch unterscheiden mögen, sie haben eines gemeinsam. Sie sehen den gegenwärtigen Zustand der Partei lediglich noch unter dem Blickwinkel »zwischen zwei schlimmen Niederlagen und der bedeutungsvollen Bundestagswahl '87; dazwischen liegen dann noch die zu bestehenden Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, die Landtags-und Kommunalwahlen in Niedersachsen, die Landtagswahlen in Bayern und die Bürgerschaftswahlen in Hamburg.«

Diese einseitig verengende Sichtweise reduziert den Spielraum für die Weiterentwicklung freiheitlich-sozialistischer Positionen innerhalb der GRÜNEN schon heute und wird unter dem Druck der Verhältnisse bestimmenden Einfluß auf die Aktivitäten dieser Partei ausüben. Es wird Folgen haben, wenn eine solche Partei auch in Zukunft Dreh-und Angelpunkt für Initiativen und soziale Bewegungen bleibt.

Mit Dutzenden von speziellen Kongressen, Hearings und Konferenzen haben sich die GRÜNEN mit Staatsgeldern in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit gestellt und den Basisinitiativen zunehmend die Möglichkeit genommen, ihr Anliegen auf ihre Weise nach außen zu transportieren. Die eigenständige Durchführung von größeren Kampagnen, Aktionen und Kongressen, auf denen sich Basisinitiativen authentisch darstellen und selbstbestimmt organisieren können, ist sehr schwierig geworden, weil die Beziehungen und das Geld zur Durchführung die GRÜNEN haben. Initiativen, die nicht in den Genuß eines von den GRÜNEN bezahlten Kongresses kommen, werden dafür zum Pressetermin nach Bonn/Tulpenfeld geladen, um dann unter der Obhut eines grünen Öffentlichkeitsreferenten die Staffage zur Selbstdarstellung der GRÜNEN vor der Presse abzugeben. Und sie dürfen auch noch froh sein, daß ihnen eine solche Gnade bei den vielbeschäftigten Parlamentsgrünen zuteil wird. Andere, die nicht so gute Beziehungen zum grünen Apparat haben, gehen leider leer aus.

Nicht ganz. Als Kontaktadresse einer Initiative hat man das zweifelhafte Vergnügen, mit Bullettins, Basis-und Informationsdiensten sowie Presseerklärungen der GRÜNEN nur so überschwemmt zu werden. Denn die GRÜNEN in den Räten, Landschaftsversammlungen, Landtagen, Bundestag und Europaparlament müssen ihre Existenzberechtigung beweisen und zeigen, wie gut und effektiv sie für uns arbeiten. Wenn es schon immer weniger Bewegung gibt, so muß zumindest Papier bewegt werden. Da wundere sich noch jemand über den Niedergang von z.B. autonomen Zeitungen!

Die dicht geknüpften Netze aus finanziellen Unterstützungen für bestimmte Alternativprojekte, in Auftrag gegebene Forschungsarbeiten für arbeitslose Wissenschaftler und ehemalige Aktivisten und Pöstchen für Bürger- und Basisbüros, Geschäftsführer und Pressesprecher (mit sehr unterschiedlichen Gehaltsabstufungen!) der GRÜNEN sind längst zu Fallstricken für die Entwicklung autonomer Strukturen geworden. Diese Beziehungen als »Basisanbindung« zu bezeichnen, trifft den Kern: Sie wird tatsächlich angebunden. Ehemalige Basisaktivisten werden in ein grünes Büro verfrachtet und dürfen letztendlich Zuarbeit für Bonn oder die nächstgelegene Landesgeschäftsstelle leisten, als belehrender Profi gelegentlich mal vorbeizuschauen. Hierdurch fehlen immer mehr Menschen, die sowohl durch ihre fachliche Kompetenz als auch aufgrund ihrer radikalen Intentionen in der Lage wären, vorwärtstreibende Elemente der Politik, wie z.B. direkte Aktionen, zu entwickeln. Im Moment herrscht keine partnerschaftliche Gleichheit zwischen dem sogenannten Standbein und dem sogenannten Spielbein.

Sollten die GRÜNEN 1987 nicht mehr in den Bundestag kommen, so wird das staatlich subventionierte Gebilde aus Parteiorganisation und verwandten anderen Bürogemeinschaften sehr schnell wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Und davor haben einige Leute aus ganz eigennützigen Motiven heraus Angst.

So war es diese Angst und nicht etwa eine Neubesinnung auf ehemalige radikale Zielsetzungen, die in Offenburg die Tolerierung des eher fundamentalistischen Vorstands und die vorgezogene Wahlkampftour ins bayrische Wackersdorf möglich machten. Zwei Fliegen wurden mit einer Klappe geschlagen:

1. Die Partei stellt sich als aktive, dynamische Kraft dar, die armen, bedrängten Bürgerinitiativen selbstlos zur Hilfe eilt.
2. Es wird die Illusion verbreitet, daß der Kampf zwischen Systemintegration und -Opposition bei den GRÜNEN noch offen sei, damit noch genug Gutgläubige die Drecksarbeit für den kommenden Bundestagswahlkampf machen.

Dieser hat auf den zentral ausgegebenen Flugblättern schon begonnen, wird doch neuer-

dings die »beeindruckende« Liste von Aktenzeichen grüner Gesetzesinitiativen gleich mitgeliefert. Nicht mehr so sehr durch selbständige Aktivitäten, die diesen Namen auch verdienen, machen die GRÜNEN auf sich aufmerksam, sondern durch das Einbringen von Gesetzesinitaitiven und Anfragen im Bundestag! Die substanziell wichtige Einheit von Inhalt und Form der politischen Auseinandersetzung ist von den GRÜNEN aufgegeben worden.

Während Tausende von Bürgerinitiativen mittlerweile erfahren haben, daß in den parlamentarischen Entscheidungs- und Vertretungsformen ein wichtiger Grund für die Mißachtung ihrer Interessen liegt, arbeiten die GRÜNEN fleißig daran, dem angekratzten Image der tragenden Säulen des Staates neuen Glanz und Legitimation zu verleihen. **Sie widmen sich genau der Aufgabe, die ihnen der Staat zugedacht hat, die sein Fundament ausmachen: Gesetzestexte ausarbeiten, beraten und – wenn die Anpassung weit genug fortgeschritten ist – mitentscheiden.** Das Bundesabstimmungsgesetz (Volksentscheid) der GRÜNEN stellt diese Logik keineswegs in Frage, weil die GRÜNEN den hierzu notwendigen offensiven Gebrauch der Mittel, die dies könnten, längst verlernt haben. Zum einen denken einige Schlauköpfe an die Zeit nach der Bundestagswahl, wenn die GRÜNEN vielleicht nicht mehr im Bundestag sitzen werden, aber über das Instrument Volksentscheid sich noch einen gewissen Einfluß sichern wollen. Zum anderen wird es bei immer näherrückendem Wahltermin für die GRÜNEN immer wichtiger, die Unterschiede zwischen der kleinen und der großen SPD herauszustreichen, damit der unentschlossene Wähler das Kreuz an der richtigen Stelle macht. Ganz offen und ungeniert wird dies im GRÜNEN BASIS-DIENST ausgesprochen: »Ohne diese qualitative Unterscheidung wird es für immer weniger Menschen überzeugende Gründe geben, die GRÜNEN zu wählen.« (GBD 9/85, S. 44)

Die innerparteiliche Diskussion konzentriert sich in der Hauptsache um die Frage der Koalition oder Duldung einer SPD-Regierung unter bestimmten Bedingungen. Die Befürworter einer radikalen Systemoppositon sind hoffnungslos in der Defensive und werden immer mehr als bornierte Sektierer in die Ecke gestellt. Dabei sprechen alle Erfahrungen dafür, daß die SPD nur durch radikale Bewegungen und nicht durch Koalitionen zur Korrektur ihrer Politik gebracht wird. 1969 wurde die CDU ja nicht deswegen von der SPD abgelöst, weil die FDP koalierte, sondern weil vorher die 68er Bewegung den Boden für eine reformistische Wende bereitet hatte. Alles was heute in den Augen grüner Reformisten mit der SPD für durchsetzungsfähig gehalten wird, geht auch ohne grüne Koalitionspartner. Die engen Systemgrenzen für antikapitalistische Politik werden nicht einfach durch das Hinzunehmen der GRÜNEN in eine Koalition weiter gesteckt. Systemgrenzen werden vielmehr durch ganz und gar unkoalitionsmäßige Initiativen gesprengt! Von den tausenden nach der Bundestagswahl 1983 neu aufgenommenen Parteimitgliedern, die in der Regel nicht in den sozialen Bewegungen mitgemacht haben, kann man alles mögliche erwarten, leider aber nicht, daß sie diese historischen Erfahrungen aufarbeiten und kritisch auf die heutige Situation anwenden.



Es stellt sich nun die Frage, welche Gruppierungen den Anpassungsprozeß der GRÜNEN aufhalten und rückgängig machen könnten, um sie eventuell wieder zu einem akzeptablen Betätigungsfeld werden zu lassen.



Die Ökosozialisten – die Jusos der GRÜNEN

Die Ökosozialisten, in die ja nicht unbeträchtliche Hoffnungen gesetzt worden sind, erwiesen sich als unfähig, eine energische innerparteiliche Sammlungsbewegung gegen den Ausverkauf radikal-grüner Inhalte in Gang zu bringen. Sie haben die Integration von Bunten und Alternativen Listen in die GRÜNEN maßgeblich mitbetrieben und damit mitgeholfen, regionale radikale Gruppierungen zu demontieren. Mit dem zweifelhaften Erfolg, daß sie auf allen möglichen Ebenen bei den GRÜNEN Positionen ergattert haben, sich aber im innerparteilichen Meinungskampf sehr bald zerstritten und verschlissen haben. Seitdem ihre Zeitung »MODERNE ZEITEN« sanft entschlafen ist, sehen sie alt aus und haben noch nicht einmal mehr ein eigenes Sprachrohr. Inzwischen sind diese Sozialisten so betriebsblind und unbeweglich geworden, daß sie sich eine politische Perspektive außerhalb der GRÜNEN nicht mehr vorstellen können. Ihre Tätigkeit beschränkt sich zur Zeit darauf, auf Landes-und Bundesparteitagen das Votum für Koalition und Anpassung genau um sviel abzuschwächen, wie nötig ist, Unzufriedene gerade noch in der Partei zu halten. Ein wahrlich revolutionäres Aufgabenfeld wird sich für die Ökosozialisten in Zukunft auftun! Natürlich dürfen sie – insbesondere vor Wahlzeiten – massenweise »Kampagnen« gegen Atomkraftwerke und für grüne Gesetzesentwürfe durchführen. Diese dienen aber in der jetzigen Situation dazu, Wahlen zu gewinnen und nicht dazu, Entfaltungsmöglichkeiten für emanzipatorische Prozesse zu schaffen.

Sozialisten aus anderen ehemalig funktionierenden Zusammenhängen stehen den GRÜNEN immer moderater gegenüber, denn sie sehen in rot/grünen Koalitionen alte Träume wahrwerden. Noch im März 1985 schrieb die Zeitung »LINKS« vom »Sozialistischen Büro«, man sollte sich vor allem außerhalb dieser uns allen so lieben Partei engagieren . . . und, so notwendig, auch mal die Stimme entziehen.« Aber schon im November 1985 dürfen zwei führende Jusos in der »LINKS« ihre Spekulationen zum besten geben, um dann im Dezember nachdenklich klingendes aus der Regierungserklärung Holger Börners zu »dokumentieren« (als ob dies nicht andere Zeitungen zur Genüge tun . . .). Das SB agiert immer weniger selbständig und lebt immer mehr von der Publizität ihrer bei den GRÜNEN in Führungspositionen aufgerückten Mitglieder. Für die Organisation selber fallen dann noch so bedeutende Tätigkeiten wie das Abhalten von Bloch-Seminaren und -Kongressen ab.

Bei der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM, Trotzkisten) gibt es neuerdings eine Minderheitsfraktion, [die andere Fraktion liebäugelt mit der ›Volksfront‹, u.a. mit der (exstalinistischen KPD/ML] die gerne als Trittbrettfahrer auf den bereits entgleisten Zug der GRÜNEN aufspringen will. Hiermit dokumentieren sie einmal mehr ihre Rückständigkeit und vor allem ihre Staatsfixiertheit. Erst wenn bei den GRÜNEN Ministerposten aktuell werden, werden sie hellhörig und wollen rot/grüne Koalitionen mit einem trotzkistischen »Übergangsprogramm« beglücken.

Da agiert der Kommunistische Bund (KB) mit seiner Zeitung ARBEITERKAMPF (AK) schon bedeutend geschickter und glaubwürdiger. Einerseits findet man in den Spalten des AK eine regelmäßige Berichterstattung über die GRÜNEN in Bonn, andererseits aber auch eine fundierte Kritik an ihnen. Oppositionelle Stimmen von in- und außerparlamentarischen Gruppen werden hier ausführlich dokumentiert. Dabei ist klar, daß der KB von einem Abbröckeln bei den GRÜNEN profitieren will und deswegen der virulenten Empörung über die Anpassungstendenzen der GRÜNEN Ausdruck verleiht, wo immer er kann. Einer linksradikalen Organisation, der jahrelang die Mitglieder nach den GRÜNEN weggelaufen sind, ist es nicht zu verdenken, wenn sie alles unternimmt, damit dies sich in einer anderen Situation wieder umgekehrt entwickelt.

Der Versuch der Einflußnahme seitens der FÖGA/Graswurzelrevolution

Gut gemeint war der ›Offene Brief‹ an die GRÜNEN von einer Arbeitsgruppe der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FögA), der viel Richtiges über die Preisgabe von inhaltlichen Positionen aussagt und auf ein Festhalten an ›urgrünen‹ Prinzipien drängt. Dennoch kann ich mich nur wundern, wie Organisationen, die durch ihre jahrelange Arbeit an dem Aufstieg der grünen Partei in irgendeiner Form mitgewirkt haben und von ihr jetzt so unverschämt im Stich gelassen werden, demutsvoll schreiben: »Wir sind in Sorge um die Entwicklung der GRÜNEN. . .« oder »Wir wollen Euch den Mut machen, an dieser demokratischen, oppositionellen Rolle festzuhalten.«

Da bringt es eine Partei fertig, im Eiltempo von zwei Jahren alle nur möglichen Anpassungsentwicklungen durchzumachen, wozu selbst die SPD immer länger gebraucht hat und dann so ein Brief! Wieviel gewaltfreie Trainingsstunden hat es gekostet, bis diese zahme Bittschrift zu Papier gebracht wurde?!

Der ›Offene Brief‹ suggeriert, daß bei den GRÜNEN noch etwas zu retten ist, wenn man nur stichhaltige Argumente den Realos eindringlich genug vor Augen führt. Dabei sind es nicht mehr einzelne grüne Karrieristen, die als »Verräter« eine noch in breiten grünen Kreisen vorhandene systemoppositionelle Grundhaltung verlassen haben, sondern die Partei hat sich als Ganzes gewandelt. Vor allem die Kommunalwahlen sorgten bei einem Großteil der ideologisch ungeschulten und in sozialrevolutionärer Praxis größtenteils ungeübten Mitgliedschaft dafür, daß jeder mit der Ausübung von ein bis zwei Ämtern beschäftigt ist und dadurch in traditionelle Verhaltens- und Vertretungsformen eingebunden wurde.

Natürlich gibt es auch einige wenige libertäre kommunalistische Ansätze. Sie treten aber gegenüber den formaldemokratisch geprägten grünen Ratsfraktionen in den Hintergrund.

Genausowenig wie ein linkssozialdemokratisches prominentes Aufruf-Kartell die CDU-Regierung zu bedrängen vermag, genauso wirkungslos werden Appelle von Basisgruppen gegenüber den GRÜNEN sein, weil es keine Strukturen mehr gibt, innerhalb denen sie als Gleichberechtigte in Beziehung zu den GRÜNEN treten können. Dokumentiert wird vor allem die Machtlosigkeit von an den Rand gedrängten Gruppierungen, die sich mit letzter Kraft noch einmal Gehör verschaffen wollen. Die bisherige Entwicklung werden sie nicht mehr rückgängig machen können, denn Wirkungen werden nur bei einer entsprechend gut funktionierenden organisatorischen Gegenmacht erzielt. Eine alte Wahrheit, die in bezug auf die SPD noch Allgemeingut zahlreicher Basisgruppen war und nun auch gegenüber den GRÜNEN aktuell geworden ist.

Was tun?

Kaum jemand aus den Basisinitiativen wird angesichts drohender Tolerierung von Atomkraftwerken und NATO durch die GRÜNEN noch auf die Idee kommen, Bundestagswahlkampf für diese Partei zu organisieren. Damit diese richtige Reaktion nicht in Orientierungslosigkeit und Frust abgleitet, ist es notwendig, das Heft endlich wieder in die Hand zu bekommen. Die sozialen Bewegungen müssen wieder in einen intensiven Dialog untereinander eintreten um zu klären, welche strategischen Schritte als nächstes wichtig sind, um ihre *Inhalte* und ihr Politikverständnis praktisch werden zu lassen. Vor allem sollte eine Klarheit schaffende Debatte organisiert werden, wie gegenüber den GRÜNEN eine Stärkung autonomer Strukturen zustande gebracht werden kann und wie weit der Ablösungsprozeß von den GRÜNEN der Situation angemessen vonstatten gehen soll. Denn es muß vermieden werden, daß wir bei Aufgabe von Zusammenhängen bei den GRÜNEN in ein Nichts fallen. Die Anti-



AKW-Initiativen und die Graswurzler sind jedoch erst dabei, sich wieder zu stabilisieren und das Forum für libertäre Information (FLI) ist z.B. erst im Aufbau begriffen. Deswegen plädiere ich für einen schrittweisen und planmäßigen Rückzug aus den GRÜNEN, um bei jedem aufgegebenen Zusammenhang bei den GRÜNEN etwas Neues an seine Stelle zu setzen. Nur wenn wir den ausgefuchsten grünen Strategen, die die Basisbewegung geschickt auszunutzen wissen, ebenfalls taktisch kluge Konzeptionen zur Abwehr von Vereinnahmungen entgegensetzen, haben wir eine Chance. Vielfach ist dazu auch ein Wandel anarchistischer Politikformen nötig. Wir dürfen uns nicht nur verbalradikal als Sachwalter von Basisinitiativen aufspielen, sondern müssen durch die Aneignung praktischer Kompetenz in allen Einzelheiten wirkliche Unterstützungarbeit leisten, damit sich über dieses unbearbeitete Feld nicht wieder grüne Bürokraten und Machtpolitiker hermachen.

Nur eine breit angelegte Absetzbewegung von den GRÜNEN hat eine Chance, diese Aufgaben zu erfüllen. Deswegen wird es notwendig sein, einerseits gezielt die nächste Zeit in die GRÜNEN hineinzuwirken, um die radikalen Kräfte von der Notwendigkeit einer Trennung von den GRÜNEN zu überzeugen. Andererseits muß eine lagerübergreifende Vernetzung der verschiedenen sozialen Bewegungen erfolgen. Wir werden dabei nicht umhinkommen, unsere Aktivitäten immer mehr in Konkurrenz zu den GRÜNEN zu setzen. Die Wiederbelebung eigener Informationsdienste, Strategiedebatten und Organisationsansätze gehören genauso dazu, wie direkte Aktionen oder unter bestimmten Umständen die Beteiligung an AL's oder Bunten Listen, die auf kommunaler Ebene ein Gegengewicht zu den GRÜNEN schaffen können.

Eine solche schrittweise Neuformierung einer antiautoritären Basisbewegung wäre für mich der wirklich radikale Bruch mit den GRÜNEN. Diese Bestrebungen hätten bis zu den Bundestagswahlen ein Jahr Zeit, Konturen zu entwickeln, an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit libertären Perspektiven teilzunehmen, um dann nach dem sich abzeichnenden endgültigen Zerfall der GRÜNEN in der Lage zu sein, die von ihnen vernachlässigten Auseinandersetzungen auf breiter Ebene wieder aufzunehmen. Entweder die Basisbewegung orientiert sich in Abgrenzung zu den GRÜNEN wieder mehr an ihren eigenen Zielen und ihrer Selbsterhaltung oder sie geht noch mehr den Bach runter, als es bisher schon der Fall ist. Sie wird sehr bald eigene lagerübergreifende Organisationszusammenhänge entwickeln und nach außen propagieren müssen, will sie nicht 1987 zusammen mit den GRÜNEN auf dem Misthaufen der Geschichte landen!



Den emotionalen Bruch vermeiden! Den politischen Bruch vertiefen!

Ein Diskussionsbeitrag von Wolfgang Haug

Tote im politischen Kampf, insbesondere Tote bei Demonstrationen haben noch immer einen tiefen Einschnitt im Verhältnis politischer Opposition zum staatlichen Gewaltmonopol bedeutet. D.h. nicht, daß wir oder andere Teile der außerparlamentarischen Bewegung uns Märtyrer wünschten, im Gegenteil! Ob Benno Ohnesorg, Klaus-Peter Rattay oder Günther Sare (und parallel Hans Kok in Amsterdam, Pietro Greco in Triest, Cherry Groces in Brixton oder die Genossen in Athen), der jeweilige Staat versucht immer alles, den Opfern eine (Mit-)›Schuld‹ anzuhängen. So auch im Fall Günter Sares: Die Selbstverteidigungs-Versuche des Staates, die mit Marihuana begründet werden sollen, sind klägliche Geschmacklosigkeiten und ändern an der einen Toten einkalkulierenden Aktion der Wasserwerfer nicht das Geringste. Sieht man sich die Jahr für Jahr zunehmenden ›Knüppelorgien‹ bundesdeutscher wie ausländischer Polizeitrupps an, wundert einen nur, daß nicht mehr Demonstranten mit Schädelbasisbruch auf der Straße liegen bleiben . . . Diese Knüppeleien sind *vorsätzlich*, die Polizeipferde, Motorräder und Wasserwerfer werden bewußt *gegen* Fußgänger in der Menge gelenkt, seit Jahren . . . und darum geht es, wenn Demonstranten von *»Mord«* sprechen. Uns interessiert der einzelne Wasserwerferfahrer herzlich wenig, vielleicht ist er besonders fanatisch, machtbesessen, arrogant und rechtsradikal, – vielleicht nervös und voller Angst. Uns interessiert das *Prinzip*, es interessieren die Einsatzleiter und die sie deckenden ›Ämter für öffentliche Ordnung‹ und es interessiert die unverschämte Tour die Ursachen für einen Toten wegzudiskutieren und monatelang ›hinwegzuuntersuchen‹, bis zuletzt der Tote im öffentlichen Bewußtsein die vom Staat gewünschte ›Mit-Schuld‹ hat.

Der Einschnitt 1985 scheint sich jedoch noch mehr innerhalb der ›Linken‹ auszuwirken, als im Verhältnis ›der‹ Linken zum Staat. Er greift in einer Situation, in der ein Teil der alten Protestgeneration gerade integriert wird, während sich nach den Ohnmachtserfahrungen friedliebender Demonstrationen der letzten Jahren, bei einem jüngeren Protestpotential die Bereitschaft zu militanteren Demonstrationsformen verstärkt hat. Die Auseinandersetzungen im Hörsaal V der Frankfurter Universität veranschaulichen den Bruch. Ehemalige Häuserkämpfer wie Cohn-Bendit und Joschka (Josef) Fischer hechten nach den Eiern, die auf sie von heutigen Autonomen u.a. geworfen werden. Fischer ist hessischer Umweltminister, tritt in TV-Shows auf, wo er dann zum besten gibt, daß er ›im Beten immer besser war als im Singen‹; Sare ist von der hessischen Polizei überfahren; beide gehörten derselben Protest-Generation an. Es ist also offensichtlich mehr als ein reiner Generationswechsel; und es gibt keinen ›sich automatisch vollziehenden Prozeß des Älterwerdens‹ der Anpassung bedeutet, der Realpolitiker werden bedeutet. Dennoch: von Sare hörten wir die letzten Jahre wenig, eben weil er nicht bewußt und geplant auf Medienpolitik scharf war; weil er die links-politische Öffentlichkeit durch sein Beharren auf alten Engagement-Ebenen (Juze) keineswegs prägte und sich von grünen Perspektiven fernhielt. Dieses Verhalten dürfte, neben dem Privatisieren, dem Resignieren, dem Verwissenschaftlichen, dem Zyniker werden oder dem sich parteipolitisch Etablieren – der wohl bruchloseste Weg sein, sich in dieser Gesellschaft und ihren Widersprüchen über Wasser zu halten.

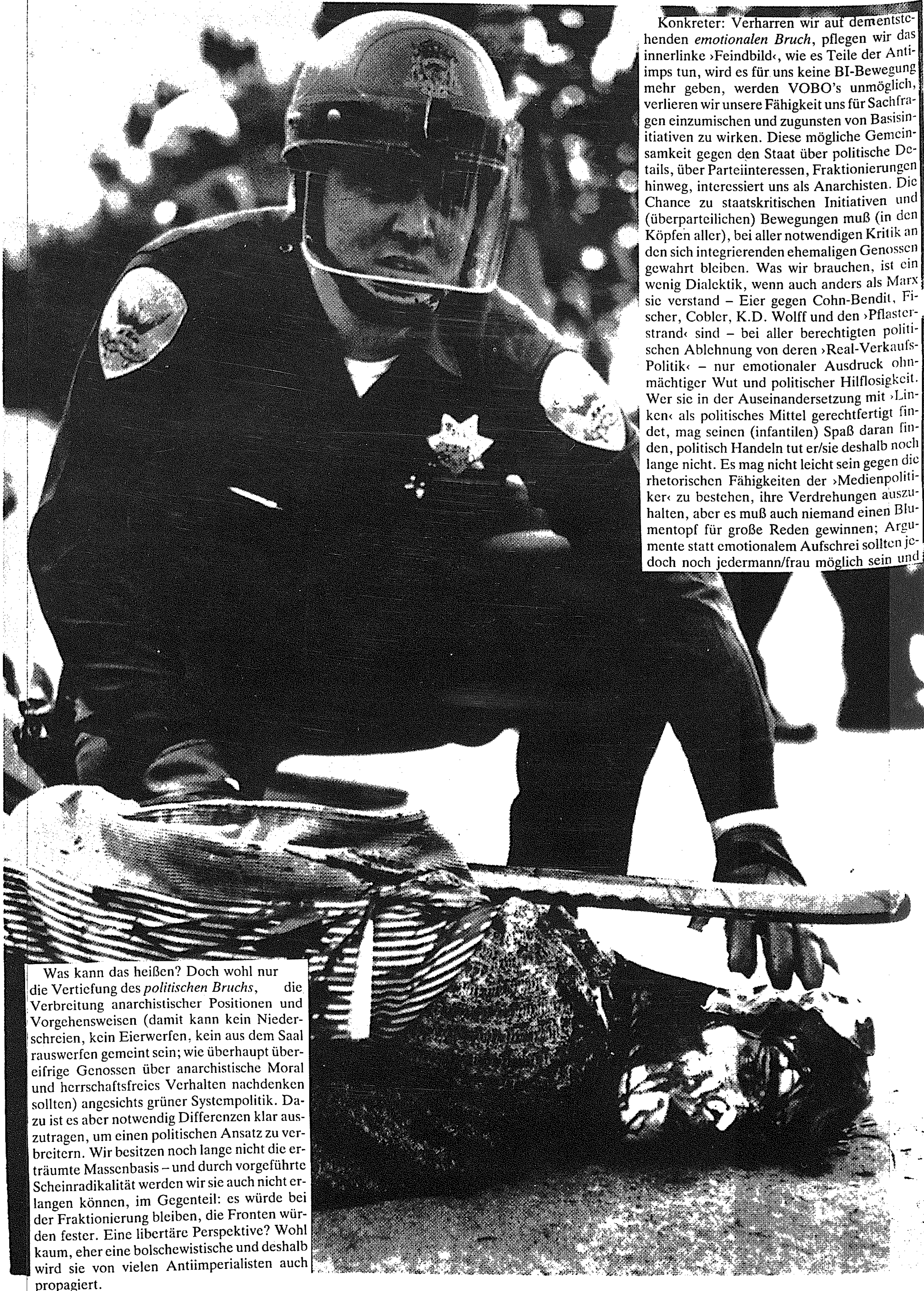
Es liegt nicht an Sare, daß die Öffentlichkeit bis zu seinem gewaltsamen Tod nichts mehr von ihm hörte, sondern an dieser Öffentlichkeit. Sie produziert geradezu Kehrtwendungen bzw. »Entwicklungen« wie die Joschka Fischers, weil sie immerzu ihnen *alle* Aufmerksamkeit zukommen läßt und so auch eine miese Politik, allein durch ihre Medienwirksamkeit eine wirkungsvolle Politik werden läßt; – egal wie *richtig* diese Politik am Ende ist. Der Erfolg entscheidet, dazu leben wir in einer Leistungsgesellschaft; – nur: es bleibt der Erfolg *dieser* Leistungsgesellschaft und transzendiert sie keineswegs.

Die Fischers, Cohn-Bendits u.a. suchen aus dieser Erkenntnis für sich und ihren politischen Ansatz Kapital zu schlagen, versuchen diese Gesellschaft mit ihren eigenen (Erfolgs-) Mechanismen auszutricksen. Die neue außergrüne Opposition verachtet diese Medienpolitik mindestens genauso wie die reformistische (Real-)Koalitionspolitik der GRÜNEN.

Der *Bruch* ist Wirklichkeit. Und die Medien, allen voran der SPIEGEL, stricken bereits an seiner Legende. Cora Stephan rezensiert, Georg Heinzen und Uwe Koch schrieben den passenden Roman »Von der Nutzlosigkeit, erwachsen zu werden«. Es ist oberflächlich und (eben) romanhaft, was dort gesagt wird u n d – es paßt dem SPIEGEL ins Konzept: die Alt-68er wollten sich ›einmischen‹, die Zwischengeneration (Mitte 70er) sieht keine Chance dazu, die Verweigerer, die Ausgelutschten, sie ›stehen daneben‹ und die 80er-Generation ist so verzweifelt im Abseits, daß sie nur noch da ist um ›abzubrechen‹. Dieser neue Mythos wird flugs auf Frankfurt übertragen und bedeutet nun: Cohn-Bendit und Co. werden mißverstanden und abgelehnt; die Autonomen drängen auf eine einfache Weltsicht und die anderen stehen schweigend dabei, haben keine Lust zur Integration aber uach keine zu Schlägereien. Eine politische Position kommt in dieser Art von Betrachtung nur noch ganz am Rande, als Aufhänger, vor.

Und wenn es ganz anders wäre? Wenn die ›anderen‹ eine diffizilere, der Sache gerechter werdende und perspektivbildendere Position hätten, die sich allerdings nicht so gut in Eier oder Parolen umsetzen läßt? Auf diese Idee kommen am angelinksten Rand stehende Romanschreiber und aufstrebende Rezensentinnen nicht, – d.h. nicht, daß sie mit ihrem Geschreibsel keinen Einfluß haben, man erinnere sich nur an den Skinhead-Import via Stern etc. Und da wird's prekär, viele der Betroffenen sitzen hinterher leicht selbst den vorgekauten Mythen vom Generationswechsel auf. **Es geht aber um politische Positionen, nicht um Generationen oder um emotionale Feindbilder innerhalb der ›Linken‹!**

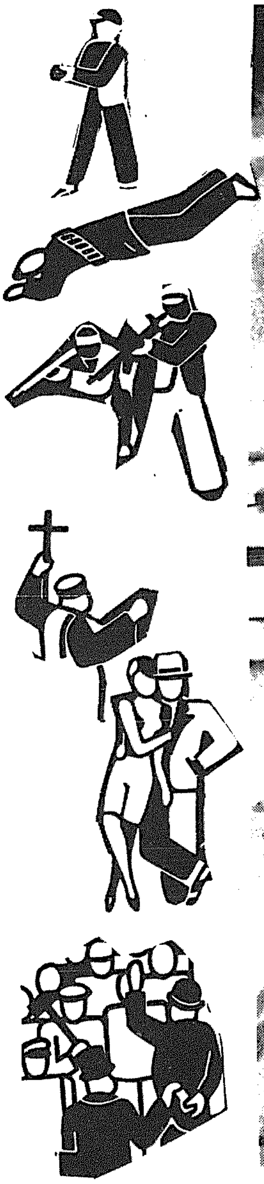
Konkreter: Verharren wir auf dem entstehenden *emotionalen Bruch*, pflegen wir das innerlinke ›Feindbild‹, wie es Teile der Antiimps tun, wird es für uns keine BI-Bewegung mehr geben, werden VOBO's unmöglich, verlieren wir unsere Fähigkeit uns für Sachfragen einzumischen und zugunsten von Basisinitiativen zu wirken. Diese mögliche Gemeinsamkeit gegen den Staat über politische Details, über Parteiinteressen, Fraktionierungen hinweg, interessiert uns als Anarchisten. Die Chance zu staatskritischen Initiativen und (überparteilichen) Bewegungen muß (in den Köpfen aller), bei aller notwendigen Kritik an den sich integrierenden ehemaligen Genossen gewahrt bleiben. Was wir brauchen, ist ein wenig Dialektik, wenn auch anders als Marx sie verstand – Eier gegen Cohn-Bendit, Fischer, Cobler, K.D. Wolff und den ›Pflasterstrand‹ sind – bei aller berechtigten politischen Ablehnung von deren ›Real-Verkaufs-Politik‹ – nur emotionaler Ausdruck ohnmächtiger Wut und politischer Hilflosigkeit. Wer sie in der Auseinandersetzung mit ›Linken‹ als politisches Mittel gerechtfertigt findet, mag seinen (infantilen) Spaß daran finden, politisch Handeln tut er/sie deshalb noch lange nicht. Es mag nicht leicht sein gegen die rhetorischen Fähigkeiten der ›Medienpolitiker‹ zu bestehen, ihre Verdrehungen auszuhalten, aber es muß auch niemand einen Blumentopf für große Reden gewinnen; Argumente statt emotionalem Aufschrei sollten jedoch noch jedermann/frau möglich sein und



Was kann das heißen? Doch wohl nur die Vertiefung des *politischen Bruchs*, die Verbreitung anarchistischer Positionen und Vorgehensweisen (damit kann kein Niederschreien, kein Eierwerfen, kein aus dem Saal rauswerfen gemeint sein; wie überhaupt übereifrige Genossen über anarchistische Moral und herrschaftsfreies Verhalten nachdenken sollten) angesichts grüner Systempolitik. Dazu ist es aber notwendig Differenzen klar auszutragen, um einen politischen Ansatz zu verbreitern. Wir besitzen noch lange nicht die erträumte Massenbasis – und durch vorgeführte Scheinradikalität werden wir sie auch nicht erlangen können, im Gegenteil: es würde bei der Fraktionierung bleiben, die Fronten würden fester. Eine libertäre Perspektive? Wohl kaum, eher eine bolschewistische und deshalb wird sie von vielen Antiimperialisten auch propagiert.

dem eigenen libertären Selbstverständnis wichtig bleiben. Will die autonome/anarchistische Linke nicht orientierungslos agieren, bleibt ein Mindestmaß an politischer Moral notwendig und d.h. z.B. daß Eier nur dort am Platze sind, wo man *kein* Rederecht erhält.
Es gilt die emotionale Spaltung zu vermeiden, den Mythos vom Generationenwechsel abzublocken und die politischen Positionen verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen, die einen Kurs, sich ins System rückzuintegrieren, ablehnen und Perspektiven für den anderen Weg deutlich werden lassen. Daß wir nicht gerade die beste Ausgangssituation dafür haben, beweist ein zweites Extrembeispiel in der Hamburger Szene. Verteilen wir die Rollen, so steht die *taz* anstelle der Pflasterstrand-Riege und die *Antiimps* (etwas isolierter) anstelle der Eierwerfer. Mit dem wesentlichen Unterschied, daß ein gewisser *Lochte* die Karten ausgegeben hat und die beteiligten Parteien nicht mehr ihr eigenes Spiel spielten.

Wäre Lochte der durchtriebene Analytiker der Scene als der er nachträglich erscheint, hätte er genau das versucht, was geschehen ist. Allein, wir glauben, daß es ein unerhörter Glücksfall für ihn war, daß er sein Zwischenziel erreicht hat. Ein Glücksfall zu dem es auf beiden Seiten (taz + Antiimps) mehr als eines politischen Idioten bedurfte. Die taz-Redaktion, die täglich im Plenum tagt, scheint keine Redakteure mit genügend politischer Moral mehr zu besitzen um eine solche Geschichte als unseriös abzublocken. Ja, ihre Werbeabteilung meint, sie könnte mit dem Hamburger Verfassungsschützer noch die eigene Wichtigkeit beweisen, ohne zu merken, daß solche Werbung politisch geschmacklos ist; (gerade wenn man den Betroffenen nicht nur solidarisch sondern auch zeitungskritisch gegenüberstehen will; gar selbst einmal noch weiter ging und vom Betroffenenstatus aus Zeitung machen wollte). Wenn die taz jedoch meint, der Bewegung mit solchen Interviews wichtige Infos mitteilen zu können, so muß sie auch die gesamten Interviewpassagen der betroffenen Gruppe zur Verfügung stellen und darf sich keinesfalls von Lochte und Konsorten Bedingungen stellen lassen, welche Passagen veröffentlicht werden dürfen, welche nicht. Wenn Lochte Bedingungen stellen kann, so ist der Eindruck nur logisch, daß er der Drahtzieher ist, nicht die taz. Das öffentlichkeitswirksame Argument der taz, sie habe – ergebnislos – dem Hafenstrassenplenum eine Stellungnahme angeboten, betreibt insofern Augenwischerei, weil sie weiß, wie politisch verschieden die Zusammensetzung der Häuser und wie teilweise schlecht besucht die Plena sind; eine sofortige Reaktion einer solch heterogenen Gruppe wäre nur möglich gewesen, hätte die taz dem Plenum den Gesamttext zur Verfügung gestellt und mit dem Teilabdruck einige Tage gewartet. Hätte die taz politische Moral, sie müßte nun nicht nachträglich um die Solidarität (via Distanzierung von den »Durchgeknallten«) der Linken hausieren gehen. Hätte die Linke (ob GAL, KB, Inis, Bulas, etc. – Ausnahmen wie ›Konkret‹ oder die Anarchisten vom ›Schwarzmarkt‹-Buchladen gab's zum Glück auch) politische Moral, sie würde sich nicht so unbesehen des *Mittels* der ›Distanzierung‹ bedient haben. Und zuletzt: Hätten die Antiimps politische Moral, sie wüßten – zumindest im Nachhinein –, daß ihre Aktion in die völlig falsche Richtung ging, daß sie nur selbst zum Handlanger Lochtes wurden und die Spaltung in der Hamburger Szene vertieften. Daß sie noch am 2.11. (in der taz!) rational ›nachbegründet‹ werden sollte (»gemeinsamer Angriff von Lochte und Taz«), zeigt wie wenig die Antiimps in der Lage sind, ihre eigene politische Rolle zu begreifen. Nicht alles – was politisch naiv ist und den Herrschenden zuarbeitet, ist vom CIA gesteuert und man sollte um die Realität zu kapieren, selbst nachdenken und nicht nur Phillip Agee zitieren. Überhaupt: die Methode (»Mode«) mit Zitaten unserer politischen Gegner zu arbeiten und diese quasi als Beweise zu benutzen, wird recht überanstrengt und verbietet sich ja gerade wegen der taz-Lochte Geschichte in diesem Fall.





Es kann Anarchisten nur um das Gegenteil von dem gehen, was Lochte will und ablesen können wir es am besten daran, was er erreicht hat: den emotionalen Bruch innerhalb der »undogmatischen« Linken.

Politisch, inhaltlich ist dieser *Bruch* vorhanden und berechtigt, – auf dieser Ebene kann er aber ausgetragen, ausdiskutiert, in eigenständige und gemeinsame Aktionen umgesetzt werden. Er kann an bestimmten Punkten (etwa im Kampf gegen Rassismus) solidarisch überwunden werden. Diese Auseinandersetzungsebene bleibt für radikale wie reformistische Linke notwendig; sie abzubrechen und ihre Anhänger aufzuteilen, bleibt das Herrschaftsinteresse des Staates. Nur über einen emotionalen Bruch, über die Sprachlosigkeit untereinander, kann es dem Staat gelingen, das für ihn günstige Klima zu schaffen.

In Hamburg hat er es im kleinen Rahmen vorexerziert. Und in Hamburg ist – nach meinem kurzen oberflächlichen Eindruck – die Szene so fraktioniert wie kaum in einer anderen Stadt der BRD. Nur 2 Tage nach der Taz-Verwüstung konnte die seit 3 Jahren besetzte Jägerpassage geräumt werden. Mit minimalstem Aufwand: ganze 10 Polizisten holten 4 Besetzer-/innen aus dem Haus. Auch die versuchte nächtliche Wiederbesetzung scheiterte an vielleicht 4 Dutzend Polizisten. Eine Telefonkette zu »solidarischen« Zeiten hätte gerade bei der Jägerpassage, die im Vergleich zur Hafenstrasse viel kompromißbereiter auf Forderungen des Senats eingegangen war, die gesamte Hamburger Linke mobilisieren müssen. Daß der Staat gerade an den Kompromißbereiteren testet, ob seine Entsolidarisierung von radikaler und systembezogener Linken funktioniert, zeigt wie gut er die entstandene Situation einzuschätzen und auszunutzen verstand. Eine sofortige Räumung der Hafenstrasse hätte zwar ebenfalls den Erfolg gehabt, daß die breite Solidarität ausgeblieben wäre, wäre aber auf den entschlossenen Widerstand einer (immer noch) weit größeren Gruppe gestossen.

Ein Preis, der nicht bezahlt zu werden braucht, wenn sich der emotionale Bruch weiter vertiefen ließe.

Wir hoffen jedoch, daß die Fraktionen – vielleicht angesichts des in Hamburg besonders ausgeprägten Faschistenproblems – zu wieder größerer Solidaritätsfähigkeit finden. Vielleicht mithilfe ausländischer Genossen?

Unruhen in Spanien

von Lutz A. Bredlow, Barcelona

Unruhen in Spanien. Was erwartet Spanien in EG und NATO? Welche Maßnahmen laufen – weitgehend unbeachtet – um den kulturellen, sozialen und vor allem kapitalistischen Angleichungsprozeß möglichst reibungslos zu machen? Eine aktuelle – auf den Industriebereich konzentrierte [weit drastischer dürfte die ›Veränderung‹ die »unrentable (Subsistenz-)Landwirtschaft« treffen; die spanische Kultur dürfte ihre Eigenheiten plattgewalzt bekommen . . .] – Analyse Lutz Bredlows zur Situation Spaniens zum Beginn des Jubiläumsjahres »50 Jahre Spanische Revolution«, in dem (nicht mehr nur im SF) auch in Rundfunk- und Fernsehsendungen der ›Spanische Bürgerkrieg‹ »wiederentdeckt« werden wird; inwieweit dabei die ›Soziale Revolution‹ berücksichtigt wird, werden wir sehen müssen. Unseren Teil wollen wir beitragen, . . . um der ›Pluralität‹ willen.



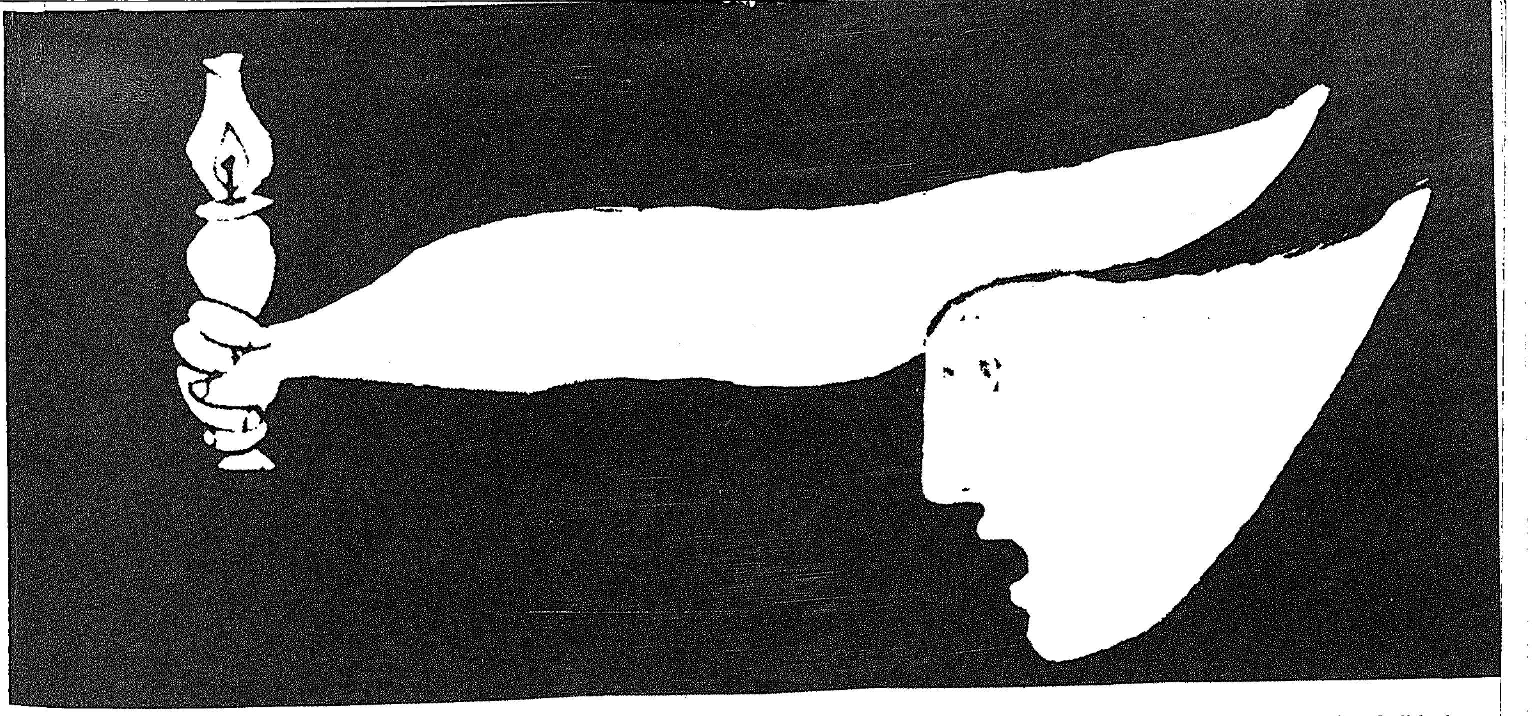
Einen Winter lang kämpften Werftarbeiter in Bilbao, Gijón, El Ferrol, Vigo und anderen Städten Nordspaniens mit Barrikaden, Molotowcocktails, Steinschleudern und – seit neuestem – mit selbstgebastelten Gewehren gegen ein Regierungsdekret, das die Eliminierung von über 20 000 Arbeitsplätzen vorsieht. Aber dieser bislang gewaltsamste Klassenkonflikt seit dem Ende des Franco-Regimes hat bis jetzt kaum ein Echo in anderen Teilen des Landes gefunden. Von der Revolutionseuphorie der frühen 70er Jahre ist nichts mehr zu spüren: diesmal ist es ein Kampf ums Überleben, in einem Land mit drei Millionen Arbeitslosen, von denen rund drei Viertel keinerlei Unterstützung empfangen. Und niemand weiß einen überzeugenden Ausweg aus dieser Lage. Der folgende Artikel analysiert die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Hintergründe der Situation.

Antiquierte Macht

Spanien betrat das internationale Krisenszenario der siebziger Jahre mit dem Ballast eines jahrzehntelangen Rückstands in seiner industriell-kapitalistischen Entwicklung. Die moderne kapitalistische Großindustrie, mit Fließbandproduktion und tayloristischer Arbeitsorganisation, die sich in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern schon vor dem 2. Weltkrieg durchgesetzt hatte, hatte hier erst in den 50er und 60er Jahren Fuß gefaßt; aber die gesellschaftlichen und politischen Strukturen des Franco-Regimes waren den Erfordernissen einer modernen kapitalistischen Gesellschaft denkbar unangemessen und konnten sich nur äußerst langsam und mühselig den neuen Bedingungen anpassen. Das Ende des Bürgerkriegs 1939 bedeutete den Sieg der rückständigsten Fraktionen der herrschenden Klassen (der Oligarchie von Großgrundbesitz, Militär und Klerus) über ihre relativ modernen Fraktionen (die baskische und katalanische Industrie- und Finanzbourgeoisie). Die gescheiterte bürgerlich-demokratische Revolution (wie die gescheiterte soziale Revolution, die der Autor hier aus der Betrachtung ausläßt; SF) wurde ersetzt durch einen widersprüchlichen und schwerfälligen Anpassungsprozeß der vom Franco-Regime restaurierten oligarchischen Machtstrukturen an die Erfordernisse des modernen Kapitalismus. Dieser Anpassungsprozeß verlief lange Jahre unterirdisch hinter der Fassade der alten autoritären Machtstrukturen; erst seit Mitte der 70er Jahre trat er offen zutage: angesichts der wachsenden sozialen Unruhe, derer das abgewirtschaftete Regime Francos nicht mehr Herr wurde, sahen sich die alten Machthaber gezwungen, von heute auf morgen ihren alten fachistischen Idealen abzuschwören und die Demokratie einzuführen, um ihre Macht zu behalten.

Multinationaler Kapitalismus und alte Strukturschwächen

Das ist ihnen zweifellos auch bis heute gelungen. Wenn sich die erstarrten Machtverhältnisse der spanischen Gesellschaft heute infrage gestellt sehen, dann nicht von den Kämpfen der spanischen Arbeiter, und ganz bestimmt nicht von der »sozialistischen« Regierung des Herrn Gonzalez, sondern von der übermächtigen Konkurrenz der multinationalen Unternehmen. Denn kapitalistische Herrschaft lebt nicht von der Repression allein (sonst wäre Spanien sicher noch immer eine der führenden Großmächte), sie muß auch aus den Arbeitern genügend Mehrwert herauspressen, um ihre Unternehmen auf den nationalen und internationalen Märkten konkurrenzfähig zu machen. Und in diesem Punkt sieht es recht düster aus für den spanischen Kapitalismus. Vom Gesichtspunkt einer modernen und effizienten Ausbeutung der Ware Arbeitskraft her betrachtet, ist Spaniens Wirtschaft hoffnungslos veraltet. Und das aus einer ganzen Reihe von tief in der Geschichte und den Sozialstrukturen des Landes verwurzelten Gründen. Seit dem Ende des vergangenen Jahrhunderts schützte der Protektionismus der aufeinanderfolgenden Regierungen die einheimische Industrie mittels hoher Einfuhrzölle vor der übermächtigen ausländischen Konkurrenz. Autarkie und nationale Selbstversorgung waren oberste Priorität der Wirtschaftspolitik Francos. Das ging soweit, daß noch in den 60er Jahren viele der modernsten Betriebe Spaniens nur mittels Schmuggel und Beamtenbestechung ihre Versorgung mit moderner Maschinerie sicherstellen konnten. So mußte die Autarkiepolitik schließlich aufgegeben werden, aber ihre Folgen sind kaum noch aus der Welt zu schaffen: Produktivitätsraten, die noch heute weit unter dem europäischen Durchschnitt liegen; ein unüberschbares Chaos von vorsintflutlichen Klein- und Kleinstbetrieben, und schließlich eine Reihe von staalich subventionierten Großindustrien, die einst in den 50er Jahren geschaffen wurden, um die Selbstversorgung mit »strategisch wichtigen« Gütern sicherzustellen, ohne sich dabei um deren wirtschaftliche Rentabilität zu kümmern. Dazu kommt das traditionelle Übergewicht des bürokratischen Wasserkopfs (8,4% der aktiven Bevölkerung Spaniens arbeiten in der Staatsverwaltung) und die Folgen des chaotischen Wirtschaftsbooms der 60er Jahre, der sich großenteils in unproduktiven Branchen niederschlug (Tourismus, Bauindustrie, Banken und Spekulationen aller Art), wo sich kurzfristig höhere Profite herausschlagen ließen, während man infrastrukturwichtige produktive Wirtschaftszweige vernachlässigte oder aber ausländischen Investoren überließ. Das materielle Elend in den rückständigen Agrarzonen, das den städtischen Industrien den stets ausreichenden Nachschub an hungrigen Arbeitsemigranten garantierte, sorgte zusammen mit Francos Polizei dafür, daß die Löhne niedrig blieben und die Kapitalisten die gleichen Profitraten kassierten, wie sie in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern mit der Einführung produktivitätssteigernder technischer Neuerungen erzielt wurden.



Die Entsolidarisierung durch »Untergrundökonomie«

Doch mit der modernen Industrie hielt auch der moderne Klassenkampf seinen Einzug und brachte nicht nur die geheiligte Tradition der niedrigen Löhne ins Wanken, sondern auch die Formen der institutionellen Machtausübung. Die späten 60er und frühen 70er Jahre standen im Zeichen der wilden Massenstreiks und der autonomen und selbstorganisierten Kämpfe in Fabriken, Stadtvierteln, Schulen und Universitäten. Der Kampf für konkrete Verbesserungen der unmittelbaren Lebensbedingungen überschnitt sich mit dem Kampf gegen die Diktatur und für die »Demokratie« oder für den »Sozialismus« – Worte, unter denen sich nach vierzig Jahren Zensur kaum jemand etwas allzu Genaues vorstellen konnte. Doch mit der 1976 eingeleiteten Demokratisierung des Regimes änderte sich die Lage von Grund auf: Gewerkschaften und Parteien der Linken und der nationalen Minderheiten traten aus dem Untergrund hervor und **verwandelten sich in Teilhaber der etablierten Macht**, die einen als Sozialpartner von Kapital und Regierung, die anderen hielten Einzug in Parlamente iund Stadtverwaltungen. **Doch wenn wir in Rechnung stellen, daß die Massenkämpfe der letzten Jahre der Diktatur zu großen Teilen unabhängig von den traditionellen Organisationen der Linken und oftmals sogar offen gegen dieselben ausgefochten wurden, dann bietet deren Integration in den Staatsapparat und die dadurch hervorgerufene politische Verwirrung keine ausreichende Erklärung dafür, warum diese Kämpfe unter der Demokratie keine Fortsetzung fanden.**

Im Großen und Ganzen geschah das Gleiche wie im übrigen Europa: forderten die Arbeiter höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen und waren überdies auch noch imstande, diese Forderungen durchzusetzen, so mußten die Unternehmer eben andere Arbeiter suchen, die aus welchen Gründen auch immer bereit waren, ihre Arbeitskraft zu geringeren Löhnen zu verkaufen. Das geschah einerseits in Form der Verlagerung von Industrien in überseeische Ländern mit geringeren Lohnniveaus – im Fall Spaniens, vor allem nach Lateinamerika –, andererseits mittels der »Untergrundökonomie« – illegale Beschäftigung in Heimarbeit oder klandestinen Kleinbetrieben –, die in den letzten Jahren erhebliche Ausmaße angenommen hat (genaue Daten sind nicht ausfindig zu machen, aber Experten schätzen, daß z.B. rund 30% der spanischen Schuhexporte aus der »Untergrundökonomie« stammen.) Aber die »Untergrundökonomie« ist nur ein Aspekt einer tiefgreifenden Veränderung in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft. Zu der entsolidarisierenden Wirkung der endlosen Zersplitterung der Klasse in mehr oder weniger krisengefährdete Sektoren, Groß- und Kleinbetriebe, legal und illegal Beschäftigte, Arbeitslose mit und ohne Unterstützung, kommt im Inneren des einzelnen Betriebs die hierarchische Spaltung in einen »festen Stamm« von »zuverlässigen« Arbeitern mit Langzeitverträgen, einen mittleren Kreis von Arbeitern mit Kurzzeitverträgen und einen äußeren Kreis von illegal Beschäftigten, die nach Bedarf angestellt oder entlassen werden. Diese Beschäftigungsstruktur, die in den Klein- und Mittelbetrieben gang und gebe ist – und, nebenbei gesagt, in den öffentlichen Diensten –, findet ihre Entsprechung in den Großbetrieben mit der Spaltung zwischen den in die »gestreute Fabrik« der illegalen Kleinbetriebe ausgelagerten Teilfertigungsprozessen und der zunehmend auf die Endmontage reduzierten Stammfabrik, während in den weniger kapitalintensiven Branchen wie der Textil-, Schuh- und Spielzeugindustrie ganze Industriezweige in der »Untergrundökonomie« versickern. Die Wirkung ist in allen Fällen die gleiche: die Unternehmen können ihre Beschäftigungslage der jeweiligen Konjunktur anpassen, ohne auf die Interessen der Arbeiter Rücksicht zu nehmen, und schüren zugleich den Konkurrenzkampf und die Entsolidarisierung unter den Arbeitern selbst.

Kurz gesagt, das Kapital hat die Krise in eine Waffe gegen die Arbeiter umgewandelt. Die Drohung mit der Arbeitslosigkeit hat das Kräfteverhältnis zugunsten der Unternehmerseite umgekehrt. Spanien hat heute eine der höchsten Arbeitslosenquoten Westeuropas: 3 Millionen Arbeitslose, von denen rund drei Viertel *keinerlei Unterstützung* empfangen. Entsprechend waren die Arbeiterkämpfe des letzten halben Jahrzehnts fast durchweg defensiven Charakters: gegen Entlassungen und Betriebsstillegungen und oft einfach zur Einforderung von seit Monaten ausstehenden Lohnzahlungen. Aber wer dort kämpfte, waren leider fast ausschließlich die jeweils unmittelbar Betroffenen – eine effektive Solidarisierung der noch Beschäftigten mit den von Stillegungen oder Betriebsschließungen Betroffenen ist jedenfalls bis jetzt eher die Ausnahme gewesen.

Doch trotz seit Jahren sinkender Reallöhne und kontinuierlich steigender Unternehmerprofite hören die Investitionen nicht auf zu stagnieren. Dem spanischen Kapital ist es – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht gelungen, seine veralteten Produktionsstrukturen an die moderen Marktbedingungen anzupassen. Doch eine durchgehende Modernisierung des spanischen Kapitalismus, die die schleppende Kapitalakkumulation wieder auf Touren bringen konnte, erforderte nicht weniger als eine noch weitergehende Senkung der Reallöhne, eine effiziente Reorganisierung des kapitalistischen Kommandos über die Arbeit, empfindliche Kürzungen des ohnehin schon für europäische Verhältnisse äußerst mageren Sozialhaushalts und an allerster Stelle die ganze oder teilweise Eliminierung von ganzen Industriezweigen – der defizitären staatlichen Schwerindustrie und der unrentablen Klein- und Mittelbetriebe – und eine durchgreifende Rationalisierung der verbleibenden Betriebe – d.h. den Verlust von weiteren zehntausenden Arbeitsplätzen. Die Schaffung neuer technologisch fortgeschrittener Industrien bedeutete wiederum, aufgrund des schwachen technologischen Entwicklungsniveaus Spaniens, einen verstärkten Einfluß ausländischer Kapitalinvestitionen auf Kosten weiter Teile der einheimischen Bourgeoisie, ohne jedoch eine Aussicht auf die Ersetzung der eliminierten Arbeitsplätze durch eine neue zu eröffnen, stellt man sich den hohen Automatisierungsgrad der modernen Spitzenindustrien vor Augen.

Verglichen mit Gonzales ist Mitterand ein Linksradikaler

Eine solche Roßkur erforderte jedoch eine kohärente Planung und eine organisierte politisch-gesellschaftliche Kraft, die imstande war, sie durchzusetzen. Nun zeichnet sich die spanische Bourgeoisie durch ihre notorische Unfähigkeit aus, ihre gemeinsamen Interessen in einer einheitlichen politischen Partei zu artikulieren, die etwa den konservativen, christdemokratischen oder liberalen Parteien des übrigen Westeuropa vergleichbar wäre. Unter dem Franco-Regime hatte sie dergleichen

chen nicht nötig gehabt, denn der repressive Staatsapparat sorgte von selbst für die notwendige Einheit, und innerhalb des auf die herrschende Oligarchie beschränkten Pluralismus, den die verschwommenen Prinzipien des Regimes zuließen, kochte jede einzelne Machtfraktion das Süppchen ihrer eigenen privaten Cliquenpolitik. Daher ging aus der Demokratisierung des Regimes keine starke bürgerliche Partei hervor, sondern eine Vielfalt rivalisierender Interessengruppen. Die farblose Union des Demokratischen Zentrums (UCD), improvisierte Notgemeinschaft der zur Demokratie bekehrten Erben des alten Regimes, zerbrach innerhalb weniger Jahre in ein halbes Dutzend konkurriender Splitterparteien. Außerdem bleiben noch die ultrakonservative Alianza Popular (AP) und andererseits die autonomistischen Parteien des baskischen und katalanischen Bürgertums: alles in allem Kräfte, die beim besten Willen nicht im selben Boot unterzubringen sind.

Demgegenüber besaß die sozialistische Partei (PSOE) sämtliche Qualitäten, die sie als planendes Hirn des ideellen Gesamtkapitalisten geeignet machten: ein effiziente und landesweit verankerte Parteiorganisation – praktisch die einzige in Spanien –, die überdies den mitgliederstärksten Gewerkschaftsverband UGT kontrolliert; ein Führungsteam von qualifizierten Wirtschaftswissenschaftlern und am SPD-Modell Deutschland geschulten Technokraten; ein Programm, in dem von dem verwässerten Marxismus ihrer Exiljahre nicht mehr die leiseste Spur zu finden ist und demgegenüber sich Mitterand vergleichsweise als Linksradikaler ausnimmt; und schließlich eine recht erhebliche Popularität, die sie außer ihrem Namen und dem Mangel an politischer Bildung der Bevölkerungsmehrheit auch dem Umstand verdankte, seit dem Bürgerkrieg in keiner Regierung mehr vertreten gewesen zu sein, und die die Aussicht eröffnete, daß die meisten Leute einer sozialistischen Regierung Vieles durchgehen lassen würden, was bei einer Rechtsregierung weitaus größere Empörung erregen könnte.

Ein Ersatz-IWF ›reformiert‹ Spanien

Doch den Ausschlag gab schließlich das Machtwort des internationalen Finanzkapitals. Im Spätsommer 1982 stand der spanische Staat vor der Pleite. Um die aus Geldmangel steckengebliebenen wirtschaftlichen Strukturreformen weiterzuführen und die enorme Auslandsverschuldung abzahlen zu können, wartete man auf einen Kredit von 200 Millionen Dollar, den ein *Konsortium von 15 nordamerikanischen, europäischen und japanischen Banken* dem spanischen Königreich angeboten hatte. Doch die lebensrettende Finanzspritze war an drastische Bedingungen gebunden, die den beim Internationalen Währungsfonds üblichen kaum an Härte nachstanden: Abwertung der Pesete, Senkung der Lohnkosten, um die Investitionen zu stimulieren, Erhöhung der Brennstoffpreise, eine energische Restrukturierungspolitik, Schließung der defizitären Staatsindustrien usw. Und die Bankiers zweifelten mit Recht daran, daß die abgewirtschaftete und zerstrittene Zentrumsregierung Leopoldo Calvo Sotelos imstande wäre, ein derart unpopuläres Programm erfolgreich durchzuführen. Eine starke, kompetente und populäre Regierung mußte her. So blieb nichts anderes übrig, als für Oktober 1982 Neuwahlen einzuberufen, die wie vorgesehen von den Sozialisten gewonnen wurden.

Das erfolgreichste Wahlversprechen der PSOE war die Schaffung von 800 000 neuen Arbeitsplätzen, obwohl niemand genau zu sagen wußte, wie sie das wohl zuwege bringen würden. Nach und nach stellte sich heraus, auf welch simpler Milchmädchenrechnung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm beruhte: die Löhne müssen sinken und die Profite steigen, damit die Unternehmer wieder Mut zum Investieren schöpfen und somit neue Arbeitsplätze schaffen können. Ein fauler Witz, den die Regierung aber trotzdem nicht müde wird zu erzählen. Man kann sich leicht ausrechnen, wie tief die Löhne der spanischen Arbeiter wohl sinken müssten, damit ihre Arbeitskraft billiger wird als die ihrer hungernden Kollegen in den lateinamerikanischen Elendsvierteln (die sich andersseits trotzdem bekanntlich nicht gerade besonders sicherer Arbeitsplätze erfreuen).



Es versteht sich von selbst, daß die Pläne der neuen Regierung in Unternehmerkreisen ein sehr positives Echo fanden.

»Ein Programm wie dieses sollte die Investitionen der multinationalen Unternehmen nicht bremsen, sondern stimulieren«, meinte der Präsident von IBM Spanien und der Vorsitzende des Bankunternehmerverbandes, Rafael Termes, kommentierte zufrieden: »Das ist genau das, was das Land braucht«.

Die paradoxe ›Logik‹ des Kapitals

Ende Februar 1983 ließ Industrieminister Carlos Solchaga dann die Katze aus dem Sack: Tausende von Entlassungen und Reduzierung der Produktionskapazitäten in der Metallindustrie, im Hüttenwesen und im Schiffbau; verstärkte Konzentration der »atomisierten« Branchen, um Rationalisierungen und Einführung neuer Technologien zu ermöglichen; Reduzierung und stärkere Marktorientierung im öffentlichen Sektor; Übertragung der Automobilindustrie an multinationale Konzerne. Wie man es auch dreht und wendet, unter dem Strich kommt nichts anderes heraus als immer mehr Arbeitslose. Doch am Ende des düsteren Tunnels leuchtet das Versprechen der neuen »Spitzenindustrien«, in denen der Regierung zufolge Spaniens Zukunft liegen soll: Mikroelektronik, Roboter, Optik, Telematik, Satelliten, Software, Militärelektronik und andere exotisch klingenden Sachen. Trotz des relativen Wachstums dieser Branchen ist es ein offenes Geheimnis, daß hier niemals mehr als eine Handvoll hochqualifizierter Facharbeiter Arbeit finden werden. Überdies hängt die spanische high-technology-Produktion fast vollständig von ausländischen Unternehmen ab, und damit von entsprechenden Handelsabkommen mit den entsprechenden Regierungen, deren Preis oftmals in der Reduzierung der spanischen Produktionskapazitäten in denjenigen Branchen besteht, die der Wirtschaft anderer Länder Konkurrenz machen könnten (Landwirtschaft, Weinbau, Hüttenwesen . . .).

Die Logik des Kapitals ist paradox, aber unausweichlich: muß die Hälfte der spanischen Wirtschaft dichtgemacht werden, weil sie auf internationalen Märkten nicht wettbewerbsfähig ist, so muß die andere Hälfte abgeholzt werden, weil sie es zu sehr ist und der ausländischen Konkurrenz ins Gehege kommen könnte. Und manchmal ist nur schwer auszumachen, welcher der beiden Gründe im Einzelfall ausschlaggebend ist. So wurde das staatseigene Hüttenwerk von Puerto de Sagunto, eines der größten Spaniens, wegen mangelnder Rentabilität stillgelegt, während japanische Experten schätzten, daß eine Modernisierung des Werkes innerhalb von zwölf Jahren das zweieinhalbfache dessen an Gewinn einbringen könnte, was sie kosten würde. Das aber hätte eine gefährliche Konkurrenz für das französische und italienische Hüttenwesen bedeutet.

Die von Franco eingeleitete, von seinen Nachfolgern durcheinandergebrachte und von der sozialistischen Regierung mit frischen Kräften wieder in Gang gebrachte industrielle Strukturreform, die berüchtigte »reconversión industria« beinhaltete die Eliminierung von über 80 000 Arbeitsplätzen allein zwischen 1981 und 1986. Das brachte eine neue Dimension auch in den Arbeiterwiderstand gegen die Entlassungen und Betriebsstillegungen. Bis dahin war der typische Fall der des kriminellen Kleinunternehmers gewesen, der sich über Nacht ins Ausland verpisste und seinen Arbeitern die Löhne für das letzte halbe Jahr schuldig blieb. Diese reagierten in der Regel mit Betriebsbesetzungen, die ihnen allerdings auch nicht weiterhalfen, da die Produktionsanlagen ohnehin nur noch Schrottwert besassen, die Behörden bedauernd erklärten, da sei wohl nichts zu machen und auch die Gewerkschasften keine Lust hatten, sich derart aussichtsloser Fälle anzunehmen. Jetzt aber ging es nicht mehr um ein- oder zweihundert Arbeiter irgendeiner unbekannten Zubehörfabrik, sondern um Betriebe, die zu den größten Spaniens gehörten, und damit um das Schicksal ganzer Städte und Regionen. Und der direkte Verantwortliche der Misere war nicht mehr irgendein untergetauchter Industriepirat, sondern die gewählte Regierung des Landes.

Der neue ›[un-]organisierte, lokale‹ Widerstand

Der erste Schlag war die Schließung des



staatseigenen *Hüttenwerks von Puerto de Sagunto*, einer Kleinstadt an der Mittelmeerküste, in der Nähe von Valencia, deren Einwohner fast alle direkt oder indirekt von diesem Werk abhingen. Als im März 1983 die Anordnung zur Schließung des ersten Hochofens und die bevorstehende Entlassung von rund 3000 Arbeitern bekannt wurden, trat die Belegschaft auf der Stelle in den Streik. Ein paar Tage später traf der Präsident des Unternehmens, José Mariá de Lucía, ein, um mit dem Betriebsrat zu verhandeln. Doch kaum im Verwaltungsgebäude des Betriebs angelangt, fand er sich von Tausenden von Arbeitern umzingelt, die androhten, ihn nicht eher herauszulassen, als bis die angekündigten Maßnahmen zurückgenommen wären. Der Hüttenbonze rief die Polizei, aber den Arbeitern gelang es, mit Megaphonwagen innerhalb weniger Stunden rund 20 000 Einwohner der Stadt zu mobilisieren, die das Gebäude umzingelten und mit Sprechchören wie etwa »Lucía, du Schwein, wir bringen dich um« den Forderungen der »Kidnapper« wirksamen Nachdruck verliehen. An einem Baum eines nahestehenden Platzes wurde unterdessen eine Strohpuppe gehenkt, die dem entführten Präsidenten täuschend ähnlich sah . . . Die sonst für ihre Brutalität bekannte spanische Nationalpolizei traute sich diesmal nicht einzugreifen, und nach zehnstündiger Gefangenschaft unterzeichnete der Schlotbürokrat schließlich die Forderungen der Hüttenarbeiter. Doch kaum freigelassen, erklärte er dieses Zugeständnis für null und nichtig, da es unter Gewaltandrohung abgerungen. Als einige Wochen später führende Vertreter der PSOE vor Ort eintrafen, um die Gemüter zu besänftigen, konnten sie nur die Warnschüsse ihrer Leibwächter davor retten, von der Menge gelyncht zu werden. Und der Betriebsratsvorsitzende des Hüttenwerks erklärte gegenüber Journalisten: »Wenn die das Werk wirklich schließen wollen, dann müssen sie die Armee einsetzen.« Die sozialistische Landesregierung von Valencia beschuldigte als Urheber dieses gewaltätigen Klimas abwechselnd »faschistische Provokateure«, die Wühlarbeit der Kommunistischen Partei oder aber eine infame »Allianz der extremen Rechten und der extremen Linken«, in jedem Fall aber »bedeutungslose Minderheiten« die »schon immer gegen die Demokratie waren«.

Nichts davon entsprach der Wahrheit: die opportunistischen verbalen Proteste der ultrakonservativen Alianza Popular gegen die Regierungsmaßnahmen brachten dieser keinerlei Sympathien ein, und die unbestreitbar führende Rolle der kommunistischen Gewerkschafter im Betriebsrat übte im Ganzen eher einen mäßigenden Einfluß aus. **Die Unruhen von Puerto de Sagunto entsprangen der spontanen Initiative der Bevölkerung einer ganzen Stadt, die sich von Arbeitslosigkeit und Elend bedroht sah; derselben Bevölkerung, die noch in den letzten Parlamentswahlen mit überwältigender Mehrheit für die Sozialisten gestimmt hatte.**

»Nein zum Tod einer Stadt. Verteidigen wir uns.«

Hieß es auf Plakaten, die in fast allen Geschäften der Ortschaft aushingen. Die Presse sprach von einer »Sowjetisierung« der Stadt, in der nicht mehr die Regierungsorgane das Sagen hätten, sondern der mehrheitlich kommunistische Betriebsrat des Hüttenwerks. Doch das war (leider) weit übertrieben. Der Betriebsratsvorsitzende erklärte unmißverständlich in einem Presseinterview:»Nicht einen Augenblick lang haben wir versucht, einen Arbeiterrat zu schaffen. Wir respektieren die sozialistische Regierung, denn sie stützt sich auf die Wählermehrheit und die Verfassung. Jeder Versuch, die Autorität der Regierung zu untergraben, hieße das Volk zu täuschen«.

Der Kampf von Puerto de Sagunto dauerte fast ein Jahr lang an, mit mehreren Generalstreiks der ganzen Stadt, gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, Besetzung des französischen, italienischen und deutschen Konsulats usw. [Wer hat in der BRD je davon gehört??]

Doch trotz allem setzten nach monatelangen Verhandlungen, Demonstrationen, Protestaktionen und nochmals Verhandlungen, die Behörden schließlich ihren Plan durch, wenn auch mit geringfügigen Abstrichen, die von den verhandelnden Gewerkschaften als akzeptabler Kompromiß hingestellt wurden. Das erpresserische Rezept der Behörden war das gleiche, das später gegen die Werftarbeiter zur Anwendung kam: den von Entlassung bedrohten Arbeitern wird angeboten, sich in den sogenannten »Beschäftigungsförderungsfonds« einzuschreiben. Damit erwerben sie das Recht, drei Jahre lang Arbeitslosenunterstützung zu beziehen, sowie ein Vorzugsrecht auf die in der Region neu zu schaffenden Arbeitsplätze. Vorbedingung aber ist der schriftliche und unwiderrufliche Verzicht auf den bisherigen Arbeitsplatz. Und wer das nicht tut, läuft Gefahr, entlassen zu werden und das Recht auf Arbeitslosenunterstützung zu verlieren.

Es bleibt hinzuzufügen, daß die Solidaritätsbezeugungen mit Puerto de Sagunto im übrigen Spanien auf rein symbolische Proteste und Demonstrationen beschränkt blieben.

1984: die zweite Phase des neuen ›[un-]organisierten Widerstands

Der zweite Schlag traf die Werftarbeiter Nordspaniens: im September 1984 kündigte die Schiffbauleitung des nationalen Industrieinstituts (Verwaltung der staatseigenen Betriebe) die Entlassung von über 8000 Arbeitern der staatlichen Werften an. Aber der wirkliche Verlust an Arbeitsplätzen mußte zweifellos um ein Mehrfaches höher ausfalle, denn von jedem Arbeitsplatz im Schiffbau hängen rund zweieinhalb weitere in Zulieferbetrieben usw. ab. Überdies waren mehrere der am härtesten betroffenen Zonen Gebiete nationaler Minderheiten – das Baskenland und Galizien –, die sich seit jeher von den aufeinanderfolgenden Zentralregierungen in Madrid diskriminiert fühlen.

In der Reaktion der Gewerkschaften gegenüber den Regierungsmaßnahmen treten von Anfang an zwei entgegengesetzte Haltungen auf (bekanntlich gibt es in Spanien keine



Einheitsgewerkschaft, sondern mehrere größtenteils an politische Parteien gebundene Gewerkschaftsverbände, sowie eine Reihe von unabhängigen Branchengewerkschaften): die der sozialistischen Partei angeschlossene UGT und die Gewerkschaft Baskischer Arbeiter (ELA-STV), die der konservativen Baskischen Nationalistischen Partei (PNV) nahesteht, sind mit den Rationalisierungsplänen im Grundsätzlichen einverstanden und bereit, mit den Behörden zu verhandeln um, wie sie sagen, das Beste für die Arbeiter herauszuholen. Die übrigen Gewerkschaften, wie die prokommunistischen Comisiones Obreras (CCOO) und eine Reihe kleiner Organisationen, sehen in diesen Verhandlungen reine Augenwischerei und mobilisieren sich zum offenen Kampf gegen das Rationalisierungsprogramm; und dies ist auch die Haltung der überwältigenden Mehrheit der betroffenen Arbeiter.

Am 27. September 1984 kommt es zu den ersten gewaltsamen Protestaktionen und Straßenschlachten gegen die Polizei. In El Ferrol und Oviedo errichten die Werftarbeiter Barrikaden, während ihre Kollegen in Bilbao das Börsengebäude besetzen. Im Verlauf der folgenden Wochen und Monate wiederholen sich die Zusammenstösse in dichter Folge und mit einem wachsenden Grad an Militanz auf den Straßen von Bilbao, Sestao, Gijón, Oviedo, El Ferrol, Vigo, Santander . . . und greifen im Dezember auch auf Cádiz (Andalusien) über.

Am 17. Oktober verlässt die baskische ELA-STV den Verhandlungstisch mit der Feststellung: »Sie haben uns keinen anderen Weg mehr offengelassen als den der Barrikaden«.

Von nun an stehen die Bürokraten der UGT mit ihrer Verhandlungsfarce allein. Ihre Aufrufe zur Mäßigung finden selbst unter ihren eigenen Mitgliedern immer weniger Gehör, während sie unter den übrigen Arbeitern helle Empörung hervorrufen. Die UGT-Abteilung der Werftarbeiter von Cádiz beschließt im Dezember ihre Selbstauflösung, weil die Mitglieder sich von ihrer eigenen Organisation ausverkauft fühlen. Auf einer Demonstration in El Ferrol werden UGT-Mitglieder tätlich angegriffen; und Betriebsräte derselben Gewerkschaft beklagen sich, daß es ihnen nicht mehr möglich ist, »regulär ihren gewerkschaftlichen Aufgaben nachzugehen«. In der Nacht zum 1. Februar, ebenfalls in EL Ferrol, wird das Haus eines lokalen UGT-Bonzen von Unbekannten mit Brandbomben niedergebrannt. Die regierungseigene Gewerkschaft wird von Tag zu Tag unpopulärer.

Unterdessen radikalisiert sich die Protestbewegung unter dem Druck der Gewerkschaftsbasis, der unorganisierten Arbeiter und der radikaleren gewerkschaftlichen Strömungen. Gingen die Proteste gegen die »reconversión« des Schiffbausektors anfangs von den größeren und eher gemäßigten Organisationen aus, die im folgenden bestrebt waren, die Proteste in das stillere Fahrwasser von *rein symbolischen* Streiks und friedlichen Massendemonstrationen zu lenken, (CCOO; die parteilose Gewerkschaftliche Arbeiterunion USO; die linksgerichteten galizischen Nationalisten der INTG und später die baskische ELA-STV), so wurden diese schon bald von der Militanz der Arbeiter überholt; und im gleichen Zug wuchs die Beteiligung von radikaleren Gewerkschaftsorganisationen, die eine weitaus kämpferische Linie vertraten: die asturianische CSI (Linke Gewerkschaftsströmung), eine linksradikale Abspaltung der CCOO; die baskische LAB, die sich der militanten Unabhängigkeitsbewegung der »abertzales« zugehörig fühlt; die anarchosyndikalistische CNT-AIT, in der Zeit des Bürgerkriegs die stärkste Gewerkschaft Spaniens, heute jedoch nahezu bedeutungslos, und eine ganze Reihe kleinerer Kollektive, die meist auf lokaler Ebene arbeiten.

Unterdessen werden die ersten Kritiken an den »mehrheitlichen« Gewerkschaften laut. Niemand hat vergessen, daß CCOO noch bis vor kurzem zusammen mit der UGT an sämtlichen »Sozialpakten« mit der Regierung und dem Unternehmerverband beteiligt gewesen war. [Nur die CNT hatte sich diesen Pakten und damit auch den Betriebsräten konsequent verweigert, was (zunächst) zu ihrer Isolierung und mehrmaligen Spaltung geführt hatte. SF]
In einem Communiqué mehrer Gruppen baskischer Werftarbeiter heißt es: »Schon reden ELA und CCOO wieder von der Notwendigkeit neuer Verhandlungen. Es macht ihnen Angst zu sehen, wie weit die kämpferische Entschlossenheit der Werftarbeiter geht, und sie legen alles darauf an, sich die Zügel nicht aus der Hand gleiten zu lassen. CCOO hat unmißverständlich klargestellt, daß ihre Organisation sich von den ›wilden und antidemokratischen‹ Methoden des Barrikadenkampfes distanziert. Und ELA versucht in den Werften von Sestao alles zu verhindern, was über die klassischen ›Spaziergänge‹ hinausgeht, während sie in Bilbao dazu nicht den Mut aufbringt, wo sogar einige ihrer Mitglieder aktiv auf den Barrikaden dabei sind«.
Und in einer Erklärung des Autonomen Arbeiterkollektivs von Sestao (CAT): »Gewisse Gewerkschaften wollen keine frontale Konfrontation gegen die Rationalisierungspläne, sondern legen es nur darauf an, daß statt 8300 Entlassungen ein paar weniger herauskommen, daß das Wort ›Entlassung‹ durch ›Suspendierung‹ ersetzt wird usw. Dies

und nichts andres, sagen sie, ist das Ziel, das es zu erreichen gilt. Das aber trägt nicht im Geringsten zur Verteidigung unserer Arbeitsplätze bei, sondern führt nur zu den üblichen Rechtfertigungen a lá ›mehr war nicht zu machen‹«.
Während des von den Gewerkschaften einberufenen Generalstreiks des Schiffbausektors am 31. Oktober, versuchten in Bilbao an die 50 Arbeiter der Euskalduna-Werft die Partei- und Gewerkschaftsbonzen von der Spitze des Demonstrationszugs abzudrängen:»Die wollen doch nur im Fernsehen rauskommen!« Eine Resolution der Betriebsversammlung von Euskalduna präzisierte eine Woche später, bezüglich des »Aktionsprogramms« der Gewerkschaften: »Das ist kein Aktionsprogramm, sondern ein Aktions-Lähmungsprogramm!«

Die Arbeiter der Euskalduna-Werft in Bilbao sind zweifellos die zähesten und kämpferischsten unter den Werftarbeitern. Die Belegschaft der beiden Werke, aus denen sich der Betrieb zusammensetzt, soll nach dem Regierungsprojekt von insgesamt 2887 auf 200 Beschäftigte reduziert werden. Während mehrerer Monate wiederholen sich fast täglich die Demonstrationen und Straßenschlachten in Bilbao. Die Arbeiter unterbrachen mit Barrikaden den Verkehr auf Durchgangsstraßen und Bahnlinien, besetzten den Bahnhof und den Flughafen, und wenn die Polizei sie mit Gummigeschossen und Rauchbomben angriff, setzten sie sich mit Steinschleudern zur Wehr, mit denen sie außer Steinen auch Schrauben, Muttern, Kugellager und andere harte Metallgegenstände verschossen, wie sie auf der Werft reichlich zu finden waren. Um den schon zur Gewohnheit gewordenen Ausfällen der Werftarbeiter in die City ein Ende zu machen, umzingelte die Polizei das Werk mit Panzerwagen, um die Arbeiter in die Enge zu treiben. Diese aber verschanzten sich im Inneren der Fabrik, die sich innerhalb weniger Stunden in eine wahre Festung verwandelte. Von dort aus verteidigten sie sich mit Steinschleudern und Molotowcocktails. Der Erfindungsreichtum der Werftarbeiter kannte keine Grenzen, was die Umwandlung von Industriematerialien in effiziente Angriffs- und Verteidigungswaffen anging. Die gigantischen Abspritzschläuche der Werft kamen als Wasserwerfer zum Einsatz, und die acht Tonnen schweren Gewichte der Schiffswaagen wurden zu Panzersperren umfunktioniert. Die Zugänge zur Fabrik wurden mit schweren Eisenplatten abgedichtet. Und um die lästigen Rauchbombenangriffe der Polizei abzuwehren, demontierten die Arbeiter die Ventilatoren aus den Werkhallen und benutzten sie, um den atemberaubenden Qualm auf seine uniformierten Urheber zurückzuventilieren. Unter der »Neugestaltung der Schiffbauindustrie«, von der so viel die Rede ist, hatte sich die Regierung sicher etwas ganz anderes vorgestellt . . . Doch trotz allem wurde im Inneren der Werft immer noch gearbeitet.

Im Morgengrauen des 23. November stürmte die Polizei, mit Panzerwagen und Maschinengewehren bewaffnet, die Eusakluna-Werft. Die Arbeiter setzten sich verzweifelt zur Wehr, sahen sich aber schon bald in die Defensive gedrängt. Die Schlacht endet mit einer brutalen Verfolgungsjagd durch die Werfthallen, bei der die Polizisten rücksichtslos alle zusammenknüppeln, die ihnen in die Hände fallen. Ein 53jähriger Arbeiter stirbt an einem Herzinfarkt. Ein Toter, zwei schwer- und über 200 leichtverletzte Arbeiter sind die traurige Bilanz des Polizeiüberfalls auf die Werft. Die Brutalität der Staatsgewalt provoziert neue Protestdemonstrationen im ganzen Baskenland. Fast zur gleichen Zeit verstärkt ein weiterer Mord den Haß der Basken auf die staatlichen Repressionskräfte: wenige Tage zuvor war Santi Brouard, Anführer der linksgerichteten Unabhängigkeitsbewegung Herri Batasuna, von rechtsextremen Terroristen der sogenannten »Antiterroristischen Befreiungsgruppen« ermordet worden, einer obskuren Untergrundorganisationen, hinter der viele den langen Arm von Polizei oder Geheimdiensten vermuten.

Der längere Atem der Herrschenden

Nach mehrmonatigem Nervenkrieg beginnt die Widerstandsfront der Werftarbeiter schließlich nach und nach abzubrökeln. Immer mehr schrieben sich individuell in den »Beschäftigungsförderungsfond« ein, aus Angst, außer der Arbeit auch noch die Arbeitslosenunterstützung zu verlieren und trotz der gegenteiligen Beschlüße zum Boykott des Fonds, die auf den Betriebsversammlungen mehrerer Werften gefaßt wurden. Die Behörden stellen ein Ultimatum nach dem anderen; viele unterzeichnen den fatalen Pakt, trauen sich aber nicht, das vor ihren Kollegen einzugestehen; andere schöpfen Verdacht, daß die Behörden die Zahl der schon eingeschriebenen künstlich hochspielen . . . Die Ungewißheit verstärkt die Angst und in einer Werft nach der anderen gibt die Mehrheit schließlich nach; – und nach ihr, verbittert, die Minderheit der Entschlossenen und Unnachgiebigen . . . Am 28. Dezember, nachdem sich laut offiziellen Daten bereits mehr als die Hälfte der betroffenen Werftarbeiter in den Fonds eingeschrieben haben, akzeptieren auch die Arbeiter von Euskalduna das Linsengericht des Beschäftigungsfonds. Ihnen folgen innerhalb weniger Tage fast alle anderen Werke. Nur noch die Arbeiter der Astano-Werke in El Ferrol weigern sich standhaft nachzugeben. Über 1600 von ihnen werden wenige Wochen später fristlos entlassen.

Die notwendige Ausweitung kam (noch) zu spät

Doch der Kampf der Werftarbeiter ist damit noch lange nicht zu Ende. Die Arbeiter von Euskalduna versammeln sich weiterhin jede Woche und versuchen zugleich, sich verstärkt auf lokaler Ebene mit den Kämpfen in anderen Industriezweigen zu koordinieren. In Gijón, Vigo und El Ferrol dauerten die Proteste und Straßenschlachten noch mehrere Monate lang an. Noch Anfang Juni 85 flammten die Unruhen in Gijón wieder auf, als es um die Schließung der privaten Werft Cantábrico y Riera ging. Diesmal setzten die Arbeiter erstmals außer den bereits traditionellen Barrikaden und Steinschleudern auch selbstgebastelte Gewehre ein.

Trotz allem scheint die Schlacht um die Werften heute so gut wie verloren. Aber noch stehen ähnliche Rationalisierungsprogramme in anderen Industriezweigen ins Haus (staatliche Maschinenfabriken, Elektroartikel, Werkzeugmaschinenbau . . .), Kürzungen im Sozialhaushalt und andere Maßnahmen, die so bald nicht aufhören werden, frisches Öl auf das schwelende Feuer der proletarischen Unzufriedenheit zu gießen. Das zeigte sich bei dem landesweiten Generalstreik gegen die Kürzung der Pensionen am 20. Juni: die Beteiligung übertraf sämtliche Voraussagen.

Die Krisis der Gewerkschaften

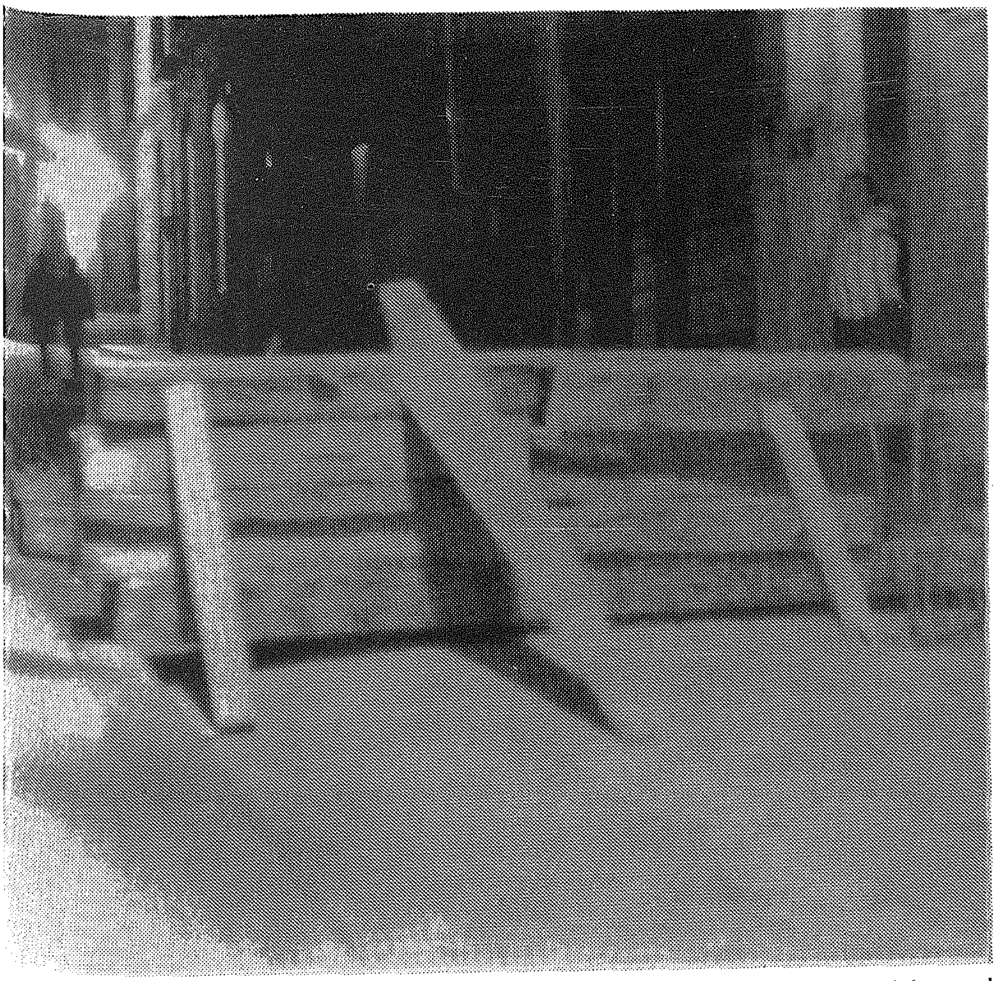
Zur gleichen Zeit scheinen sich neue und noch widersprüchliche Formen der *Arbeiterautonomie* abzuzeichnen, vor allem was das komplexe Verhältnis zwischen Arbeiterkämpfen und Gewerkschaftsapparaten angeht. **Die Gesamtmitgliederzahl der spanischen Gewerkschaften fiel zwischen 1978 und 1983 von 4,8 Millionen auf weniger als 1 Million, also um beinahe 80%,** das war teils der Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Kompromißpolitik der Gewerkschaftsbürokratien zuzuschreiben, teils der allgemeinen Resignation in einer Periode der Niederlage, und schließlich dem Umstand, daß diejenigen Wirtschaftszweige, in denen die Gewerkschaften ihre stärkste Verankerung besaßen, auch die am härtesten von der Krise betroffenen waren. Heute finden sich die Gewerkschaftsbürokratien in Spanien wie auch in anderen Ländern gegenüber dem staatlichen Krisenmanagement in einer Zwickmühle: wo es um massive Kürzungen der Reallöhne, tausende von Entlassungen und Stillegung ganzer Industriezweige geht, werden die altbeliebten Mittelwege und Kompromißlösungen zunehmend unmöglich. Und damit wird es für die Gewerkschaftsbürokratien immer schwieriger, ihrer althergebrachten Rolle als Vermittler zwischen Arbeiter und Kapital nachzukommen. Spielen sie das Spiel des staatlich-kapitalistischen Krisenmanagements mit, so laufen sie Gefahr als Vertreter der Arbeiter zu verlieren (der Fall der UGT). Setzen sie dagegen auf den Arbeiterwiderstand – der unter den gegenwärtigen Bedingungen wenig Aussicht auf unmittelbare Erfolge hat, die sie wie früher nachträglich ihren eigenen Lorbeeren zuguteschreiben könnten –, so setzen sie nicht nur ihre Pfünde als stille Teilhaber des Staatsapparats aufs Spiel (die spanischen Gewerkschaften finanzieren sich zu großen Teilen aus staatlichen Subventionen)-[nur die im Sozialpakt eingebundenen, SF], sondern riskieren überdies, spontane Massenbewegungen zu entfesseln, die erfahrungsgemäß sehr gut ohne Bürokraten auskommen. So bleibt den Gewerkschaftsführern nur noch eine Aufgabe: die programmierte Niederlage der Arbeiter zu organisieren. Dazu ist nötig, daß diese unter Mühen und Opfern erkämpft wird; die Kampfkraft der Arbeiter muß in aufwendigen, aber ineffizienten Aktionen verschlissen werden, damit die Niederlage als unabwendbar, die kleinsten Zugeständnisse als große Erfolge und die Bürokraten als die Helden des ganzen erscheinen. In Puerto de Sagunto ist ihnen das noch relativ gut gelungen (der zuständige Generalsekretär des Metallarbeiterverbandes mußte allerdings seinen Posten an den Nagel hängen, nachdem er versucht hatte, die Schlappe als »relativen Erfolg« zu verkaufen). Aber mit der Zeit tritt die Manipulation ans Licht, die Arbeiter wählen ihre eigenen Kampfformen, und die Bürokraten sehen sich gezwungen, gute Miene zum bösen Spiel der Barrikadenkämpfer zu machen, wollen sie nicht das Gesicht verlieren. Die Bürokraten der CCOO, die sich während der Kämpfe der Werftarbeiter in den Fabriken bemühten, der Gewalttätigkeit der Arbeiter Einhalt zu gebieten, wagten es dennoch keinen Augenblick, sich von derselben öffentlich zu distanzieren, wenn Regierung, UGT und Presse sie – ganz zu Unrecht selbstverständlich – als Anstifter der Straßenkrawalle hinstellten, wohl in der Überzeugung, ihrem Image als ›kämpferische‹ Gewerkschaft könne das nur zugute kommen.

Die Basis und die unteren Gewerkschaftsränge nehmen diese scheinhafte Radikalisierung oft für bare Münze und tragen so das ihre zur Verwirrung bei: oft ist es schwer auszumachen, wo die opportunistische Scheinradikalität der Partei- und Gewerkschaftsapparate aufhört und die langsame und widersprüchliche aber authentische Radikalisierung der Basis anfängt. In den CCOO mischen sich diese Widersprüche mit den interen Machtkämpfen zwischen den diversen eurokommunistischen Flügeln der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) und den abgespaltenen prosowjetischen Fraktionen, die letztes Jahr eine eigene Partei gegründet haben, diffuser Ausdruck der Rebellion der kommunistischen Arbeiterbasis gegen den Opportunismus des Parteiapparats.

. . . die neuen Formen der Arbeiterautonomie

Wie gestaltet sich nun unter diesen Bedingungen das Verhältnis zwischen der Eigendynamik der Arbeiterkämpfe und der Gewerkschaftsapparate? Ein Detail springt ins Auge: die offenen Zusammenstösse zwischen autonomen Arbeiterversammlungen (asambleas) [Forderung u.a. auch der CNT-AIT,SF] und Gewerkschaften, wie sie vor zehn Jahren an der Tagesordnung waren, mit ihren jeder permanenten Organisation feindlichen »asambleístas«, einer Art moderner Rätekommunisten, die »Alle Macht den Vollversammlungen, nieder mit Parteien und Gewerkschaften« zu ihrer Losung gemacht hatten, sind nur noch selten zu finden. Die »asambleistischen« Strömungen, die noch existieren, haben sich





inzwischen selbst in gewerkschaftsähnlichen Zusammenschlüssen organisiert: dazu gehören die mächtige Organisation der Hafenarbeiter und eine Reihe kleinerer Kollektive in anderen Sektoren.

Andererseits gewinnt man dagegen bei näherer Betrachtung den Eindruck, daß die Arbeiter in vielen Konflikten auf die Gewerkschaften zurückgreifen, wo immer das ihren eigenen unmittelbaren Interessen zugutezukommen scheint, es jedoch entschieden ablehnen, ihre eigenen Kämpfe für die Interessen der Gewerkschaftsapparate funktionalisieren zu lassen. So wurde der Streik der Postarbeiter von Barcelona im letzten Frühjahr den CCOO praktisch von den Vollversammlungen aufgezwungen; und im Streik der Lehrer Kataloniens im Mai wurden so gut wie alle von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Forderungen, hinsichtlich der »Verteidigung der Gewerkschaften« usw. von den Vollversammlungen rundweg zurückgewiesen.

Und die Zukunft? – Spanien ein 3. Weltland der EG?

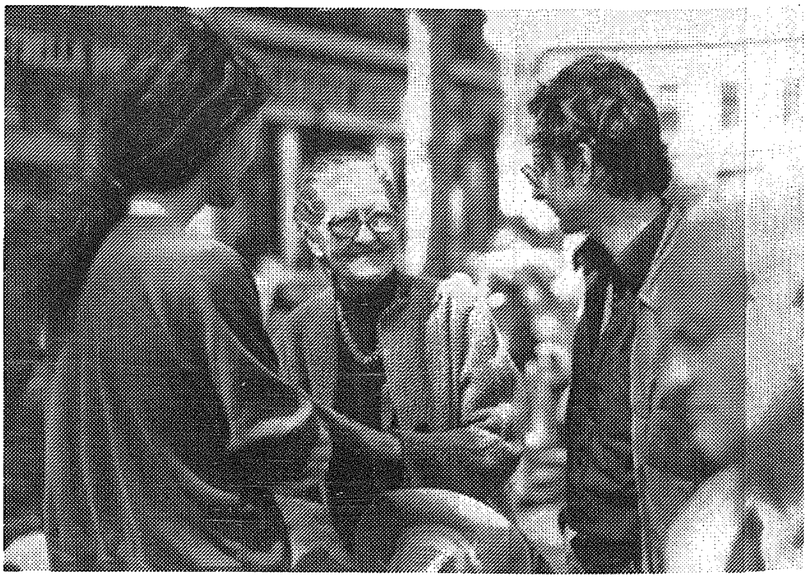
Rationalisierungen, Entlassungen, epidemische Arbeitslosigkeit und Elend, Kürzungen der Sozialausgaben . . . ein finsterer Sog, der einen Betrieb, einen Industriezweig, eine Stadt, eine Region nach der anderen verschlingt. Und niemand weiß einen überzeugenden Ausweg aus dieser Lage. Die punktuellen Forderungen nach Aufrechterhaltungen von Produktionskapazitäten und Arbeitsplätzen im jeweiligen Heimatland, die sich auf die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Betriebe beruft, können das Problem nicht lösen, sondern nur geographisch verlagern.

Und hinsichtlich der von der Linken und den Gewerkschaften vorgeschlagenen Globallösungen (Arbeitszeitverkürzung, Investition in neue Industrien, Schaffung neuer Arbeitsplätze in unproduktiven, aber »gesellschaftlich nützlichen« Sektoren, Ausbau des Sozialwesens . . .), bleibt es – abgesehen von der Frage, wie weit diese unter den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarkts durchführbar sind – mehr als zweifelhaft, ob derlei Maßnahmen gegenüber der globalen Tendenz zur Automatisierung der Arbeitsprozesse mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein wären. Denn diese Tendenz entspringt nicht der Willkür oder Unfähigkeit der Machthaber, sondern den immanenten Gesetzen der Kapitalakkumulation (und in diesem Sinn ist auch die Politik der »sozialistischen« Regierung Spaniens nicht »verfehlt«, wie viele meinen, sondern die einzige, die ihr als *Regierung des Kapitals* möglich ist): fortschreitende Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine war seit jeher die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Entwicklung. Daran hat sich, seit Anfang des vorigen Jahrhunderts die Leineweber durch den mechanischen Webstuhl ersetzt wurden, auch im Zeitalter der Computer und der Mikroelektronik nichts geändert: der Maßstab hat gewechselt, aber der zugrundeliegende Mechanismus ist noch immer derselbe. Nur in einer radikal anderen Gesellschaftsordnung, ohne Kapitalakkumulation, Lohnarbeit und Warenaustausch, in der nicht mehr die Menschen für die Produktion da wären, sondern die Produktion für die Menschen, würde der technologische »Fortschritt« aufhören, Quelle von Arbeitslosigkeit und Elend zu sein, und sich in ein Hilfsmittel für die allseitige kreative Entfaltung der Individuen verwandeln.

Interview mit Clara Thalmann (Teil 1)
»Dem Unterdrücker ans Genick«

von Winand Ehls und Axel Wagener

/ Black Star Press Duisburg-Göttingen



Clara Thalmann in Nizza

Vorbemerkung

Das im folgenden abgedruckte Interview mit der Schweizer Revolutionärin Clara Thalmann entstand im September 1984 auf der *Séréna*. Als wir dorthin fuhren, wußten wir nicht, was uns dort erwarten würde. Wir waren in erster Linie von einem inhaltlichen Interesse getrieben, eine Augenzeugin der Spanischen Revolution zu sprechen, mehr über ihre Rolle als aktive Kämpferin in dieser einzigartigen Revolution zu erfahren und herauszufinden, wie sie über die gegenwärtigen sozialen und politischen Konflikte denkt.

Die Woche, die wir dann mit ihr und den anderen Kommunard/-inn/-en auf der Séréna verbrachten – und in besonderem Maße die darauffolgende Woche, in der wir gemeinsam das internationale anarchistische Treffen vom Herbst '84 in Venedig besuchten – ließ uns neben der bekannten Revolutionärin auch die Clara im Alltag kennenlernen. Ihre offene und temperamentvolle Persönlichkeit eroberte unsere Herzen im Sturm. Deswegen, und weil sich in ihrem Leben politisches und persönliches besonders miteinander verbindet, bezogen wir in unser Interview spontan auch die private Persönlichkeit Claras mit ein.

Der folgende 1. Teil des Interviews setzt sich thematisch fast ausschließlich mit der Spanischen Revolution von 1936–1939 auseinander.

Im darauffolgenden 2. Teil (SF-21) kommen Claras aktuelle politische Kommentare zur Sprache und die Erfahrungen und Ereignisse, die sie geprägt haben und ihr persönlich wichtig sind.

Wir haben geschwankt ob persönliche Worte wie diese im Rahmen einer theoretisch ausgerichteten anarchistischen Vierteljahresschrift am Platz sind. Doch dann gab die Überlegung »warum eigentlich nicht?« bzw. »gerade dann!« den Ausschlag. Dies verbindet sich nicht zuletzt mit einer subjektivistischen Geschichtsauffassung, einer »Geschichte von unten«, die das Schwergewicht auf die direkt Betroffenen, auf Augenzeugen und Teilnehmer legt.

Bei einem Spaziergang stimmte Clara ein Lied an: »Dem Unterdrücker ans Genick, jagt sie fort, jagt sie fort die Despoten, heraus mit der Fahne der roten . . .« – sodaß wir nach einer Überschrift für das Interview nicht lange suchen brauchten.

Salud compañera!

Frage: Seit einiger Zeit ist das Thema der Spanischen Revolution sehr populär geworden. Sogar die bürgerlichen Medien sind inzwischen zu Abnehmern alternativer Medienprojekte geworden – wie auch der Film, den du und Augustin Souchy mit der Medienwerkstatt Freiburg vor einem Jahr gedreht habt.[1] Wie erklärst du dir dieses plötzliche Interesse? Und was löst der Begriff ›Spanische Revolution‹ aus, wenn du ihn nennen hörst?

Als der Putsch losging war sofort Generalstreik, in Katalonien und, ich glaube, in ganz Spanien. Und später wurde von der Gewerkschaft, der CNT, das Land beschlagnahmt. Aber das ging immer von der Basis aus – die haben nicht gewartet, daß ihnen einer sagt, was sie zu tun haben.

Das kommt, glaube ich davon, daß die Anarchisten in den größten Orten überall diese *ateneos*[2] hatten, in denen viel Kulturarbeit und Bildung gemacht wurde. Und dann denke ich, liegt's am spanischen Charakter.

Als sie nun diese Kolllektiven gegründet haben, haben sie keinen gezwungen, in die Kollektive reinzugehen. Die Landarbeiter, die sowieso nichts hatten, sind natürlich ohne weiteres rein.

Die Kleinbauern aber haben gesagt ›nein‹. Da haben sie lange, 2,3 Tage diskutiert: ›Ja, er kann sein Land haben, aber nur soviel, wie er selbst bearbeiten kann, mit der Familie‹. Sie haben die Kleinbauern also eingeschränkt, aber die eigentliche Entscheidung, die war wirklich ganz freiwillig. Ein bestimmter Druck war da, von den Anarchisten, eine anarchistische Beeinflussung.

Auch mit der Waffe in der Hand, natürlich, erst mußte ja mal der Putsch ganz ausgeräumt werden, es gab ja noch viele faschistische Saboteure.

Interessanterweise war es ja auch so, daß die großen Landbesitzer nie auf ihrem Land waren, sondern nur gekommen sind, um die Abgaben einzuziehen. Diese Landbesitzer hatten schon vor dem Putsch Bescheid gewußt und viele von ihnen waren noch rechtzeitig weggekommen.

Aber die, die noch da waren, denen ging es an den Kragen. Also die Spanier haben denen immer gesagt: ›Also bei uns ist es sauber. Hier gibt es keine Faschisten mehr.‹

Frage: Die Großgrundbeitzer, die noch angetroffen wurden, wurden also liquidiert?

Clara: Ja. Die hatten sich zum Teil mit der Waffe in der Hand gewehrt.

Frage: Wir fanden den Film ›Die lange Hoffnung‹ sehr eindrucksvoll. Da der Film zwangsläufig nur ein Ausschnitt aus einem insgesamt umfangreicheren Material sein kann – aus produktionstechnishen Gründen – würden wir gerne wissen, ob der Film als Endprodukt nach deiner Meinung eine gute Auswertung des Gesamtmaterials darstellt. Bist du zufrieden damit?

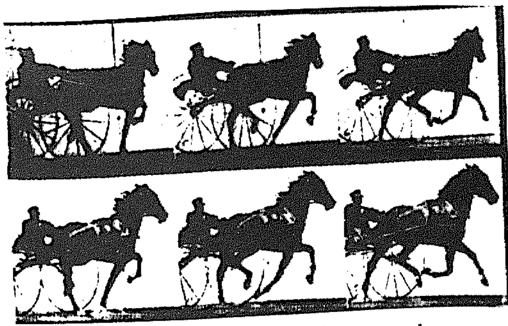
Clara: Nicht ganz. Ich hätte gerne noch einige sehr aufrührende Diskussionen mit anarchistischen Gruppen dringehabt.

Sehr beeindruckend war für mich, z.B. in Montsone, daß diese ehemaligen Kollektive aus der Revolution heute zu Kooperativen zusammengefaßt sind. Die Leute dort haben sich eine absolut anarchistische Geisteshaltung bewahrt, sind Anarchisten.

Frage: Wie war das möglich? Hatte die lange, 40-jährige Franco-Diktatur nicht sämtliche revolutionären Strukturen in Blut ertränkt?

Clara: Das interessasnte war, daß Franco die Kollektive nicht aufgelöst hatte, sondern zu Kooperativen in seinem Sinne umfunktioniert hatte. Denn in den revolutionären Kollektiven hatten sie während des gesamten Krieges 2,3 mal mehr geerntet, als früher.

Da hatte natürlich auch die Begeisterung der Arbeiter eine Rolle gespielt. Die haben so gut gearbeitet, gemeinsam gearbeitet, daß viele von diesen Kleinbauern später in die Kollektive eintraten – weil es ihnen dort besser ging. Und – da ist noch etwas sehr Interessantes. Das habe ich erst später erlebt, aber das kann ich trotzdem auch gleich sagen: Es war ja Erntezeit, nicht, und so haben sie dann ein Komitee gewählt, den *consejo*[3]. Das Komitee hat die Waren nach Barcelona verkauft, aber auch an die Front, die haben sehr viel an die Milizen geliefert. Sie haben Listen aufgestellt, was die Bauern brauchten und was sie einkaufen mußten. Jeder im Dorf konnte dort seinen Bedarf angeben. Und wenn die Komiteedelegierten zurückkamen, haben sie alles genau abgerechnet – vor der ganzen Versammlung.



Und wenn einer nicht einverstanden war, konnte er das völlig ungehindert sagen – »warum habt ihr das eingekauft? Ist doch gar nicht nötig!« – also eine totale Kontrolle.

Wenn die Versammlung nicht zufrieden war mit den Ein- und Verkäufern, haben sie sie ausgewechselt.

Aber zurück zu dem Film, da mußte man schneiden. Schade, daß man Montsone z.B. nicht mit reinnehmen konnte. Also die Diskussion mit den alten und jungen Anarchisten dort waren unerhört und daß diese Kooperativen heute noch bestehen ist wirklich bemerkenswert.

Frage: Wie kam es, daß Franco sie nicht aufgelöst hat? Da herrschte doch ein Geist vor, der ihm und seinen Kumpanen zuwider sein mußte.

Clara: Ja, sicher. Also Franco hat natürlich sofort alle Latifundien an diejenigen, die noch da waren, zurückgegeben. Übrigens auch die rebublikanischen Stalinisten hatten schon gesagt: »Man darf die Leute nicht einfach enteignen, man muß zurückbezahlen.[4]«

Aber die Faschisten haben die Kollektive zum Teil gelassen. Also sie haben sie in Form von Kooperativen weitergeführt und die Besitzer gelassen – wie das im einzelnen, gerichtlich vor sich ging, weiß ich nicht genau.[5] Auf jeden Fall, und das haben sie uns in verschiedenen Dörfern erzählt, haben sie als Kooperative weitergearbeitet.

Frage: Jetzt fällt mir spontan noch ein, das erzählte Barbara[6] letztens. Es gibt in dem Film eine Szene, wo sich Frauen unterhalten, und zwar über diese Konsumhefte, diese *libretas*[7], die während der Revolution an Geldes statt kursierten – vor allem im rein anarchistisch kontrollierten freien Teil Aragóns. Und sie erzählte, daß das, so wie es im Film gesagt wurde, ein schweres Mißverständnis ist: daß diese Frauen nämlich in Spanisch über die Franco-Zeit berichten würden und nicht über die Zeit während der Revolution – sinngemäß, daß es ihnen zu dieser Zeit gut gegangen sei. Stimmt das?

Clara: Nicht ganz. Also die hatten sowieso Angst auszusagen, sie wollten ja erst überhaupt nicht sprechen. Und da haben wir gefragt: »Wie war's denn unter der Revolutionszeit?« Daraufhin haben sie erzählt: »Wir haben gearbeitet. Man hat uns nicht gefragt, sondern man hat uns eingeteilt – ›das und das macht ihr‹. Auf diese Weise haben sie Frauen und Kinder eingeteilt und dafür haben sie einen bestimmten Lohn bekommen, entweder Gutscheine oder Geld. Die Frauen haben halbtags gearbeitet.

Und diese Frauen im Film haben gesagt: »Man hat uns nicht gefragt, was wir machen sollen. Aber gehungert haben wir nie – auch unter Franco nicht!« Man muß das verstehen, die Leute hatten Angst, da war noch Spuk mit Tejero[8]. Als wir zu derselben Zeit die Leute auf der Straße aufnehmen wollten, haben sie gesagt: „Nein, nein, nein!"

Dann habe ich die Frauen und auch die alten Männer einzeln angesprochen. Da haben sie mir dann gesagt, wie *grausam* es war unter Franco und daß fast keine ihrer Familien verschont worden sei – nach dem Bürgerkrieg. Unter Franco konnten sie z.B. nicht einmal auf der Straße zusammenstehen. Mehr als 3 Personen durften da gar nicht zusammenstehen. Sie haben auch erzählt, wie sie in der Kollektive gearbeitet hatten und daß es ihnen da besser gegangen sei, als unter Franco – aber nur einzeln. Sie hatten, wie gesagt, Angst darüber zu sprechen. Sehr schade, zusammen trauten sie sich nicht. Sie waren ganz positiv für die Kollektive, aber alle haben sie gesagt: »Das war schrecklich. Nie wieder Bürgerkrieg.« Jede Familie hat da Leute verloren.

Frage: Eine andere Stelle, die uns noch stark im Gedächtnis blieb, war: Da diskutierst du mit Augustin Souchy über die Rolle der Gewalt in der Revolution. Unser Eindruck war, daß eurem Gespräch eigentlich ein Mißverständnis zugrunde lag. Du hast betont, daß es zu Anfang der Revolution notwendig gewesen sei, die Gewehre zu gebrauchen um überhaupt die Faschisten vollständig zu vertreiben und die Kollektive erst einmal bilden zu können.

Demgegenüber meinte Augustin, daß es eine gewaltlose Revolution gewesen sei, ohne Zwang. Daraufhin hast du nochmal klargemacht, daß es anfangs, in der revolutionären Phase, notwendig gewesen sei, die Gewehre sprechen zu lassen. Daraufhin erwiderte er sinngemäß: »Ja, das war aber nur anfangs. Aber die Kollektive selbst, das war ein friedliches Werk!« Und unserer Meinung nach hast du das eigentlich gar nicht bestritten. Du hast ja soeben selbst die Freiwilligkeit bei der Organisation hervorgehoben, wonach die Kontrolle von unten gewährleistet war. Habt ihr aneinander vorbeigeredet?

Clara: Also ein bestimmter Druck von seiten der Anarchisten war schon da, das ist klar.

Aber wie sie z.B. *consejos*[9] gebildet aheb, da waren die Anarchisten oft in der Minderheit, andere Organisationen, wie die UGT[9] waren daran genauso beteiligt.[10].

Souchy selbst hat ja nicht einen Schuß abgegeben (lacht). Er ist im Grunde ein Pazifist und wollte nicht zugeben, daß die Kollektive sich ohne Gewalt nicht hätten bilden können. Wer drängt uns denn die Gewalt auf? Das ist doch immer die Gegenseite, nicht?

Außerdem hatte ich mit ihm immer diese Diskussionen, über die Kompromisse, die die Aarchisten gemacht haben[11].

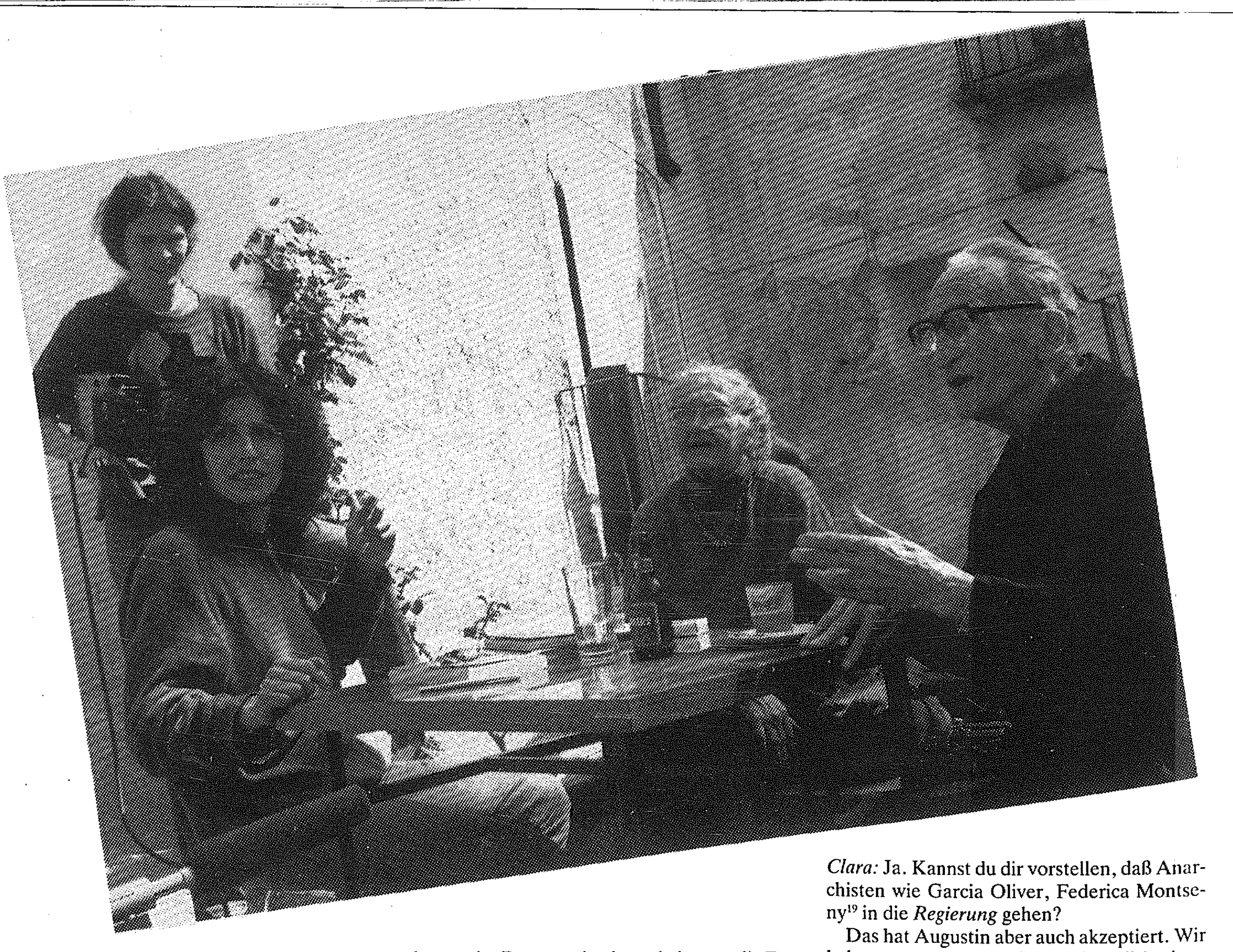
Frage: Darauf wollten wir gleich noch gesondert eingehen.

Clara: Auf jeden Fall, was diese Gewaltgeschichte betrifft, wollte er immer, daß alles stockfriedlich war. Dabei waren die Kollektivisten auch bewaffnet. Sie mußten regelmäßig Wachen aufstellen. Denn da wurde geschossen. Irgendwo gab es immer noch Faschisten oder Kleinbürger, die mit der Revolution nicht einverstanden waren. Die waren nicht unbewaffnet und haben vom Wald aus, oder sonstwoher, geschossen.

Wir selbst sind später auch Wache gestanden in den Kollektiven, da, wo die Faschisten nicht sehr weit weg waren.

Frage: Wie war denn dein Eindruck von Augustin selbst? Ich entsinne mich an eine Stelle in eurem Buch,[12] da schreibt ihr darüber, wie ihr zu Beginn der Revolution nach Barcelona kommt um zu den revolutionären Milizen zu stoßen. Ihr geht in das Hauptquartier der CNT[13] und da sitzt Augustin in seinem Büro. Ihr fangt gleich ein Gespräch über die Chancen der Revolution an, die ihr schon skeptisch beurteilt – durch die anarchistische Regierungsbeteiligung, usw. – und er sagte zu euch: »Ja, liebe Leute, so wie ihr habe ich auch mal





gedacht, aber hinter dem Bürotisch sieht die Sache ganz anders aus!« und da schreibt ihr: »Das war für uns eine kalte Dusche.«

Danach hast du ihn praktisch 40 Jahre nicht mehr gesehen. Was war dein persönlicher Eindruck, als du ihn nach so langer Zeit wiedergesehen hast?

Clara: Also er ist ein lieber, pazifistischer Mensch gewesen. Er hörte sich alle Meinungen an, wurde nie böse, eben ein eigenloser Mensch. Er war, schwer zu sagen, also man brauchte natürlich Leute wie ihn, für die Revolution. Mann kann aber nicht sagen als Bürokraten – also er selbst hat ja persönlich nie profitiert. Er war wirklich integer und überzeugt von seinem Ideal.

Was die Sache von damals angeht, wir standen vor seinem Tisch und sagten: »Ja seid ihr denn verrückt, ihr Anarchisten? Wieso macht ihr solche Kompromisse mit den Stalinisten, mit den bürgerlichen Parteien, mit der Regierung in Katalonien?« Die Anarchisten wollten ja nicht die Macht, aber die Kontrolle in Katalonien war in den Händen der Milizen und des Milizkomitees[14]. Da waren die Anarchisten in der überwältigenden Mehrheit. Du konntest nichts machen ohne einen Stempel von der Miliz. Dort haben die Anarchisten die *generalitat*[15] anerkannt und sind ja später auch in die Regierung gegegangen[16]. Sie haben also Entscheidungen getroffen, die genau gegen ihre ganzen Prinzipien waren. Das war die große Diskussion.

Und da in diesem Büro sagte er uns: »Man muß die Probleme sehen. Heute sitze ich hinter dem Tisch und sehe die Probleme.« – Vielleicht haben wir die nicht genug gesehen, das kann sein. Denn es ging ja auch darum: die Fabriken hatten zwar gearbeitet, aber hatten dann keine Rohstoffe. Man mußte auch Rücksicht nehmen auf die Republikaner, die diplomatischen Beziehungen usw.[17] Aber Frankreich war ja *das* große Problem. Frankreich hatte einen Freundschaftsvertrag mit der Spanischen Republik und hat doch die Grenzen total abgeschlossen.

Wozu dann noch Kompromisse machen? Denn die Regierungen auf der internationalen Ebene, die Franzosen, lieferten ja sowieso keine Waffen! Wenn auch manche Waffenlieferungen über Hintermänner durchkamen und durch Schwarzmarkttausch. Aber das war, wie gesagt, die große Diskussion, und der Augustin Souchy hat die Probleme damals so gesehen, wie von Regierung zu Regierung.

Frage: Kennst du den englischen Anarchisten Vernon Richards? Er war ein Freund der Bernieris[18] und unterstützt auch heute noch die anarchistische Zeitung *Freedom* aus dem Londoner East-End?

Clara: Nein.

Frage: Er hat mir jedenfalls mal geschrieben, daß Augustin nach dem Ende des II. Weltkriegs für die Gründung einer Art Syndikalistischer *Partei* eingetreten sei, die auch an Wahlen hätte teilnehmen sollen; eine Sache, von der ich nie etwas gehört habe.

Clara: Ich auch nicht.

Frage: Kannst du dir das vorstellen, als Anarchist für eine Partei?

Clara: Ja. Kannst du dir vorstellen, daß Anarchisten wie Garcia Oliver, Federica Montseny[19] in die *Regierung* gehen?

Das hat Augustin aber auch akzeptiert. Wir haben zusammen heftig darüber diskutiert. Sagte er: »Ja, wir haben gedacht, daß die Kommunisten sich bessern.« (lacht)

Frage: Woran denkst du spontan als erstes, wenn du die Begriffe »Spanische Revolution« und »Spanischer Bürgerkrieg« nennen hörst?

Clara: Die Kollektivisation!
Diese unwahrscheinlich spontane Handlung von den Bauern und Arbeitern. Also in Barcelona, da haben sie überhaupt nicht gefragt, sondern *sofort* die Fabriken besetzt – sofort!

Dabei haben sie übrigens die alten *ingenieurs*, Techniker, usw., übernommen, wenn sie weiterarbeiten wollten. Das gab es sehr oft, – aber unter der Kontrolle der Komitees, die dann gebildet wurden.[20]

Das war ein großer, ein so totaler Unterschied zu Rußland. Die Arbeiter und Bauern haben das wirklich selbst organisiert. Z.B. in Huesca, da wo wir vor kurzem waren – und *leider* ist das nicht im Film – haben sie total, *alles* kollektivisiert, die Coiffeure, sämtliche Handwerker, alles. Das ist wirklich eine anarchistische Bastion gewesen! Und heute noch, wenn man mit den Leuten redet – es ist noch was da. Bei den Jungen nicht mehr, aber bei den Alten ja. Die hängen immer noch an dieser Idee.

Doch nochmal zurück zu den revolutionsfeindlichen Einflüssen. Die Regierung kam dann mit dem Dekret[21]. Unter anderem besagte es, daß man Fabriken bis zu 100 Arbeitern nicht kollektivieren sollte. Dies war eine Reaktion auf ausländische Einflüsse. Die Eisenbahnen waren zum Teil in belgischem Besitz. Es gab viele Betriebe, die vor allem in englischem und französischem Besitz waren.

Und das Dekret sollte auch diese ausländischen Interessen besänftigen. Davon erhoffte man sich eine ausländische Unterstützung – die ja dann doch nie kam.

Und – ha, das ist lustig, da kann ich jetzt was einbringen. Vor dem Krieg war ich schon mal in Barcelona, ich glaube es war 1934. Dort habe ich bei einem großen deutschen Textilindustriellen gearbeitet – und zwar als Kindermädchen. Dort stellte ich mich also vor und habe gesagt, daß ich ausgebildete Montessori-Schülerin bin.[22]. Als Schweizerin wurde ich sofort eingestellt (lacht). Da habe ich manches erlebt. Sie hatten 2 Kinder, die haben mich vergöttert, weil ich gesagt habe: »Ihr könnt Kleider zerreißen«, und ähnliches. In Barcelona gab es den deutschen Klub, und dieser deutsche Klub hatte einen wunderbaren Park. Da waren alle diese vornehmen Kindermädchen, die natürlich was »besseres« waren als ich. Meine Freundin hat übrigens bei einem Baron von Schenk zu Schweinsberg gearbeitet (lacht).

Also wir sollten immer in diesen Park. Dort haben wir uns kurz gezeigt, daß wir da waren, und sind dann mit den Kindern in den Wald und haben uns ausgetobt.

Ein anderes Mal kamen die Kinder von der Schule – es waren ein Junge und ein Mädchen – und sagten: »Komm, Clara, wir spielen Kommunisten und Nazis. Du bist eine Kommunistin und wir sind die Nazis.« Der Vater war natürlich Offizier im Krieg gewesen und er hatte so eine schöne Truhe – da waren Helm, Säbel und all das ganze Zeugs drin. So sagte ich: »Okay, spielen wir.« Und dann hab ich sie zusammengehauen (lacht). Da sind sie weinen gegangnen, zur Mutter. Sagte ich: »Die Nazis haben eben verloren, was kann ich dafür.« Und sie: »Ja, sie müssen doch verstehen, sie können doch mit Kindern nicht . . .« Und ich: »Wissen Sie, Montessori hat als grundsätzliches Erziehungsprinzip: man muß jedes Kind ernst nehmen, bei allem, was ist. Wenn sie Nazis spielen wollen und ich Kommunist – wenn ich stärker bin . . .«

Diese Leute hatten typische Freunde. Textilindustrie – darum komm ich drauf – war sehr stark in deutscher Hand. Darunter gab es auch jüdische Deutsche. Da kommen die beiden Kinder doch von der Schule und fangen an, gegen die Juden daherzureden. Sag ich: »Was hat euch denn der Jude gemacht?« – »Nichts«, sagen sie, »die sind nur so . . .« Sag ich: »Und die Freunde? Ihr habt doch Freunde« – die haben ja immer große Gesellschaften gegeben – »die sind doch auch Juden, die sind doch irgendwer! Was könnt ihr denn dafür, daß ihr keine Juden seid?« Daraufhin gehen sie zur Mutter: "Mutter, in der Schule hat man uns gesagt, ›die Juden sind schlechte Leute‹ und da sagt uns doch die Clara ›die und die Leute, das sind ja auch Juden‹«. Sagt sie: »Ja, wißt ihr, das ist nicht dasselbe, das sind Ausnahmen, das sind sehr liebe Menschen!« Stell dir vor, ganz kleine Kinder und wie die das schon eingehämmert bekamen!

Also das hat die DAS-Gruppe sehr gut beschrieben, was nach dem Putsch mit den Nazis in Barcelona uind ihrem Besitz passierte – wir haben später ja dann auch in einer ehemaligen deutschen Nazi-Wohnung gewohnt und geschlafen. Die ganzen Nazi-Götter, der Klub, die Schule, alles wurde beschlagnahmt. Und das schönste Erholungsheim für die DAS-Gruppe – also einfach für Anarchisten – das lag in diesem Park, wo wir früher immer gespielt hatte – ein ganz tolles, schönes Heim. Es war in erster Linie ein Platz für diejenigen, die gerade erst angekommen waren und nicht wußten, wo sie schlafen konnten. Die Initiative zu diesem Heim ging von den Milizen aus.

Also das eine gehört zur Vorgeschichte, und das andere wurde später daraus.

Der Baron von Schweinsberg, was haben wir gelacht.

Sein Junge war ein zurückgebliebener Junge. Er war 3 Jahre alt und wir sollten ihn mit »Herr Baron« ansprechen. Die Mutter war eine sehr schöne Frau. Eigentlich aber waren es arme Kinder. Weißt du, die war wunderschön und der Mann war in der Industrie und am Abend gingen sie wunderschön aus. Die waren praktisch keinen Abend zuhause, immer auf Bällen usw. Und die Kinder mußten wir ins Bett bringen, immer getrennt.

Frage: Die nächste Frage geht darauf zurück, daß ja im republikanischen Lager von Anfang an ein unauflöslicher Konflikt zwischen den Revolutionären und den Bürgerlichen bestand, und dieser Konflikt ist vielen ausländischen Teilnehmern und Beobachtern in den Anfängen verborgen geblieben.

Clara: Oh ja, natürlich.

Frage: Wann hast du ihn bemerkt?

Clara: In den ersten Tagen. Wir haben sofort gemerkt, daß die Stalinisten mit den Kollektivierungen nicht einverstanden waren und daß sich auf der anderen Seite die Arbeiter überhaupt nicht darum gekümmert haben, ob etwas, das sie in Besitz nahmen, ausländisches Eigentum war oder nicht. Es war so offensichtlich, daß die Kommunisten vor der Sozialen Revolution, der anarchistischen Revolution Angst hatten.

Also schon da war spürbar geworden, daß die Kommunisten bloß die Republik verteidigen wollten – sie wollten nicht ›zu weit‹ gehen. Die Kommunisten, die *Frente Popular*, usw.[23] waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht offen gegen die Revolution, aber daß sie sie eingrenzen wollten, das war ganz klar.

Und nach 3,4 Monaten hast du schon im Straßenbild einen Wandel gemerkt: die Kleinbürger waren wieder mit Hütchen und Krawatte auf den Ramblas – aber das beschreibt der Orwell ja viel besser[24]. Die Tendenz der Stalinisten, daß sie gegen die Soziale Revolution waren, ohne daß sie sie kontrollieren konnten, das haben wir sofort gesehen.



Clara Thalmann, geb. Ensner



Frage: In eurem Buch habt ihr ja auch gleich die ›offizielle Politik‹ der Anarchisten, wenn man das mal so bezeichnet, kritisiert: alles das, was in Richtung Beteiligung an der Regierung ging, oder die Tatsache, daß sie der Militarisierung der Milizen zugestimmt haben[25] – was Augustin Souchy übrigens als schwerwiegendsten Fehler bezeichnet hat[26] all diese Dinge habt ihr gleich von Beginn an kritisiert. Nimmt man jetzt all diese Fehler in Betracht: hatte die Revolution tatsächlich eine Chance, wenn die Fehler rechtzeitig vermieden worden wären?

Clara: Also nach unserer Meinung wäre es richtig gewesen, keine Kompromisse einzugehen. Nun muß man sehen, wie schwierig das natürlich war: 1. das Problem der Waffenlieferungen und 2. die Politik der Sowjetunion. Und in Madrid waren ja die Republikaner in der Mehrheit. Denen, die nicht für die Kollektivierungen waren, mußte man ja auch Rechnung tragen – auch das Kleinbürgertum ist das hinzuzuzählen[27]. *Aber*: in Katalonien, Huesca, Aragón herrschte ja so *eindeutig* eine revolutionäre Situation, hatten die Fabrikarbeiter und die Bauern so *eindeutig* die Kontrolle übernommen.

Wir haben das lange überlegt – auch jetzt vor kurzem mit Souchy, der sagte: »Ja, Fehler macht man in jeder Revolution!« – und wir kamen zu dem Schluß, daß man keine Kompromisse hätte eingehen dürfen. Was hätten die Madrider denn machen können, die Leute in Valencia? Die waren ziemlich stark, – also die Republikaner und Sozialisten waren durchaus stärker als die Anarchisten dort.

Aber auch dort waren ja die Kollektivisationen!

Frage: Auch in der Levante?

Clara: Auch in der Levante, ja.
Und so haben wir gesagt: »Man muß den Krieg durch die Soziale Revolution gewinnen und *nicht* auf Bündnisse mit dem Bürgertum setzen, also keine Kompromisse eingehen.«

Das Interessante ist ja, daß diese Kollektive sehr gut gearbeitet haben, alles sehr gut organisiert war.

Am Anfang geschah es mit weniger Koordination und militärisch war es auch nicht immer sehr gut organisiert. Aber mit der Zeit klappte das eigentlich ziemlich schnell, das muß ich sagen.

Dann war es ja auch so, daß es in Katalonien bis zu 70%, 80% Arbeiter waren, die gekämpft haben – viel mehr als Bürgerliche, und Mittelstand sowieso nicht. Wir haben deshalb gemeint, die Gegend, die revolutionär war – sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft – wenn die auf ihrer Basis bleibt, und nicht nachgibt, dann kann die Madrider Regierung doch nicht einen Krieg im Krieg auslösen! Denn schließlich, was ja das Dolle war, mit den wenigen Waffen, die die Anarchisten hatten, haben sie doch die faschistischen Kräfte ziemlich schnell erledigt und die Front dann sehr lange gehalten – vor allem in Aragón.

Da hätte man nicht nachgeben dürfen. Denn wir haben gesagt, und nicht nur wir, auch in Diskussionen an der Front kam das: Die Erfahrungen, die die Menschen in Südspanien haben, wo sie seit langem wissen, wie sie das Leben und den Kampf organisieren müssen, wenn diese Erfahrungen in einem Guerillakrieg angewandt werden, daß das dann eine große Wirkung haben wird – gegen Franco!

Wir haben sofort gesagt und verlangt: »Nr. 1, sie müssen Marokko als selbständig erklären, autonom, es abtrennen.« Davor hatten sie Angst, die Madrider, das haben sie nicht gemacht.

Das wäre das erste gewesen. Denn wieviel Araber waren da in der Armee mit Franco! Stell dir vor, man hätte gesagt: »Jetzt seid ihr hier autonom. Ihr könnt machen, was ihr wollt!« – was das für eine Wirkung gehabt hätte! Das hätte man nicht verheimlichen können.

Die Anarchisten haben dazu »Ja« gesagt, aber die Madrider haben eben nichts gemacht. Deshalb hätte man das eben laut und deutlich *schreien* sollen!

Frage: Dann kam es ja im Mai 1937 zum sogenannten »Spanischen Kronstadt«, wie ihr das in eurem Buch nennt, zu den sogenannten »Mai-Ereignissen«.[28] Da trat ja auch zum ersten Mal eine sehr interessante Gruppe mit dem Namen *Amigos de Durruti* (Freunde Durrutis)[29] an die Öffentlichkeit. Von dieser Gruppe ist bis heute sehr wenig bekannt. Man findet kaum Veröffentlichungen –

Clara: Ich hab von denen noch Flugblätter hier.
Also, pardon, das bringt mich auf die Frage der Militarisierung. Da war es gerade dieser Carl Einstein[30] auch, der sagte: »Es muß eine bessere Organisation her. Selbstverständlich müssen wir mehr Waffen haben. Natürlich muß es eine *nicht*-bürgerliche ›Militarisierung‹ sein, d.h. eine verbesserte militärische Koordination muß hergestellt werden«.

Die Militarisierung hat dann z.B. bedeutet, daß auch die militärischen Rang- und Gradunterschiede wiederkamen – revolutionäre Errungenschaften wurden also wieder rückgängig gemacht. Das hat die Anarchisten, alle Revolutionäre, auch demoralisiert. Die Waffen, die sie sich erhofft hatten, als sie der Militarisierung der Milizen zugestimmt haben, die haben die Stalinsten bekommen und die Republikaner.

Da hätte man ebenfalls nie nachgeben sollen, nie! Und Durruti hat da auch geschwankt[31]. Er hat natürlich die Probleme gesehen, die es gab.

Da war z.B. ein Angriff auf die Faschisten – ob bei Huesca, oder ob bei Llerida, das weiß ich nicht mehr, auf jeden Fall ging es gegen Zaragoza. Die Anarchisten, die POUM, die Esquerra Republicana und die UGT, sowie die Kommunisten, die PSUC, hatten sich ab-

gesprochen, daß alle zusammen angreifen. Die Kommunisten und die Esquerra hatten sogar Kanonen. Aber mit dem gemeinsamen Angriff klappte es nicht, sie haben die Anarchisten angreifen lassen und selber erst später eingegriffen. Es gab fürchterliche Verluste.

Und da kann ich mich an eine Versammlung mit Durruti erinnern, wo er ganz klar sagte: »Es ist eindeutig, daß die Stalinisten uns vernichten wollen.« Die haben gedacht: »die sollen sich dort ausbluten.«

So hat es dann auch von anarchistischer Seite aus geheißen: »Wir brauchen jetzt eine Armee mit Disziplin.« Denn in den Milizen war es ja so: wenn einer weg wollte, konnte er weg – er war ja nicht eingezogen. Oder wenn er mal auf Urlaub ging und nicht wiederkam – alles war total freiwillig! Die Disziplin – das schreibt ja auch Orwell – war aber trotzdem da!

Frage: Weil sie aus revolutionären Strukturen hervorging, sich eben nicht auf den verhaßten militärischen »Kadavergehorsam« der bürgerlichen Ordnung, auf Autoritarismus gründete?

Clara: Ja!

Frage: Um noch einmal kurz auf die *amigos* zurückzukommen, kanntet ihr einige von ihnen persönlich?

Clara: Jaja. Wir kannten den Jaime Balius, er ist ja jetzt gestorben. Wir haben mit ihm zusammengearbeitet, waren mit in der Gruppe drin, haben während der Maitage zusammen Flugblätter verteilt.
Es waren alles tolle Kerle – das waren die grundsätzlichen Anarchisten!

Jetzt fällt mir aber noch ein zweites ein, was mit der Freiwilligkeit der Milizen zu tun hat und was mich ungeheuer beeindruckt hat. Durruti hat mit allen an einem Tisch gesessen. Da gab es praktisch keinen Unterschied. Obwohl Durruti und seine Leute schon eine Art Generalstab hatten, wo Besprechungen stattfanden. Dort haben sie militärische Angelegenheiten besprochen. Man konnte ja nicht immer genau alles öffentlich sagen, was sie planten – ein Angriff muß ja auch eine Überraschungsgeschichte sein. Aber es war wirklich eine einzigartige Demokratie! Man wußte, wenn man in eine Hundertschaft kam, mußte man nicht wählen – wer jetzt der ›Leiter‹ ist, derartiges hat man überhaupt nicht gemacht. Es wurde alles besprochen – wir hatten so einige Scharmützel – es wurde nachher alles besprochen, was da falsch gelaufen war. Und wer nicht fähig war, der wurde abgesetzt. Das war das Einzigartige!

Und zur Militarisierung will ich noch etwas Interessantes sagen. Die erste Einstellung – auch von Durruti – war: »Wir haben wenig Waffen – wir machen Guerillakrieg!« dann ist er irgendwie eingeschwenkt und hat verlangt, daß die (Miliz) Einheiten geschlossen in die (reguläre republikanische) Armee kommen. Dort haben sie natürlich sofort versucht, alles ins Gegenteil umzukehren.

Frage: Die Hauptthese des Augsburger Historikers Bernecker besagt, daß damals in Spanien enorme Chancen zur Verwirklichung einer sozialen Revolution bestanden, wie man sie vorher – und nachher – nie gesehen hat; zum 1. Mal frei von der Gefahr einer kommunistischen Parteidiktatur.

Nun wären aber diese Chancen, die bestanden haben, durch Fehler der Anarchisten nach und nach geringer geworden, bis sie schließlich unmöglich geworden seien. Und dann sagt er, daß diese Fehler deshalb aufgekommen seien, weil die Anarchisten eine ungenügende Theorie besessen hätten.

Sie seien auf die Revolution nur ideell vorbereitet gewesen, aber nicht auf die notwendigen organisatorischen Schritte für den konkreten Neuaufbau und -ausbau der revolutionären Gesellschaft – nachdem der Feind, die Faschisten, einmal besiegt war. Das ist seine Grundthese.

Würdest du – ihr habt ja bereits damals an Ort und Stelle eine ähnliche Kritik geäußert – in einer Art politischer Schlußbilanz zur Sozialen Revolution in Spanien von 1936/37 dieser These zustimmen können?

Clara: Ich würde sagen ›nein‹. Natürlich, vielleicht sind sie nicht genug darauf eingegangen, was die politischen Parteien gemacht haben. Aber praktisch war es doch so, daß am Anfang, mit den Milizkomitee *alles* geklappt hat. Das allerwichtigste zu anfang war, daß es genug zu essen gab. Das hatte es in noch keiner Revolution gegeben – dazu noch im Krieg; erstens das. Und zweitens haben sich dann nach und nach auch die Fabriken von der Koordination her weiterentwickelt. Da gab es Fabriken, die sehr viel verdient haben. Eine Fabrik z.B. hatte Hüte gemacht. Die haben sich nach dem Beginn der Revolution sofort umgestellt auf Mützen – und haben glänzend verdient. Eine andere Fabrik hatte Defizite. Da haben sie zuallererst gesagt: »40-Stunden-Woche!«, später dann aber beschlossen: »Nein, wir müssen den Krieg gegen die Faschisten gewinnen, wir müssen länger arbeiten!«

Und dann, also das ist großartig, die Sache mit dem Sold. Das gilt auch für den Arbeitslohn. Jeder hat seine 10 Peseten bekommen. Das hatten die Anarchisten natürlich von den Banken geholt. Ich hatte mich immer gefragt: »Woher haben sie das Geld?« Alle, auch die Arbeiter, haben 10% Lohnerhöhung bekommen. Schließlich haben sie nach und nach Verbindungen untereinander organisiert. Denn da, wo sie gut verdient haben, da wurde der Profit sofort verteilt – da wurde ganz groß verdient.

Dann haben sie Verbindungen zu den anderen Fabriken hergestellt und gesagt: »Nein, so geht das nicht. Andere Kollektive verdienen weniger, ihr müßt also eure Überschüsse abgeben!« Das hat auch geklappt. Die ganze Organisation, also die gesellschaftliche, hat einfach geklappt.

Und hätte weiter klappen können – es brauchte eben eine gewisse Erfahrung, – im Gegenteil (zur These Berneckers) also!

Das mußte sich erst einmal entwickeln. Aber der Anfang, das wichtigste, war da. Und natürlich, wenn man, wie der Souchy sagt, »hinter dem Bürotisch steht«, so sieht er natürlich gewisse Probleme besser. Was haben sie in den Metallfabriken gemacht? – Sofort umgestellt und Handgranaten produziert.

Und dann haben sie *camions* genommen, also Lastwagen, haben sie mit Blech verkleidet und Panzer daraus gemacht.

Ganz toll! Es hätte sich organisiert – *ohne* Staat – und das war es ja gerade!

Dann kamen diese diplomatischen Geschichten – Einfuhr von Staat zu Staat. Geschäfte hätten die auch gemacht, auch die

Franzosen. Wenn sie Geld verdienen können, hätten sie das auch gemacht – es wurde teuer genug bezahlt. In unserer Gegend waren die revolutionären Umwälzungen nicht so drastisch, wie in Katalonien. Aber wir haben immer vertreten: »Keine Kompromisse! / Es wird sich organisieren – ohne Staat!« Daraufhin haben die Anarchisten gesagt: »Wir haben die Ökonomie, wir haben die Fabriken – sollen die doch Politik machen!«

Es kam dann eine Situation, wo nicht mehr soviel Geld da war und Madrid, wo die Politiker saßen, sollte ausgeholfen werden. Da haben die Anarchisten sich geweigert.

Was wäre geschehen, wenn die Madrider Anarchisten die Bank gestürmt hätten? Sie hatten ja die Waffen. Warum haben sie das nicht gemacht? Eine kleine Gruppe hätte genügt. Nachher ging das ganze Geld nach Rußland. Wir haben immer gesagt: »Stürmt doch die Bank dort!« Aber davor hatten sie irgendwie eine Scheu.

Genau wie bei dieser Sache im Hafen von Barcelona. Da lag ein *riesen*russisches Schiff vor Anker, mit Waffen an Bord und sehr viel Lebensmitteln. Aber sie entluden es nicht.

Die Docker waren ja alle in der CNT, und sie wollten das Schiff stürmen. Aber irgendwie ging es politisch nicht. Die Stalinisten haben dann die Bedingungen gestellt· »Die POUM muß aus der Regierung raus und erst dann laden wir aus!«

Das war so, daß wir diesen Druck ständig geradezu vor Augen hatten. Erst als die Anarchisten nachgegeben haben, die POUM raus aus der Regierung war, haben sie die Sachen herausgegeben – also tonnenweise. Da gab es dann natürlich überall zu hören: »Die Russen haben uns gerettet, usw.«, auch in der Bevölkerung hat es geheißen: »Was machen wir ohne die Russen?«

Frage: Also hatte mit dem Kampf gegen die POUM schon der Vorkampf gegen die Anarchisten selbst begonnen?

Clara: Natürlich! Erst die schwächste Stelle und dann gegen die Anarchisten!

Frage: Wenn wir noch einmal kurz zurückdenken an das, was Bernecker sagt, wenn man sich entscheiden soll, was schwerer wiegt: die »versäumten Chancen« oder das trotz aller Hindernisse Erreichte –

Du hast eben gesagt, daß es ganz spontan war, was in den ersten Wochen und Monaten geleistet worden ist, spontan, von den Arbeiterinnen und Arbeitern, daß sie eben mehr Zeit benötigt hätten, daß sich die Revolution hätte entwickeln können müssen; und erinnern wir uns weiter, daß später kommunistische Truppen in die revolutionären Gebiete eingefallen sind und die Kollektive mit Militärgewalt zerstört haben, in Aragón.[32] Wenn man das alles miteinbezieht, daß diese Soziale Revolution vielfältigen Hindernissen ausgesetzt war, »Behinderungen«, die von politischen Störmanövern bis hin zu direkter militärischer Intervention reichten, wenn man das alles mal bedenkt, jetzt die Frage an dich: was wiegt schwerer, zu sagen, das, was die Revolutionäre trotz der vielen Hindernisse tatsächlich erreicht haben, oder die Irrtümer und Fehler – vor allem politischer Natur – die die Revolution geschwächt haben?

Clara: Schwerer wiegen die Kompromisse. Die Soziale Revolution, die Anarchisten, hätten nicht nachgeben dürfen. Eine feste revolutionäre Haltung hätte auf das Hinterland Francos eine starke Rückwirkung ausgeübt. Was hätten die Republikaner in Madrid gemacht, wenn die Anarchisten nicht gewesen wären? – Dann wären sie dem Faschismus anheimgefallen!

Also ich habe eine Diskussion mit einem alten Anarchisten gehabt – bis zum letzten Tag war er damals in Madrid – und der war auch in den Maitagen in Barcelona.

Er wurde gefragt: »Wieso habt ihr nachgegeben?« – »Ja, die Waffen sollen an die Front hat's geheißen!« Als dann die Repression der Kommunisten und der Bürgerlichen einsetzte, im Mai 37, da kamen die mit den modernsten Maschinengewehren an – total gute Ausrüstung – *da* hatten sie die Waffen!

Durch einen revolutionären Krieg gegen Franco hätte es wahrscheinlich auch nicht soviele Tote gegeben – und ein solcher Krieg hätte auch nicht so lange gedauert.

Frage: Würdest du soweit gehen, zu sagen, daß dadurch, daß die Soziale Revolution letztendlich abgewürgt worden ist, daß dadurch die Motivation für viel Arbeiterinnen und Arbeiter verloren gegangen ist, sich weiter zu engagieren und entschlossener zu kämpfen, hiermit also mit Grund für die endgültige Niederlage im Krieg gegen Franco zu sehen ist?

Clara: Also gekämpft haben sie ja dann trotzdem, aber nicht mit dieser Überzeugung, würde ich sagen.

Diese Anarchisten hatten mir gesagt: »Siehst du, wenn wir Aragón, Katalonien, Huesca, gehalten hätten, nicht nachgegeben, da hätten wir ja eine Diktatur errichten müssen – gegen die Republikaner!« (lacht) Dabei war die Mehrheit doch mit den Anarchisten!

Frage: Wie hast du denn die spanischen Anarchistinnen und Anarchisten im Gespräch kennengelernt?

Man hört ja immer wieder den leidigen, überkommenen Vorwurf – insbesondere von kommunistischer Seite – Anarchisten strebten tendenziell stets nach Gesellschaftsformen des letzten, 19. Jahrhunderts; so im Sinne überschaubarer, kleiner Dorfkommunen Kropotkinscher Art.

Gerade die Marxisten verurteilen in diesem Zusammenhang immer: »Ihr seid Kleinbürger! Was ihr wollt, ist Kleinhandwerk.« Oder wollen alle »unbelehrbaren, linksradikalen Kinderkrankheiten« (Lenin) auf den »Misthaufen der Geschichte« (Trotzki) schmeißen. Kannst du das von deinen Beobachtungen und Gesprächen her bestätigen, oder hast du die Revolution in Spanien anders, *»moderner«* kennengelernt?

Clara: Ja, natürlich! insbesondere Katalonien war ja industriell. Dort und im Baskenland war ja *die* Industrie!

Und natürlich fing das erst lokal an, wenn du so willst, aber das lokale war allgemein. Und wie gesagt, kam es ja dann nachher zu dieser Koordination, die man haben mußte. Die Arbeiter haben nicht gesagt: »Wir gehen zurück zum Handwerk!«, sondern im Gegenteil, sie haben die Fabriken ausgebaut. Also das stimmt nicht. In der Praxis war es gar nicht so, daß man gesagt hat: »Zurück zum Handwerk«. Die Kollektivsten haben von den Reichen, den Großgrundbesitzern und anderen, die Maschinen geholt und natürlich damit gearbeitet.

Also daß die Anarchisten eben etwas naiv waren, daß sie gesagt haben: *Wir* haben die Wirtschaft, sollen *die* die Politik machen!«, das stimmt.

Die Anarchisten, auch Durruti, haben eben immer gehofft, daß sie mehr Waffen bekommen. Der große Fehler war, der modernen Armee von Franco, die großzügig von den deutschen und italienischen Faschisten unterstützt wurde, dieser Armee gegenüber selbst eine moderne Armee aufstellen zu wollen – das war eine totale Illusion!

Die Faschisten sind doch mit ganz neuen Kanonen angekommen, konnten 1000 Schuß auf einmal abfeuern und sind dann sofort wieder weg. Die Italiener sind mit ihren neuen Tanks gekommen, die Deutschen haben aus der Luft Guernica zerbombt.[33] Die Russen hatten gar nicht diese modernen Waffen, die waren ja zum Teil noch mit älteren Modellen aus der Tschechoslowakei ausgerüstet. Deshalb war es absolut keine – wie soll ich sagen? – Sache, zu versuchen, den modern ausgerüsteten Faschisten eine ähnliche moderne Armee entgegenzustellen. Und was war der Erfolg dieser moderen Armee?

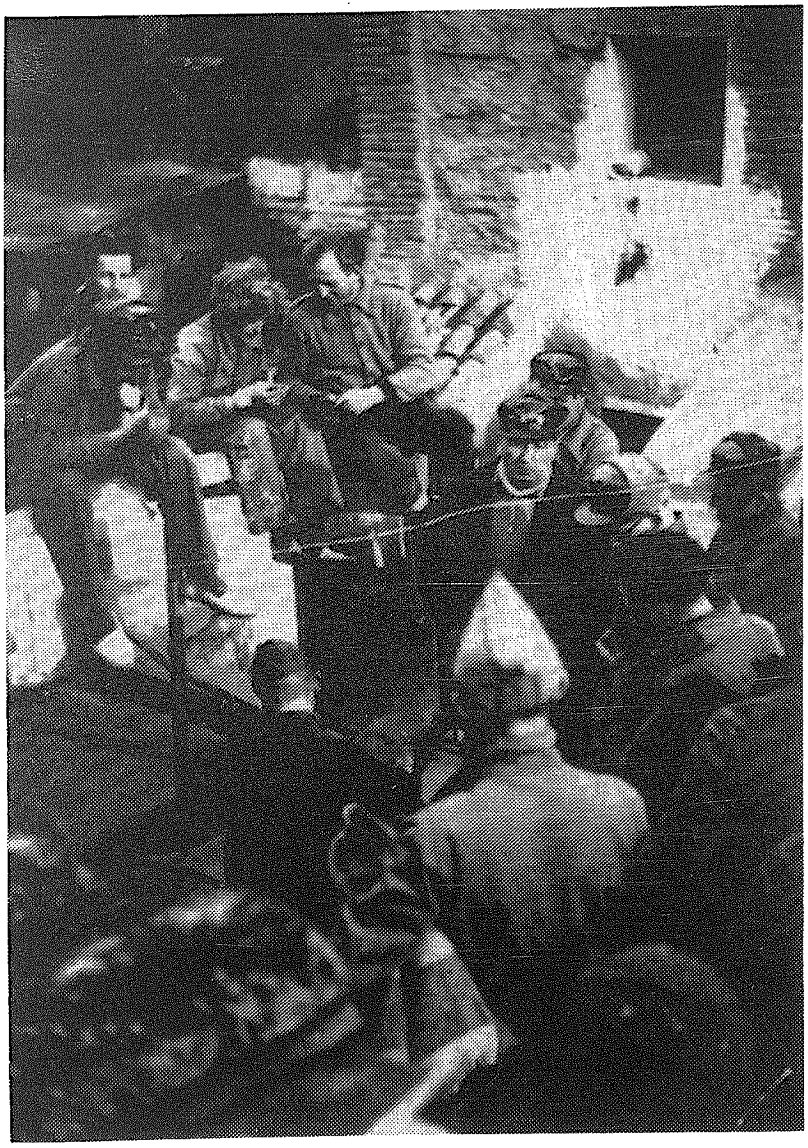
Als erstes haben sie die Grade, also General, Major usw. wieder eingerichtet und den Militärgehorsam wiedereingeführt.

Also das war doch einfach ausgeschlossen, daß das die moderne Armee war – mit modernen Waffen!

Frage: Unsere nächsten Fragen befassen sich mit der Rolle der Frauen in der Revolution. Du warst eine der wenigen Frauen, von denen bekannt wurde, daß sie direkt an der Front bei den Milizen gekämpft haben. Hattest du deswegen Schwierigkeiten mit den spanischen Männern, denen ja besonders ausgeprägter Machismus vorgeworfen wird?

Und wenn ja, wie sahen diese Schwierigkeiten aus, und wie hast du dich dagegen gewehrt?

Clara: Wir waren drei Frauen in dieser Hundertschaft. Und zwar eine Spanierin, eine Deutsche und ich. Die Deutsche war Kran-



Pina 1937, Colonna Durruti, Clara oben Mitte

kenschwester, aber die Spanierin war auch mit dem Gewehr dabei. Ihr Mann war zuvor bereits gefallen, und sie war *so* im Kampf drin – furchtbar. Also die wollte keine Überlebenden lassen. Wegen ihrem Mann, der gleich am Anfang gefallen war, war sie voller Haß. Wir hatten *nie* Schwierigkeiten. Wir haben *alles* mitgemacht. Wir haben Wache gestanden, Schützengräben gebaut usw.

Im Gegenteil, es herrschte eine kolossale Achtung uns gegenüber. Und hinterher haben wir dann festgestellt – also in meiner Gruppe war ein Italiener, Antonio, in unserer Gruppe von 10-20 Leuten waren wir vielleicht sechs Nationalitäten, – also hinterher habe ich dann erfahren, daß sie alle verliebt waren. Schwierigkeiten gab es wirklich nie. – Da fällt mir noch eine andere Sache ein. Als wir in der Revolution zum ersten Mal nach Barcelona kamen, sahen wir Frauen in den Cafés. Wer früher als Frau allein im Café saß, galt als Hure. Da saßen nun Frauen mit Gewehren zwischen den Knieen, Frauen, die diskutierten.

Also eigentlich würde ich sagen, die Frauenbefreiung war die größte in Spanien, die es je gegeben hat. Plötzlich haben die Frauen auch eine Rolle gespielt, und in den Kollektiven wurden sie auch aktiv.

Und dann im Hurenviertel, im *Barrio Chino*, als die Revolution kam, da haben die Prostituierten ratzekahl saubergemacht. »Jetzt sind wir frei!«, die Bordellmutter wurde umgebracht und die Zuhälter wurden umgebracht – also es war eine Schlächterei.

Danach haben sie – wie alle so in einer Euphorie waren – eine »Freie Nacht für die *milicianos*!« gemacht.

Die anarchistische *Soli*[34] und die *Mujeres Libres*[35] haben sofort protestiert· »Ihr benehmt euch unwürdig, jetzt können die Frauen arbeiten – man muß sie in die Wirtschaft integrieren.« In diesem Sinne haben sie dann eine große Propagandaaktion gestartet, aber das hat nicht verhindert, daß, wenn die *milicianos* in Urlaub gingen, sie direkt ins *Barrio Chino* liefen – der Sold ging direkt an die Hure.

Sehr viele Prostituierte haben sich dann mit Gewehren zu den Milizen gemeldet. Sie sind in anarchistischen Gruppen untergekommen, und da gab es dann Probleme mit Frauen.

Die haben ohne Unterschiede mit verschiedenen geschlafen. Das brachte das Problem mit den Geschlechtskrankheiten auf. Da haben sie – das hat mir ein miliciano, der dort war, ganz genau erzählt – eine Versammlung gemacht und mit allen, Mann und Frau, gesprochen und gesagt: »Wir sind für Gleichberechtigung. Es ist nicht würdig für einen Anarchisten, wenn er Geld bezahlt für eine Frau – das ist schlimmster Kapitalismus! Wir haben nicht genug Ärzte, wenn so viele krank werden, dann können wir nicht mehr kämpfen. Wir schlagen deshalb vor, daß ihr, die Frauen, zurückgeht oder eine eigene, reine Frauengruppe bildet.« – Also nicht gemischt. Dann haben sie wirklich lange diskutiert, tagelang, und dann haben sie beschlossen: »Die Frauen sollen zurück! Die anderen müssen ins Spital zur Untersuchung.«

Aber: *menschlich!* Sie haben nicht gesagt, »Ihr seit nichts wert«, oder so.

Frage: Würdest du also sagen, daß sich die Situation der Frauen durch die Revolution allgemein verbessert hat?

Clara: Ja, auf jeden Fall!
Ich kann mich an einen anderen Fall erinnern, das war Mika Etchebéhère[36], kennt ihr die?

Frage: Ja, eine Baskin argentinischer Abstammung.

Clara: Die ist ja Kapitän geworden, Leiterin einer POUM-Kolonne. Und das, obwohl die Militarisierung der Milizen schon begonnen hatte. Da gab es ja unter anderem den Beschluß: »Frauen werden nicht genommen!« Und hier, in diesem Fall, hat die ganze Kolonne – die sehr gut war, sehr diszipliniert und schon viele Kämpfe hinter sich hatte – hat die ganze Kolonne gesagt: »Entweder kommt sie mit, oder wir gehen nicht in die andere Gruppe (Einheit der wiederbelebten, konventionellen Armee)!« Und so haben sie sie als *capitán* angenommen.

Das ist eine Ausnahme, die ich kenne, aber es gab bestimmt noch andere. Aber man muß natürlich sagen, daß die Spanier in ihrer ganzen Tradition ausgesprochene Machisten sind. Und die *mujeres libres*, das schätze ich ihnen hoch an, auch die Anarchisten, die haben gesagt: »Wir dürfen die Frauen nicht abtrennen, als Frauen!« Sie haben sogar abgelehnt, daß es eine Untersektion geben soll, weißt du, nur aus Frauen: »Nein, das wichtigste ist, daß die Männer lernen, die Frauen als gleichberechtigt zu betrachten, und daher muß man im Gegenteil gemeinsam Versammlungen machen. Man muß die Männer genauso erziehen, noch *mehr* als die Frauen.«

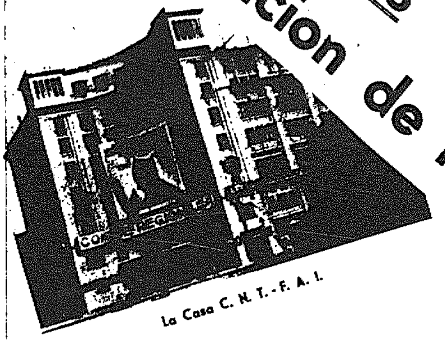
Da haben die *mujeres libres* viel gemacht. Das ist wichtig. Aber sonst, was das tägliche Leben betrifft, so würde ich sagen, die Frau, die zuhause blieb, hat natürlich immer noch am Tisch bedient, usw. das schon. Aber an der Front haben die Männer immer mitgekocht und -geholfen. Das kann ich dazu sagen.

Frage: Dazu hast du dich ja auch in dem Interview mit den Heidelbergern vor 8 Jahren ausführlich geäußert. –
Zu dem Komplex ›Spanien‹ wollen wir als letztes fragen, ob es angesichts der vielen Veröffentlichungen, die es mittlerweile zu diesem Thema gibt, einen bestimmten Bereich, einen bestimmten Aspekt gibt, den du bislang noch nirgendwo gefunden hast; etwas, das deiner Meinung nach fehlt und von dem du meinst, daß darauf noch eingegangen werden muß.

Clara: Also ich habe bestimmt nicht alles gesehen. Ich muß immer wieder an Souchy denken, an die Diskussionen mit den Anarchisten – auch mit Federica Montseny. Die haben ja »maxima culpa« gemacht, weil sie schließlich überhaupt keine Waffen mehr bekommen haben und überhaupt nicht mehr mitbestimmen konnten – auch in der Regierung.

EL PUEBLO EN ARMAS

La Organizacion de las Milicias


La Casa C.N.T.-F.A.I.

C.N.T. F.A.I.

MILICIAS ANTIFASCISTAS

COLUMNA DURRUTI - CUARTEL GENERAL

¡MILICIANOS DE LA COLUMNA DURRUTI! ¡¡HERMANOS!! ¡HAY QUE VENGAR SU CORAZON ROTO! ¡HAY QUE LLEVAR SU NOMBRE POR LA ESPAÑA FASCISTA, COMO UN NOMBRE DE MUERTE!

EL COMITE DE LA COLUMNA

Meiner Meinung nach hat das nichts geändert, daß die Regierung versuchte, sich an die anderen Regierungen anzupassen. Die Nicht-Intervetion hat sich durch diplomatische Beziehungen nicht geändert.

Und dann, das sage ich mir immer wieder, der Guerillakrieg, der nicht stattgefunden hat. Ich weiß nicht, ob der Krieg dann länger gedauert hätte, aber wir hatten immer den Eindruck, daß das gewirkt hätte auf der Franco-Seite – ganz bestimmt!

Schließlich die Internationalen Brigaden, die Stalinisten haben es ja verstanden, damit eine Riesenpropaganda zu machen. Warum haben sie sie abgezogen, 1938? Wegen dem Völkerbund, um zu sagen: »Seht ihr, wir halten uns an die Regeln.« Und was hat es genützt? Das ist doch wirklich eine Schweinerei! Später, noch im Krieg, hatten wir in der Schweiz so eine Versammlung, mit einem Stalinisten. Der sagte: »Wir waren in Spanien an der Front, und wir sind *nie* zurück, immer nur vorwärts – und die Anarchisten sind weggerannt!«

Sagte ich: »Ja warum bist du denn überhaupt hier?« – Da hat der ganze Saal gelacht. Aber wir haben selbst gesehen, wie die *milicianos* gekämpft haben. Was kannst du machen, gegen so einen Tank, wenn der mit seiner ganzen Größe auf dich zurollt? Manche sind ja bis an die Tanks ran und haben Handgranaten reingeworfen, aber das konnten nicht alle. Sie glaubten, sie würden überfahren, das ist doch ganz klar. Dazu hatten die meisten zuvor noch nie einen Tank gesehen.

Da fällt mir aber noch etwas zu den Maitagen ein.

Es ging ja schon Wochen vorher los. Die Stalinisten schossen sich mit den Kontrollpatrouillen. »Die Waffen gehören an die Front!« hieß es. Und die Maitage waren ganz klar ein Putsch der Stalinisten. Das wird noch oft ganz falsch dargestellt.

Da gab es eine interessante Sache. Das Haupttelegraphenamt in Barcelona stand unter der Kontrolle der Anarchisten. Und die diplomatischen Gespräche – auch die Regierungsgespräche! – alles lief durch die Kontrolle der Anarchisten. Del Vayo war damals Außenminister der Republik und seine Frau war eine Bernerin. Die Frau Araquistain[37] in Paris war die Vertreterin der republikanischen Regierung dort, und sie war die Schwester von del Vayos Frau. Diese beiden Frauen haben dann – das war ganz lustig – miteinander telephoniert und die wichtigsten Gespräche in Schwyzerdütsch durchgegeben – das konnte keiner verstehen.

Sie haben wir dann an der Grenze getroffen, sie war gerade nach Genf unterwegs zum Völkerbund. Sie hörte uns Schwyzerdütsch reden und sagte: »Oh, Schwyzer!" Da erzählte sie uns – das war schon nach den Maitagen – ihre Schwester sei in Paris und daß sie auf diese Weise miteinander telephoniert hätten, um die Zensur zu übergehen.

Die Maitage – das war ein Putsch der Stalinisten! Wir haben es selbst gesehen, wie die guardia di asalto[38] auf das Telefongebäude losstürmte und von innen zurückgeschossen wurde.

Da bin ich zu Souchy gegangen, zur CNT. Die wußten von nichts. »Es geht los! Sie schießen!« Man hatte es erwartet, es hatte in der Luft gelegen. Und dann sind sie sofort gerannt gekommen und *schon* waren die Barrikaden da!

Frage: So hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter ganz ohne Zutun der CNT, spontan, reagiert?

Clara: Oh ja! man wußte eben, irgendwie werden die was versuchen, um uns zu kontrollieren. Das Radio, die *telefonica*, das war ja alles noch in der Hand der Revolutionäre. Die POUM hatte den Radiosender.

Frage: Und ihr wart dann in diesen Tagen mit der POUM, nein, mit den *amigos des Durruti* zusammen?

Clara: Mit beiden. Da waren wir neben Orwell, der begriff , was los ist.

Frage: Habt ihr George Orwell persönlich kennengelernt?

Ja, aber wir konnten uns schlecht verständigen, ich konnte kein Englisch. Aber ab und zu war Borkenau[39] unser Übersetzer. Orwell hatte phantastische Augen. Die sieht man auch in diesem Film über das Leben von Orwell. Habt ihr den gesehen?

Frage: Ja, in mehreren Folgen.

Clara: Also ausgezeichnet. Und da sieht man, was für einen Blick der hat – toll!

Frage: Normalerweise hätten wir dir auch noch gerne zu den Erlebnissen während eurer Gefangenschaft bei den Stalinisten Fragen gestellt, aber das steht ja auch ausführlich in eurem Buch. Gibt es aber darüberhinaus noch etwas aus jener Zeit, das es zu berichten gibt?

Clara: Also etwas, was ich noch nie erzählt habe.

Zusammen mit einem Anarchisten hatten sie uns in ein anderes Privatgefängnis[40] verschleppt. Wie hieß er noch –

Frage: Helmut Rüdiger?

Clara: Helmut Rüdiger[41] hat im selben Haus gewohnt wie wir. Das war vielleicht einer. Mit dem haben wir Streit gehabt – das war ein Bürokrat. In den Maitagen, da hat er einen Zettel ans Haus gemacht: »Ich bin Helmut Rüdiger, und ich habe nichts zu tun mit den Maitagen«!

Na ja. Ich kam dort in die Frauenabteilung, oben, innen war ein großer Hof. Die Zelle teilte ich mit einer Deutschen. Es gab ein bestialisches Bett. Stell dir vor, ein Brett und ein Tuch – du konntest nicht schlafen. Ich habe alles versucht, auf dem Boden geschlafen, wurde von Mücken gefressen – schrecklich! Bis dann ein Wärter Mitleid mit mir bekam. Meine Zähne hatten angefangen zu wackeln und der hat mir dann Zitronen gebracht, gegen den Skorbut und dem habe ich auch gesagt: »Ich kann hier unmöglich schlafen«. Da hat er mir ein Feldbett gebracht. Es war einfach unmöglich gewesen, dort zu schlafen. Ob das bewußt gemacht wurde? Ganz bestimmt!

Neben mir war eine große Zelle, in der Polinnen saßen, Deutsche, alle möglichen Leute - nur keine Faschisten! (lacht)

Dann haben sie mir eine Frau in die Zelle gesteckt, die hieß Marguerite, und das war eine Stalinistin.

Am Anfang wußte ich es nicht. Da habe ich sie gefragt: »Wo warst du denn?« Sie war Krankenschwester, und ihr Mann war ein bekannter Stalinist - den Namen weiß ich nicht mehr. Ich habe sie gefragt· »Wieso bist du verhaftet?« Sagt sie: »Das ist ein Irrtum. Und die anderen hier, das sind doch alles Faschisten.«

Sag ich: »Nicht *ein* Faschist ist hier drin! Glaub mir!« Dann hat sie mich ausgefragt. Ich habe gesagt, was ich denke, und sie war ehrlich, hat mir auch ihre Meinung gesagt, über die stalinistische Regierung, das Militär. Drei oder vier Tage war sie bei mir. Als sie dann wegkommen sollte, sagte ich zu ihr: »Ich weiß, du gibst jetzt einen genauen Bericht, was ich dir alles gesagt habe.« Darauf sie: »Nein!« Wir waren dann richtig befreundet. Eine ehrliche Frau, die sagte: »Clara, verlaß dich darauf, ich werd' alles machen, daß du rauskommst. Du *bist* keine Faschistin, du bist keine Konterrevolutionärin!« Worauf ich wieder sagte: »Die anderen hier sind es auch nicht!«

Wenn auch nicht alle politisch bewußt waren, es gab da vielleicht drei oder vier POUM-Leute. Die anderen – also da gab es eine 61-jährige Frau. Sie war in Madrid zum Gesundheitsbrunnen gegangen – das liegt an der Front – und dort hat sie immer ihr Trinkwasser geholt. Sie war eine Deutsche, hat gesagt: »Ich kenne mich hier nicht aus, ist mir egal, ob der Brunnen an der Front ist.« Da wurde sie als Spionin verhaftet – weil sie Wasser getrunken hatte! Das war eine dolle Frau. Die hat sich nackt ausgezogen und ist übers Fenster geklettert und hat sich in die Sonne gelegt – mit 60 Jahren – hatte einen Körper, ganz großartig! Natur-, Heil-, Nacktkultur-Anhängerin war sie.

Jedenfalls, meine Zellengenossin versprach mir, mich rauszubringen. Und was ist passiert? Später habe ich gehört, daß sie ihren Mann auch verhaftet haben. Danach wurde nie wieder etwas von ihnen gehört.

Frage: Das war ja ein seltenes Verhältnis zwischen politischen Gefangenen.

Clara: Sie war klug und sehr sympathisch und ich dachte, was soll ich ein Blatt vor den Mund nehmen und hab die Stalinisten richtig kritisiert. Und wenn sie sagte, »nein, das stimmt nicht!«, hab ich nachgewiesen, daß es stimmt (lacht). In diesen Gefängnissen saßen natürlich auch spanische Kommunisten und Deutsche, die aus Moskau kamen. Auch ein Russe war dabei, der hatte so eine Boxernase, den nannten wir nur den ›Boxer‹, außerdem war da noch ein polnischer Jude. Was wichtig ist und was wir alle gesehen haben, das war: die Emigranten aus Polen, Deutschland, Ungarn, Bulgarien, Italien – also auf jeden Fall alles Leute, die als Emigranten von ihren Regierungen her keine Unterstützung und keinen Halt hatten, die also wirklich verfolgt waren – die haben sie gefoltert und schrecklich behandelt. Sehr viele von denen sind da überhaupt nie mehr rausgekommen.



Clara: Ich glaube, den Leuten ist einfach bewußter geworden, daß damals zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine spontane soziale Revolution ausgebrochen ist. Es war das große Ereignis nachdem alles – die Russische Revolution zum Beispiel – schiefgegangen war. Die Russische Revolution war degeneriert, hatte überhaupt nichts mehr mit Sozialismus zu tun, und dies hatte unter vielen eine große Enttäuschung ausgelöst.

Und dann, zum ersten Mal, passierte das in Spanien. Das war *das* große Ereignis unseres Lebens.

Als der Putsch von Franco begann haben dort die Arbeiter – und dann wir selbst – *spontan*, im Dorf, in der Stadt, sofort die Gewehre genommen. Mit Jagdgewehren, mit Revolvern, womit sie eben konnten, haben sie die Faschisten bekämpft.

Gleich am Anfang, am 19.Juli, nach dem Putsch, haben wir in den Dörfern erlebt, wie die Kirchen brannten. Das war für uns damals ein erster Schreck. Aber die Kirche war ja total mit Franco und von den Kirchtürmen aus haben sie auf die Arbeiter geschossen.

In dem *ayuntamento*, d.h. in dem Bürgermeisteramt, waren die Bauern die Bürgermeister. Wenn der alte Bürgermeister gegen Franco war, konnte er bleiben. Zum ersten Mal waren im Bürgermeisteramt auch Frauen.

Wenn man in ein Dorf kam, war sofort der erste Eindruck »rot/schwarz« – die Binden, die Kontrolle der Anarchisten, unter dem Banner des Anarchismus. Die Bauern, man kann eigentlich nur sagen, die Landarbeiter, haben sofort beschlossen: »wir kollektivisieren!« In Katalonien gab es sowohl Latifundien, die auch den Kirchen gehörten als auch Kleinbauern.

So haben sie erstmal alle Papiere verbrannt, Schuldscheine, Pfandbriefe, alles was sie im Katasteramt vorfanden.

Danach ging die Diskussion los: »was machen wir weiter?, wie organisieren wir das Leben?«

Das erstaunlichste von allem war, daß sie sofort die Lebensmittel organisiert haben. Der Bäcker wurde z.B. genau kontrolliert, wieviel Mehl er hat, und zum ersten Mal eigentlich in einer revolutionären Situation, oder auch im Krieg, gab es genug zu essen. Sonst ist das erste, was fehlt, Zucker, Brot, usw., aber damals in Spanien wurde das sofort organisiert. All das unter der Kontrolle dieser anarchistischen Arbeiter, die manmchmal weder lesen noch schreiben konnten, aber die wußten, daß das Ernährungsproblem als erstes gelöst werden mußte.

Wie gesagt, haben wir erlebt, daß die Kirchen brannten. Wir haben Frauen gesehen, in den Gassen, die haben's Kreuz geschlagen und gesagt: »Mein Gott, dafür werden wir nochmal bestraft«. Also das gab's auch. Aber der Haß gegen die Kirche war sehr groß. Die meisten hätten auf dem Land der Kirche als Pächter gearbeitet und die Hälfte abgeben müssen. Es blieb ihnen sehr wenig.

Nur wenn oppositionelle Gruppierungen wie SAP[42] und die KPO[43] – auch bei den Italienern gab es solche Organisationen – sich gewehrt haben, gab es Chancen. Aber das war nicht derselbe Druck selbstverständlich, den Regierungen ausüben konnten. Deshalb haben diese GPU-Leute[44] die Schweizer, Franzosen und Belgier nicht so schrecklich behandelt. Also uns haben sie nie mißhandelt.

Einen Deutschen z.B., haben sie in einen Schrank gestellt, 22 Tage lang, in dem er weder sitzen noch stehen konnte. Nach 22 Tagen haben sie den Schrank aufgesperrt, und da ist er rausgeflogen, mit geschwollenen Beinen. Das haben sie nur mit Leuten gemacht, mit Emigranten, die niemand hinter sich hatten – grauenhaft!

Nur mit Leuten aus Ländern, wo Diktaturen herrschten, haben sie so etwas gemacht. Und das muß man ausdrücklich betonen.

Wir hatten ja das Glück, daß die Schweizer für uns eine große Kampagne gemacht haben, sogar die bürgerliche Presse. Wir hatten Freunde, die haben sich organisiert. Wir hatten ihnen gesagt, wenn ihr innerhalb einer bestimmten Frist keine Nachricht von uns habt, sind wir verhaftet. Und sofort haben sie zugeschlagen – »Wo sind die Thalmanns? Wo sind ihre ›Verbrecher‹?« Den Präsidenten Negrin haben sie in Madrid angerufen. Es war eine ganz tolle Organisation, wie sie das gemacht haben.

Uns haben die Stalinisten im Gefängnis nur Stunden schlafen lassen, mit Licht in den Augen, aber keine Torturen, die man hätte nachprüfen können. Und das war mit allen so, hinter denen jemand stand. Ist das nicht interessant? Und so gemein!

Und dann: die Massaker – alle, die Franco umgebracht hat. Wir kamen in ein Dorf, Pina, ich glaube jedenfalls, daß es Pina war, genau kann ich mich nicht erinnern, jedenfalls hat dort die Herrschaft dreimal gewechselt. Die Faschisten hatten es mehrmals eingenommen und waren mehrmals wieder vertrieben worden. Die Faschisten haben dort *unwahrscheinlich* gemordet – dann kamen die Anarchisten zurück, und dann kamen nochmal die Faschisten, es war eine sachreckliche Zeit.

Als das Dorf dann endgültig von den Anarchisten – oder sagen wir Republikanern (lächelt) – erobert worden war, haben die Leute uns *so* empfangen (breitet die Arme aus), waren sehr glücklich.

Von uns wurden nie Massaker veranstaltet. Wir nahmen Verhaftungen vor. Wenn die Leute sagten »der ist ein Faschist!« wurde der verhaftet. Er kam dann vor ein Gericht, und manchmal haben sie ihn auch schnell erschossen – das auch. Aber Massenerschießungen, das gab es einfach nie! Nie haben wir so etwas persönlich gesehen oder davon gehört – nirgends!

Diesen Unterschied muß man betonen. Wir waren jetzt in Zaragoza und haben dort einen Historiker besucht, der hatte ein Dokument: 30 000 haben die Faschisten allein in den ersten Tagen umgebracht! In Badajoz haben sie 10 000 in die Arena getrieben und abgeknallt! In den Dörfern haben sie sogar 14-jährige Kinder an die Wand gestellt! *Das* muß man sehr stark betonen.

Anmerkungen

(Aus Platzgründen gegenüber dem Original gekürzte Fassung)

1 ›Die lange Hoffnung‹; Video, das über die Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr.10, 7800 Freiburg zu beziehen ist; Der Film lief im ›Kleinen Fernsehspiel‹ des ZDF, das spanische Fernsehen kaufte den Film ebenfalls ein; ein ausführlicheres Buch liegt im Trotzdem Verlag, Grafenau vor.

2 Die *ateneos* (wörtl. Kunsthäuser) waren – und sind Schulungs- und Propagandastätten der span. Anarchisten.

3 D.h. *Räte*, revolutionäre Selbstverwaltungsorgane.

4 Zur kommunistischen Kollektivierungspolitik vgl. Broué/Témimé: Revolution und Krieg in Spanien. Ffm 1968, S. 285f

5 Zum Aufbau des faschistischen »Neuen Staates« vgl. W.L. Bernecker: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg. München 1984, S. 59–79.

6 B., eine junge Schweizerin, die zusammen mit Clara, einer Französin und zwei Franzosen auf der Séréna lebt. Die Séréna ist eine Art Landkommune im Norden Nizzas, die von Clara und ihrem vor 4-5 Jahren verstorbenen Mann Paul ›Pavel‹ Thalmann in den 50er Jahren gegründet wurde.

7 *libretas de consumo* – Kreditkarten, Schecks, die vor allem in Aragón das Geldsystem ersetzten.

8 Am 23.2.81 ereignete sich unter Führung des Oberstleutnant Antonio Tejero und des Generals Milans del Bosch ein faschistischer Putschversuch.

9 *Unión General de Trabajadores*, damals zweitsärkste Gewerkschaft Spaniens, 1888 in Madrid gegründet. Mit der Sozialistischen Partei verbunden.

10 Zum sozialistisch-anarchistischen Spannungsverhältnis (z.B. Nationalisierung contra Kollektivisierung) vgl. Bernecker: Anarchismus und Bürgerkrieg, Hamburg 1978, S. 72f.

11 Zur Frage der anarchistischen Kompromisse vgl. Carlos Semprun-Maura: Konterrevolution in Katalonien. Hamburg 1983. Vernon Richards: Lessons of the Spanish Revolution. London 1983

12 Paul und Clara Thalmann: Revolution für die Freiheit, Hamburg 1977, jetzt Trotzdem-Verlag, Grafenau.

13 CNT-Hauptquartier/Souchys Büro im ehemaligen Gebäude des spanischen Unternehmerverbandes.

14 *Zentralkomitee der Antifaschistischen Milizen*, existierte vom 21.7.–1.10.36 unter vollständiger Kontrolle der Anarchisten.

15 Name der katalonischen Regionalregierung

16 Am 27.9.36 traten die Anarchisten als Minister in die Regierung Kataloniens ein, am 5.11.36 in die kastilische Zentralregierung der Republik.

17 Zur sogenannten ›Nichteinmischungspolitik‹ der westlichen Demokratien und der faschistischen Achsenmächte vgl. Broué/Témimé, S. 393–416

18 Marie Louise Berneri, 1918–1949 ital. Anarchistin; vgl. ihr Buch ›Reise durch Utopia‹, Berlin 1982; Camillo Berneri, 20.5.1897 Lodi (Lombardei)–6.5.1937 (von Agenten der russ. Geheimpolizei ermordet – sehr wahrscheinlich auf Befehl des späteren KPI-Vorsitzenden Palmiro Togliatti, Komintern-Politiker). Berneri, Anarchist, Prof. der Philosophie war ein führender Kritiker der anarch. Regierungsbeteiligung.

19 Juan Garcia Oliver, 1901 geb., FAI-Mitglied, Mitstreiter Durrutis, von Beruf Kellner, Befürworter der Regierungsbeteiligung. Seine erste Amtstat als Justizminister bestand in der Vernichtung sämtlicher auffindbarer Prozeß-und Gefängnisakten und der Öffnung zahlreicher Gefängnisse.
Federica Montseny, 12.2.1905 geb., FAI-Anarchistin, zweifellos die berühmteste Frau der anarchistischen Bewegung Spaniens und heute noch populäre Verfechterin des »reinen« Anarchismus. Sie selbst brach damit formal v. Nov. 36 bis Mai 37 als Gesundheitsministerin in der Madrider Zentralregierung. (U.a. legalisierte sie den Schwangerschaftsabbruch!) Nach Ende des Bürgerkriegs in Toulouse kritisierte sie die Regierungsbeteiligung.

20 Zur Arbeits-und Verfahrensweise der Komitees, vgl. Leval, S. 195f.

21 Das Kollektivierungsdekret trat am 26.9.36 in Kraft. Es legalisierte um den Preis zugestandener staatlicher Einflußmöglichkeiten die bereits geschaffenen Kollektivierungen, etwa 2/3 des republikanischen Bodens! Vgl. Bernecker: Kollektivismus und Freiheit, Quellen, München 1980. A.Souchy: Nacht über Spanien, Grafenau; Die Bauern von Aragon, span. und engl. Fassung veröffentlicht, übersetzte deutsche Fassung liegt beim Trotzdem Verlag, Grafenau.

22 Maria Montessori, 1870–1952, liberale Pädagogin, betonte die kindliche Freiheit und Selbständigkeit; Vgl. Montessori: Neue Erziehung, Stuttgart 1926.

23 D.h. Volksfront, Zusammenschluß von Kommunisten, Sozialisten und Bürgerlichen für die Parlamentswahlen v. 16.2.36.

24 Vgl. George Orwell, Mein Katalonien. Diogenes, Zürich 1975

25 Am 29.9.36 wurde durch einen Erlaß der Madrider Zentralregierung die Einberufung zweier Jahrgänge verfügt. Beginn der Militarisierung. Zur Problematik »Wir wollen Milizionäre der Freiheit sein und nicht Soldaten in Uniform«, vgl. A.u.D. Priudhommeaux: Bewaffnung des Volkes, K. Kramer Verlag, Berlin 1974; Autogestion. (mit Int. Clara Thalmanns), hrsg. Heidelberger Autorenkollektiv. Heidelberg o.J.

26 Gespräch mit d. Interviewern v. 21.7.83; das Interview soll im Souchy-Materialienband 1987 im Trotzdem-Verlag Grafenau erscheinen.

27 Zur Rolle des Kleinbürgertums vgl. Bernecker, Anarchismus. . .am Beispiel der katalanischen Weinpächterorganisation.

28 Im Mai 37 kam es nach einer kommunistischen Provokation zu einem einwöchigen Barrikadenkampf zwischen Kommunisten, Polizei und Bürgerlichen auf der einen – Anarchisten, Linkskommunisten und -sozialisten auf der anderen Seite mit offiziell 500 Toten, 1000 Verwundeten und der physischen der POUM. Vgl. z.B. Julian Gorkin, Stalins langer Arm, Kiepenheuer Verlag, Köln.

29 Zu den *amigos de Durruti* vgl. Frank Mintz/Miguel Pecina: Los amigos de Durruti, los trotsquistas y los sucesos de Mayo. Madrid 1978; The friends of Durruti-Group: Towards a fresh revolution, Sanday/Orkney 1978; A. Souchy, Span u. engl. Broschüre zu den Maiereignissen, Barcelona 1937.

30 Carl Einstein, 1885–5.7.1940; vgl. SF 18, 2/85

31 Duruttis Haltung zur drohenden Militarisierung der Milizen vgl. das van Paasen-Interview, in: Prudhommeaux, S. 43

32 Der *Verteidigungsrat von Aragón* war die oberste Autorität im freien Teil Aragóns (das durch die Front in zwei Teile gespalten war). Er bestand ausschließlich aus Anarchisten, die sich auf die Macht der revolutionären Stadt- und Dorfkomitees und die Milizen stützen konnten. Der Rat war Anfang Oktobver 36 von der CNT gegründet worden, nachdem Sozialisten und Republikaner zuvor den CNT-Vorschlag gemeinsam eine Art ›Regierung‹ zu bilden abgelehnt hatten; er war »länger an der Macht, als alle anderen regionalen Machtorgane der revolutionären Bewegung«. Er wurde Anfang August 37 mit militärischer Zwangsgewalt durch Einheiten der republikanischen Armee aufgelöst; kommunistische Truppen, die 11. Division unter Enrique Lister, fielen mit Panzern in Aragón ein und zerstörten die Kollektiven. Vgl. u.a. Daniel Guerin: Anarchismus, Suhrkamp, Ffm 1971.

33 Am 24.4.37 zerstörten deutsche Flieger der faschistischen *Legion Condor* die baskische Stadt Guernica fast völlig. Die Verluste der Zivilbevölkerung waren furchtbar. Ein »Testfall« für den Terror gegen Rotterdam und Coventry. Pablo Picasso verarbeitete das Guernica-Massaker in seinem berühmtesten Gemälde.

34 Populäre Abkürzung der bekanntesten anarchistischen Zeitung *Solidaridad Obrera*, die 1907 in Barcelona gegründet wurde. Bis Ende des Bürgerkrieges erschien sie als Tageszeitung mit einer Auflage von 40 000 Exemplaren. Heute erscheint sie 14-tägig.

35 *Mujeres libres*, d.h. Freie Frauen, Anfang der Dreißiger gegründete Organisation. Vgl. hierzu Mary Nash: Mujeres Libres. K. Kramer Verlag Berlin 1979; Lola Iturbe: La mujer en la lucha social. Mexico 1974; Karin Buselmeier: Frauen in der span. Rev.. Mamas Pfirsiche, 9/10, 1978.

36 Mika Etchebéhère, gebürtige Argentinierin, mit einem Basken verheiratet, kämpfte in der POUM, lebt heute in Frankreich. Vgl. M. Etchebéhère: La guerra mia. Ein Frau kämpft für Spanien. Ffm 1980.

37 Luis Araquistain, 1886–1959, span. Sozialist (PSOE) und Diplomat, kritisierte die span. Kommunisten von links; intervenierte für die Thalmanns als sie sich in Gewalt der Stalinisten befanden.

38 Sturmgardisten, v.d. Republik vor dem Bürgerkrieg als Gegengewicht zur verhaßten *Guardia Civil*, der bis heute fortbestehenden berüchtigten kasernierten Bereitschaftspolizei, geschaffene Polizeieinheit, die mehr und mehr unter kommunistischen Einfluß geriet.

39 Franz Borkenau, vgl. The Spanish Cockpit. London 1937, Ann Arbor 1963.

40 Am 15.8.37 gründeten die Stalinisten das *Servicio de Investigación Militar* (SIM), das Amt für militärische Untersuchung, eine parteieigene Geheimpolizei, die keiner Kontrolle unterstand, Privatgefängnisse unterhielt und eigenmächtige Hinrichtungen vornahm.

41 Helmut Rüdiger, 1903–1968, deutscher Anarchosyndikalist, zeitweiliger Sekretär der Anarchistischen Internationale, Verfasser einer fundierten Kritik am Kurs der CNT: El anarcossindicalismo en la revolución Española. Barcelona 1938. Vgl. seine Titel im AHDE-Verlag Berlin.

42 *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands*, linke Abspaltung von der SPD in der Weimarer Republik, vertrat Zusammengehen von Kommunisten und Sozialisten.

43 *Kommunistische Partei-Opposition*, sogenannte »Rechtsabweichler« der KPD (Thalheimer/Brandler-Gruppe), kritisierte die »Sozialfaschismustheorie« der KPD, die die SPD als Hauptfeind Nr.1 definierte. Clara und Paul Thalmann arbeiteten in der Schweiz zeitweise mit der KPO zusammen – so schmuggelten sie u.a. Thalheimer heimlich über die Grenze.

44 Die geheime politische Staatspolizei der UdSSR *Objedinjonnoje Gosudarstwennoje polititschcskoje uprawlenije* (OGPU) war als solche am 30.12.22, nach der offiziellen Konstituierung der UdSSR von der GPU in OGPU umbenannt worden. Die GPU war auf Anweisung Lenins und des ZK der Partei durch Entscheide vom 28.12.21 und vom 6.2.22 aus der früheren *Tscheka* hervorgegangen. Vgl. Viktor Serge: Erinnerungen eines Revolutionärs. Hamburg 1977

Solidarität mit den »Wilden«?

von Gottfried Mergner



Als unsere Kolonien vor Jahren
noch unentdeckt und schutzlos waren
schuf dort dem Volk an jedem Tage
die Langeweile große Plage
denn von Natur ist nichts wohl träger
als so ein faultierhafter Neger.
Dort hat die Faulheit, das steht fest
gewütet fast wie eine Pest.
Seit aber in den Kolonien
das Volk wir zur Kultur erziehen
und ihm gesunde Arbeit geben
herrscht dort ein munteres, reges Leben.
Seht hier im Bild den Negerhaufen
froh kommen die herbeigelaufen
weil heute mit dem Kapitän
sie kühn auf Löwenjagden gehn . . .
(»Kinder«gedicht um 1910)

(aus: Martha Mamozai: Herrenmenschen, Frauen im deutschen Kolonialismus. Reinbek, 1982, S. 297.)

Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den afrikanischen Widerstandskämpfen in den ehemaligen deutschen Kolonien um die Jahrhundertwende.

Zuerst in der Deutschen Demokratischen Republik, seit den siebziger auch in der Budesrepublik erschienen Untersuchungen, in denen die bis dahin verdrängte deutsche Kolonialgeschichte und ihre Auswirkungen auf die Innenpolitik kritisch aufgearbeitet werden.[1]
(. . .) Gibt es einen Zusammenhang zwischen der »Zivilisierung« der Arbeiter zu »Volksgenossen«[2], wie sie sich in den beiden Weltkriegen bewährt hat und der sozialdemokratischen Wahrnehmung der »aufständischen Wilden« in den Kolonialkriegen des imperialistischen Deutschlands um die Jahrhundertwende?

Die Frage ist meiner Ansicht nach keineswegs abwegig. Denn: Sowohl während der alltäglichen Expansion des Kapitals, wie auch während der gewalttätigen imperialistischen Penetration der Peripherie, wie **während der Kriege des kaiserlichen oder nationalsozialistischen Deutschlands erwies sich die organisierte Arbeiterbewegung insgesamt weder als unüberwindliches Hindernis, noch als sehr störend. Im Gegenteil: der imperialistische Kapitalismus konnte im Konfliktfall immer mit der nationalen Solidarität der organisierten Arbeiter rechnen.**

Die afrikanischen Widerstandskämpfer ihrerseits haben mit den europäischen Arbeiteorganisationen (bis zur Dritten Internationalen) nicht gerechnet. Sie haben sich weder mit ihren Führern in Verbindung gesetzt noch haben sie um deren Hilfe nachgesucht. Allein der Führer der Namas, *Marenga*, stammte, in der von uns behandelten Zeit, nicht aus einer Häuptlingsfamilie und entwickelte Ansätze eines nationalen Befreiungskampfes[3]. Der afrikanische Widerstand blieb lange regional begrenzt und weitgehend volksbezogen.

Das Wissen voneinander war mehr als lükkenhaft und über die herrschende Kultur vermittelt.[4] *Bebel* selbst äußerte im Reichstag seine Befriedigung darüber, daß er nie in Versuchung gekommen sei, sich in den Kolonien direkt zu informieren. Es gab keine sozialdemokratische Korrespondenten in den Kolonien. Informationen wurden bis 1912 nicht systematisch gesammelt und ausgewertet. Afrikaner und Sozialdemokraten blieben sich fremd.[5]

Doch das Suchen nach einem Solidarzusammenhang von autochthoner Bevölkerung in den Kolonien und sozialdemokratischer Heimat gebietet Vorsicht. **Allzuleicht entwikkelt sich parteiliche Forschung zu generalisierenden Projektionen eigener Erwartungen auf Sozialbewegungen in aller Welt.[6] Oft liegt solchen Projektionen das Konstrukt einer einheitlichen, weltweiten Sozialbewegung – als einem »Kontinuum der Geschichte« – zu Grunde. Dannach würden in den Peripherien[7] die Befreiungsbewegungen die schmutzigen Reste der bürgerlichen Zivilisation beseitigen, der Arbeiterbewegung in den Zentren käme – neben latenter revolutionärer Bereitschaft – die Aufgabe der internationalen Solidarität zu. Zwar verweist der Klassenbegriff bei Karl Marx mit Recht auf die latente Widerstandsmöglichkeit der Arbeiter als Antwort auf Unterdrückung hin. Doch ist es sicherlich nicht richtig, das Industrieproletariat in seiner Gesamtheit zur alleinigen Basis sozialistischer Erlösung hochzustilisieren.[8]**

Erhard Lucas weist in seinem Buch »Vom Scheitern der Arbeiterbewegung« darauf hin, daß zwar innerhalb der Arbeiterklasse immer wieder wichtige Widerstandsbereitsschaft vorhanden war, daß die Erinnerung an konkret gelebte Utopie mit zum kulturellen und politischen Erbe der Arbeitersozialbewegung gehört. Doch sei der Begriff der Arbeiterbewegung auch (und nicht nur in Deutschland) – wenn es um die Frage der Überwindung von Unterdrückung gehe – mit dem Begriff des »Scheiterns« unlöslich verbunden. (Wie sich ja auch die transkolonialen Länder in der kapitalistischen Peripherie leichter von der Fremdherrschaft als von den Gesetzen des Weltmarktes befreien konnten.) Ich gehe daher von nachfolgenden Thesen aus:

* Die industrielle Revolution in Europa (mit zeitlichen Verschiebungen) ist der vorläufige Höhepunkt einer inneren Kolonisation, einer Zurichtung der traditionell agrarisch oder handwerklich ausgerichteten Bevölkerung zum funktionierenden Heer von Industriearbeitern.

* Das Bürgertum und seine intellektuellen Protagonisten entwerten gesellschaftlich in dem Maße die Arbeiter, wie sie an der ökonomischen Entwertung der Arbeitskraft im kapitalistisch-industriellen Verwertungszusammenhang interessiert waren. Doch gleichzeitig begleitete sie zunehmend die Angst vor dem drohenden oder aktuellen Widerstand aus Teilen der Arbeiterklasse.

* In dem Maße, wie es der Arbeiterschaft gelang, sich gegen die ökonomische Entwertung erfolgreich zu organisieren, paßte sie sich – gezwungen durch den politischen Druck – der gesellschaftlich vorherrschenden Realität an und versuchte über ihre Organisationen *in* ihr politische und kulturelle Identität und Wertigkeit zu erringen. Dies gelang ihr – gerade mit und über ihre eigenen Organisationen und mit einer Strategie des steten, quietistischen Wachstums. Dabei halfen sie mit – ohne es zu reflektieren – das Periphäre innerhalb des kapitalistischen Verwertungszusammenhanges (Arbeitslose, Minderheiten, Kinder, Frauen) und am Rande (vor allem die kolonialisierten Völker) abzuwerten und auszugrenzen.

Norbert Elias These, daß die Anpassung an die durchorganisierte, bürokratische Industrie-Gesellschaft mit verinnerlichter Repression und Anpassungsschmerzen für jeden Einzelnen verbunden sei, d.h. mit der freiwilligen Unterdrückung von Affekten, wird auch durch die – in letzter Zeit ausgewertete autobiographische Arbeiterliteratur bestätigt.[9] (. . .)

Und wie sie sich für ihre Kinder nur die gleiche Erziehung vorstellen konnten, die sie selbst durchlitten hatten, so sahen sie auch für die »Wilden« die Notwendigkeit des grausamen und repressiven Prozesses zur Zivilisation. Über ihre eigenen Erfahrungen und Gefühle konnten sie am besten mit den gleichgesinnten Genossen reden. Daher war die sozialdemokratische politische Kultur *Männerkultur*.[10] Mit ihren Frauen und Kindern aber auch mit den »unzivilisierten« Randgebieten entwickelten sie kaum Kommunikationsbedürfnisse. Solidarität gab es nur mit »Ihresgleichen«.

Die faktische Macht des ungestört expandierenden Kapitals profitierte davon. Die herrschende bürgerliche politische Kultur verhielt sich zu den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern zunehmend widersprüchlich: Einmal bleiben die Arbeiter für sie unberechenbare, latent bösartige (tierische) Wilde. Dann betonten sie vor allem deren Triebhaftigkeit, Unberechenbarkeit, Widerspenstigkeit, Aiufsässigkeit. Und dafür haßten sie sie. Das Wüten der Freikorps in der Nachkriegszeit (1919/1920) offenbarte diese sadistische Angst vor dem »Niedrigen« in ihrer Zivilisation. Zum anderen bemühten sich fortschrittliche Fraktionen um die Integration der »anständigen« Arbeiter in die deutsche, imperialistische Volksgemeinschaft.

Der proletarische »Wilde« und seine sozialdemokratische Akkulturation

»Ein etwas erstauntes Gesicht machte einst unser Herr Gemeindevorsteher, als ein von auswärts zugezogener Glasmacher sich bei ihm anmeldete. Auf die Frage nach Straße und Nr. seiner Wohnung antwortete der Mann: ›Na, da in Kamerun Nr.4‹ – Als Kamerun wird nämlich im Volksmund der Häuserkomplex genannt, der die beiden neuen Straßen (. . .) bildet.«

Aus: Der Osterburger Nr.2 vom 13.8.1891

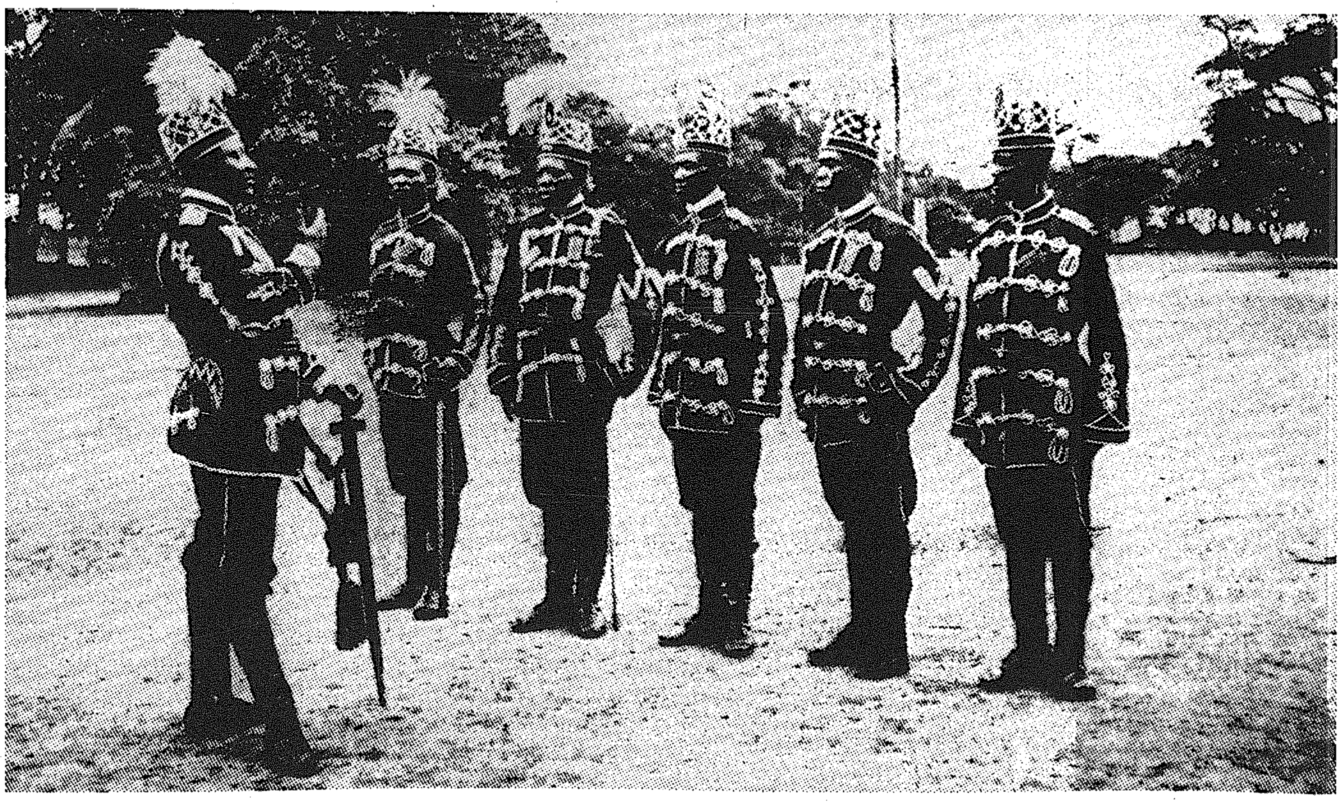
Ein anderer Ortsteil von Osternburg – einer Industrieansiedlung in der Nähe Oldenburgs – in der vor allem Glasarbeiter in fabrikseigenen Wohnungen wohnten – hies Sansibar. Ähnliche Namensgebungen nach Kolonien finden sich auch im Ruhrgebiet und in anderen Orten Norddeutschlands um die Jahrhundertwende, der Zeit des Erwerbs deutscher Kolonien in Afrika und in der Südsee.

Ich vermute, daß es sich hierbei um selbstironisierende Identifikation von Arbeitern mit dem rechtlosen und diskriminierten Status der afrikanischen Kolonien handelt, auf der Erfahrung fußend – selbst rechtlos und verächtlich zu sein. (. . .)

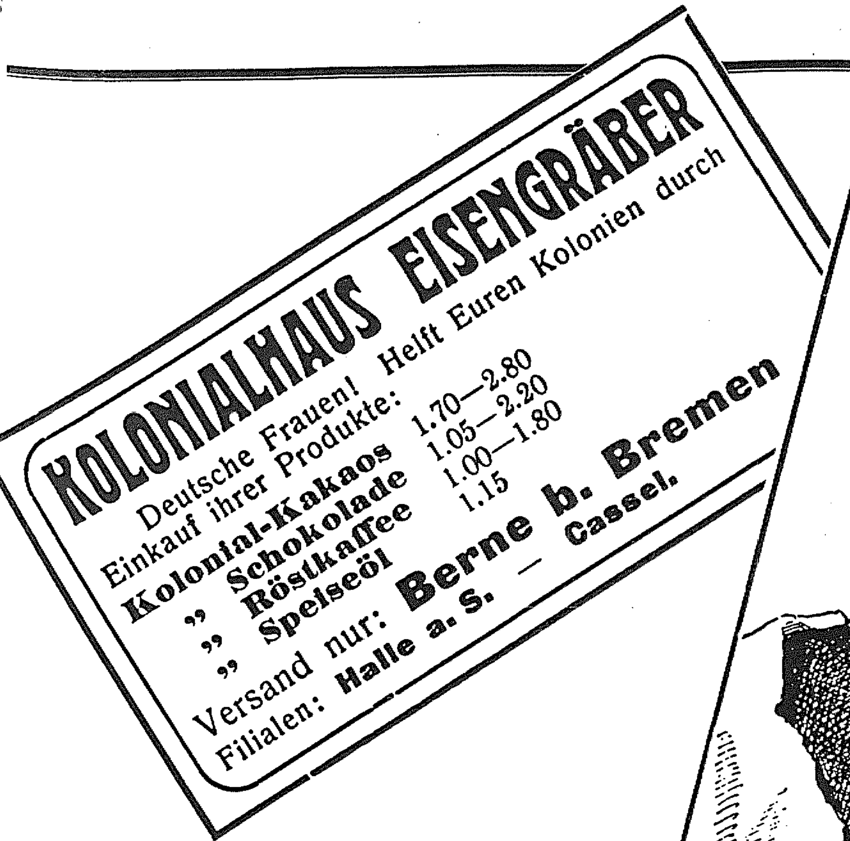
Nach Aufhebung der Sozialistengesetze wird nun immer deutlicher, daß die Sozialdemokratie nun ihrerseits große Anstrengungen unternahm, um sich von diesen Werturteilen über sich zu befreien, aus dem Zustand des »Negers« sich zum gleichberechtigtsten Bürger zu emanzipieren.

Ein Artikel im Verbandsorgan der Glasarbeitergewerkschaft ›Der Fachgenosse‹ vom 1. Mai 1903 dokumentiert diese wachsende Orientierung an herrschenden Wertvorstellungen.

»Vom Ziel! Tausende würden erst einmal die Frage nach dem sozialdemokratischen Ziel antworten ›Unser Ziel ist die Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen.‹ Doch ›Gewisse Gegner haben das Wort aufgebracht von der materialistischen Arbeiterbewegung, welche nur den Dingen dienen wolle, dagegen Geist und Gemüt vernachlässige und verrohe‹. Doch dies sei eine oberflächliche Betrachungsweise. Denn auch der Arbeiter bräuchte zwar zur Höherentwicklung nun mal die materiellen Voraussetzungen. Doch seien diese keineswegs das Ziel sondern lediglich das Mittel. Denn: ›Erst auf der Grundlage der befriedigten physischen Bedürfnisse kann ein wahrhaft menschliches Dasein sich aufbauen.‹ Dem diene Lohnzuwachs, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsplatzgarantie. ›Woher soll bei dem Arbeitslosen die Freude kommen? Und woher eine rechte Erholung bei dem, der Tag für Tag, vom Morgen bis Abend, an seine Arbeitsstätte geschmiedet ist? Was uns heute – so oder so – an wahrer Freude zu teil wird, ist ein Brocken, Bettlern gereicht.‹ Aber nun zum eigentlichen Ziel es sozialdemokratischen Arbeiters: ›An wahrer Freude. Darunter verstehen wir nicht die Talmi-Genüsse, mit denen das Volk nach Lage der Dinge sich gegenwärtig nun einmal begnügen muß. Wir verstehen darunter auch keineswegs Austern und eßbare Vogelnester wie überhaupt keine leiblichen Genüsse. Wir verstehen darunter die besten Darbietungen aus dem für uns meistens verschlossenen Reiche der Wissenschaft und Kunst. Sie zu einem Gemeingut



König Njoya von Bamum mit seinen Soldaten in deutscher Husarenuniform. Die Fotografie aus der Zeit um 1910 stammt von dem Wiener Kaufmann und Privatgelehrten Rudolf Oldenburg.





des ganzen Volkes zu machen, das muß unser höchstes Ziel sein‹ ...›Solange dies nicht der Fall ist, sind wir nicht Menschen in des Wortes bester Bedeutung‹...›solange sind wir nur Werkzeuge in den Händen und für die Zwecke anderer, welche den ganzen Erdball in Generalpacht genommen haben.‹ Wichtig sei, daß aber der Kampf unbedingt in zwei Richtungen zu gehen habe: Nämlich auch die ›selbstverschuldete, geistige Unfreiheit‹ müsse bekämpft werden.[11]

Dem zweiten Teil des Kampfes galt das Bemühen der Zeitschrift, den Branntweinmißbrauch einzuschränken und die Arbeiter aus der Verdummung der Kirchen der Reichen zu lösen. Mit ihnen konkurrierte der organisierte Sozialismus als eine neue geistige Bewegung der Vernunft.

»Die Herren Pastoren, die mit den Parteien des grassesten Egoismus und der Volksausbeutung gegen den Sozialismus eifern, sind eben Vertreter der selbstsüchtigen Reichen und haben mit dem wahren Christentum nichts zu schaffen.« (Der Fachgenosse vom 13.12.1902) Dagegen eben der Sozialismus: »Wir leben der Vorbereitung und Erwartung; aber wir vermögen die Richtung der sozialen Bewegung schon zu erkennen. Wir erwarten den nächsten Schritt in der Entwicklung des Staates, die Zeit, wo jeder Bürger in voller hochherziger Mitarbeit die Fülle seines eigenen Lebens darbringt . . .« (ebd.)

Fürwahr – eine Utopie, die sich schon bald mit den Kriegserlebnissen der nachwachsenden Generation mit Inhalt füllen sollte.

Wie Brigitte Emig in ihrem Buch »Die Verelendung des Arbeiters, Sozialdemokratie und Kulturbewegung« zeigt, ist die Haltung der zitierten Gewerkschaftszeitung zur Akkulturation der Arbeiter vom Arbeitstier zum Arbeitsbürger nicht außergewöhnlich innerhalb der sozialistischen Bewegung.[12]

Wie die Arbeiter den Stolz entwickelten fleißiger, ordentlicher und gemeinschaftsfähiger als Teile des schmarotzenden Bürgertums zu sein so erzogen sie auch ihre Kinder zu ordentlichen, gehorsamen und fleißigen Arbeitern. Ich will hier auf den Zusammenhang von autoritärer Kindererziehung und Politik der Arbeiterbewegung nicht näher eingehen. Doch sei an den ehemaligen sozialdemokratischen (später rätkommunistischen) Pädagogen *Otto Rühle* erinnert – der auf Grund seiner Erfahrungen als einer der ersten auf den Zusammenhang von proletarischer Erziehung und autoritärer Orientierung aufmerksam gemacht hat . . . z.B. initiierte er eine Kampagne gegen die Prügelstrafe.[13] Die Untersuchung von Adelheid von Saldern über »Wilhelminische Gesellschaft und Arbeiterklasse« liefert – ohne es zu wollen – einen Einblick in die organisatorische Mechanik des sozialdemokratischen Selbsterziehungsprozesses zur disziplinierten Reservearmee für den Tag X der sozialdemokratischen Machtübernahme.[14]

Es liegt daher nahe, daß auch das Verhältnis zur internationalen Solidarität – neben der Erwartung des direkten Nutzens recht verbürgerlichte. Als Beleg dient mir wiederum ein Zitat aus dem ›Der Fachgenosse‹ vom 1.3.1902. Es geht um den Vorwurf der proletarischen »Vaterlandslosigkeit« anläßlich der Neuwahlen eines nationalen Vertrauensmannes für die internationale Verständigung mit der »Collegenschaft anderer Länder«. Auch Arbeiter »die vor Jahren noch Gegner der Internationalität waren, [seien] jetzt das Gegenteil, weil sie es von den Diplomaten lernen, die sich doch auch mit dem Auslande verständigen müssen.« Als weitere Beispiele für die Vereinbartkeit von Heimattreue und internationalen Beziehungen führt der Artikel beispielsweise die Post, die Schiffahrt und das Kapital mit seinen internationalen Trusts und Syndikaten auf wie die Internationalität der Kirchen und die gegenseitigen Besuche der Fürsten. Ja selbst das gemeinsame Vorgehen der Kolonialmächte dient als Positivbeispiel: »In China, wo bekanntlich Deutschland die erste Geige spielte, hätten Truppen aller Länder zusammengewirkt, um . . . die aufständischen Boxer niederzuwerfen.« Doch würde die proletarische internationale Solidarität vor allem durch die fehlenden Sprachkenntnisse erschwert. Doch dies könne man meistern. Dafür gäbe es gerade in jüngster Zeit ein gutes Beispiel: den von den Holländern propagierten »Weltstreik«. – »Aber durch einen gut organisierten Gedankenaustausch ist er zum Heile der internationalen Arbeiterschaft verhütet worden.«

Welch schrecklicher Gedanke, wenn dieser »Weltstreik« wegen der Sprachschwierigkeit der Funktionäre einfach ausgebrochen wäre? Ich fasse zusammen: Es scheint mir wahrscheinlich, daß die sozialistischen Organisationen, mit ihrem Schrifttum, Versammlungswesen und Organisationen zweierlei bewirkt haben:

– Einmal wurden immense Anstrengungen unternommen, um sich gegen die Diskriminierung und gezielte politische und ökonomische Entwertung im Kaiserreich mit eigen bestimmten Organisationen zur Wehr zu setzen.

– Zum anderen wurden diese selbstverwalteten Organisationen zum Transmission für

die industriellen, sogenannten fortschrittlichen Wertvorstellungen und bürgerlichen Kulturideale – kurz zu kompensatorischen Erziehungsinstitutionen.

Die widersprüchliche Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur deutschen Kolonialpolitik

Die leider wenig beachtete Arbeit von W. Spohn »Weltmarktkonkurrenz und Industrialisierung Deutschlands« belegt empirisch zwei für unseren Zusammenhang wichtige wirtschaftliche Entwicklungen:

– Deutschland behauptete sich in seiner volkswirtschaftlichen Gesamtheit gegenüber der Weltmarktkonkurrenz um die Jahrhundertwende – trotz konjunktureller Schwankungen – relativ gut. Die Gründe lagen einmal in den stabilen Zuwachsraten bei den fortschrittlichen Industrien (Elektro, Chemie, Maschinenbau) und in der vom Staat und dem Bankenkapital geförderten, industriellen Konzentration. Dies führte zwar zu einer Verelendung der Handwerksindustrie und verstärkte in diesem Bereich die sozialen Spannungen. Doch bis zur Krise 1907 konnte sich die Agrarindustrie und die Schwerindustrie (wie auch die Werften) wegen der Schutzzollpolitik und der militärischen Aufrüstung – wenn auch mit geringen Zuwachsraten – einigermaßen behaupten.

Innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung verstärkte dieser Trend die Argumente des realpolitischen Flügels. Daneben verstärkte sich der Einfluß der Verbandsspitzen und die Zentralisierung von Entscheidungen.

– Der deutschen Kolonialpolitik kam in dieser Entwicklung die perspektivische Aufgabe einer langfristigen, weltweiten Infrastrukturpolitik zu. In der zunehmenden Konkurrenz der Nationalstaaten um das weltweit schweifende Kapital diente die Kolonialpolitik wie auch die militärische Aufrüstung langfristig der Verbesserung der Anlagebedingungen und der Verringerung der Produktionskosten.[15]

Hinzuzufügen wäre noch, daß die sich auf der nationalstaatlichen Ebene verschärfende Konkurrenz um das schweifende Investitionskapital die Gefahr internationaler Konflikte (wie auch später der faschistischen Formierung), wie auch zunehmend aggressiv werdende Kolonialpolitik (aller europäischen Mächte und das bei zunehmend sinkender Rentabilität) dramatisch erhöhte.

Die zunehmende nationalstaatliche Orientierung großer Teile der Arbeiterschaft erklärt sich ebenfalls aus dieser sich verschärfenden weltweiten Konkurrenzsituation. Gegenüber dieser Entwicklung und der in ihr eingeschlossenen Kriegsgefahr erscheinen uns heute Resolutionen der ›2. Internationale‹ recht naiv und hilflos. Die langfristige strategische Bedeutung der Kolonialpolitik wurde dort ebenfalls nicht gesehen. In den Reichstagsdebatten argumentierten Ledebour und Bebel (als hauptsächliche Debattenredner zu Kolonialfragen) mit der negativen aktuellen Rentabilität der Kolonien und den unverhältnismäßig hohen staatlichen Aufwendungen für sie. (. . .)

Nach 1906 verschiebt sich die Kolonialargumentation der sozialdemokratischen Partei allmählich von einer grundsätzlichen Ablehnung wegen der unzumutbaren Kosten und des Unglückes, das die Kolonisation für die »Eingebornen« mit sich bringe – wahrschein-



lich in Anlehnung an die Zentrumspartei – zu dem Bemühen, Kolonialskandale aufzudekken (wie sadistische Mißhandlung der »Neger«, Korruptionsfälle, erschwindelter Extraprofite monopolistischewr Firmen u.ä.). Diese Einzelfallbehandlung schützte vor dem Vorwurf der grundsätzlichen Verletzung deutscher Interessen und ermöglichte Verhandlungen über Reformen in der Kolonialpolitik. *Noske*, der nach 1912 *Ledebour* als Kolonialfachmann in der Fraktion ablöste, beherrschte diese Sprachregelung perfekt. Ohne die Junker und andere Hasadeure, ohne Spekulanten und sadistische Strafen, ohne Ungerechtigekt aber mit nötiger Strenge könne die Kolonisation den »Neger« zivilisieren und dem Reich Gewinn bringen. Es fiel nach einer solchen Rede leicht festzustellen, daß der heutige Kapitalismus nicht in der Lage sei, diese Mißstände abzuschaffen. Ich meine aber, daß Noske mit Recht sich in der Kontinuität der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion begriff. Dies wird deutlich an der recht widersprüchlichen Rede Bebels, die er zur Begründung der Stimmenthaltung der Sozialdemokratie bei der Genehmigung des Nachtragshaushaltes zu Gunsten der Schutztruppe zur Bekämpfung des Aufstandes in Deutschsüdwestafrika gehalten hat (am 19. Januar 1904). Diese Rede gehört darüber hinaus in die Vorgeschichte des August 1914.

Bebel tritt – wegen der aktuellen Notwendigkeit – für eine rasche Behandlung des Nachtragshaushaltes ein. Zur Angelegenheit selbst führt er aus: ». . . es habe der Herr Direktor des Kolonialamtes gemeint, Kolonialaufstände seien bisher noch keiner europäischen Kulturmacht, die sich mit Kolonisation beschäftigte, erspart geblieben. Das ist leider wahr; diese Aufstände hängen allerdings nicht zusammen mit der Kolonisation an sich, sondern sie stehen aufs innigste im Zusammenhang mit der Art, wie kolonisiert wird. Es sind die Folgen der Behandlung, welche die sogenannten Kulturnationen den unkultivierten Völkerschaften zuteil werden lassen . . .[16a] Und diese Art und Weise der falschen Kolonisierung sei darüberhinaus für das deutsche Reich und den deutschen Steuerzahler sehr teuer. Bebel bekalgt dann die schlechte Informierung des Parlaments über die Vorgänge in den Kolonien. (Es stellt sich die Frage, warum die Partei durch eigene Aktivitäten diesen Informationsmangel nicht aufheben konnte oder wollte, warum man sich mit den Informationen der Staatsbürokratie, der bürgerlichen Zeitungen und ihrer Korrespondenten vor Ort und mit gelegentlichen Briefen aus Missionskreisen, Schutztruppensoldaten und Pflanzern begnügte??)

Und Bebel fährt fort: »Wir erfahren so außerordentlich wenig, daß wir eigentlich den ganzen Dingen dort fremd gegenüberstehen, daß wir garnicht wissen, wie die Dinge eigentlich sich zutragen. Wenn nicht zeitweilig jemand sich findet, der den Mut hat, indiskret, möchte ich sagen, zu sein und offen auszusprechen, wie es dort zugeht, erfahren wir nichts über die Wirklichkeit.« Der Aufstand, »der ein äußerst gewagtes und gefährliches Unternehmen« sei, sei auch durch die »willkürliche Enteignung der Neger« verursacht. Bebel zieht nun eine Parallele zu den »alten Germanen in ihrem Kampf gegen die Römer«. Und folgert hieraus: »Deswegen möchte ich schon jetzt dringend darum ersuchen, daß wenn einmal Kämpfe, die, wie die Dinge liegen, nicht vermieden werden können, vorkommen, diese Kämpfe mit möglichster Menschlichkeit geführt werden, und nachher keine Racheakte unternommen werden, die unseres Volkes unwürdig sind. . .[16b]

Beides zusammen, die Unwissenheit über die Verhältnisse und die Interessen der Volksgemeinschaft führen zur Begründung der Stimmenthaltung bei der Bewilligung von Geldern für die Niederschlagung eines Befreiungskampfes. »Nachdem wir uns aber über die Ursachen, welche diesen Aufstand herbeigeführt haben, bis auf diesen Augenblick im Unklaren uns befinden, sind wir zu dem Entschluß gekommen, bis auf weiteres diesen Forderungen gegenüber, uns der Abstimmung zu enthalten.« (Stimmenthaltungen im Reichstag waren damals für die Sozialdemokraten der höchstmögliche Ausdruck von Zustimmung!) Damit bekäme die Reichsregierung den Auftrag »ihrerseits alles aufzubieten«, den Aufstand, »so rasch wie möglich zu Ende zu bringen und den Kolonisten, welche im Vertrauen auf Ihre (d.h. die der Regierung) Zusagen und Versprechungen sich dort niedergelassen haben, nach Möglichkeit zu retten.«

Damit herrscht das nationale Gesamtinteresse, die Gemeinschaft der Zivilisierten über die vorhandene Einsicht, daß die herrschende Klasse jeweils den als Gegner ansehe, der sich ihren Interessen entgegenstelle. So habe es die »gelbe Bestie«, jetzt die »schwarze Bestie« gegeben und schließlich werde es die »proletarische Bestie« geben.[17]

Das Bild vom afrikanischen »Wilden« in der Provinz

Kehren wir zur Provinz zurück. Ich werde mich hierbei mit dem regionalen Einflußbereich des ›Norddeutschen Volksblattes‹, einer sozialdemokratischen Tageszeitung für den Raum Ostfriesland, Wilhelmshaven, Oldenburg beschäftigen. Dieses Gebiet war industrielles Entwicklungsgebiet mit geringer – aber exportabhängiger Industrie: in Wilhelmshaven gab es Marine-Werften, in Oldenburg neben einer Warps-Spinnerei noch eine Glasfabrik. Die Arbeiter in diesen Industrien waren mehrheitlich sozialdemokratisch orientiert, mit Ausnahme ev. der Warps-Spinnerei, mit ihren meist ungelernten Arbeiterinnen und Arbeitern. Die Region brachte ein vielfältiges sozialdemokratisches Kulturleben hervor[18] und ihre Zeitung war das ›Norddeutsche Volksblatt‹, neben den gewerkschaftlichen Verbandsblättern.

Eigentlich hatten die Glasarbeiter in Norddeutschland gute Erfahrungen mit der internationalen Solidarität. Dies zeigt u.a. ein Bericht im ›Fachgenossen‹ (11.5.1901): »Die internationale Solidarität der ausländischen Glasarbeiter zum Nienburger-Schauensteiner Streik (in der Nähe Hannovers) offenbart sich immer mehr.

Aus Amerika, Australien, Dänemark, England, Holland, Italien, Östreich, der Schweiz ec. laufen Gelder ein, so daß die Furcht der Schildknappen des Kommerzienraths Heye, die Streikenden würden in große Not geraten, unbegründet ist.«

(. . .)Wenn sich auch nach 1900 die Streikhilfe mehr und mehr nationalisierte, so zeigt dieses Zitat doch, daß praktizierte internationale Solidarität sowohl Sprachgrenzen wie auch große Entfernungen zu überwinden im Stande war. Diese Solidarität wurde über die Fachverbände organisiert und führte zu konkreten Streikunterstützungen, zur gegenseitigen Information und zur Abwehr von Streikbrechern. Doch diese Erfahrungen führten nicht zu antimilitaristischen oder antikolonialen Abwehrkämpfen noch zu Versuchen, das brutale Ausbeutungssystem der schwarzen Arbeitskraft in den Kolonien durch gewerkschaftliche Entwicklungshilfe zu verändern. Mit den »Unzivilisierten« in den Kolonien konnte man sich keine Gemeinsamkeiten vorstellen. (Hans-Chr. Schröder hat in seiner Arbeit »Sozailismus und Imperialismus« die Geschichte der sozialdemokratischen Haltung zur Kolonialfrage in ihrer Widersprüchlichkeit und Unzulänglichkeit materialreich beschrieben.)

Die Frage nach dem – warum? – versucht eine neuere Arbeit von Thomas Mitschein »Die Dritte Welt als Gegenstand gewerkschaftlicher Theorie und Praxis« nachzugehen[19]. Er geht von der zentralen Frage aus, warum »allen ideologischen Strömungen innerhalb der europäischen Vorkriegssozialdemokratie, einschließlich der linken, die Kolonialvölker nicht als Subjekt der Geschichte jenes Systems [galten], in das sie hineingezogen waren.« – Die Ursache dafür sieht er in der von Arbeitern weitgehend verinnerlichten Meinung, daß »von der bürgerlichen Gesellschaft als Mensch nur anerkannt wird, wer ihr Mitglied, als Mitglied nur, wer als aktiv Austauschender am Marktgeschehen teilhat.« **Diese tief verinnerlichte Identifikation mit dem kapitalistischen Verwertungssystem und nicht irgendwelcher Verrat an irgendwelchen abstrakten Prinzipien – habe zur wachsenden Integration der organisierten Arbeiter in ein nationalstaatlich gegliedertes kapitalistisches Weltsystem geführt**, in dem der »Wilde« als eben noch nicht Zivilisierter mit Notwendigkeit solange ausgeschlossen war, bis er die zivilisatorische Erziehungsdikatur der Kolonisation erfolgreich, d.h. als emanzipierter Tauschpartner, durchlaufen habe.

Ist diese Argumentation stimmig, so muß sie in der Vorstellung vom Afrikaner an der Basis wiederzufinden sein, die sich danach zwischen »Paternalismus«[20] und Unverständnis bewegen müßte.

In der Tat ist genau diese Wahrnehmung in dem ›Norddeutschen Volksblatt‹ wiederzufinden. Das Blatt begriff sich auf der Linie des Parteizentrums (Bebel, Kautsky). Ich habe – um eine Übersicht zu bekommen – die Jahrgänge von 1900 bis 1907 durchgesehen, konzentriere mich aber hier auf den Jahrgang 1906/07, der Zeit der sogenbannten Hottentotten-Wahl und des 7. Kongresses der 2. Internationalen.

Die »Hottentotten-Wahl« fand nach der vorzeitigen Auflösung des Reichstages wegen einer Abstimmungsniederlage der Regierung beim Nachtragshaushalt für die Schutztruppe nach nur einmonatigem Wahlkampf Ende Januar 1907 statt. Im Einzugsbereich des N.V. konnte kein sozialdemokratischer Kandidat die Wahl gewinnen. Die Gesamtpartei verlor – obwohl sie einen leichten Stimmenzuwachs erreichte – beinahe die Hälfte ihrer Mandate (andere Wahlkreiseinteilung!). Mit Hilfe der bürgerlichen Medienöffentlichkeit gelang es der Reichsregierung den Wahlkampf gänzlich unter dem Pro und Contra für die Kolonialpolitik zu führen. Die sozialdemokratische Wahlargumentation versuchte ihrerseits die Kolonialfrage mit der aktuellen Teuerung und der drohenden Erhöhung der indirekten Steuern in Verbindung zu bringen. Ihre Führer wurden deshalb als »vaterlandslose Gesellen« beschimpft.

Im August 1907 fand der Kongreß der 2. Internationalen in Stuttgart statt. Auf ihm kam es zu einer ausführlichen Kolonialdebatte. Eduard David zusammen mit dem Holländer van Kol, dem Belgier Terwagne und dem Franzosen Rouanet versuchte in diese Debatte den Begriff »sozialistische Kolonialpolitik« einzuführen und in die Abschlußresolution zu integrieren. Dies gelang nicht. Der deutsche Kolonialkrieg wurde auf dem Kongreß nicht erörtert. Zum Anlaß des Wahlkampfes und des Kongresses berichtete die Zeitung ausführlicher über die Kolonialfrage, nahm in eigenen Kommentaren Stellung; dies gibt mir die Möglichkeit ihre alltägliche koloniale Berichterstattung mit seiner politisierten Form zu kontrastieren.

Das N.V. berichtete über überregionale Ereignisse unter drei regelmäßig wiederkehrenden Rubriken:

- »Aus aller Welt« (hier wurden Nachrichten aus den »zivilisierten Industriestaaten« gesammelt)
- »Aus dem deutschen Reich« und
- »Aus dem deutschen Kolonialgebiete«.

Diese Differenzierung verdeutlicht sich in der Berichterstattung, dazu 2 Beispiele aus der letzten Rubrik:

N.V. am 5.1.1906: »Eine Hiobsbotschaft aus Kamerun. Durch die Meldung, daß in Kamerun der Leutnant Foertsch auf einer Expedition schwer verwundet worden ist, wird die Aufmerksamkeit neuerdings auf diesen Teil des deutschen Kolonialbesitzes gelenkt. Nun meldet ein Bericht aus dem Süden des Schutzgebietes[22], daß die Aufstandsbewegungen unter den Eingeborenen sich leider auf ein viel umfassenderes Gebiet erstrecken, als man allgemein in Deutschland anzunehmen scheint.. . . Die Größe des Gebietes übersteigt diejenige des Königreichs Sachsens und weist ungefähr 10 000 waffenfähige Neger auf. Diesen stehen nur zwei Kompanien der deutschen Schutztruppe und einige kleinere Posten gegenüber.« Bei dieser »sachlichen« auf den deutschen Interessenstandpunkt hin orientierten Berichterstattung erstaunt es nicht, daß bei Kolonialkämpfen nur die »eigenen Leute« Verluste hinnehmen müssen.

So das Blatt (zum wiederholten Male) am 5.2.1906: »Die neuesten Verlustlisten aus Südwestafrika melden, 5 Tote, 5 Verwundete und einen Vermißten.« Dies änderte sich auch nicht, als im Lauf des Jahres bekannt wurde, daß der Schlächter der Hereros, General von Trotha – *nach* der Niederlage der Hereros am Waterberg (1904) den Mord von zehntausenden Hereros zu verantworten hatte.

Der zweite Bericht, den ich zitieren möchte, stammt vom 9.2.1906:

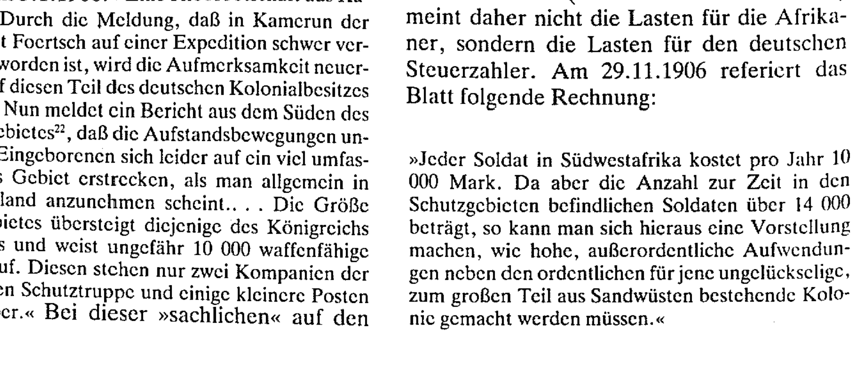
»Zwei ›Siege‹ über die Hottentotten, die Vieh geraubt hatten, wurden aus Südwestafrika gemeldet. Es scheint also mit der gänzlichen Beruhigung nicht weit her zu sein. Es würde auch sonst gar keinen Sinn machen, immer neue Truppen nach Südwestafrika zu schicken. 15 000 Mann sollten doch wirklich 400 Hottentotten, wenn auch nicht unschädlich machen, doch einigermaßen in Schach halten können.«

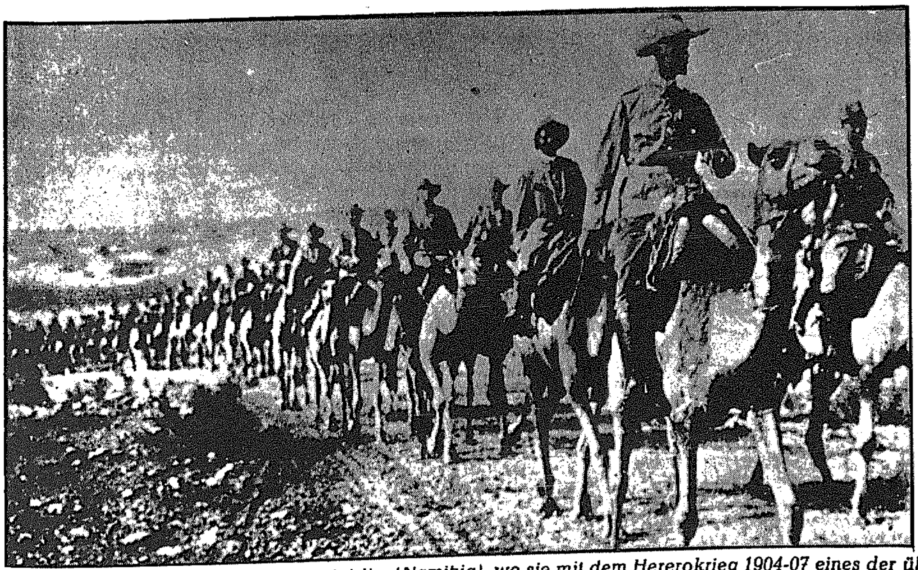
Manchmal findet sich aber auch Sympathie für die zwar rückständigen, aber todesmutiigen »Wilden«. Dazu ein Bericht vom 12.1.1906:

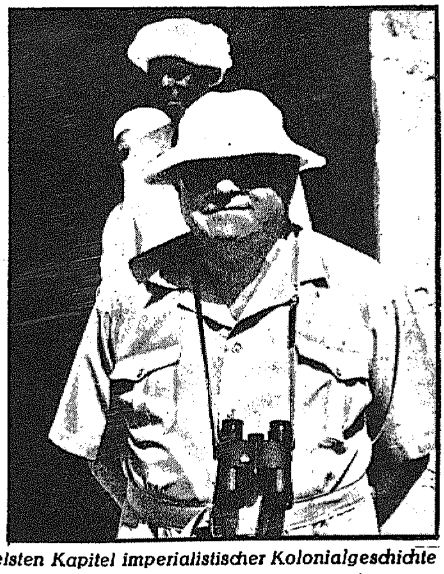
»Aufstand im Zululand. Von zuverlässiger Seite wird der ›Täglichen Rundschau‹ aus Natal berichtet, daß unter den unabhängigen Bassutos sich gefährliche Gährung bemerkbar mache, welche sich zu einer gewaltsamen Erhebung zu entwickeln droht. Den Anlaß bildet, wie in Deutsch-Ostafrika der starke Steuerdruck. Insbesondere sind die Eingeborenen über die neu eingeführte Kopfsteuer erbittert. Durch die Regierung wird eine Bürgerwehr der Weißen organisiert. Die Zulus beschämen die Europäer. Sie erheben sich mannhaft, wenn der Steuerdruck zu schlimm wird, wir aber lassen uns den allerschlimmsten Steuerdruck gefallen.«

Die Assoziation zwischen Steuererhöhung hier und unnötige Kolonien dort beherrschte die koloniale Reichstagsdebatte und den Wahlkampf der Sozialdemokraten. »Koloniale Blutsteuern« (z.B. N.V. vom 18.11.1906) meint daher nicht die Lasten für die Afrikaner, sondern die Lasten für den deutschen Steuerzahler. Am 29.11.1906 referiert das Blatt folgende Rechnung:

»Jeder Soldat in Südwestafrika kostet pro Jahr 10 000 Mark. Da aber die Anzahl zur Zeit in den Schutzgebieten befindlichen Soldaten über 14 000 beträgt, so kann man sich hieraus eine Vorstellung machen, wie hohe, außerordentliche Aufwendungen neben den ordentlichen für jene unglückselige, zum großen Teil aus Sandwüsten bestehende Kolonie gemacht werden müssen.«







Deutsche Kolonialtruppen in Südwestafrika (Namibia), wo sie mit dem Hererokrieg 1904-07 eines der übelsten Kapitel imperialistischer Kolonialgeschichte schrieben; Afrikareisender mit Kolonialmentalität, F. J. Strauß

Um diese fiskalische Reduktion des Kolonialproblems recht würdigen zu können, ist nicht nur an den Völkermord des General von Trotha zu erinnern sondern auch daran, daß wegen des teilweise recht erfolgreichen Guerilla-Kampfes unter der Führung des ehemaligen Minenarbeiters und Nama-Führers Jacob Morenga (1885–1907) eine ständige Truppenverstärkung im südafrikanischen Kolonialgebiet notwendig wurde. Die Wahlpropaganda der Kolonial-Parteien offenbarte dies gerade, indem sie den Sozialdemokraten vorwarfen, sie würden die deutschen Soldaten gegenüber einem bösartigen, bestialischen Feind im Stich lassen. Mehrfach wurde von der Reichsregierung betont, daß man sich im Kriegszustande befinde und daß es sich nicht nur um Polizeiaktionen gegen Aufständische handeln würde.

In diesem Zusammenhang muß der defensive und verfälschende Inhalt des folgenden Wahlaufrufes analysiert werden. N.V. vom 20.12,1906:

»Ostfriesen, Parteigenossen, Bürger, Arbeiter, Wähler des ersten Hannover Wahlkreises. Der Reichstag ist aufgelöst: weil er der Geldverschleuderung in den völlig zweck- und nutzlosen Kolonien endlich einmal einen Riegel vorschieben wollte. 400 Millionen hat der Kaffernkrieg[23] in Südwestafrika gekostet, 29 Millionen fordert der Nachtragshaushalt für 1906 und abermals 160 Millionen werden für das Jahr 1907 verlangt.... nur deswegen soll dies Opfer gebracht werden, um die armen Wilden, die durch die Scheußlichkeit deutscher Menschenquäler zur Verzweiflung gebracht worden sind, völlig auszurotten und ihren ganzen Besitz den Günstlingen und Sprößlingen der preußischen Offiziers- und Junker-Sippschaft in die Hände zu spielen. Die infamen, ruchlosen Praktiken verkommener Subjekte, die in Deutschland sich nicht mehr gesellschaftlich und finanziell halten konnten und als Schreckenskinder ihrer hochgestochenen Famiien nach Afrika abgeschoben wurden, haben die Eingeborenen, die sich um Land und Vieh prellten und denen sie alle Existenzmittel aus der Hand schlugen, in den Aufstand getrieben. ... Urkundlich festgelegt ist, daß die deutschen Gewalthaber in Südwestafrika schlimmer als die unmenschlichen Barbaren gehaust haben. Schandtaten sind verübt worden, die jeder Beschreibung spotten. Und für diesen Kolonialkitzel der herrschenden Klasse soll das arbeitende Volk weißbluten.« (. . .) »Alle Laste für Militär, Flotte und Kolonien hat das arbeitende Volk zu tragen.«

Schon jetzt müsse eine fünfköpfige Familie pro Jahr 200 Mark Steuern bezahlen. Nun wolle man sie mit weiteren 50 Mark belaste, »um einen schwarzen, mißhandelten, beraubten und betrogenen afrikanischen Volksstam abzuschlachten.« (. . .) »Deshalb hat sich die Sozialdemokratie dem Zentrum angeschlossen, als es galt, der sinnlosen Geldverschleuderung in den Kolonien ein Ende zu machen.«

Ich denke dieser Wahlaufruf macht deutlich, daß sich die widersprüchliche Politik des Parteizentrums zum Widerstand in den Koloniem in der Provinz widerfindet, sich wegen des größeren Integrationsdruckes im Sinne der herrschenden Wertvorstellungen dort noch weiter verstärkt.

Dazu gehört auch, daß das Blatt am 19. und 20. Januar – also auf dem Zenit des »antikolonialen« Wahlkampfes unkommentiert und ohne Leserreaktion eine ganzseitge Reklame des Kaffee-Großhändlers Tengelmann anläßlich der Eröffnung einer Filiale in Wilhelmshaven abdruckt. Unter der Überschrift »Tengelmann's Plantagenkaffee« verkündet die Reklame stolz, daß die Firma Aktienbesitz an verschiedenen Kaffee-Plantagen besitzen würde und sie deshalb ihren Kaffee so billig abgeben könne. Geschmückt ist diese Anzeige mit einer Reihe Neger-Silhouetten in rassistischer Stilisierung, die alle fleißig Tengelmann's Kaffee-Säcke tragen.

Oder wie ist die Meldung vom 23.1.1907 zu interpretieren, in der ohne Kommentar festgestellt wird, daß ein Fachmann geäußert habe, daß Südwestafrika doch keine Aussiedler-Kolonie werden könne, weil nicht genug fruchtbarer Boden vorhanden sei? Oder wie der in über hundert Fortsetzungen Abdruck des rassistischen Romans von Friedrich Gerstäcker ›Die Missionare. Ein Roman aus der Südsee‹.

Zum Zusammenhang von abgeschlossener innerer Kolonisation und fortgesetzter äußerer Kolonisation: über einen verhinderten Lernprozeß der Arbeiterbewegung

Ronald Daus beschreibt am Beispiel Portugals die Rückwirkungen der europäischen Kolonialherrschaft auf das europäische Innenverhältnis. Er stellt fest, daß die »kolonialen Experimente einiger europäischer Staaten allen Europäern einen andauernden, beträchtlichen Vorteil in ihrem Selbstwertgefühl verschafft« haben.[24] Dies habe es auch den europäischen Unterschichten ermöglicht, sich und ihr aufgezwungenes Schicksal auch dann noch als besonders und wertvoll (wenn auch manchmal tragisch) zu erfahren, wenn sie ihre Herrscher in Katastrophen größten Ausmaßes geführt haben. Die Identifikation mit der Kolonialmacht, die Borniertheit gegenüber den peripharen Objekten dieser Macht, ihrer Kultur und ihres Widerstandes habe den eigenen Lernprozeß zum Widerstand gegen ihre eigene Unterdrückung verhindert.

Das System Salazar dient ihm für seine These ebenso als Beweis wie die Zustände in Frankreich zur Zeit des Algerienkrieges und im nationalsozialistischen Deutschland. Folgt man Daus, **dann wurde bislang die innenpolitische Komponente der Kolonialpolitik in der Geschichtsschreibung zu wenig beachtet.**

Das revolutionäre Pathos der Sozialdemokratie unter der Führung Bebels trug zwar in sich noch den Widerspruch von radikaler Gesellschaftskritik und zunehmender Akzeptanz der herrschenden Verhältnisse, so war es ihm wenigstens noch möglich den kolonialisierten Völkern Mitleid und Anteilnahme an ihrem Leiden entgegenzubringen. Schon dies unterschied die Partei vor 1914 wohltuend von der im damaligen Deutschland herrschenden Gleichgültigkeit oder dem rassistischen Sadismus gegenüber der autochthonen Bevölkerung in weiten Kreisen des Bürgertums.[25]

Erst mit der Übernahme der Parteiführung durch die Fraktion der *Realpolitiker* (Ebert, David, Noske u.a.) während des 1.Weltkrieges setzte sich in der Sozialdemokratie die Haltung weitgehend widerspruchsfrei durch, die Daus beschreibt.

Unter der neuen Bedingung – der Einbeziehung der Gewerkschafts- und Parteiführung in den staatlichen Diskurs – zeigten diese Realpolitiker die Fähigkeit die Interessen des imperialistischen Deutschlands mit den Interessen der Arbeiter politisch zu verbinden.

Damit begründeten sie ein neues Heimatrecht der Arbeiter *im* imperialistischen Staatsgefüge – sie machten sie zu *Volks-Genossen*.

Es war Eduard David klar, daß dies ohne die Unterdrückung oder Ausbeutung anderer Völker nicht ginge. Sein berüchtigtes ›Kriegstagebuch‹ dokumentiert dies in aller Deutlich-

keit. Schon am 29. August 1914 diskutiert er mit Genossen deutsche Kriegsziele. Er vertritt dabei einen alten Plan der ›Alldeutschen‹.[26]

»Nachmittags Café Austria: Robert Schmidt, Schöpflin, Wels, Cohen›Reuß‹, Göhre. Wir besprechen Lage Frankreich, Belgien. Sind einig: Keine territoriale Anexion.(. . .) Ich vertrete den Standpunkt: keine territoriale Anexion, aber Wegnahme des Kongostaates und Bildung eines großen deutschen Kolonialreiches durch das äquatoriale Afrika hindurch. Frankreich müßte das ganze französische Kongoland dreingeben, eventuell Tanger als deutschen Flottenstützpunkt. Deutschland erhält damit eine Feld für seine expansiven Kräfte: Für Belgien und Frankreich bedeuten diese Verluste keine nationalen Eingriffe. Die Eingeborenen der betreffenden Länder gewinnen nur durch den Übergang in die deutsche Verwaltung. Die Kollegen sind der gleichen Meinung, glauben auch, daß man damit bei der großen Mehrheit der Partei keinen Widerstand finde.«

Es ist mir wichtig, den Prozeß vom revolutionären Pathos zur praktischen Nationalpolitik nicht mehr weiter mit der zu geringen Radikalität der Arbeiterbewegung oder gar mit der fehlenden marxistischen Theorie erklären zu wollen. Vielmehr gilt es Ansätze weiter zu verfolgen, die zwischen der alltäglichen Erfahrung der politisierten Arbeiter mit der herrschenden Realität und den institutionell vermittelten politischen Entscheidungen ihrer Organisationen analytische Verbindungen herzustellen versuchen. Anders formuliert: die »fehlerhafteste« Führung kann nur die *vorhandenen* Widersprüche der wirklichen Sozialbewegung verstärken und für ihre Politik nutzen.

Wie weit dies im Kriegsverlauf den neuen Führern gelungen war, zeigt, daß die ›Deutsche Nationalversammlung‹ bereits am 1.März **1919** einen »scharfen Protest« gegen die von Wilson geplante Enteignung der deutschen Kolonien beschloß und die »Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte« forderte. Deutet schon der Umstand auf einen breiten Konsens des *»revolutionären«* Deutschlands in dieser Frage, daß die Entschließung gemeinsam von SPD, DDP, DVP und DNVP eingebracht wurde, so verwundert doch, daß sie mit 414 gegen 7 Stimmen, also auch mit den meisten Stimmen der USPD, verabschiedet wurde.

Um in der Widersprüchlichkeit der sozialdemokratischen Stellungnahmen zur Internationalität und zur kolonialen Frage der Vorkriegszeit die Spuren zu der Politik Noskes in der Nachkriegszeit nachzuspüren, möchte ich abschließend noch einmal aus dem ›Norddeutschen Volksblatt‹ in seinem Kommentar zum Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart vom 23. August 1907 zitieren.

Nachdem er die »geschmacklosen Angriffe« des französischen Delegierten und Antimilitaristen Hervé auf Bebel heftig kritisiert hatte, berichtet der Kommentar von der »zwar richtigen, aber für die Empfindungen der deutschen Arbeitermassen« viel zu eisigen Erwiderung Georg v. Vollmars. Vollmar hatte u.a. ausgeführt:

»Die Liebe zur Menschheit kann uns keinen Augenblick daran hindern, gute Deutsche zu sein. So sehr wir die gemeinsamen Kulturinteressen anerkennen und die Verhetzung der Völker verdammen und bekämpfen, so wenig geben wir uns utopischen Bestrebungen hin.« (Vollmar erwähnt in diesem Zusammenhang den zur Zeit des Kongresses einsitzenden Karl Liebknecht).

Der Kommentar resümiert, daß die deutsche Sozialdemokratie »keine antimilitaristische Agitation (wolle), die den proletarischern Emanzipationskampf lähmen oder doch in seinem siegenden Lauf verlangsamen kann.«

Zur Kolonialpolitik kommentiert der Berichterstatter. Es seien Diskussionen geführt worden, *ob* heute schon Gesichtspunkte »für eine vorläufig – in diesem Falle leider! – noch unabsehbare Zukunft aufgestellt werden sollte. »Es ist in der Tat nicht abzusehen, was die Kritik der kapitalistischen Kolonialpolitik mit der Frasge zu schaffen haben soll, ob dermaleinst der Sozialismus eine zivilisierte Kolonialpolitik betreiben werde. (. . .) Ob es eine zivilisatorische Kolonialpolitik geben kann, zur Zeit, wo unsere Enkel mit unseren Knochen die Äpfel von den Bäumen werfen, das ist eine Frage, um die es sich nicht lohnt, eine Zukunftsmusik zu treiben, die von den Gönnern der kapitalistischen Kolonialpolitik mißbraucht werden kann, um deren Scheußlichkeiten zu verdunkeln.«[27]

In meinen Ausführungen habe ich versucht einige Hinweise zu geben, warum der Kommentator erst gar nicht auf die Idee kam zu vermuten, daß zur Zeit der Enkel vielleicht in den Bereichen der ehemaligen Kolonialgebeite freie, selbstständige und souveräne Völker leben könnten.

[Das Interesse der SF-Redaktion wäre es, mit diesem Ausgangsartikel eine Diskussion über ›Anarchistischen Internationalismus heute‹ zu beginnen.]



Anmerkungen (aus Platzgründen sehr gekürzt, Kopien gegen 1,20 DM + Rückporto anforderbar):

1 z.B. Horst Drechsler: Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft, Ostberlin 1966
Klaus J. Bade: Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982
Helmut Bley: Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894–1914, Hamburg 1983.
Martha Mamozai: Herrenmenschen, Frauen im deutschen Kolonialismus, Reinbek 1982

2 vgl. das Zitat: »In der Bebelpartei war etwas Soldatisches gewesen, das sie vor dem Sozialismus anderer Länder auszeichnete, klirrender Schritt der Arbeiterbataillone, ruhige Entschlossenheit, Disziplin, der Mut für etwas Jenseitiges zu sterben.« So der mehr als konservative Autor des Buches ›Der Untergang des Abendlandes – Oswald Spengler‹ in: ›Preußentum und Sozialismus‹, München 1921

3 Uwe Timm: Morenga, München 1978 (Die verschiedene Schreibweise Morenga, Marengo meinen dieselbe Person)

4 Am 5.12.1905 wurde in Dualla (Kamerun) gegen einige Chiefs Urteile von 3–9 Jahren Kettenhaft gefällt. Ihr »Verbrechen«: sie hatten sich in einem Brief, am Gouverneur vorbei, direkt an den deutschen Reichstag gewandt. Dieser hat – wie auch die SPD – nicht geantwortet.

5 vgl. H. Chr. Schröder: Gustav Noske und die Kolonialpolitik des Deutschen Kaiserreiches, Berlin/Bonn 1979

6 vgl. KURSBUCH, Nr.57, Okt. '79: Der Mythos des Internationalismus.

7 Dieser Begriff versucht den realen Verhältnissen analytisch gerecht zu werden. Siehe dazu Heft Nr.14 der Zeitschrift ›Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie der Dritten Welt‹, Herbst 1983

8 Siehe dazu die Auseinandersetzung mit Karl-Heinz Roth, in: Erhard Lucas: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt 1976

9 z.B. Georg Bollenbeck: Zur Theorie und Geschichte der frühen Arbeiterlebenserinnerungen, Kronberg 1976

10 Anneliese Bergmann: Geburtenrückgang – Gebärstreik. Zur Gebärstreikdebatte 1913 in Berlin; in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr.4, Berlin 1981
Gerda Tornierporth: Proletarisches Frauenleben und bürgerlicher Weiblichkeitsmythos, in: Barbara Schaeffer-Hegel: Mythos Frau. Projektionen und Inszenierungen im Patriarchat, Berlin 1984
Erhard Lucas: Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1983

11 Der Fachgenosse, Linden-Kötzschenbroda.

12 Brigitte Emig: Die Veredelung des Arbeiters, Sozialdemokratie als Kulturbewegung, Frankfurt/New York 1980

13 Zu Rühles Vorkriegsaktivitäten: Gottfried Mergner: Arbeiterbewegung und Intelligenz. Die politische Pädagogik Otto Rühles, Starnberg 1973

14 Adelheid von Saldern: Wilhelminische Gesellschaft und Arbeiterklasse: Emanzipations- und Integrationsprozesse; in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Nr.4, Berlin 1977

15 Willfried Spohn: Weltmarktkonkurrenz und Industrialisierung Deutschlands 1870–1914. Eine Untersuchung zur nationalen und internationalen Geschichte der kapitalistischen Produktiionsweise. Berlin 1977

16 Stenografische Protokolle des Deutschen Reichstages, 11.Leg., Bd.1

17 Günther Mager· Die deutsche Sozialdemokratie und die Aufstände der Herero und Nama in Südwestafrika (1904–1907), Diss. Halle 1966. Zit. aus ›Leipziger Volkszeitung‹ Nr.15, 1905

18 vgl. Detlev Roßmann: Kulturelle Öffentlichkeit in Oldenburg-Osternburg 1918–1933, Diss. Oldenburg 1979; auch in ›Archiv f.d. Geschichte d. Widerstands u.d. Arbeit‹ Nr.2/3, 1980

19 Hans-Christoph Schröder: Sozialismus und Imperialismus. Bad Godesberg ²1975

20 Thomas Mitschein: Die 3.Welt als Gegenstand gewerkschaftlicher Theorie und Praxis. Zur Analyse der internationalen Politik metropolitaner Gewerkschaften. Frankfurt/New York 1981

21 Nach Mitschein: über die Haltung des ›Zivilisierten‹ zu ›Unzivilisierten‹: ›Man müsse in den Eingeborenen – trotz ihres viel tieferen Kulturzustandes immer noch den Menschen sehen, der menschlich behandelt werden muß‹

22 Der Begriff ›**Schutzgebiet**‹ wurde eigens von Bismarck erfunden um die überseeischen Gebiete nicht Kolonien nennen zu müssen. Schon die völlig unreflektierte Übernahme der Sprache der Imperialisten durch die Sozialdemokratie weist deutlich auf ihre Fremdheit zu den Emanzipationsinteressen der kolonialisierten Völker.

23 Auch der Begriff »Kaffern« war schon damals ein diskriminierender Begriff, wie ›Hottentotten‹. Es zeigt, daß die Sozialdemokraten nicht gewillt waren, die »Wilden« mit deren eigenen Namen anzusprechen.

24 Ronald Daus: Die Erfindung des Kolonialismus, Wuppertal 1983. [Extraempfehlung!]

25 Gottfried Mergner: Die Berufung Deutschlands zur Besserung der Welt, Bad Boll 1985

26 Susanne Miller: Das Kriegstagebuch des Reichtagsabgeordneten Eduard David 1914–1918, Düsseldorf 1966

27 Norddeutsches Volksblatt, 27.8.1907

Völker ohne Regierung

von Harold Barclay



»Eine der Lehren, die uns das Leben der wilden Stämme lehrt, ist die wie eine Gesellschaft ohne Polizisten funktionieren kann, der für die Ordnung sorgt.«
(Edward Burnett Tylor; Anthropology (London [1]1881, [2]1946, Bd. 2, S. 134.)

In der jüngeren Neuzeit hat es einige relativ erfolgreiche Fälle von bewußt geplanten Gemeinwesen gegeben, die als *anarchistisch* bezeichnet werden können. So gab es während einer kurzen Periode in der Russischen Revolution von 1917/18 und erneut in den Jahren 1936 bis 1939 in Teilen von Spanien Anstrengungen, eine geplant anarchistische Gesellschaft aufzubauen, obwohl das effektive Ausmaß der anarchischen Qualität sicher diskutierbar ist.

Wenn wir *Anarchie* in einem engeren Sinne als ein Gemeinwesen ohne Herrschaft – d.h. ohne Regierung und ohne Staat – definieren, dann belegt die anthropologische Forschung zahlreiche Beispiele für Anarchien. Solche Gesellschaften zählen zum Großteil zu jenem Typ, den Morton Fried als *egalitär* bezeichnete, d.h. es handelt sich bei ihnen um Gesellschaften, »in denen es innerhalb einer jeder Alters- und Geschlechtsgruppe so viele angesehene Positionen gibt, wie Personen existieren, die diese einnehmen könnten. Oder mit anderen Worten: eine egalitäre Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, daß die Anzahl der bereitgestellten und geschätzten Stellungen der Anzahl derjenigen Personen entspricht, welche in der Lage sind, diese einzunehmen. (. . .) Eine egalitäre Gesellschaft verfügt über keinerlei Mittel, um die Zahl der zur Machtausübung fähigen Personen festzulegen oder zu begrenzen.« (Morton Fried; The Evolution of Political Society, New York 1967, S. 33.) Innerhalb dieser Gesellschaften gibt es allerdings Unterschiede zwischen den einzelnen Menschen, und die Unterschiede zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen sind unveränderlich formalisiert, um z.B. die Vorherrschaft der älteren Männer zu betonen. Insgesamt haben die egalitären Gesellschaften einfachere Formen der sozialen Organisationen als andere Gesellschaften in dem Sinne, daß es in ihnen keine sozialen Ränge oder Klassen bzw. ausdrücklich spezialisierte Berufsgruppen gibt. Die Bevölkerung dieser Gesellschaften ist sehr homogen, verwandtschaftlich orientiert und besitzt den Charakter einer *face to face*-Gruppe (d.h. etwa Vertrautheitsgruppe). Die wirtschaftliche Grundlage der meisten egalitären Gesellschaften basierte auf dem Jagen und Sammeln; einige wiederum waren Gesellschaften von Gartenbauern, die vom Anbau kultivierter Pflanzen lebten und andere spezialisierten sich auf die Haltung von Viehherden.

Darüberhinaus gibt es einige Ranggesellschaften, die meiner Ansicht nach ebenfalls als *anarchisch* betrachtet werden können. Fried zufolge sind dies Gesellschaften, in denen »die angesehenen Stellungen auf irgendeine Weise begrenzt sind, so daß nicht alle Personen, die fähig sind, diese Stellungen zu besetzen, diese auch wirklich erlangen. Eine solche Gesellschaft *kann* aber sie muß nicht geschichtet sein. D.h., eine Gesellschaft kann ihre einflußreichen Stellungen scharf eingrenzen, ohne jedoch ihrer gesamten Mitgliedschaft den Zugang zu den lebensnotwendigen Ressourcen zu verwehren.« Die traditionellen indianischen Gesellschaften der amerikanischen Nordwestküste und die von Zentral- und Nordkalifornien waren Ranggesellschaften, die offensichtlich über keine Regierung verfügten.

In *geschichteten* Gesellschaften werden wir keine Beispiele für anarchische Systeme finden, da eine geschichtete Gesellschaft nahezu definitionsgemäß eine Regierungsstruktur und einen Staat besitzt. Nichtsdestoweniger gibt es einige interessante Fälle von geschichteten Gesellschaften, in denen die Regierung dermaßen rudimentär ist, daß man sie ebenso als Beispiele marginaler Anarchie betrachten könnte. Tatsächlich benutzte Pjotr Kropotkin in seiner Schrift »Die historische Rolle des Staates« (P. Kropotkin; frz. Erstveröffentlichung 1896 in: *Les Temps Noveaux*; dt. Erstveröffentlichung in: Der Syndikalist 1920) einige Beispiele geschichteter Gesellschaften zur Veranschaulichung von Gesellschaften ohne Regierung. Zumeist unterlag er, wie z.B. bei der mittelalterlichen freien Stadt und den Mongolen, dabei einer *Fehleinschätzung*, aber die von ihm beschriebenen *Kabylen*, eine ackerbautreibende Bevölkerungsgruppe im Norden Algeriens, die von ihrer Sprachzugehörigkeit den Berber-Sprachen zugerechnet wird, scheinen sich der Anarchie immerhin ebenso angenähert zu haben wie die heidnischen Wikinger, die im 9. Jahrhundert Island besiedelten.

Anarchische Gemeinwesen finden sich vorrangig dort, wo die Größe der Gemeinschaft einen Personenkreis von 150 bis 200 Menschen nicht überschreitet, obwohl es auch Ausnahmen gibt, bei denen die Siedlungsgemeinschaft mehrere tausend Mitglieder umfaßt. Diese demographische Grundbedingung für das Auftreten von Anarchien ist naheliegend, da die Effektivität der Mechanismen der sozialen Kontrolle in der Anarchie vor allem auf den *face to face*-Beziehungen basiert. Und diese Beziehungen wiederum entfalten sich am besten in einer kleinen Bevölkerungsgruppe. Hinzu kommt natürlich, daß die Homogenität bzw. die geringe Differenzierung, die zumeist mit einer kleinen Bevölkerungsgröße verknüpft ist, dazu führt, die Möglichkeiten für Konflikte zu reduzieren. Diese Reduzierung von Konflikten scheint für das Überleben von Anarchien wesentlich zu sein, da es sich bei ihnen um sehr fragile Gemeinwesen handelt.

Das Auftreten von anarchischen Gemeinwesen ist bei solchen ethnischen Gruppen am wahrscheinlichsten, die eine geringe Bevölkerungsdichte haben und deren Gesamtbevölkerung nicht mehr als einige wenige tausend umfaßt. Und doch finden sich, besonders in Afrika südlich der Sahara anarchische Gemeinwesen wie z.B. die *Tiv*, die *Lugbara*, die *Nuer* oder die *Dinka*, die mehr als Hunderttausende, ja selbst mehr als eine Million Mitgllieder zählen. Das heißt, das Auftreten von Anarchie in großen Bevölkerungsgruppen ist nicht unmöglich, es ist eher unwahrscheinlich.

Bis zum Aufkommen des europäischen Imperialismus fanden sich anarchische Gemeinwesen über den ganzen Erdball verstreut. Immer wieder stoßen wir auf Beschreibungen von Engländern, Franzosen, Holländern und anderen »Zivilisierten«, die, fehlgeleitet durch ihre eigene kulturelle Tradition, bei ihren Kontakten mit den Eingeborenen stets deren Führer oder Häuptling zu sprechen wünschten, obschon diese Völker teilweise gar kein Oberhaupt hatten. Wahrscheinlich war die Mehrheit der vor-kolumbianischen Gesellschaften Amerikas anarchisch. Das gleiche gilt für eine beachtliche Anzahl von Gesellschaften in Afrika südlich der Sahara und wahrscheinlich für alle australischen Ein-

geborenen-Gesellschaften. Zahlreiche neuguineische Gesellschaften waren anarchisch, und einige von ihnen sind dies wie viele malayische Völker noch bis auf den heutigen Tag. Obwohl wir nur wenig über die Natur des frühen sozialen Lebens der Menschheit wissen, können wir doch mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß vor zehntausend Jahren alle menschlichen Gesellschaften egalitär und anarchisch waren. Staaten und Regierungen, so wie wir sie kennen, sind nicht älter als etwa sechstausend Jahre. **Man kann also sagen, daß das soziale Leben der Menschheit in nahezu ihrer gesamten Geschichte von Anarchie geprägt war.**

Soziale Sanktionen

Im folgenden möchte ich mich auf eine Beschreibung der Praxis der Anarchie konzentrieren. Die erste Frage, die bei jeder Diskussion über die Realisierung von Anarchie auftaucht, ist natürlich die Frage, wie die Ordnung aufrechterhaltern und das Chaos vermieden werden kann. Die Hobbes'sche Sichtweise, daß die Menschen, solange wie sie nicht von einer Regierung in Schranken gehalten würden, bösartige Bestien seien, ignoriert völlig die Vielfalt an sozialen Kräften, die in jeder Gesellschaft neben der Regierung existieren und die darauf abzielen, Konformität und Harmonie herzustellen. Selbst in unserer modernen Gesellschaft, in der die Polizei eine Fülle von Machtbefugnissen besitzt, richten sich die meisten Menschen nach bestimmten, allgemeinen Verhaltensregeln; und sie tun dies nicht aus lauter Angst vor der Polizei, sondern aufgrund der Macht ihres inneren »Zensors«, ihres Gewissens oder ihres Über-



Ichs sowie aufgrund der Haltung ihrer Nachbarn, Verwandten und infolge des allgemeinen Einflusses der öffentlichen Meinung. Wir können beobachten, daß in den Fällen, wo es gelegentlich zu einer Aufhebung der Polizeimacht kommt, einige Menschen diese Situation als eine Gelegenheit benutzen, um ihren angestauten Aggressionen und Frustrationen durch Krawalle und andere Arten von Gewalttakten freien Lauf zu lassen. Diese Aggressionen und Frustrationen haben ihre Wurzeln in Verhältnissen, die als ungerecht und repressiv empfunden werden. Es liegt viel Wahrheit in dem anarchistischen Argument, daß der Staat und die Regierung die Gewalt fördern und die freiwillige Zusammenarbeit behindern. (Vgl. Michael Taylor; Anarchy and Cooperation, London 1976)

Alfred R. Radcliffe-Brown schlug vor, die Art und Weise, in der eine soziale Gruppe auf das Verhalten ihrer einzelnen Mitglieder reagiert, *Sanktionen* zu nennen. Eine *positive* Sanktion ist die Ausdrucksform allgemeiner Zustimmung. Ein Soldat erhält beispielsweise einen Orden, ein Gelehrter einen Ehrendoktortitel oder ein Student eine Auszeichnung; die Mutter küßt den kleinen Sohn für ein gutes Benehmen oder der Vater gibt ihm einen Bonbon. Eine *negative* Sanktion ist die Reaktion der Gemeinschaft gegen das Verhalten eines oder mehrerer ihrer Mitglieder; sie drückt Mißbilligung aus. So kann ein Soldat standrechtlich erschossen werden, ein Wissenschaftler entlassen oder ins Gefängnis gesteckt werden, ein Student in seiner Seminararbeit schlecht abschneiden oder von seinen Mitstudenten gemieden werden, und das Kind kann von seinen Eltern geschlagen werden. Offenbar sind es die negativen Sanktionen, denen in jeder Gesellschaft die größere Bedeutung beigemessen wird.

Sanktionen können auch eingeteilt werden in *diffuse, religiöse* oder *legale* Sanktionen. Diffuse Sanktionen finden sich in allen menschlichen Gesellschaften und Gruppen; das gleiche gilt mit Einschränkung für die religiösen Sanktionen, während die legalen Sanktionen auf solche Gesellschaften beschränkt sind, die eine Regierung und einen Staat haben, denn legale Sanktionen sind Gesetze. Legale Sanktionen sind jegliche Manifestation von Mißbilligung oder Billigung des Verhaltens eines einzelnen, wobei:

1. solche Manifestationen speziell an Personen mit genau festgelegten Rollen übertragen werden, deren Aufgabe unter anderem darin besteht, diese Sanktionen zu erteilen und auszuführen;
2. diese Personen allein die A u t o r i t ä t haben, mit Gewalt zu drohen und bei der Ausübung ihres Amtes auch Gewalt anwenden. Autorität ist hier in dem Sinne zu verstehen, daß die Mitglieder der Gesellschaft zumindest stillschweigend dulden, daß die Inhaber dieser Rollen das Monopol der legitimen Gewaltanwendung in der Gesellschaft beanspruchen;
3. die Strafen, die wegen eines Vergehens erteilt werden, sich innerhalb bestimmter Grenzen bewegen und im Verhältnis zu dem »Verbrechen« festgelegt sind.

Zusammengenommen begründet dies eine Gesellschaft, in der es Polizisten, Gerichte, Richter, Gefängniswärter, Henker und Gesetzgeber gibt, eine Gesellschaft also mit einer Regierung und einem Staat. Anarchische Gesellschaften kennen keine legalen Sanktionen. Nichtsdestotrotz zeigen die Untersuchungen zahlreicher Gesellschaften auf der ganzen Welt, daß sich die gesellschaftlichen Phänomene nicht in einem einfachen Schwarz-Weiß-Raster darstellen lassen. So finden wir in einigen anarchischen Gemeinwesen Sanktionen, die den legalen Sanktionen sicherlich sehr nahe kommen.

Wie dem auch sei, bei einem anarchischen *[Wir vermissen bei Barclay die unseres Erachtens notwendige und ausführliche Begriffsunterscheidung zwischen ›anarchisch‹ = ohne Regierung und ›anarchistisch‹ = gesellschaftliche Organisationsform ohne Macht über die Gesellschaftsmitglieder, d.h also eine Unterscheidung, die die sogenannten ›religiösen Sanktionen‹ als unvereinbar mit einer anarchistischen Gesellschaft erklärt, daß Barclay diesen Unterschied zumindest sieht, deutet er in seiner ›Schlußbetrachtung‹ an, SF]* Gemeinwesen kann im Idealfall davon ausgegangen werden, daß die Ordnung allein durch diffuse und religiöse Sanktionen aufrechterhalten wird. Diffuse Sanktionen sind solche Sanktionen, die spontan von einem oder mehreren Mitgliedern der Gemeinschaft erteilt werden. Das Entscheidende bei dem Konzept der diffusen Sanktionen ist die Tatsache, daß sie nicht nur von Inhabern einer bestimmten sozialen Rolle erteilt werden können. Im Einklang mit egalitären Prinzipien können sie von jedem Individuum innerhalb einer festgelegten Alters bzw. Geschlechtsgruppe erteilt werden, manchmal ist überhaupt nicht festgelegt, wer sie erteilen darf. Und die Bedeutung von *diffus* ist so zu verstehen, daß die Verantwortung für die Sanktion und das Recht, sie zu erteilen, gleichmäßig auf die ganze Gemeinschaft verteilt ist. Ferner ist nicht festgelegt, ob und wann Sanktionen erteilt werden, auch die Art und das Ausmaß der Sanktionen ist unterschiedlich. Klatsch, Beschimpfung, Disput, Faustkampf, Ächtung, ja selbst Tötung sind wahrscheinlich universelle Erscheinungsformen der diffusen Sanktion. Duelle, formelle Ringkämpfe uind eine Form des ritualisierten Singwettstreits sind Erscheinungsformen der diffusen Sanktion, die bei den *Inuit* verbreitet sind. Beim Singwettstreit versuchen zwei Gegner, sich an Beleidigungen zu überbieten, und das Publikum fungiert bei diesem Schmähduell als Schiedsrichter. Die Wirksamkeit der diffusen Sanktionen wird dadurch verstärkt, daß sich die ganze Gemeinschaft an ihnen beteiligt. Diffuse Sanktionen können auch einen organisierten Charakter annehmen wie z.B. im Fall der Vigilanten-Aktion oder der Fehde. In vielen Gesellschaften werden Geld- und andere Strafen über eine Person oder eine Gruppe durch eine Versammlung verhängt. Dennoch handelt es sich hierbei immer noch um diffuse Sanktionen, wenngleich sie auch einen formelleren Charakter haben, *vorausgesetzt*, die Versammlung hat nicht die Autorität, bei der Durchsetzung ihrer Entscheidungen Gewalt anzuwenden. In solchen Fällen handeln die Versammlungs-

mitglieder eher als Vermittler denn als Richter, und sie haben Erfolg, wenn sie zwei sich streitende Parteien zu einem Kompromiß bewegen können.

Die dritte Art der Sanktionen sind die religiösen, und sie beinhalten die Bedrohung durch übernatürliche Strafen. Religiöse Sanktionen lassen sich einteilen in solche, die einen menschlichen Vermittler bzw. Ausführenden benötigen und solche, von denen geglaubt wird, daß sie automatisch und direkt erfolgen. Die Herbeibeschwörung einer Verfluchung oder die Praktizierung der *schwarzen* Magie erfordert Menschen, um die übernatürliche Strafe herbeizuführen. Im anderen Fall wird geglaubt, daß bei einer Verletzung der Regeln die übernatürlichen Kräfte z.B. in Gestalt von bestimmten Krankheiten automatisch und direkt zur Wirkung kämen. Weniger Bedeutung hat die Tatsache, daß einige religiöse Sanktionen eine Bestrafung noch in diesem Leben nach sich ziehen, während andere für das Leben nach dem Tod bestimmt sind.

Man mag sich nun fragen, wie sich eine anarchische Gesellschaft mit der Anwendung von Gewalt selbst in Form der diffusen Sanktionen vereinbaren ließe. Und besonders wenn man sich Michail Bakunins Einschätzung der Religion in Erinnerung ruft, derzufolge Gott ein ebensolches Übel von irrationaler Autorität ist wie der Staat, mag man sich fragen, welche Rechtfertigung es für übernatürliche Sanktionen gibt. *[Gerade hier führt Barclays mangelnde Unterscheidung zwischen ›anarchisch‹ und ›anarchistisch‹ unserer Einschätzung nach zu falscher Analyse und falschen Fragen, SF]* Es könnte argumentiert werden, daß die freiwillige Zusammenarbeit ein unabdingbarer Bestandteil jeglicher Konzeption der Anarchie ist. Freiwillige Zusammenarbeit ist jedoch ein sehr fragwürdiger Begriff, da er die Freiheit von Zwang impliziert. Und doch gibt es alle möglichen Arten von Zwängen und der Versuch, sich ihnen allen widersetzen zu wollen, läuft auf eine totale Selbstlähmung hinaus. In ihrer eigenen Praxis und in ihren Schriften haben Anarchisten den Zwang nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Ihre Vorstellung von der freiwilligen Zusammenarbeit räumt bestimmten Formen des Zwanges eine Legitimität ein. Was sie nicht anerkennen ist der Zwang, der durch den Staat oder die Kirche ausgeübt wird, aber sie selbst verwandten und verwenden bestimmte Formen der diffusen Sanktion. Man möchte meinen, daß die äußerste Form des Zwanges, die Bedrohung des Lebens eines anderen, von den Anarchisten generell abgelehnt werden müßte, aber Anarchisten waren und sind gewöhnlich nicht zwangsläufig Pazifisten. Eine zufriedenstellende Erklärung, warum die Gewalt in den Händen des Staates falsch, aber in den Händen einer selbsternannten Gruppe von Welterlösern richtig sein solle, haben sie jedenfalls nicht gegeben. *[Wir stellen diese Problematik zur Diskussion, bevor wir selbst ›diffus sanktionieren‹, SF]* Unter den anarchistischen Theoretikern scheinen nur Lew Tolstoi und in jüngerer Zeit Paul Goodman in dieser Hinsicht konsequent gewesen zu sein, denn die Logik des Anarchismus scheint nahezulegen, daß Anarchisten zugleich Pazifisten sein sollten, während andererseits die Logik des Pazifismus den Anarchismus zu beinhalten scheint. Wie dem auch sei, das Konzept der freiwilligen Zusammenarbeit läßt offensichtlich einige Arten der Zwangsgewalt zu. Gewisse Formen der diffusen Sanktionen

müssen akzeptiert werden. Ich glaube, daß sich solche Sanktionen in dem Sinne, wie ich sie oben am Beispiel der diffusen Sanktionen erläutert habe, sowohl mit der Anarchie als auch mit der Idee der freiwilligen Zusammenarbeit vereinbaren lassen. Es handelt sich bei ihnen nicht um Sanktionen, die das Monopol eines einzelnen oder von wenigen sind, sondern es sind Sanktionen, die allen zur Verfügung stehen. Es gibt also kein formalisiertes und institutionalisiertes System von Sanktionen außerhalb des Individuums.

Wie lassen sich nun religiöse Sanktionen mit einem anarchischen System vereinbaren? Von vornherein kann zwischen religiösen Sanktionen unterschieden werden, die von Menschen erteilt werden, welche einen speziellen religiösen Status innehaben und den Sanktionen, die direkt durch das Übernatürliche selbst zur Geltung kommen. Möglicherweise war Tolstoi auch in dieser Hinsicht konsequenter, indem er die Autorität der Kirche als einer menschlichen Institution ablehnte und die göttliche Autorität akzeptierte. Mit Sicherheit war er in diesem Punkt konsequenter als die katholische Arbeiterbewegung (in den USA), die versucht, den Anarchismus mit der hierarchischen und autoritären römisch-katholischen Kirche zu verbinden, was dem Versuch gleichkommt, Öl mit Wasser mischen zu wollen. *[Wäre dann ›göttliche Autorität‹ gepaart mit Anarchismus vielleicht Bouillon mit Ei?, SF]*

Es scheint, daß in den meisten anarchischen Gemeinwesen religiöse Sanktionen nicht das Monopol eines rituellen Amtsinhabers sind, und es gibt auch keine Person, die irgendein Monopol auf die legitime Anwendung von von Gewalt erheben kann. Die religiösen Sanktionen, welche sich schon eher mit einem anarchischen Gemeinwesen vereinbaren lassen, sind diffuser Natur, d.h. das Recht auf ihre Anwendung verteilt sich auf viele Personen. Und in dieser Hinsicht müssen die religiösen Sanktionen grundsätzlich von den echten legalen Sanktionen unterschieden werden, so wie wir zwischen den direkten Sanktionen durch das Übernatürliche selbst und den Sanktionen unterschieden haben, die von einem religiösen Amtsinhaber erteilt werden.

Führertypen in anarchischen Gemeinwesen

Eine ebenfalls wichtige Überlegung hinsichtlich anarchischer Gemeinwesen betrifft die Art der in ihnen vorherrschenden Führerschaft. In allen menschlichen Gesellschaften und Gruppen gibt es einige Individuen, die als wichtige und angesehene Persönlichkeiten herausragen. Es gibt einen fundamentalen Unterschied zwischen Fürherschaft in einem anarchischen Gemeinwesen und in einem regierungsmäßigen System. In einem anarchischen System wird niemandem das legitime Monopol der Macht (Gewalt) zuerkannt. Die Führerschaft basiert in einem solchen System eher auf einem erworbenen Status, der sich auf den erwiesenen Qualitäten eines Individuums begründet. Der Führer ist ein einflußreicher Mensch, der seine Position so lange behauptet, wie er in dieser Stellung der Gemeinschaft von Nutzen ist. Tatsächlich steht und fällt seine Führerschaft mit seiner Fähigkeit, Freunde zu gewinnen und Menschen zu beeinflussen, da er über keine Polizeimacht verfügt, die Gehorsam erzwingen könnte. Der Führer eines anarchischen Gemeinwesens sollte daher eher als ein Koordinator angesehen werden.

In den anarchischen Gesellschaften lassen sich auf der ganzen Welt mindestens vier verschiedene Arten der Führerschaft finden. Bei einigen Gruppen dominiert eine Art der Führerschaft , während bei anderen alle vier vertreten sind, wobei gewöhnlich eine Art der Führerschaft dazu tendiert, größere Bedeutung zu erlangen. Die verschiedenen Führertypen in anarchischen Gemeinwesen lassen sich wie folgt unterscheiden:

1. der Große Mann
2. der Heilige Mann
3. der Techniker
4. der Alte Mann

[Daß keine Frauen vorkommen, betont die Bedeutung, die in dem Unterschied zwischen ›anarchisch‹ und ›anarchistisch‹ liegt, die ›Nähe‹ von anthropologischen Erkenntnissen und anarchistischer Theoriebildung muß nicht zuletzt deshalb äußerst kritisch und mit großer Vorsicht aufgearbeitet werden; auch Barclay weist auf diesen Sachverhalt in seiner ›Schlußbetrachtung‹ hin, SF]

Der *Große Mann* ist diejenige Person, die in einem Gemeinwesen eine einflußreiche zentrale Stellung aufgrund ihrer Fähigkeiten erlangt, den Wohlstand, Worte oder Menschen zu manipulieren. Er ist daher ein wohlhabender Mann und gewöhnlich ein guter Redner, ein versierter Vermittler und ein erfolgreicher Krieger. Er besitzt auch einige Kenntnisse im Umgang mit den übernatürlichen Kräften. Durch den Einsatz dieser verschiedenen Fähigkeiten gelingt es ihm, nach und nach eine Gefolgschaft um sich zu scharen, und diese Gefolgsleute sind von ihm in gewisser Weise ebnso abhängig, wie er selbst auf sie angewiesen ist. Wesentlich für die Erlangung des Status des Großen Mannes ist seine Fähigkeit, Gastfreundschaft und Großzügigkeit, besonders bei der Verteilung von Nahrungsmitteln, zu demonstrieren. Durch seine rhetorischen Fähigkeiten gelingt es ihm, seine Stellung zusätzlich zu festigen. Wenn innerhalb des Systems der Gegenseitigkeit, das in solchen Gesellschaften vorherrscht, jemand einem anderen Gastfreundschaft und Großzügigkeit erwiesen hat, so erfordert dies ein Gegenleistung, und das kann für einen ärmeren Mann bedeuten, daß er auf irgendeine Art und Weise dem großen Mann zu Diensten verpflichtet ist. Je mehr der große Mann seine Generosität in Form von Geschenken und Festen ausweitet, desto abhängiger wird er von seinen Gefolgsleuten, die dafür sorgen, daß seine Speisekammer gefüllt bleibt. In einem solchen System existiert augenscheinlich ein großer Wettberwerb unter den Menschen, und nur zu oft zeigt sich, daß ein Mann, nachdem er einmal die Stellung des großen Mannes erlangt hat, gegenüber der Gemeinschaft alzu anmaßend iund fordernd auftritt. Es kann vorkommen, daß er seine Position nicht länger über seine Fähigkeiten und erwiesenen Wohltaten zu legitimieren versucht, sondern unter Mißachtung des Prinzips der Gegenseitigkeit sich zum Tyrannen entwickelt und diese Rolle solange ausübt, bis er gewöhnlich von einem oder mehreren seiner Hörigen ermordet wird. Der Große Mann der neuguineischen Hochland-Gesellschaft ist heutzutage ein charakteristisches Beispiel für diese Art der Führerschaft. Die Nordwestküsten-Indianer entwikkelten ein ähnliches Rangsystem und praktizierten in Zusammenhang mit diesem Konzept der Führerschaft ein kompliziertes, als *potlatch* bekanntgewordenes System von Verschenkzeremonien. Gleichermaßen beispielhaft sind die *Ifugao* auf den Philippinen, bei denen sich die Stellung der einflußreichen Männer vor allem auf ihrer Fähigkeit als Unterhändler bzw. als Vermittler bei Streitigkeiten begründet und in ihrem Geschick, die Kontrahenten zu einer friedlichen Lösung zu bewegen. Sie erlangen durch ihre Fähigkeit als Friedensstifter nicht nur Ansehen, sondern sie steigern auch in jedem Konfliktfall ihren Wohlstand, da sie für ihre Bemühungen bezahlt werden.

Der *Heilige Mann* erlangt seine Position als geachteter Führer durch seine Kenntnisse im Bereich des Übernatürlichen und seine Fähigkeiten, die übernatürlichen Kräfte zu beeinflussen. In einigen Fällen besitzt der Heilige Mann einen ihm zuerkannten Status, d.h. er entstammt einer Familie von heiligen Männern und erbt diese Position und die mit ihr verbundene Macht. Dies ist der Fall bei den als *Marabuten* bekannten Erbheiligen der *Imazighen (Berber)* und gilt gleichermaßen für andere moslemische Gesellschaften, bei denen sich der Heilige Mann in seiner Abstammung entweder auf einen Heiligen oder einen Propheten oder auf beide beruft. Ein herausragendes Merkmal der Führerschaft des Heiligen Mannes ist seine Rolle als Vermittler bei Disputen. Bei den *Nuer*, einer etwa 400 000 Menschen umfassenden und Viehwirtschaft treibenden Bevölkerungsgruppe im südlichen Sudan, ist dies eine Person, die in der ethnographischen Literatur irreführenderweise als *Leopardenfell-Häuptling* bezeichnet wird, irreführend deshalb, weil: »Der Leopardenfell-Häuptling regiert und richtet nicht; sondern fungiert als Vermittler zwischen solchen Gemeinschaften, die eine offene Feindschaft beilegen wollen und durch ihn einen aktiven Fehdezustand beenden können.« (Edward E. Evans-Pritchard (Hg.); African Political Systems, London 1961; dt. bei Fritz Kramer und Christian Sigrist (Hg.); Gesellschaften ohne Staat, Bd.1: Gleichheit und Gegenseitigkeit, Frankfurt 1978, zit. nach S. 194.) Auch bei anderen Arten von Disputen wird er als Vermittler gerufen. Doch alles, was der Leopardenfell-Häuptling tun kann, ist, die Parteien zu bitten, einen Konflikt zu besprechen, und nur, wenn beide Seiten mit seiner Vermittlung einverstanden sind, kann die Angelegenheit beigelegt werden. Die größte Macht des Leopardenfell-Häuptlings besteht (wie beim *Regenmacher* der *Lugabra*) darin, diejenigen zu verfluchen, die mit einer vorgeschlagenen Regelung zur Beilegung des Streites nicht einverstanden sind. Das ist auch der Punkt, in dem die Nuer einer regierungsmäßigen Struktur am nächsten kommen. Für einen Menschen, der fest an die Macht der Verfluchung glaubt, besitzt der Häuptling daher eine ähnliche Autorität und Macht wie ein Polizist in unserer Gesellschaft, der jemand mit vorgehaltener Pistole aufs Polizeirevier bringt. Anders als die Pistole des Polizisten ist die Verfluchung jedoch keine Waffe, die rechtmäßig nur dem Leopardenfell-Häuptling zusteht, denn andere haben ebenso die Macht, das Übernatürliche anzurufen, auch wenn ihre magische Kraft nicht ganz so wirkungsvoll ist. Der Leopardenfell-Häuptling legt außerdem noch die ungefähre Entschädigungssumme gemäß dem festen Brauch der Nuer fest, aber wie Edward Evans-Pritchard erklärt, stellt dies kein gesetzliches System dar, »denn es gibt weder eine verfaßte und unparteiliche Instanz, die in einem Streitfall entscheiden, noch eine externe Gewalt, die eine solche Entscheidung erzwingen könnte, wenn sie getroffen würde.« (a.a.O dt. S. 293).



Die südlich der Nuer im Süden Ugandas und im nördlichen Zaïre lebenden und vorwiegend gartenbautreibenen *Lugabra* haben *Regenmacher*, deren Rolle der des Leopardenfell-Häuptlings ähnelt. Und bei vielen der marokkanischen *Imazighen*-Gruppen nehmen die als *igurramen* bekannten Heiligen Männer ebenfalls eine dem Leopardenfell-Häuptling ähnelnde Stellung als Vermittler bei Streitigkeiten zwischen Verwandtschaftsgruppen ein, ohne daß das Gesellschaftssystem der Imazighen insgesamt als ausgeprägt anarchisch betrachtet werden kann. Obwohl die *igurramen* nicht die Macht der Verfluchung besitzen, werden ihre Entscheidungen befolgt und zwar nicht nur aus Furcht vor einer eventuellen Mißbilligung durch die öffentliche Meinung, sondern auch, weil sich niemand von den heiligen Männern entfremden möchte, die die einflußreichste Gruppe in der Imazighen-Gemeinschaft darstellen und keiner leichtfertig ihre zukünftige Unterstützung bei Streitfällen verspielen möchte.

Eine andere Erscheinungsform des Führertyps des heiligen Mannes ist der Schamane, dessen Macht auf der Kenntnis der genauen Rituale zur Beeinflußung und Kontrolle des Übernatürlichen beruht und der diese Kenntnisse zu seinen Gunsten einsetzt. Eine solche Person kann besonders in einem anarchischen Gemeinwesen eine äußerst einflußreiche und machtvolle Stellung erlangen, da man sagen kann, daß ein solches Gesellschaftssystem dazu tendiert, eine Art Machtvakuum hervorzubringen. Dies gilt beispielsweise für die traditionelle Gesellschaft der *Inuit (Eskimo)*, die als ein fast individual-anarchistisches Gemeinwesen bezeichnet werden könnte und in dem die Schamanen ihre Macht teilweise dazu benutzen, die Gemeinschaft dermaßen einzuschüchtern, bis sie sich ihnen unterwirft. Ebenso wie der Große Mann auf Neuguinea kann ein solcher Schamane sich zwar zum Tyrannen entwickeln, aber seine Ermordung durch ein oder mehrere Mitglieder der Gemeinschaft wird in diesem Fall nicht lange auf sich warten lassen.

Der *Techniker* bildet den dritten Typ des Führers in anarchischen Gemeinwesen. Dies ist eine Stellung, die ebenfalls erworben werden muß. Am ausgeprägtesten findet sich dieser Führerschaftstyp in Jäger- und Sammler-Gesellschaften, in denen es einer einzelnen oder mehreren Personen gelingt, durch ihr Ansehen als großer Jäger eine Gefolgschaft um sich zu scharen. Wenn diese Person neben ihrem Ruf als guter Jäger auch noch Güte und



Weisheit besitzt, wird ihre Anhängerschaft vermutlich konstant in ihrer maximalen Größe verbleiben. Sollte sie sich jedoch als ein Tyrann erweisen, so wird sie nur wenige Anhänger finden; und nur in Zeiten, in denen Hunger oder andere harte Lebensbedingungen herrschen, wird es ihr gelingen, vermehrt Anhänger um sich zu scharen. Man sollte sich in diesem Zusammenhang die Tatsache ins Bewußtsein rufen, daß es bei nomadisch lebenden Jägergesellschaften eine Verpflichtung zum Nahrungsaustausch in der Gruppe gibt und daß darüberhinaus die Gruppenmitgliedschaft nicht allzu fest etabliert ist und nicht strikt beibehalten wird. Menschen in solchen Gesellschaften können ohne große Schwierigkeiten ihre bisherige Gruppe verlassen, um sich einer anderen anzuschließen.

Der vierte Typ von Führerschaft führt schließlich zu den Gesellschaften, in denen die einflußreichsten und führenden Personen die *Alten Männer* sind. Das Ansehen dieser Stellung basiert nicht nur auf dem Alter und dem Geschlecht ihres Inhabers, sondern es besitzt auch eine religiöse Grundlage. Die alten Männer sind diejenigen Personen in der Gemeinschaft, die den Quellen der altertümlichen Tradition und den geheiligten Vorfahren am nächsten stehen. Darüberhinaus genießen die alten Männer Ansehen, weil sie die ältesten Verwandten, d.h. weil sie die Großväter sind. In der Gesellschaft der australischen Eingeborenen besitzen diese Personen den höchsten Status. Ihre Anweisungen werden nicht nur aufgrund einer moralischen Verpflichtung befolgt, sondern auch weil die Alten Männer die geheiligten Rituale und die Mythologie des Volkes kennen. Und um ein voll anerkanntes Mitglied der Gemeinschaft zu werden, muß jeder Mann in der Gesellschaft der Uraustralier diese von den *Ältesten* bewahrten Kenntnisse erwerben. Auf diese Weise besitzen die *Ältesten* also die Macht, einem Mann die als notwendig erachteten Informationen zu verweigern und ihm den Zutritt zur Gemeinschaft der erwachsenen Männer zu verweigern.

Die meisten traditionellen Gesellschaften Afrikas sind patriarchalisch organisiert, und wir finden daher zahlreiche anarchische Gemeinwesen, in denen der älteste Mann einer Verwandtschaftsgruppe die Sippe einer Statuspyramide bildet. Der Einfluß und die Macht dieser Personen basiert auf ihrem *Ältesten*-Status innerhalb des Verwandtschaftssystems. Jeder *Älteste* einer vergleichbaren Verwandtschaftsgruppe genießt den gleichen Status, und gelegentlich versammeln sich die *Ältesten* der Verwandtschaftsgruppen, um bei Disputen zu vermitteln. Und ich möchte die Betonung auf das Wort *vermitteln* legen, denn es gibt keinen anderen Mechanismus zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse als eine moralische Verpflichtung. In diesem Zusammenhang könnte man nebenbeibemerkt fast als ein allgemeingültiges Gesetz feststellen, daß in sehr vielen Gesellschaften und insbesondere in den anarchischen Gemeinwesen die Idee der *Gerechtigkeit* nicht darin besteht, den Schuldigen zu bestrafen, sondern vielmehr das durch den Konflikt gestörte Gleichgewicht an Harmonie wiederherzustellen. Bei der Regelung von Streitfällen liegt daher die Betonung auf der Entschädigung und in dem Versuch, beide Seiten zufriedenzustellen.

Das Syndrom des Alten Mannes unterscheidet sich von anderen Arten der Herrschaft, die eine bestimmte Klasse privilegieren, durch die einfache Tatsache, daß jeder junge Mann, der sich in solchen Gesellschaften über die Macht seines Großvaters ärgert, zumindest weiß, daß der Tag kommen wird, an dem er selbst die Stellung des *Ältesten* einnehmen wird. Im Idealfall erlangen in einem solchen System alle männlichen Personen im Laufe ihres Lebens den obersten Status.



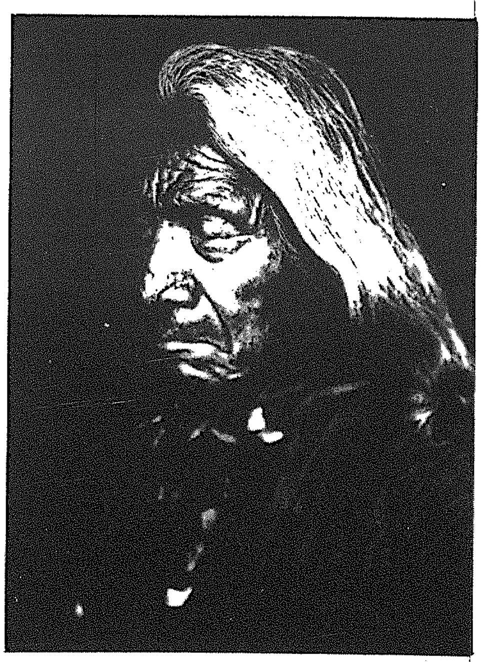
Methoden der Entscheidungsfindung

Abschließen möchte ich meine Darstellung der Methoden, die in anarchischen Gemeinwesen der Aufrechterhaltung von Ordnung und der Entscheidungsfindung dienen, durch eine Betrachtung der Art und Weise, wie innerhalb von versammelten Gruppen die Entscheidungen gefällt werden. Anarchisten haben gegenüber dem demokratischen Prinzip der Mehrheitswahl stets ein sehr ausgeprägtes Mißtrauen an den Tag gelegt, weil sie die Gefahr der Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit erkannten, die in dieser Methode der Entscheidungsfindung verborgen liegt. Und ob das Prinzip der Mehrheitswahl in Fragen der Moralität oder der Wahrheit zweckdienlich ist, muß ebenfalls bezweifelt werden.

Auch anarchische Gemeinwesen machen keinen Gebrauch von der Anwendung des Prinzips der Mehrheitswahl. In den meisten von ihnen begründet sich die Entscheidungsfindung auf dem Prinzip der Einmütigkeit oder der Übereinstimmung. In einigen Fällen werden Entscheidungen durch das Los gefällt. Die Politik des Konsenses erfordert, daß ein Fall so lange erörtert wird, bis jeder einer gefundenen Lösung zustimmt oder sich zumindest mit ihr abfindet. Das heißt, eine Entscheidung gilt dann als verbindlich, wenn sich keiner mehr gegen die diskutierte Lösung ausspricht, auch wenn letzte Zweifel noch bestehen sollten. (Diese alte Technik der Entscheidungsfindung durch Erzielung eines Konsenses ist übrigens die Hauptmethode, die von der ›Society of Friends‹ (= Eigenbezeichnung der Quäker) über lange Zeit bei ihren Geschäftstreffen angewandt wurde. Keine Angelegenheit wird bei disen Treffen als endgültig entschieden betrachtet, bis nicht eine Einstimmigkeit erzielt worden ist. Die Quäker beschreiben ihre Methode oft als demokratisch, aber sie ist alles andere als demokratisch, sondern eindeutig ein gutes Beispiel für eine anarchistische Verhaltensweise.) Kommt keine Einigung zustande, wird der umstrittene Fall vertagt, um gewöhnlich zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgegriffen zu werden. Manchmal wird gar keine Lösung gefunden, aber in wichtigen Angelegenheiten ist ein solcher Ausgang sehr unwahrscheinlich. Die Politik der Übereinstimmung beinhaltet fast zwangsläufig Hinterzimmer-Intrigen und Geheimdiplomatie ebenso wie kleinere, im Privaten ausgetragene Machtkämpfe. Obwohl man also sagen kann, daß das Prinzip der Übereinstimmung anscheinend eine Methode ist, um die Minderheiten zu schützen, sind Dissidenten in der Praxis durchaus in der Lage, dieses Prinzip zur Erlangung persönlicher Vorteile zu mißbrauchen.

Schlußbetrachtung

In der Gesellschaft wird die Ordnung nicht nur durch verschiedene Sanktionen und den Einfluß von angesehenen Menschen aufrechterhalten, sondern Ordnung und Konformität existieren, weil die Mitglieder der Gesellschaft dies so wünschen. Sie haben das Be-



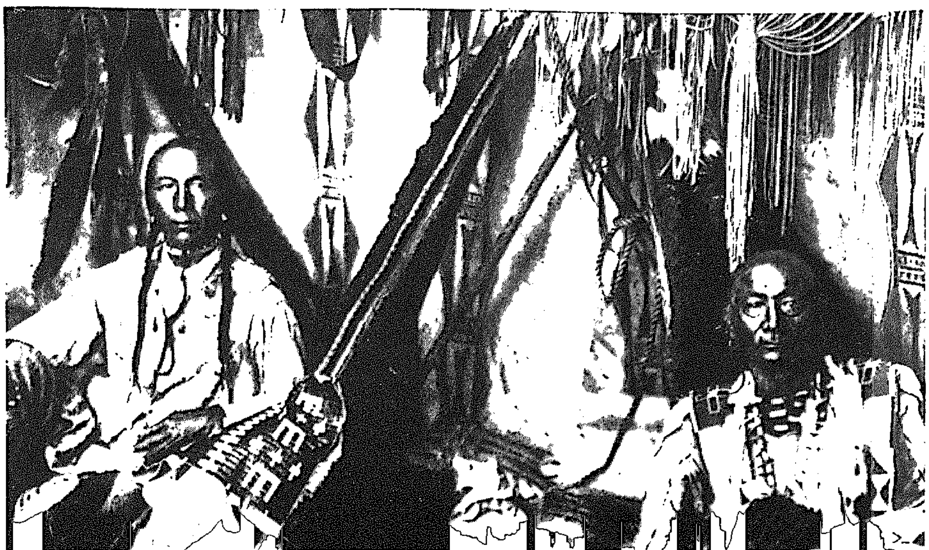
dürfnis, sich mit ihren Verwandten und Nachbarn zu arrangieren. Die Menschen sind »Gewohnheitstiere«, d.h. sie sind konservative Wesen, die an ihren Bräuchen und Gewohnheiten festhalten. Sie bevorzugen die Sicherheit des Vorhersehbaren sowie des Erprobten und für gut Befundenen. Wir können dies in der großen Hartnäckigkeit der meisten gesellschaftlichen Bräuche beobachten, und auch das Trauma, das den sozialen und kulturellen Wandel begleitet, ist ein Beleg hierfür. Im Gegensatz zu der von einigen Marxisten vertretenen Auffassung sind Konservativismus und Skepsis gegenüber einem allzu rapiden Wandel nicht ausschließlich ein Produkt der Verschwörung der herrschenden Klasse.

Für Pierre Joseph Proudhon war der *Mutualismus* einer der Grundpfeiler seines Konzeptes der Anarchie. Dieser auf der freien und gleichen Übereinkunft zum Nutzen beider Interessenpartreien basierende Mutualismus kann mehr oder minder mit der *Gegenseitigkeit* gleichgesetzt werden, die seither von einigen Anthropologen als die eigentliche Natur des Soziallebens und insbesondere des Soziallebens der sogenannten »Primitiven« anerkannt wurde. Nach Ansicht des französischen Anthropologen Claude Lévi-Strauss ist die Reziprozität – also die Gegenseitigkeit – sogar im menschlichen Bewußtsein verankert. Sein Landsmann und Nachfolger Pierre Clastres argumentierte, daß wir in den verschiedenen binären Oppositionen (zweiwertigen Gegensätzlichkeiten, d.Ü.), die von der Natur der südamerikanischen Indianerkulturen abgeleitet werden können, unter anderem die Opposition der Kultur gegenüber der Natur finden können und zugleich die Opposition der Gesellschaft gegen den Staat. (Vgl. Pierre Clastres; La Société contre L'État, Paris 1975; dt. Staatsfeinde, Frankfurt 1976, S. 45ff.) Diese binäre Opposition entsteht dadurch, daß der Gesellschaft die Gegenseitigkeit zueigen ist, während der Staat eine nicht-reziproke Institution ist, in der diejenigen, welche die Macht besitzen, mehr erhalten als sie geben, und **dementsprechend ist der Staat eine anti-soziale Einrichtung.** Unabhängig von der Richtigkeit dieser Interpreten ist es offensichtlich, daß die Gegenseitigkeit eine sehr bedeutende soziale Kraft darstellt. In den »einfacheren« Gesellschaften bildet sie das Vehikel der Distribution von Gütern, und als solches erzwingt sie Konformität.

Ich konnte hier nur einen groben Überblick über die Funktionsweise der Anarchien vermitteln, wobei ich den Schwerpunkt auf die in ihnen praktizierten Mechanismen zur Aufrechterhaltung der Ordnung legte. Diese Gesellschaften entsprechen nicht der idealen anarchistischen Gesellschaft, welche die anarchistischen Theoretiker des 19. Jahrhunderts erwarteten. Alle anarchischen Gemeinwesen betonen den Unterschied zwischen Mann und Frau und zwischen den verschiedenden Altersgruppen, so daß es zu einer Vorherrschaft der alten Männer kommt. Die vorherrschenden diffusen Sanktionen beinhalten oft eine Form der Selbsthilfe oder eine allgemeine Art der gemeinschaftlichen Reaktion, die durchaus repressiv und hart sein kann. Obschon uns kaum Statistiken (eine Ausnahme bildet die Arbeit von Richard B. Lee, in der er die Mordraten bei den *San (Buschmänner)* im Vergleich zu denen in den USA untersuchte und dabei auf eine Rate von 29,3 Morden auf 100 ooo Personen bei den *San* und auf etwa 100 Morde pro 100 000 Einwohner in den USA kam. Vgl. hierzu ausführlicher meine Arbeit: Völker ohne Regierung. Eine Anthropologie der Anarchie, Berlin 1985, Libertad-Verlag, S. 235f.) darüber vorliegen, bezweifle ich aber, daß in anarchischen Gemeinwesen die Anzahl der Menschen, die durch Gewaltakte ums Leben kommen sowie das Ausmaß an Streit und Furcht vor anderen genauso groß ist wie in Regierungssystemen, insbesondere in unseren modernen Staaten. Anarchische Gemeinwesen können durchaus eine Tyrannei hervorbringen. Wie bei den *Inuit* oder in der neuguineischen Gesellschaft gibt es gewöhnlich keine andere Möglichkeit, jemand in seine Schranken zu verweisen, der seine Mitmenschen tyrannisiert und herumkommandiert und dazu auch die Macht hat, als ihn umzubringen.

Vielleicht lassen sich von diesen anarchischen Gemeinwesen außer dem obigen als Einleitungsmotto verwandten Zitat von Tylor zumindest zwei wichtige Lehren ableiten: **Erstens bedeutet die bloße Abwesenheit von Staat und Regierung nicht unbedingt auch Freiheit. Zweitens existiert eine ständige Spannung zwischen Anarchie und Organisation**, in der die letztere einen Druck auf das soziale System in Richtung Oligarchie (=Herrschaft der Wenigen, einer kleinen Gruppe, SF) bewirkt. Und davon ausgehend können wir zusammenfassend sagen, daß **in jeglichem sozialen System eine ständige Wachsamkeit für die Bewahrung der Freiheit geboten ist.**

(Erstveröffentlichung »People without Government«, in: FREEDOM, Vol 43 (1982), Nr.4. Übersetzt von *Cornelia Krasser und Jochen Schmück*.)





Was heißt eigentlich Postmoderne?

»Postmoderne« – ein ungenauer Begriff – Was verbirgt sich eigentlich dahinter? Ein Erklärungsv e r s u c h –

Im Institut für Wissenschaft und Kunst in Wien fanden von Oktober 1984 bis März 1985 zwei Veranstaltungen statt, die sich u.a. mit den Bedeutungsinhalten des so modern und und oft so unverständlich klingenenden Begriffs *Postmoderne* beschäftigten. Was sich zumindest an Themen dahinter verbergen kann, zeigt folgender zusammenfassender Bericht.

Die erste Veranstaltung befaßte sich, in einer Art von Nachlese zum Orwell-Jahr 1984, mit dem Thema: **Newspeak – Aspekte der Kommunikationsverhinderung**. In einem Einleitungsvortrag »Newspeak – Das Ende der Interpretation« wurde die Beschaffenheit des zeichentheoretischen (semiotischen) Systems „Newspeak" und das, was es bewirken sollte, untersucht:

- nämlich die Verhinderung des Dialogs und damit der Kritik und Interpretation,
- die Reduzierung auf Signal-Reaktionen und die Verringerung von Welterfahrung,
- schließlich das faktische „Verstummen" der Subjekte.

Es wurde der pseudokommunikative Charakter dieses Kommunikationssystems, die systematische Verringerung des Zeichenrepertoires, aber auch die Zurückbildung des gesamten Kommunikationsverhaltens selbst, angesprochen. Die Schlußfolgerungen des Referenten bezogen sich auf die Sensibilisierung für newspeak-nahe Phänomene auch in existierenden öffentlichen, offiziösen, politischen etc.Sprachmustern und -phänomenen, und auf die relative Schwäche bisheriger Kritik an solchen (etwa an der Sprache des Faschismus).

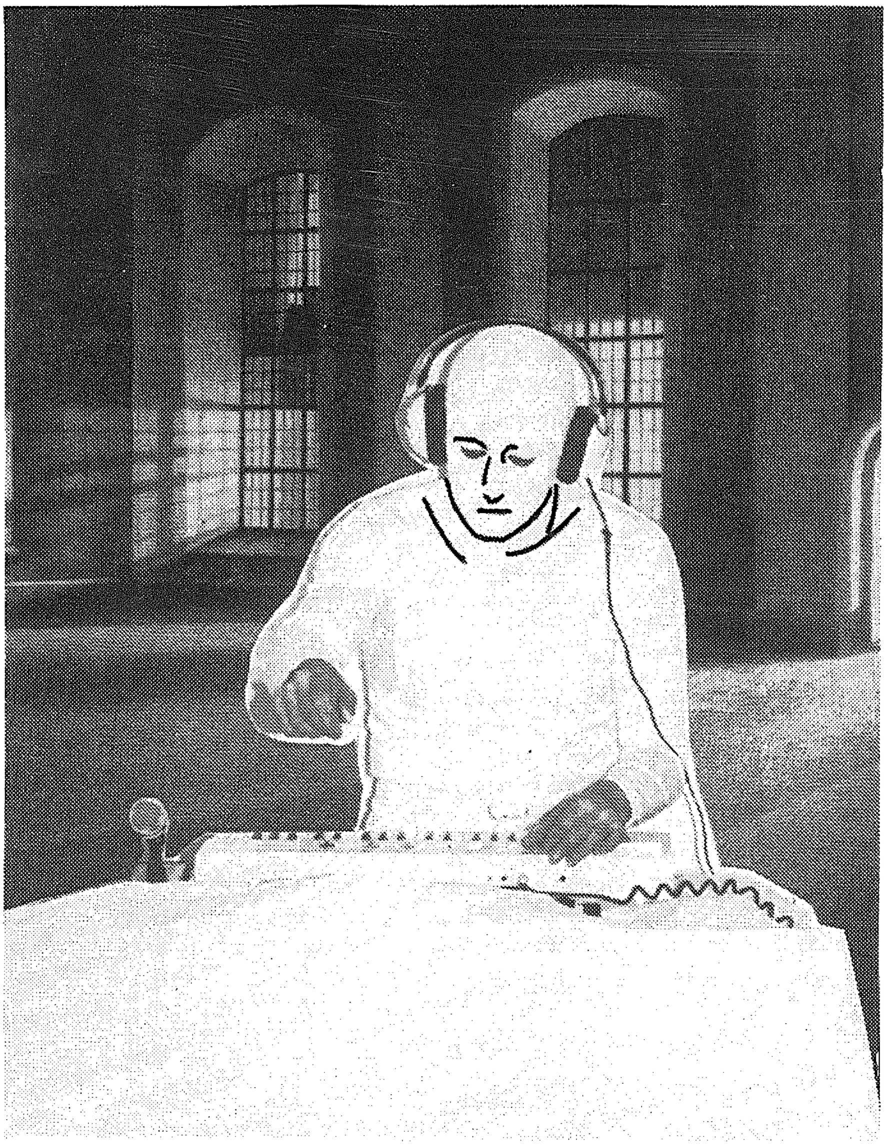
Im weiteren Verlauf wurde das „Motiv der Kommunikationsunfähigkeit untersucht. Als Beispiel dienten zwei moderne österreichische Arbeiterromane: Wolfgrubers *Herrenjahre* und Scharangs *Charly Traktor*. Beide verdeutlichen die Unfähigkeit zu echter Kommunikation als wesentlichen Faktor der Entfremdung der dargestellten Protagonisten: bei Wolfgruber wird die .Beziehungslosigkeit überdeckt durch vielfältige Formen der Ersatz- und Pseudokommunikation, durch Stereotypen, Floskeln, Leerformeln etc., während Scharangs Akteur dem sozialen Umfeld »sprachlos« gegenübersteht und dies durch nonverbale Kommunikation (Schlägerei) zu kompensieren versucht (sowohl im privaten Bereich der Beziehungsproblematik als auch im Berufsfeld, gegenüber dem Arbeitgeber). Die Klassenspezifität dieser Kommunikationsstörungen und deren Zusammenhang mit gesellschaftlichen Realitäten wurde detaillierter untersucht.

Ein weiterer Beitrag beschäftigte sich damit den immanenten Widerspruch von „Newspeak" und faktischer gesellschaftlicher Innovation sowohl struktureller und materieller, als auch informationeller Art. Er betonte, daß sich Zeichensysteme nicht unter a-historischen Bedingungen und im wert- und interessenfreien Raum entwickelten und veränderten. Die weiteren Ausführungen waren dem Zeichenwandel gewidmet, die dann anhand einiger Beispiele konkretisiert wurden, so vor allem am Konflikt Männersprache versus Frauensprache, der durch empirisches Material und Zeugnisse der „Feministischen Linguistik" belegt wurde, sowie am derzeit stattfindenden „Zeichenkonflikt" der modernen und postmodernen „Sprachen" der Architektur, die beide verschiedene Aspekte des Kulturverfalls, des Elitär-Esoterischen, des Antidemokratismus mit sich bringen, dem nur wenige konkret-utopische »Gegenbilder oder - sprachen« gegenüberstünden. Die Diskussion, in die die mehrheitlich anwesenden Frauen engagiert eingriffen, konzentrierte sich naheliegenderweise vor allem auf das

Auszug aus einem Interview von Redakteuren der Tübinger Stadtzeitung (TÜTE 12/85) mit Jean-François Lyotard, einem Theoretiker der Postmoderne:

Postmoderne. Hier in Deutschland wird dieser Begriff in den gegenwärtigen Diskussionen fast inflationär verwendet. Trotzdem scheint niemand so recht in der Lage zu sein, ihn zu definieren. Ist er mehr als nur ein Wort?

Lyotard: Ich glaube, er ist nicht mehr als Wort. Ein Wort, das soviel heißt wie: Man weiß nicht genau, kann nicht genau beschreiben, was sich heute abspielt. (. . .) Und also ein schlechtes Wort. «Postmodern« besagt fast gar nichts. Ich selber habe es aus dem Zusammenhang der Architektur aufgenommen. (. . .) Postmodern meint dann die Zeit nach der Moderne, für die die Jahre zwischen 1930 und 1960 anzusetzen sind. Die Moderne der Architektur ist in all ihrer Verschiedenheit charakterisiert durch den gemeinsamen Versuch, auf die Frage: Wie soll der Mensch leben, wo soll er leben, arbeiten? zu antworten: Was ist wohnen? Es gab also eine Bewegung der Moderne, deren Zentrum diese Frage war. Die Postmodernen in der Architektur sagen: Hört zu, wir können diese Frage nicht beantworten, also, wir bauen irgendwie, ... [Heißt das], wir stellen die Fragen der Moderne nicht mehr, weil wir sie nicht beantworten können ? . . . Für einen Philosophen ein lächerlicher Standpunkt. Ich benutze den Begriff um zu sagen: Es gibt da ein Problem. Denn bestimmte Ideen der Moderne sind heute nicht mehr lebendig, nicht mehr glaubwürdig. Also, wenn Sie so wollen, sage ich, daß die **Postmoderne einerseits eine Art Ohnmacht der Ideen ist, die wir Aufklärung nennen**, die liberale Tradition der kapitalistischen Ökonomie, die Wohlfahrt für die ganze Menschheit versprach; und dazu gehört auch der Marxismus. Eine Ohnmacht dieser Vorstellung, die alle um dieselbe Idee zentriert sind, nämlich alles, was wir in der Wissenschaft, der Technik, den Künsten, und der Politik tun, daß alles legitimiert wird durch die **Idee der Emanzipation**. Nun ich glaube, wir haben heute Mühe dies zu glauben, und das ist der erste Punkt: Wir werden das Gefühl nicht los, daß diese Idee der Moderne nicht mehr richtig lebt. Der zweite Punkt ist (. . .), daß die Technik und Wissenschaft fortschreitet, (. . .) wozu? Zu welchem Zweck und Ziel? Und genaugenommen sind wir unfähig diese Frage zu beantworten (. . .). Was trägt der Krieg der Sterne zur Emanzipation bei? (. . .)



Thema Männer- vs. Frauensprache, und schien die Auffassungen des Referenten zu bestätigen. –

Das zweite Seminar beschäftigte sich mit der Kritik der Kulturindustrie, es wurde festgestellt, daß das Medienmonopol als ein Monopol der Meinung und der kulturellen Produktion nicht durch die Kritik der Verdinglichung entschärft oder beseitigt werden könne, aber diese Kritik doch die Möglichkeit biete, die Grundlagen der Produktion von »Massenkultur«, nämlich die Übertragung des Profitmotivs auf geistige Gebilde, zu durchschauen und den Zusammenhang zwischen manipulativer Massenkultur und der gesellschaftlichen Regression im Bewußtsein zu halten.

Daran anknüpfend wurde die »Infantilisierung des Subjekts« thematisiert; es wurde die Zentralität des Films innerhalb der Kulturindustrie betont, dessen Merkmale (Standardisierung, Pseudo-Individualisierung etc.) aufgezeigt und – abermals auf – die „industriell in Betrieb gesetzte Regression" (Adorno) verwiesen. Angeknüpft wurde auch an Umberto Ecos Werk *Apokalyptiker und Integrierte. Zur kritischen Kritik der Massenkultur* (Frankfurt/M. 1984).

Ein weiterer Beitrag beschäftigte sich mit »Metadiskurse als Beiträge zur sprachlichen Entmündigung der Empfänger« (»Meta« steht für die Begleitumstände, die ein Gespräch, eine Diskussion prägen und vielleicht stärker beeinflussen können als das Gesagte selbst, also z.B. ob der Gesprächspartner dominant, autoritär, seine Stellung ausnutzend, sein Mikro ausspielend, ein Vorgesetzter etc. etc. ist, SF), es wurde darauf hingewiesen, daß bereits eine »Senderselektion« stattfindet, nämlich die Tatsache, daß die Mehrheit der Mitglieder einer Sprachgemeinschaft von den mit Prestige- und Machtfaktoren verbundenen Senderpositionen ausgeschlossen ist; die komplexe Abhängigkeitssituation ist allerdings nicht einfach voluntaristisch korrigierbar, da die sprachliche Entmündigung vor allem durch die Strukturen und Institutionen unserer Kommunikationswirklichkeit bestimmt wird. Die Mehrzahl der (originären) Diskurse erreicht die Empfänger nur mehr vermittelt, selbst bei so unmittelbar erscheinenden Diskursarten wie jener der Werbesprache etwa. Diesen »Metadiskursen« wurde bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, insbesondere hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Effizienz und Relevanz. Auch jede sinnvolle Diskussion zum Newspeak-Problem habe die Metadiskurse in Betracht zu ziehen.

Abschließend widmete man sich den »Sprachbarrieren«. Dabei erschien jene Wechselbeziehung zwischen der „Sprache der Macht" und der „Macht der Sprache" interessant. Sprache wird zu einem gefährlichen Instrument der Mächtigen, und durch Sprache wird wiederum Macht ausgeübt. Abhängigen wird Anpassung sprachstrategisch vermittelt und aufgezwungen; diese Vorgänge sind ohne Rückgriff auf gesellschaftliche Wertvorstellungennicht wirksam zu kritisieren. Als veranschaulichende Beispiele wurden Alltags-Gesprächsdokumente vorgeführt, in denen Richter vs. Angeklagter, Arzt vs. Patient, Eltern vs. Kinder in Konfrontation standen. Auch hier wieder der Verweis auf die Sprache der Medien, die reichlich Material zur Analyse der Manipulation von Informationen abgibt, und im besonderen die politische Sprache, die als Mittel zur Herstellung neuer Realität, sprich Ideologie, mißbraucht zu werden pflegt. Was ist dagegenzuhalten? Sprache und Diskurs als Mittel der Emanzipation: Utopie oder mögliche Realität?

Das zweite Seminar befaßte sich mit »Überlegungen zur Semiotik der Wirklichkeiten«, im Untertitel noch konkreter mit den »Formen des Neuen, Ursprünglichen und des Selbst in Alltag und Wissenschaft«. Gemeint war damit: »Wie erfahren wir Neues, mit welchen Mitteln erkunden wir uns bis dahin Unbekanntes? Können wir überhaupt – extrem gesehen – gänzlich Unbekanntes wahrnehmen, erfassen, begreifen, kommunizieren? Was findet statt, wenn wir mit dem gegebenen (Kontext)Wissen und Erfahrungsschatz auf etwas Neues stoßen? Übersetzen wir es in uns bekannte Formen (Symbole, Muster, Analogien etc.), um es überhaupt wahrnehmen zu können? Was sehen wir, hören wir, interpretieren wir, wenn wir uns unbekannte Laute erstmals hören, fremde Anblicke erstmals ›sehen‹? [. . .] Hinter der jeweils einzunehmenden oder eingenommenen Position liegt eine Welt-Anschauung, steht eine Ideologie, welche die Auffassungen und Bewertungen mitbestimmt. Um diesen Zusammenhang von Ideologie, Seh- und Denkgewohnheiten und Fragen der Aneignung von Neuem geht es.

Einleitend wurde deshalb die Frage gestellt: »Wie verlernt man ein Paradigma?« (hier wohl am besten mit ›Denkmuster‹ übersetzt, SF), um im engeren Sinne »Überlegungen zum Wandel des Selbst in der Postmoderne anzuschließen, da ja »Postmoderne« *einen Wandel im Bild der Wirklichkeit* mit sich führt, der als Paradigmenwechsel (Wechsel von Denkmustern, -zusammenhängen, Bewußtseinswandel, SF) gesehen werden kann, in Richtung auf Vernunftkritik, neuen Irrationalismus, Hinwendung zu östlichen Religionen Ökologiediskussion etc. Der schillernde Begriff *Postmoderne* wirft freilich sofort zahlreiche Probleme auf; deshalb bemühte man sich einen Überblick über Stellungnahmen zu geben, von Eco über Vester bis Habermas, un letztlich die wesentlichen Überlegungen zum Thema an systemtheoretischen Konzeptionen Gregory Batesons festzumachen, insbesondere an dessen Lerntheorie (Lernen I: Problemlösung, Lernen II: Hinterfragung von Kontext und Spielregeln, Lernen III: Transzendierung (Überwindung und Neuerstellung) der Kontexte, Paradigmenverlernung, Austausch von Rahmen und Rastern etc.).

So ist *Wissen* über und Hinterfragen des »Zusammenhanges« wesentlich für das Überleben in der gegenwärtigen Gesellschaft, für »ganzheitliche« Konzeptionen wird es ent-

scheidend, ob sie den Bewußtseinswandel einbeziehen können oder nicht. Der unscharfe Begriff *Postmoderne* beschreibt eigentlich nur, daß ein Bewußtseinswandel stattfindet.

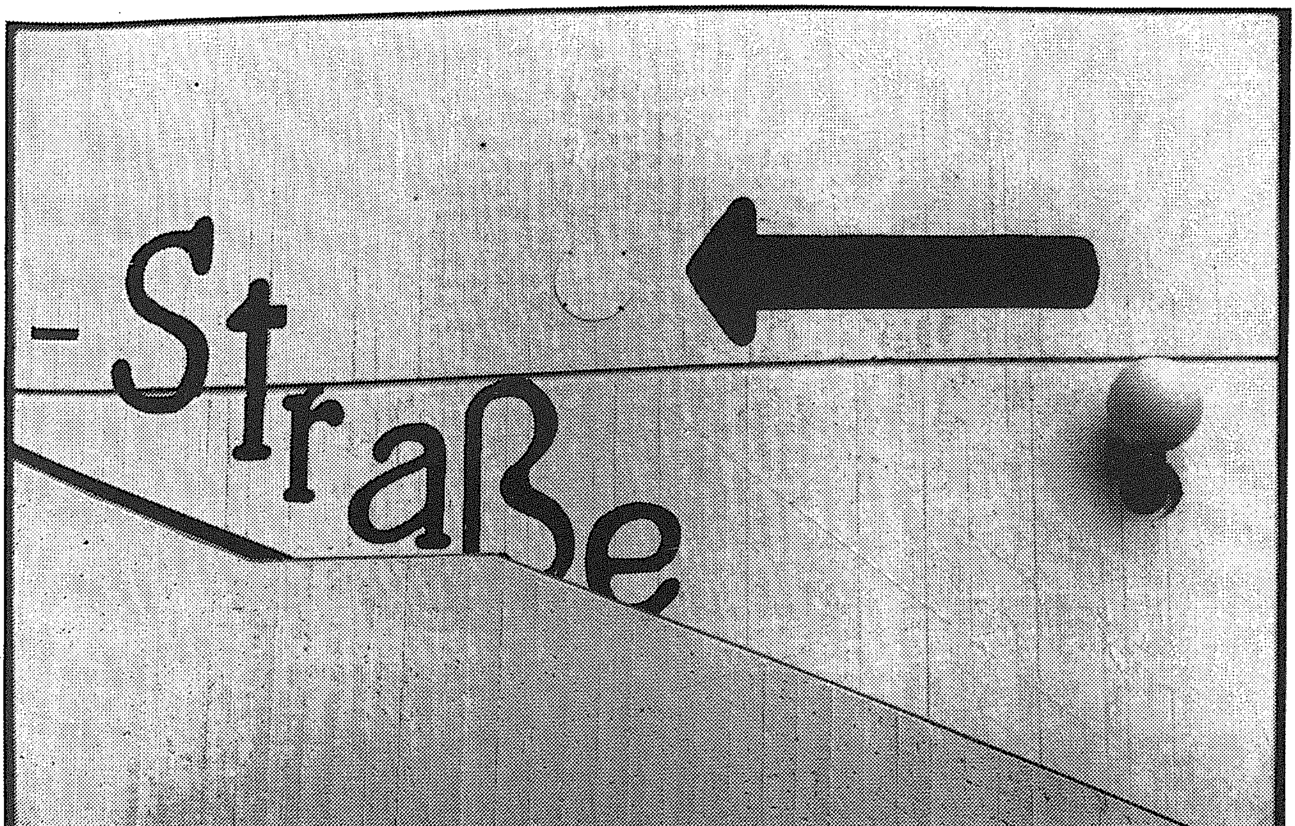
Es ist deutlich geworden, daß Mystik eine wichtige Rolle bei diesem Bewußtseinswandel spielt, und – ohne daß es analysiert worden wäre, begann dieser Prozeß schon vor Jahren; veranschaulicht wird dies an der breiten Leserschaft (gerade aus der ›Linken‹) von Carlos Castanedas Büchern, die vordergründig der gesellschaftlich erfahrenen Ohnmacht einen individuellen Weg zur Macht entgegenstellten. »Die Blase der Wahrnehmung und das Wispern des Nagual. Carlos Castanedas Theorie einer Pädagogik der Dekonditionierung« lautete ein Beitrag, der es sich insofern nicht leicht machte, als er nicht die von Castaneda selbst vorgegebene schematische »Übersetzung« der schamanistischen Konzeption benutzte, sondern den Texten des Autors sehr penibel nachging, um sodann – in „abendländischer" Terminologie – deren »pädagogisches« Konzept herauszuschälen, wobei die Problematik dieses Vorgangs schon am Beispiel der Titelwahl deutlich wird: schon *»Dekonditionierung«* (abgeleitet von Konditionieren = bestimmte Reaktionen hervorrufen; also wohl: verlernen nach gelernten Modellen zu reagieren, SF) sei nur als Verlegenheitsvokabel zu bewerten, die den Kompromiß bereits beinhalte. Der Referent bemühte sich , die Grundbegriffe des mystischen Weltbildes der Indianer-Zauberer darzulegen (Tonal = Schicksal, Seele, Geist, Organisator der Welt, Ordnungsprinzip etc., Nagual = Wirkung, endlos, kann etwas schaffen, unbeschreibliche Leere, schöpferischer Ursprung, Ort der Intentionen etc.). Sein persönlicher Ansatz sei nun, Castanedas literarische Produkte als Bildungs- und Erziehungsromane zu begreifen, die – wiederum – jene Befreiung aus partieller Weltsicht beabsichtigten, die schon bei der vorangehenden Referentin angeklungen war. So ergäben sich Parallelen zu gewissen Techniken der Zen-Meister, die uns zwängen, bestimmte Schock-Verfahren, Überraschungseffekte im Repertoire der Zauberer als didaktische Mittel gänzlich neu zu interpretieren. Auf unseren Kulturkreis bezogen, sei festzustellen, daß das »magische Erbe«, verdrängt, doch durch die Hintertüre wieder hereinkomme, und auch unsere »Dekonditionierung« werde sich über kurz oder lang als lebensnotwendig erweisen. –

Den folgenden Abend bestritt eine Referentin, die sich mit der *»Männersprache der Neuzeit«* unter dem provokanten Titel »Entdecker – Eroberer – Begatter« beschäftigte. Kurz zusammengefaßt, legte sie dar: Wissensfortschritt wird bei Bacon und Descartes zur Landnahme, zum Weg durch die Wildnis. Eine Expedition mit dem Ziel der Kolonisation. Verräumlichung der Sprache und Metaphern zeigen *Besitzanspruch* bis zur Kriegserklärung/Vergewaltigung. Natur/Welt wird Objekt der unendlichen und unablässigen Durchdringung durch den männlichen Geist (unterstützt durch Technik), bis als Produkt von Omnipotenz und Fruchtbarkeit des Wissenschaftlers/Philosophen/Dichters eine zweite, bessere Welt/Natur entstanden ist. –

Ein weiterer Anlaß für den Bewußtseinswandel/Paradigmenwechsel sah man in den Ausführungen zum Thema »Erkenntnis und Relativität. Zur Rezeption neuer Physik im 20. Jahrhundert«. Dabei wurden die wichtigsten Momente der in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts geführten erkenntnistheoretischen Debatte in den Naturwissenschaften aufgelistet, die die Demontage zentraler Begriffe der klassischen Physik zur Folge hatte und Relativierungen des Problems der Abbildung, der Zeichnung von Wirklichkeit, der Uneinheitlichkeit von Erkenntnisvorgängen mit sich gebracht hatte: die »Jagd der Wissenschaften nach den Schatten ihrer Gegenstände«, die teils sogar die Entfaltung einer neuen Metaphysik begünstigte. Die hierbei erkundeten Grenzen der Wahrnehmbarkeit (Unschärferelation z.B.) hinterließen einen weit über die Physik hinausgehenden Bruch des generellen Wirklichkeitsverständnisses.

Abschließend wurde die Beziehung zwischen Kommunikation und Zurechtfinden in der Umwelt analysiert: es begann mit einem kurzen historischen Aufriß der sich stetig beschleunigenden Akkumulation kommunikativer Techniken und leitete sodann über zu Betrachtungen wie Zeichenverkettung, (Mitteilung = »Zusammenwissen«, Lernen als Aneignung und Umwandlung von Wirklichkeit etc.), wobei man sich auf Konzepte Ecos, v. Foersters, Lorenzers, Benses u. a. stützte, aber auch auf die kommentierte Vorführung künstlerischer Produkte. Es wurde nochmal die Themenstellungen der »Angst vor dem Neuen« und der Nicht-Kommunizierbarkeit des Extrem-Neuen gestreift. Worin jedoch letztlich die Kriterien des »Neuen« liegen, ob »Postmoderne« als Begriff überhaupt hilft, etwas »Neues« zu begreifen, ob die derzeitige Verunsicherung (weil die alten Theorien nicht mehr ausreichend erscheinen) ausgerechnet mit alter Mystik zu neuer Welterkenntnis gelangen kann – dazu und noch zu vielem mehr gab es auch in Wien keine Antworten. Man will es sich nicht mehr so einfach – geradlinig – machen und das ist gut so; aber in der Suche (und Sucht) nach neuen Erklärungshilfen liegt doch wieder das alte vereinheitlichende Element.

wh (SF)



REZENSIONEN

Buchmesse – Gegenbuchmessentod – Schwarze Messe – Büchertips – Neuerscheinungen

Einige Leser äußerten ihre Unzufriedenheit mit dem geringen Informationswert unserer regelmäßigen Spalte **Neuerscheinungen.** Wir können aus Platzgründen nicht jedes Buch, das uns zugesandt wird ausführlich rezensieren, wollen jedoch in Zukunft alle diejenigen, die uns besonders interessant scheinen zumindest in Kurzform vorstellen.

Zuvor noch ein Wort zur entschlafenen **»Gegenbuchmesse«.** Wir trauern ihr nicht nach; gemessen am ›Niveau‹ der letzten zwei Jahre war sie zu einem alternativen »Ramschverkauf« verkommen, der dazu da war, den Kleinverlagen (uns eingeschlossen) den Stand auf der Hauptmesse zu finanzieren. Der Anspruch »Gegen« schien uns nicht mehr einlösbar, zumindest solange nicht, wie nicht durch politische Veranstaltungen, kulturelles Beiprogramm etc. eine wirkliche, auch *inhaltliche Gegenveranstaltung* organisiert werden konnte. Das Bedürfnis diese Arbeit anzugehen, war 1984 nur noch bei wenigen Verlagen, eben den noch verbliebenen politischen, vorhanden. Eine »schöpferische Pause« schien deshalb den meisten Kritikern besser und sinnvoller, als in dem Kommerzstil fortzufahren und gewollt/ungewollt mehr dem Kapitalismus anzuhängen, als dies auf der Hauptmesse geschieht. Da zudem die AGAV (Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage) – durch Zerwürfnisse/Austritte der meisten ehemaligen Mit-Organisatoren – mehr auf dem Papier als in Realität bestand, hatte sich auch der organisatorische Ansatz längst verflüchtigt; in diese Strukturen neuen Elan zu stecken, sah kaum jemand für sinnvoll an.

Als ersten Schritt zu einem neuen Ansatz war für den Herbst 1986 die Organisation einer dreitägigen »Schwarzen Messe« im **Libertären Zentrum** in Frankfurt in der Diskussion. Diese ›Zusatzveranstaltung‹ soll von Freitag bis Sonntag in der Woche der Buchmesse alle anarchistischen und auch im weiteren Sinne libertären Verlage zusammenführen. Eine besondere Initiativgruppe wollte die Ausstellung der Produktionen ausländischer Anarcho-Verlage organisieren. Neben Lesungen, Filmen etc. soll es in diesem Rahmen auch politische Veranstaltungen geben; die Beteiligung lokaler Ausländergruppen (auch nicht explizit anarchistische) wird angestrebt.



*** Franz Nuscheler: Lern- und Arbeitsbuch: Entwicklungspolitik.** 280 S., 19,80 DM. Verlag Neue Gesellschaft, PF 200 189, 5300 Bonn-2

Das Buch ist – für den Unterricht hilfreich, um die Problematik »3.Welt – Industrienationen« zu erarbeiten. Es geht auf Militärs in der 3. Welt, Verschuldung, Hunger, Umweltzerstörung und die »Entwicklungspolitik« ein. Nuscheler weist nach, daß Entwicklungspolitik **immer** Instrument der Außen-, Sicherheits- und Interessenpolitik der Industriestaaten gewesen ist. Für die BRD wird deutlich, daß sie zusammen mit den USA den »freien Welthandel« massiv verteidigt, weil sie aus dem Verfall der Rohstoffpreise erhebliche Vorteile zieht. Der »Lern«-Charakter bringt einen guten Überblick über die Themenbreite, hat jedoch den Nachteil, daß die einzelnen Kapitel oft nur angerissen, mit zu wenig Fakten belegt sind.

*** John Most: Marxereien Eseleien und der sanfte Heinrich. Artikel aus der »FREIHEIT«,** ausgewählt, mit einem Vorwort und mit Anmerkungen versehen von Heiner Becker. Verlag Büchse der Pandora, Wetzlar 1985.

Am 3.1.1879 erschien die erste Nummer der »Freiheit« im Londoner Exil, zunächst oppositionell-sozialdemokratisch orientiert, verschärfte Most seine Kritik an der Parteiführung, die sich unter den Sozialistengesetzen Bismarcks »still« verhalten wollte; er wird schließlich 1880 aus der SDAP ausgeschlossen. Aus dem Vorwort Beckers: *»Und so war die »Freiheit« seit 1880 für zwei Jahre ein Forum für alle irgendwie gegen die von der Parteileitung kontrollierte Sozialdemokratie orientierten Sozialisten (und damit auch Anarchisten).«*

Der Auswahlband beginnt mit einem Rückblick Mosts *»Zwanzig Jahre im Kampfe«: »«Zwanzig Bände ›Freiheit‹ liegen vor uns, sozusagen zwanzig kondensierte und kristallisierte Jahre meines Lebens. Man sagt, ich sei jetzt alt (sogar ›veraltet‹, meinen einige), und gibt mir einen ›Tip‹, welcher sich mit ›Verschwinden‹ übersetzen lassen könnte. Unsinn sage ich . . . ich bin zäh wie Schafleder.« (S. 19)*

Das war 1899; Most stirbt 1906 in Cincinnati, USA und die ›Freiheit‹ erscheint noch immer. Ohne Mosts Schärfe wird sie 1910 eingestellt. Daß Most – trotz Wohltat'scher Klischee-Vermarktung seiner »Kriegswissenschaft« – nichts an Anstößigkeit verloren hat, beweist der ›Gotteslästerungsprozeß‹ 1985 in Münster, der – man glaubt es kaum – auch gegen Most-Zitate geführt wird.

*** Henry Jacoby: Davongekommen – 10 Jahre Exil 1936–1940**; 150S.; 16.-DM, Sendler Verlag 1985; PF 11 11 62, 6000 Frankfurt/M.

Das ehemalige Mitglied der anarchistischen Freien Jugend und der Schüler des Rätetheoretikers Otto Rühle – Henry Jacoby – läßt seinen Erinnerungen »Von des Kaisers Schule zu Hitlers Zuchthaus – eine Jugend links-aussen in der Weimarer Republik« (Dipa-Verlag Frankfurt 1980) einen zweiten Band folgen, der die Jahre des Exils behandelt. U.v.a. Wissenswertem erzählt Jacoby dort auch von der südfranzösischen Stadt Montauban, die – regiert von einem sozialistischen Bürgermeister – zunächst den geflohenen österreichischen Sozialisten Zuflucht gewährte. Eine Kunde, die sich verbreitete und die Stadt schnell zum Ziel einer ganz anderen »Inva-
...erden ließ. *»Die Geschichte der Flüchtlinge in*
lt Montauban ist nicht geschrieben worden.
ßte, um vollständig zu sein, Vorkommnisse
lebnisse schildern die von einem einzelnen
schrieben werden können«, resümiert der da-
Rätekommunist Jacoby und erzählt von den
Fahrzeugen, deren Treibstoff bis Montaub-
icht hatte, vom mit Stroh und Schlafdecken
:en Marktplatz auf dem sich die deutschen
nten mit spanischen aus der Bürgerkriegszeit
Jacoby traf deutsche Linke aller Schattierun-
Parteikommunisten gab es allerdings relativ
sie mieden wohl auch Diskussionen, und es
dies möglich, daß die Partei ihre Leute von
:ban fernhielt, soweit sie es konnte, da zuviele
t Anwesenden für sie unter dem Sammelna-
rotzkisten‹ fielen.«
:auban quartierte die Flüchtlinge in öffentli-
ıd privaten Gebäuden ein, gewährte Unter-
g, bezog die umliegenden Dörfer als Quartie-
in und ließ auch politische Diskussionszirkel
en. Dennoch erzählt Jacoby von Problemen:
len die Lebensmittel knapp und selbst Brot
rationiert werden. Dazu kamen Verhaftun-
trügliche Anzeichen, daß die Zusammenarbeit zwischen deutscher Gestapo und französischer Polizei enger wurde. Der Wunsch aus Frankreich »wegzukommen«, in den Besitz eines verheißungsvollen »Affidavits« zu gelangen, das eine Ausreise in die USA versprach, beherrschte das Denken aller. Ein »Affidavit«, ein Wort, das wenigen ein Begriff sein dürfte; es besagte, daß ein US-Bürger sich bereit erklärte notfalls für den Unterhalt des Exilanten aufzukommen; eine wesentliche Voraussetzung für den US-Konsul Visas auszustellen.

Jacoby, der mit Max Horkheimers Affidavit in die USA gelangte, erzählt seine Exilstationen eher kurz und prägnant; sein Bericht endet 1947 und zeigt ihn als Mitarbeiter der UNO, eine Arbeit, die ihn nach Genf zurückführte, wo er heute lebt.

wh

*** Peter Pringle/William Arkin: S.I.O.P. – Der geheime Atomkriegsplan der USA**; 224 S., 16,80 DM, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., PF 200 189, 5300 Bonn-2.

Seit 1960 arbeiten die USA am Entwurf des »Single Integrated Operational Plan« (S.I.O.P.) »Integriert«, weil dieser Plan sämtliche Pläne für den atomaren Ernstfall umfaßt. »Von Offizieren erfuhren wir die speziellen Codeworte zum Start der Atomraketen. Sie nahmen uns mit in ihren B-52-Bombern, wir unterflogen das »Feindradar« und »bombardierten« Utah und Nevada. . .« (Die Autoren). Arkin ist Mitherausgeber des »Nuclear Weapons Data Book«; Pringle Korrespondent des Londoner »Observers«.

*** Udo Achten (Hg.): »Lachen links« – das republikanische Witzblatt 1924–1927**; 240 S.; 58.-DM. Es war das Nachfolge-Satireblatt der Sozialdemokratie für den »Wahren Jacob« (1879–1923). Verlag J. H. W. Dietz, PF 200189, 5300 Bonn-2.

*** Johannes M. Becker (Hg.): »Das französische Experiment«. Linksregierung in Frankreich 1981 bis 1985.** Mit diesem Buch versucht der Herausgeber und mit ihm einige Gastautoren vor den Nationalratswahlen im März '86, – die ein Debakel der französischen Sozialisten erwarten lassen –, die Ursachen des ›Vertrauensverlustes‹ aufzuzeigen.

Der Nebeneffekt der Veröffentlichung dürfte sein, viele Entscheidungen der Regierung mit den Zeitumständen, der ›Erblast‹ etc. zu rechtfertigen. Dies müssen wir nicht tun, wir können uns sofort und ohne drumherum auf die Erfolge der Sozialisten an der Regierung konzentrieren:

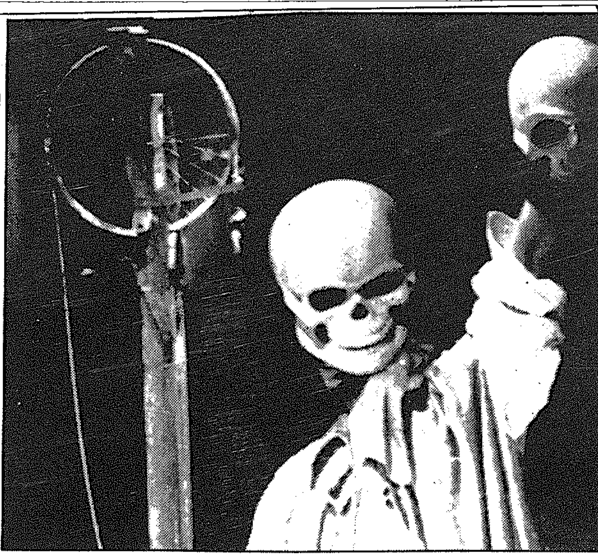
- Begrüßung der NATO-Nachrüstung
- Fortschreiten der Arbeitslosigkeit
- hohe Inflationsrate, Sinken der Reallöhne
- Arbeitslosengeld ab 6 statt bisher ab 3 Monaten Arbeit
- Frührenten 65% statt bisher 70% vom Bruttolohn
- Beteiligung an Krankenhauskosten von 20 F pro Tag für Versicherte
- Massenentlassungen (z.B. bei Peugeot)
- Polizeieinsätze gegen Betriebsbesetzungen
- Militärische Intervention im Tschad seit 1982 (Tschad: = Uran-, Thorium-, Wolfram- u. Erdölvorkommen)
- Neokolonialismus in Neukaledonien (Neukaledonien: = Nickel-Vorkommen, Militärstützpunkte)
- Verstärkung der nuklearen ›Force de frappe‹
- Steigerung der Militärausgaben auf 16% des Gesamthaushalts (1984)
- Propagierung EURECAs zur Militarisierung des Weltraums
- Neues Pressegesetz mit ›Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten des Staates‹ (Vgl. dazu etwa die Berichte um die andauernden Probleme des anarchistischen Radios ›Radio Libertaire‹ aus Paris; z.B. SF-8 und 9; Trafik-10 und 16)
- Energiepolitik, die auf AKW's setzt

Liest man Becker's faktenreiches Buch richtig, ist es sehr zu empfehlen!

*** Rolf Steiniger: Eine vertane Chance – Die Stalin-Note vom März 1952 und die Wiedervereinigung**; 160 S., 16,80 DM, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., PF 200 189. 5300 Bonn-2

Steiniger vertritt die Auffassung (gestützt auf jetzt freigegebene Dokumente der britischen und amerikanischen Militärs) Churchill sei bereit gewesen, in Moskau auf das Angebot über ein vereintes, neutralisiertes Deutschland zu verhandeln, scheiterte aber am Widerstand Adenauers und den Vorbehalten Frankreichs und der USA. Das Buch kann als Vorgeschichte zu dem in SF-19 vorgestellten Rapacki-Plan gelesen werden. Die Studie Steiningers (er ist Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in Innsbruck) wird durch ein 316 S.-Buch ergänzt, das die vollständigen Texte der bislang unzugänglichen britischen und amerikanischen Akten enthält (148.-DM). Der Ansatz des Buches ist historisch interessant – vor allem auch zur Einschätzung der CDU-USA-Zusammenarbeit, wir warten allerdings auf brisantere Funde aus den nun langsam frei werdenden Geheimakten.

INTERNATIONALE BIJEENKOMST APPELSCHA 1986 Aktion



T e r m i n e: Bürgerinitiativen, Arbeitsgruppen und andere (parteiunabhängige) Gruppen können ab sofort ihre Termine (Aktionen, Seminare, Kongresse, Konferenzen) oder auch Kurzberichte dem SF zuschicken und werden dann abgedruckt (Ausnahme: der Erscheinungstermin des SF läge nach den angekündigten Terminen). Der Redaktionsschluß findet sich immer unter dem Impressum, der Erscheinungstermin sollte mindestens 3 Wochen später angenommen werden.

★ **Hafenarbeiterstreik in Barcelona** – Über den Streik der Hafenarbeiter in Barcelona und die autonome Hafenarbeiterorganisation OEPB berichtet ausführlich die Januarausgabe des »Express«. In dem Artikel wird auf die anarchistischen Wurzeln und Kampfformen dieser Bewegung eingegangen und anhand eines historischen Rückblicks unter Verwendung von Quellen aus Büchern von Orwell, Souchy und Enzensberger die Bedeutung der CNT dargestellt. Alles in allem ein gelungener Versuch dieser linkssozialistischen Gewerkschaftszeitung, sich auf die »andere« Arbeiterbewegung zu beziehen. *Kontakt: Express, Postfach 102062, 6050 Offenbach.*

★ **Atommülltransporte** – haben wieder große Aktualität, da die Einlagerung ins Zwischenlager Gorleben wieder begonnen hat, wo Transporter teilweise blockiert und beschädigt wurden und (wenigstens) ein großes Polizeiaufgebot nötig war, diese durchzubringen. Diese Transporte sind das Bindeglied zwischen den einzelnen Stationen der atomaren Brennstoffspirale und stellen wegen zahlreicher Unfallrisiken einen wunden Punkt der Atomindustrie dar. Die von der Stadt Nürnberg in Auftrag gegebene Studie der Gruppe Ökologie belegt, daß diese Transporte durch Nürnberg ganz erheblich die Sicherheit der Bürger beeinträchtigt. Doch nicht nur die Bevölkerung in den Regionen Wackersdorf und Gorleben ist betroffen, denn das Transportnetz geht durch die gesamte BRD. Auf der bundesweiten Aktionskonferenz gegen Atommülltransporte am 30.11.85 wurde ein überregionales Vorgehen gegen derartige Transporte beschlossen. Es wurden bereits Kontakte zur Eisenbahnergewerkschaft hergestellt, Flugblätter mit Streckenkarte und ein weiteres zur Verteilung in der Bahn gedruckt. Sie sind zu bestellen bei: *Anton Graf, Fürtherstr.18, 8500 Nürnberg-80.*

★ Vom **14.-16.Februar '86** findet ein Regionaltreffen für alle nordbayrischen Anarchisten statt. Die Anarchistische Gruppe Bamberg übernimmt die Organisation. Treffpunkt: Freitag, 18.00 Uhr im »Fischerhof« (Gaustadter Hauptstr. 109, Bamberg, Tel. 62174. Ziel ist – neben der Diskussion verschiedener Themen – die Gründung einer nordbayrischen Föderation, der Tagesverlauf kann aber auch neu besprochen werden. Wegen der Übernachtung bitte vorher anmelden: Ernst, 09503/1996 oder Bernd, 0951/202509.
Anarchistische Gruppe Bamberg, Postlagerkarte Nr. 009663 B, Hauptpostlagernd, 8600 Bamberg 1

★ **Konferenz über »Grundprobleme der Gewerkschaftsarbeit«** findet am 1. und 2. März in Frankfurt statt. Themen: Gewerkschaftsarbeit im internationalen Bereich, ökologische Modernisierung, Technologiepolitsche Wende im DGB? *Kontakt: Express, PF 102062, 6050 Offenbach.*

★ Vom **15. Mai '86 bis 19. Mai '86** wird ein **Internationales Anarchistisches Treffen in Appelscha** (ca. 20 km von Assen, Niederlande), am Campingplatz ›Tot Vrijheidsbezinning‹ (›Zur Freiheitsbesinnung‹), Eakingaweg 1a stattfinden. Tel.-Kontakt: 05162–1878
Neben kulturellen Aktivitäten (Musik, Theater) werden in Vorträgen und Diskussionen besprochen: Anarchismus und Feminismus, Anarchismus und Antimilitarismus, Anarchismus und Ökologie, Anarchismus und Syndikalismus.
Kontaktadresse: Mike Alibi, Nieuwe Gracht 40, NL-Utrecht
Finanzielle Unterstützung: Gironr. 995566, Inter P.L., postbus 155, NL-Heerenveen.
* Seit 1983 fanden in Appelscha jedes Jahr anarchistische Treffen statt; dabei entstand 1985 das Bedürfnis nach internationalem Austausch. ›Die Treffen‹, so das Einladungsschreiben an den SF, ›haben immer im Rahmen von Solidarität und Kameradschaft gestanden. Wir wollen diese Tradition fortsetzen und laden darum jeden, Sprecher, Hörer und Spaßmacher, zum Internationalen Treffen ein‹.

★ **Bildungstag '86** – Vom 11. bis 13. April veranstalten in Frankfurt das Sozialistische Büro (SB) und die »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« den Bildungstag '86. Die Veranstalter wollen sich bemühen, die in dem linken Bildungsbereich abgerissenen Diskussionsfäden und Kontakte wieder miteinander zu verbinden. Die Vorankündigung schreibt weiter: »Die hohen Erwartungen in der Bildungsreform und pädagogischen Praxis als Hebel gesellschaftlicher Veränderung und als Kernbereiche sozialistischer Politik sind längst der Ernüchterung gewichen. Utopien eines freien, selbstbestimmten Lernens haben an Attraktion und Klarheit verloren. Die Bezugspunkte der pädagogischen Linken: marxistische Theorie und sozialistische Strategie, sind heute vielfältiger und widersprüchlicher geworden und stoßen auf wachsende Skepsis. Dennoch beherrscht nicht Resignation das Feld; im pädagogischen Alltag wird mit Phantasie und Energie gearbeitet. Es gibt aber auch einen beklagenswerten Mangel an Diskussionen zwischen verschiedenen Praxisfeldern und Projekten, der als politische Schwäche namentlich der undogmatischen Linken begriffen und angegangen werden sollte.« Die Eröffnungsveranstaltung trägt den für das SB so typischen Soziologen-Kauderwelsch-Titel: »Strukturkrise, kulturelle Modernisierung und Subjektivität«. Danach finden glücklicherweise am Samstag Forumsveranstaltungen und Arbeitsgruppensitzungen zu interessanten Themen statt: Antipädagogik/Alternativpädagogik/Institutionelle Bindung,. Bildungsprozesse im Zeichen von Erwerbslosigkeit, Ende der Bildung durch neue Technologien?, Integration und Ausgrenzung im Bildungsbereich, Politische Bildung als Selbsterfahruzng, usw. . . Für den Kongreß sind umfangreiche Materialien herausgegeben worden; so z.B. der Vorbereitungsreader (10 DM), Broschüre (kostenlos), »Widersprüche« Nr.15.
Kontakt: SB, Postfach 102062, 6050 Offenbach-4.
Libertäre Pädagogen bzw. Antipädagogen können sich zur besseren Vorbereitung und ev. für die Zusammenstellung einer FLI-Broschüre rechtzeitig zum Bildungstag Nmelden bei: Gerhard Kern, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid, Tel. 06533/3534.

★ **Ostermarsch Ruhr** – Vom 29. bis 31. März finden wieder die traditionellen Ostermärsche statt. Für den Ostermarsch Ruhr sind für die Abschlußkundgebung in Dortmund die Friedensnobelpreisträger Low und Tschasow als Redner eingeladen worden. Die inhaltliche Ausrichtung dieses Marsches hat bisher konsequente Anti-NATO-Positionen vermieden. Stattdessen werden im Aufruf lediglich die Mittelstreckenraketen, das SDI-Programm und die Verschwendung von Steuergeldern kritisiert. Es ist deswegen die Frage, ob angesichts eines solchen konturenlosen Minimalprogramms eine solche Veranstaltung für konsequente Antimilitaristen unterstütenswert ist. Trotzdem: *Kontaktadresse: Ostermarsch Ruhr, Königswall 22, 4600 Dortmund 1.*



★ Zum **Internationalen Anarchistenkongreß 1986, vom 1. bis 4. Mai** lädt die australische Bewegung ein (vgl. SF-19). Wer das Finanzproblem dort hinzufliegen überwinden/managen kann, wird auf eine Venedig-ähnliche Situation treffen. Die Unterbringung erfolgt – bei vorheriger Anmeldung – bei australischen Genossen. Die Konferenz und das Filmfestival finden im Stadtzentrum von Melbourne statt; die Konferenzkosten (ca. 5000 Dollar) müssen auf Eintrittsgebühren umgelegt werden; Arbeiter 25.-Dollar, Arbeitslose 10.-Dollar, Kinder frei. Leute, die wirklich nichts bezahlen können, ebenfalls frei. Die Hilfe anarchistischer Redner, Musikanten, Filmern etc. wird gerade von internationaler Seite noch erwartet. Geld an und Infos von:
A.A.C.C.C., P.O.Box 20, Parkville 3052, Melbourne, Australien. Die Mehrzahl der Gäste wird Touristenvisa brauchen (australische Botschaft, event. britische Botschaft!), die rechtzeitig beantragt werden müssen und bei denen sich nicht empfiehlt, die Konferenz als Reisegrund anzugeben!



in THE CITY



Replik auf den NR-Vorwurf

von SF-Redaktion

"Stations", however, is no less comprom-
ising lyrically, with their statements and
views on a wide range of "delicate-to-soc-
iety" subjects but it has the big advant-
age of having the music to back it up. Bring-
ing Crass and more more important their
ideas much more clearly into focus. Con-
fronting probably every political party
there is one way or another, confronting
the typical mindless predjudiced readers
of the Star on 'Mother Earth' - who think
they are so righteous describing ways to
torture, maim and kill Myra Hyndley. The
Clash too, get the much deserved stick
they earnt on "White Punks On Hope", as
well as RAR, ANL etc, with their pathetic
and stupid little "pogo on a nazi' badges.
In other words, 'fascism against fascism'
Sick!



Replik an Teile der Hamburger ›Szene‹

Zuerst zum Hintergrund dieser hoffentlich *letzten Richtigstellung* in Sachen »Nationalrevolutionäre – Schwarzer Faden«. Während einer Podiumsdiskussion *»Ist anarchistische Staatskritik noch aktuell«*, die von der *»Graswurzelrevolution«* am 23.10.85 in Hamburg-Altona veranstaltet wurde, wurde Wolfgang Haug, als Diskussionsvertreter des *»Schwarzen Fadens«* n a c h seinen Äußerungen zum Antifaschismus jede Glaubwürdigkeit abgesprochen. Nicht etwa inhaltlich, sondern weil er ja vom SF sei, der SF seit Jahren mit NR's zusammenarbeite und ein ›solcher Rechtsaußen sowieso auf diesem Podium mindestens genauso fehl am Platz‹ sei, wie etwa der gleichfalls anwesende ›Thomas Ebermann von der GAL‹. Eine Antwort auf diesen Vorwurf und eine Diskussion über die Umgangsformen innerhalb des antiparlamentarischen Spektrums mußte unterbleiben, um des Diskussionsthemas willen, obwohl die Diskussion bereits völlig aus den Fugen geraten war und sich eventuell die Thematisierung ›wie wir uns den Umgang mit uns eigentlich vorstellen‹, mehr gelohnt hätte als das geplante Thema. Der SF-Vertreter konnte jedenfalls seine »Position« – sofern es bei dieser Themenstellung überhaupt eine festgefügte geben kann – nicht darstellen.

Auch in der Nummer 2 des anarchistischen Sceneblatts »Exterminator« (Okt. '85) findet sich in einem Artikel, der die englische anarchistische Punk-Band CRASS als nationalrevolutionär »entlarvt«, logischerweise erneut der aufklärende Satz, daß ›NR‹ faschistische Gruppen seien, ›die sich mit antiimperialistischen Sprechblasen in die Linke, oder was sich dafür hielt, einschleichen (z.B. bei den Grünen) oder zumindest für sie erfreuliche Dialoge z.B. mit dem anarchistischen ›Schwarzen Faden‹ zu führen. Ihre bekanntesten Vertreter sind Ortfried Hepp . . .‹ usw.

Aus weiteren Gesprächen ließ sich erfahren, daß die Hamburger Szene aus einer älteren *»Trafik«* (Nr.12) entnahm, daß wir mit den NR Treffen abhalten und – ›bis auf den Nationalismus‹ – mit deren Programm übereinstimmen würden. Baß erstaunt nahmen wir diesen Vorwurf zur Kenntnis; nachgeblättert in der *Trafik* findet sich tatsächlich ein Satz zum 2. FLI-Treffen, der nun 2 Jahre (!) später uns erstmals in seinen Auswirkungen bekannt wird: *»Die inhaltliche Auseinandersetzung mit den linken Nationalrevolutionären sahen alle Anwesenden als sinnvoll und nützlich an, obwohl deren Nationalismusverständnis noch der weiteren kritischen Hinterfragung bedarf.«*

Zu diesem Satz nun mehrere Anmerkungen: **Tatsache ist, daß wir (SF oder FLI) uns zu keinem Zeitpunkt m i t NR's zu Diskussionen o.ä. getroffen haben.** Weiter stellen wir

POISON GIRLS

fest, daß die uns bekannten beiden *Trafik*-Redakteure auf den bisherigen FLI-Treffen nicht anwesend waren, der Bericht also keinesfalls authentisch sein kann. Inzwischen hat das FLI ein Papier erstellt, das die inhaltlichen Diskussionsthemen auf den Treffen wiedergibt und in diesem Papier fehlt die Diskussion *über* die NR, weil es eine sehr kurze Randbesprechung war, bei der es nur darum ging, festzustellen, ob die anwesenden Genossen/innen eine Auseinandersetzung *über* die NR für legitim oder wichtig halten. Allerdings: auch die *Trafik* hat n i c h t geschrieben, daß wir uns mit NR zusammensetzten oder zusammenarbeiten! »Auseinandersetzen mit. . .«, liebe Hamburger, heißt nichts anderes als »über etwas« reden! **Die Absicht des SF war es über die NR aufzuklären, ihre Mischung aus rechter und linker Ideologie und Theorie aufzuzeigen und zu kritisieren.** Nichts anderes haben wir gemacht. Wir stellen zudem fest, daß vor unserer damaligen Nr. 9 und 10 keine Diskussion über die NR in der Linken geführt wurde. Daß manche linke NR in linken Publikationen veröffentlichten, ohne daß das jemand problematisch fand. Unsere Vorstellung war es, Aufklärung zu betreiben *und* einem platten Antifaschismus differenzierte inhaltliche Informationen entgegenzustellen. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Etikett »Faschist« wenig hilft und inflationär gebraucht wird. Wenn man nicht im Feind-Freund-Denken erstarren will und zuletzt den Strich gegen den Feind vor seinen eigenen Füssen ziehen will, muß man sich zumindest das Wissen über Faschisten aneigenen und die Fähigkeit unterschiedliche Strömungen auseinanderzuhalten erwerben. Es zeugt nur von eigener Verunsicherung oder gar Verfolgungswahn, wenn man alles in einer (faschistischen) Schublade unterbringen will und Verschiedenheiten damit erklärt, daß diese Gruppen ja besonders geschickt darin wären, die Linke zu unterwandern. Es ist aber lächerlich vor den NR oder ihren Inhalten in dem Sinne Angst zu haben, daß sie die libertäre Bewegung unterwandern könnten.

Vielleicht geht es in die Köpfe der Angesprochen, daß es (auch) auf der Rechten politische wie organisatorische Unterschiede geben kann, daß NR's und Neonazis zu unterscheiden sind und daß es Unterschiede unter verschiedenen Strömungen der NR gibt. *Und*: daß es sinnvoll sein kann, diese Unterschiede zu kennen, um gegen diese Gruppen das richtige Vorgehen zu beschließen.

Deshalb: Wenn der ›*Exterminator*‹ von »faschistischen NR« schreibt, verwischt er die Analyse: diese Gruppen sind entweder nationalrevolutionär oder neonazistisch. Wenn er dem *SF* vorwirft, daß er mit den NR Dialoge geführt habe (in Nr.10 waren Gegendarstellungen mit abermaliger Kommentierung unsererseits!) und anschließend einen Hamburger Neonazi wie Hepp anführt, so ist dies entweder gefährliches Unwissen oder Demagogie. Da wir annehmen, daß die Exterminator-Leute ernsthafte Antifa-Arbeit betreiben, müssen wir Demagogie vermuten und das stimmt nur noch traurig. Sie müßten wissen, daß es unter den NR eher linke, solidaristische und rechte Gruppen gibt. Unter den NR! Ein Hepp gehört jedoch noch nicht einmal zu den NR sondern zu den Neonazis. Es dürfte doch bekannt sein, daß die Neonazis (auch ANS und Co.) sich 1984 NR's *genannt* haben; vermutlich um sich in der BRD-Gesellschaft »legal« zu machen, um den juristischen Unterschied, den die BRD-Richter zwischen NR und Nazis machen für sich auszunützen. (Deshalb auch die SA-Mache von Kühnen, Hepp und Konsorten; sie wissen ganz genau, daß die SA in den Nürnberger Prozessen seltsamerweise und fälschlicherweise n i c h t als Nazi-Organisation verurteilt wurde.) NR's sind also Leute wie Hepp deshalb noch lange nicht! Den *SF* auch nur scheinbar mit solchen Gestalten in einen Denkzusammenhang zu bringen, ist deshalb Verleumdung und üble Verdrehung von Tatsachen. Was soll eine Schreibe, Genossen vom *Exterminator*, die z.B. Mitglieder der Weimarer KAPD und AAUE, wie Laufenberg und Wolffheim, die 1919 wesentlich die Hamburger Revolution mitprägten aber später Nationalbolschewisten wurden auf eine Linie wie Hepp und Kühnen zu stellen? Wer arbeitet denn da wem in die Hände?

Letzter Punkt (und vermutlicher Anlaß für weitergehende Denunzierungen des *SF*; wir könnten's ja vorsichtshalber lassen, haben aber von der ›straigthen Verdummung‹ genug . . .): der CRASS-Artikel. Wenn die CRASS Parteinahme für Rechts und Links ablehnen, so mag dies einen Linken ärgern, eine Verwischung im Sinne der NR betreiben die CRASS deshalb noch lange nicht. Die CRASS als NR-Band abzuhandeln, gar vor ihnen zu warnen, ist nachgerade lächerlich und verrät mehr über das zwanghafte Bedürfnis der Schreiber, Fronten zu schaffen um der eigenen Identität habhaft zu werden. Fronten, die in die falsche Richtung gehen: es ist selbstmörderisch für unsere Bewegung solche unnützen Barrikaden zu errichten. Wir sind nicht so viele, daß wir uns dies erlauben könnten und *wirkliche* Feinde gibt es mehr als genug, also versucht nicht andauernd dort welche zu entdecken, wo keine sind. Das erinnert nur an die Sozialfaschisten-Diskussion in der Weimarer Zeit, die niemand als den Nazis half und wo dennoch die KPD mehr Ursache dazu hatte (Verhalten der SPD 1919) als ihr heute je haben werdet.

D.h. nicht, daß es falsch wäre den Mythos von CRASS zu kritisieren, es ist jedoch schlichter Blödsinn, sie gleich den Faschisten zuzuordnen und Zwischenüberschriften wie »Widerstand, Konterrevolution, Das Böse siegt, Rache muß sein« zu machen. Alles noch keine Verteidigung der angeprangerten CRASS-Inhalte? Nun auch die sind wir bereit zu liefern [»Counterblatt«?]: wenn CRASS »links und rechts« ablehnen, meinen sie weniger euch und eure Identität als Antifaschisten. Sie meinen die herkömmliche Definition von Politik, nämlich als *Parteipolitik*; sie meinen das Vereinnahmen der Menschen für *die* politischen Ziele der *Partei* und sie meinen das Resultat dieser *Parteipolitik*, nämlich Unterdrückung der Betroffenen im Faschismus oder Stalinismus (wobei man sich über deren Unterschiede gerne unterhalten kann, ihre Funktion als Unterdrückungssystem jedoch wohl außer Frage steht). Ihr könnt nicht euerseits einen Faschismusvorwurf gegen die CRASS zaubern, nur weil diese die Socialist Workers Party (*SWP; trotzkistisch; entspricht in ihrer Größe als linke Partei der hiesigen DKP und entspricht in platter Antifa- und Arbeiterpolitik durchaus unseren Realsozialisten, auch wenn man ihnen nicht vorwerfen kann, sich an die SED anzulehnen*). genauso ablehnt wie die faschistische National Front (NF) oder das British Movement. Abgelehnt wird der Totalitarismus, das autoritäre Mißbrauchen der Menschen für politische Parteiziele; daß sich diese Ziele natürlich völlig voneinander unterscheiden, ist auch den CRASS klar; aber das Wissen darüber setzen sie voraus und die Inhalte sind nicht Gegenstand ihrer Ablehnung! Was also haben die CRASS anderes getan, als Parteiherrschaft egal welcher Färbung von ihren Konzerten (und ihrer Politik!) fernhalten zu wollen? Deshalb sind die Texte und das Verhalten von CRASS noch lange nicht »apolitisch oder verwaschen, zwischen den Lagern oder gar nationalrevolutionär« (weil sich inzwischen rumgesprochen hat, daß die auch zwischen den Lagern stehen?). Die CRASS hat, als Beispiel, Geld für das Anarchistische Zentrum in London gesammelt, hat das Preismonopol der Plattenindustrie durchbrochen, an den anarchistischen Blokaden bei Comiso/Sizilien teilgenommen (vgl. Rivista A 1984) und – hat viele Punks zum Anarchismus gebracht, viele Anarchisten zu Sympathisanten der Punkbewegung gemacht und das zählt letztlich. Daß sich darüber hinaus jeder selbstverantwortlich mit Anarchismus, anarchistischem Verhalten auseinandersetzen muß und ein CRASS-Sticker nicht genügt, versteht sich von selbst. Und um diesen Mythos kann es in einer Kritik gehen; ein Verhalten, das nur Zeichen benutzt, aber den Kopf außen vor läßt, ist sicher kein Anarchismus. Schwarze Lederklamotten allein übrigens auch nicht.

Wir hoffen mit dieser Richtigstellung – die manchen SF-Lesern, der/die weiß, wie lange die Artikel über die NR zurückliegen, überraschen dürfte – diesen ganzen Mißinterpretationen endgültig den Boden zu entziehen. Das »Haßobjekt der A-Szene«, namens SF, existiert nicht, sorry! Tut uns äächt leid. . . .

[Der Beitrag wurde im November in leicht abgewandelter Form dem ›Exterminator‹ zur Veröffentlichung zugeschickt! Bis zum Redaktionsschluß des vorliegenden Heftes, 18.1.86, war uns keine Resonanz und kein Abdruck zugegangen.]



Diskussion:

btr. SF-19 »Kritisches zur Subkultur«

»Subkultur, nein danke? oder doch?«

In Frankfurt warf man/frau dieser Tage Eier auf Alt-Spontis. Im »Schwarzen Faden« flogen in der Nr.19 verbale Eier auf die Subkultur insgesamt. Keiner blieb ungeschoren!

Recht hatten sie, die Autonomen in Frankfurt und der schwarze Geisteskämpfer im SF. [*der das nun setzt*]. Es tut gut zu wissen, daß es so viele aufmerksame, kritische Linke gibt, es gibt die Gewähr, daß die »Kastration« nicht allzuschnell vollzogen wird.

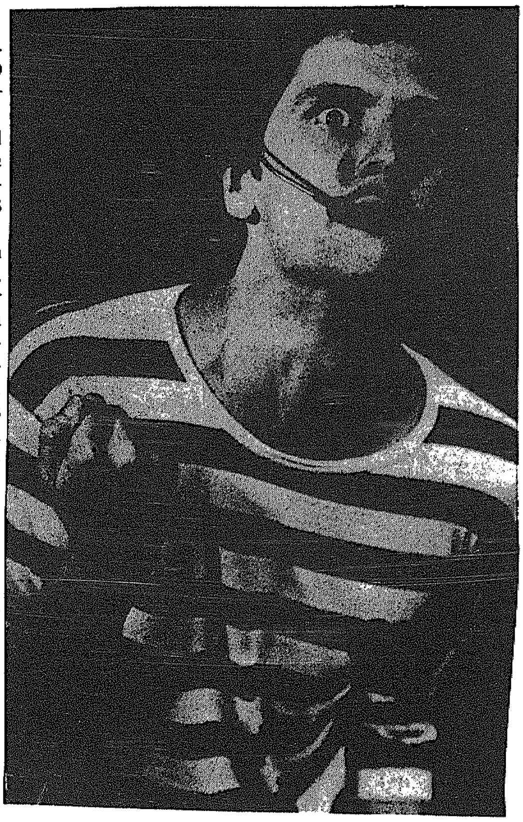
Eigentlich war meine Absicht, als einer, der sich ganz gefährlich an der Stelle aufhält.(Ökobankini), wo man droht ins »System« abzurutschen, eben zur heftig umstrittenen Ökobankinitiative Stellung zu nehmen. Es wäre auf die einzelnen Punkte aus Wolfgang Haugs Kritik (Förderrichtlinien, Schufa, Dezentralbankräte, Basisbezug, Bank der Bewegung, Selbstverwaltung) einzugehen gewesen; einiges müßte bestätigt, anderes korrigiert werden. Zu allen Punkten haben sich die verschiedensten Leute aus dem Verein (eine Ökobank gibts ja noch nicht) Gedanken gemacht und seitenweise Papier vollgeschrieben und jede/r die/der »guten Willens« ist, kann z.B. bei mir Kopien von all den Schlauheiten anfordern. (Neuerdings gibts schon ein Buch darüber).

An dieser Stelle jedenfalls will ich nicht näher auf die Problematik »Ökobank« eingehen. Die Ökobank scheint mir nur die Grenze einer möglichen ›Alternativen Ökonomie‹. Die Bank, ein Instrument zur Erreichung der Alternative.

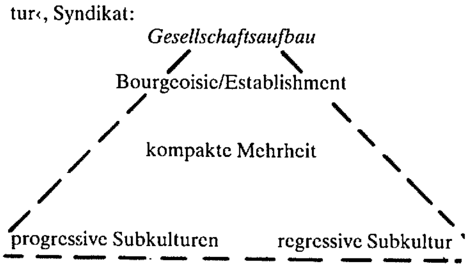
»Alternative« verstehen wir hier als eine Form von Gegenöffentlichkeit, in der es nicht darauf ankommt, Macht im Staate zu erreichen, sondern in der verhindert werden soll, Hierarchien, funktionale Anspüche der kapitalistischen Warenwelt, Trennung von Hand- und Kopfarbeit, Machtstrukturen aller Art zu tradieren. Es geht uns vielmehr darum alles zu entlarven, was die Machtstrukturen festigt, Verhältnisse zu ändern, *die hier und jetzt zu verändern sind* und verändert werden können. Wir wollen nicht auf den Tag warten, an dem die Besitzverhältnisse geändert sind, aber unser Verhältnis zum Besitz nicht geändert ist. Wir wollen keine Theorie der Revolution entwerfen, sondern die Revolution leben« (M. Foucault, 1974)

Gustav Landauer, den so viele Anarchisten nicht mehr als einen der ihrigen betrachten, hat eine »Naturgesetzlichkeit« beschrieben, die niemand außer Kraft setzen kann: Die Entwicklung vom Heute zum Morgen, von Topos zu Utopia! Es ist der Kampf, die Auseinandersetzung der Systeme, der/die dauert und unabänderlich ist. Und es ist nun mal ein System, ein alternatives, welches wir auch heute wieder dem alten entgegensetzen. Wir sagen Gegenkultur. Wir könnten eine Schlasse an »anderen« Werten den gestrigen entgegensetzen; nein, wir tun es auch; (siehe W. Haugs Artikel in SF-19; hier besonders zum Punk).

Es ist mir zu einfach, die Alternativen oder Punks zu verhöhnen [*hat der kritisierte Beitrag in Nr. 19 auch sicher nicht getan! d.s.*] oder die Altspontis, die Revoltierenden von gestern, mit Eiern zu bewerfen. Es ist mir zu einfach den reinen Feminismus zu predigen, den militanten Kampf für den einzig wirksamen Kampf zu halten, denn ich bin jeder reinen Lehre (Dogma) mißtrauisch gegenüber; auch wenn es eine reine, die einzig wahre, anarchistische wäre. Insofern denke ich, daß die Eierwerfer zwar Recht hatten, auf die konkrete Situation bezogen (Günter Sare), aber daß sie nicht berücksichtigten den »Lauf der Dinge«, den die Betroffenen z.B. Daniel Cohn-Bendit hinter sich hatten. Diese waren früher die Motoren der Revolte und haben entsprechend dem Altern und der Umsetzung der Erfahrung, ihren, dem Topos nahen Standpunkt gefunden. Sie sind dicht rangerückt ans zu bekämpfende System, sehr ähnlich diesem und dennoch nicht unbedingt vereinnahmt. Ja, Wolfgang, Du hast recht, mit der Gefahr der Vereinnahmung. Die lauert immer, je mehr wir uns dem feindlichen Lager nähern. Dennoch haben jene, die so nahe der Systemgrenze sind, einen unschätzbaren Wert für die Sache der Anarchie. Solange nämlich selbstverwaltete Betriebe, Netzwerker oder Ökobanker im Sinne von *Drehpunktpersonen* oder Institutionen wirken, haben sie Einfluß auf die »kompakte Mehrheit«.



Zum Verständnis von Drehpunktpersonen/Institutionen und kompakter Mehrheit folgendes Schaubild von Rolf Schwendter aus ›Theorie der Subkultur‹, Syndikat:



(Die Drehpunktinstitution befindet sich jeweils auf den Trennungslinien)

Establishment und kompakte Mehrheit bestimmen das jeweilige Gesellschaftssystem. Alle Teile des Systems beeinflussen sich gegenseitig. Linke oder rechte Subkulturen haben Einfluß auf die kompakte Mehrheit und über diese auf das Establishment. Der umgekehrte Einfluß führt zur sogenannten Vereinnahmung. Das Wesentlichste der Drehpunktinstitutionen oder -personen ist nun genau das Auffangen und Verarbeiten der Einflußnahme und die Weitergabe an die Einflußbereiche. Es hängt nun weitgehend von der Integrität der Person/Institution ab, ob diese im Sinne der HERRSCHENDEN (Topos) oder im Sinne der Revoltierenden (Utopia) funktioniert. (Siehe bspw. die GRÜNEN) Es gibt nun aber keine verbriefte Sicherheit für die Integrität.

So kann denn der Vorwurf/Eierwurf berechtigt oder auch unsinnig sein. Es gibt mit Sicherheit Grüne, Ökobanker, Netzwerker, SV-Betriebe, die ok sind, die alles für die Realisierung einer befreiten Gesellschaft tun oder auch andere, die korrumpiert sind oder werden. Die Kritik an der Subkultur, den Hinweis auf die mögliche Vereinnahmung halte ich für gerechtfertigt und wichtig, doch sollte auch hier nicht »das Kind mit dem Bade ausgeschüttet« werden und es wäre besser von »einigen Alternativen« zu reden, statt die Verallgemeinerung zu gebrauchen. (Vereinnahmte wären allerdings keine Alternativen mehr).

»›Alternative‹ bedeutet demnach für uns, sensible Aufnahme und Erfahrung all dessen, was um uns herum passiert, kritische Reflexion der bestehenden Verhältnisse, Außenwendung unseres Selbsts, ohne uns zu verlieren, um Unterdrückung, Macht, Hierarchie etc. zu entlarven und anzuklagen, Infragestellung unsereres eigenen Verhaltens, offene Problemdiskussion der eigenen Betroffenheit, Selbstorganisation, Kooperation, Spontaneität, kreative Selbstverwirklichung, kurz: die Einbeziehung unseres Alltagslebens in die Strategie der langen Veränderung der Verhältnisse oder der permanenten Zerbröckelung dieses Systems, welches seine Risse und Brüche zusehends schlechter verkleistern und zupappen kann. Sich der Reorganisation des Kapitalismus verweigern. . .« (Marcuse, H. 1973)

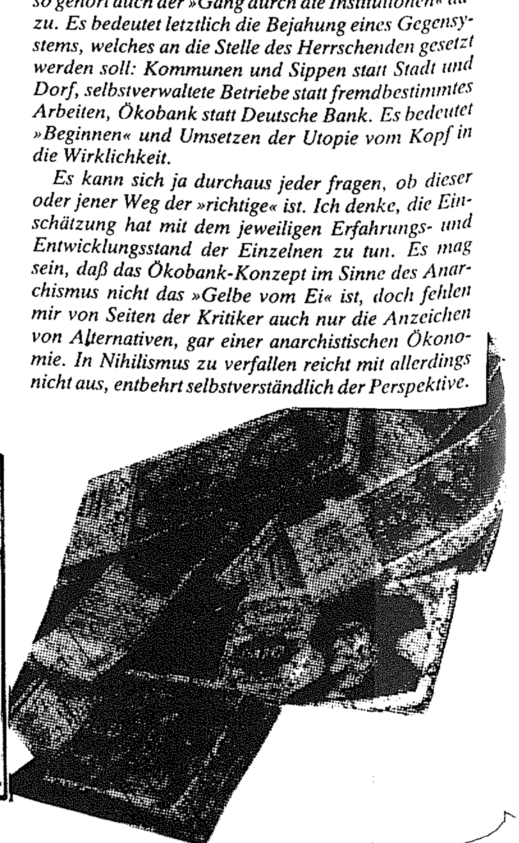
Auch der/die konsequenteste Anarchist/in kommt um die herrschende Ökonomie nicht herum. Dieser etwas entgegenzusetzen wäre eine Sache (Gegenökonomie). Hierbei könnte die Ökobank das am weitesten dem herrschenden System angenäherten Instrument werden. Sie wäre zwar durch und durch Institutionen aber gebraucht deren Logik um den Kapitalismus zu ›zerbrökeln‹. Netzwerke, Direktkreditvermittlung, SV-Betriebe und Kommunen sind etwa in der Reihenfolge nur graduell weniger institutionalisiert. Dennoch haben alle gemeinsam, daß sie Widerstand leisten. Welcher Widerstand nun der wirksamere ist, muß analysiert oder abgewartet werden. Eine vage Einschätzung reicht dazu nicht.

Die andere Möglichkeit ist die des passiven Widerstands mit all seinen Spielarten, wie z.B. Einklauen, dem Parasitentum, den Hippies, Punks, Boheme und viele mehr. Ich halte auch dies für Widerstandsform, wenn sie eine politische Dimension haben und nicht nur auf ihr eigenen Selbst bezogen sind.

Irgendwann muß sich nun jeder Anarchist für eine ihm adäquate Widerstandsform entscheiden (über Sinn und Unsinn von Widerstand muß wohl nicht mehr gestritten werden, oder?). Geht diese aber in Richtung der ersten Gruppe von Widerstandsformen, so gehört auch der »Gang durch die Institutionen« dazu. Es bedeutet letztlich die Bejahung eines Gegensystems, welches an die Stelle des Herrschenden gesetzt werden soll: Kommunen und Sippen statt Stadt und Dorf, selbstverwaltete Betriebe statt fremdbestimmtes Arbeiten, Ökobank statt Deutsche Bank. Es bedeutet »Beginnen« und Umsetzen der Utopie vom Kopf in die Wirklichkeit.

Es kann sich ja durchaus jeder fragen, ob dieser oder jener Weg der »richtige« ist. Ich denke, die Einschätzung hat mit dem jeweiligen Erfahrungs- und Entwicklungsstand der Einzelnen zu tun. Es mag sein, daß das Ökobank-Konzept im Sinne des Anarchismus nicht das »Gelbe vom Ei« ist, doch fehlen mir von Seiten der Kritiker auch nur die Anzeichen von Alternativen, gar einer anarchistischen Ökonomie. In Nihilismus zu verfallen reicht mit allerdings nicht aus, entbehrt selbstverständlich der Perspektive.

»Das Ziel des SF ist es, Diskussionsforum für aktuelle Entwicklungen, Gegenwartsanalyse etc. zu werden . . .« Wir freuen uns mit dieser Nummer 20 unser anfängliches Vorhaben weitgehend eingelöst zu sehen und einen so umfangreichen Diskussionsteil vorlegen zu können wie noch nie seit Beginn unserer Arbeit. Wir begrüßen das neu erwachte Interesse, unsere Zeitschrift zu b e n u t z e n ausdrücklich und hätten nichts dagegen, wenn dieser Teil in künftigen Nummern ein ähnlichen Raum in Anspruch nimmt!



Anarchisten haben auch heute gute Theorien im Bereich der Philosophie, der Ethnologie, Soziologie, usw. entwickelt, allein »Alternative Ökonomie« ist ein Stiefkind und allerhöchstens Jahre nach der aktuellen Diskussion aufgegriffen. Der Hinweis auf die Tauschbank nützt wenig, wenn nicht die Möglichkeit oder auch Unmöglichkeit eines solche Projektes unter heutigen Bedingungen der Technokratie in Arbeitsgruppen untersucht wird:

»Doch auch das Produkt des subkulturellen Einzelkapitalisten ist dem Warencharakter unterworfen, bei Strafe des sonstigen Untergangs seiner Produzenten.« Alle Unentgeltlichkeitsprojekte sind im verschleierten Äquivalententausch oder in der Pleite gelandet (Tauschbank Proudhons, Diggershop, Free City).« (Zur AÖ Thesen von Rolf Schwendter.)

Ein Versuch aus anarchistischer Sicht an die Alternative Ökonomie heranzugehen, war m.E. die Sondernummer der Graswurzler »Alternative Ökonomie«. Besonders gelungen ist dort die Gegenüberstellung zweier so gegensätzlicher Denker (und Täter?) wie Huber und Bahro. Dem enthusiastischen Technik, Ökonomie und Ökologie harmonsierenden Huber steht der Baghwanverklärte »Zurück zur Natur« Prediger Bahro entgegen. Auch die »rechten« Anarchisten machen ja seit einiger Zeit große theoretische Anstrengungen das Bodeneigentum (»Zur Sache«; Zube) wegzuzaubern. Allerdings fehlt hier zur Realisierung noch die Gemeinde der Gläubigen. Oder etwas netter: es fehlt die Basis, es fehlen die konkreten Menschen, die die Theorie zur Wirklichkeit werden lassen. Die allerdings werden sie aber auch niemals finden, da die traditionellen Anarchisten viel zu dogmatisch sind, keinerlei Kritik an sich heranlassen und noch viel weniger solche in den eigenen Reihen aufarbeiten.

». . .wer versucht, den ›Anarchismus‹ praktisch zu realisieren, scheitert ökonomisch in ridikülen »Kolonien« oder politisch-militärisch in Revolutionen, die keineswegs zufällig entweder mit dem Sieg der konterrevolutionären Gegengewalt oder mit der Etablierung eines neuen politischen Machtsystems endigten.« (Theorie der Subkultur, Schwendter; hier Zitat von Kreuzer, S. 160)

Und genau an diesem Punkt, nämlich der Gefahr des Absinkens in ridiküle Kolonien, kommen wir nicht vorbei, es muß von denen, die ernsthaft an einer Änderung der Gesellschaft interessiert sind untersucht werden, ob dieser Vorwurf berechtigt ist und wenn ja, was ist zu tun zur Überwindung dieses Makels? Ich denke, es ist nicht damit getan, wie die Stirner und Mackay-Anhänger es praktizieren, diese Kritik als typisch marxistische Argumentation abzutun. eindeutig zeigen doch heutige anarchistisch beeinflußte Bewegungen immer wieder gerade diese vorgeworfenen Tendenz: viele Kommunen enden bezüglich ihrer gesellschaftsverändernenden Kraft in der Bedeutungslosigkeit oder in der Vereinzelung, was dem ersten gleichkommt. Sie verwenden oft mehr Kraft für die Bekämpfung der Genossen, als ihnen der Kapmf gegen den/die Unterdrücker zuließe.

In einer nichtkapitalistischen und herrschaftsfreien Gesellschaft brauchen wir über die Ökonomie nicht mehr reden, die »Aufhebung der Ökonomie« ist selbstverständlich; in der jetzigen kapitalistisch/technokratischen Gesellschaft brauchen wir dringender denn je eine »Alternative Ökonomie«, meinetwegen auch entsprechend den Strömungen, drei unterschiedlich besetzte AÖ'n: eine sozialdemokratisch/christlich/spiritualistische, eine orthodox-kommunistische und eine autonom besetze. Eine das »Räderwerk der kapitalistischen Gesellschaft schmierende« AÖ braucht uns nicht zu interessieren. Anarchisten könnten sich der dritten Art zuwenden um sich die materielle Basis für ihre Aktionen zu schaffen.

Gerhard Kern, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid

Literatur: Theorie der Subkultur, Rolf Schwendter (Syndikat, Frankfurt)
Alternative Ökonomie, 1, 2, 3 (AG SPAK, München)
Graswurzel Sondernummer ›Alternative Ökonomie‹

P. J. Proudhon

Die Volksbank

1849 initiierte der französiche Philosoph und Wirtschaftstheoretiker Pierre Joseph Proudhon die erste Bank, die alternativen Richtlinien verpflichtet war. Proudhons Absicht war, dem derzeit immer noch herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem ein Modell entgegenzustellen, welchem ein neuer Ansatz im Wirtschafts- und Geldrecht zugrunde lag. Für ihn begründet sich die Macht des damaligen/derzeitigen Gesellschaftssystems mit seinen negativen Auswirkungen auf ungezählte Menschen durch die Geldschöpfung der Banken, durch ihre Zinsen und ihre Sparer. Pierre Joseph Proudhon versuchte in den Statuten und in der Praxis seiner „Volksbank" die Folgen des geschlossenen Papiergeldsystems auszuschalten. Die Volksbank sollte ihre Spesen bekommen, aber keine Gewinne machen. Die Mächtigen seiner Zeit reagierten prompt, nach zwei Monaten eines erfolgversprechenden Beginns, wurde die Bank aufgelöst. Alle Einzahlungen mußten zurückgezahlt werden. Das kleine Buch kann eine wichtige Anregung aus der Geschichte der Alternativökonomie für die heutige Diskussion sein.

Pierre Joseph Proudhon: Die Volksbank. Monte Verita, Wien, 1985, 28 Seiten, 3,50 DM, ISBN 3-90043-11-5

Robert F. Mayer





btr. SF-19 »Uracher Kommune«

»Erich Mühsam schrieb doch über Urach – und: was aus der Kommune gegen Ende der Weimarer Republik wurde«

»Streifst du froh durch Feld und Flur, ach
und du gerätst dabei nach Urach,
deutscher Dichter linker Richtung –
Sieh, schon packt man deine Dichtung,
auch du selbst wirst eingesteckt. . .«

Als Erich Mühsam diese Verse schrieb saß Johannes R. Becher (Mühsam: »War wohl je ein Dichter frecher, als der Dichter J.R. Becher«) wegen »literarischen Hochverrats in fortgesetzter Handlung« im Uracher Amtsgerichtsgefängnis. Am 20. August 1925 führten drei Landjäger – die Hand an der Pistolentasche – den Dichter durch das Städtchen, das Becher zum Inbegriff von »Heimat« geworden war, dem er »die besten Verse schenken« mochte. Anlaß: Bechers neuester Gedichtband: »Der Leichnam auf dem Thron oder Schlagt dem Krieg den Schädel ein«. Fünf Tage später wurde Becher aufgrund vehementer öffentlicher Proteste wieder freigelassen. Diese und weitere Aktionen in den folgenden Jahren waren Auftakt zu einer Hatz gegen die Literatenkolonie im Seeburger Tal. (. . .)

Zurück zum Anfang vom Ende. Bereits am 22. März, also noch vor Bechers Verhaftung, war Karl Raichle, der Gründer der roten Literatenkolonie am Grünen Weg, wenige Tage vor der Stuttgarter Aufführung seines Agitpropstückes »Das Tor des Ostens«, wegen desselben Delikts verhaftet und erst zwei Monate später gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden. Gefährlich wirke dieses proletarische Bühnenstück auf die »aufgepeitschte, irregeleitete Jugend«, so hatte das Uracher Oberamt das Innenministerium alarmiert. »Nicht Hitler und nicht Ludendorff sind das Hindernis«, ließ Raichle seinen Protagonisten, den KPD-Genossen Brand, »stark erregt« ausrufen: »Das alles ist nur die Begleiterscheinung der verratenen Revolution, ist nur der Rumpf der Reaktion. Die Sozialdemokratie ist das Haupt. Die Sozialdemokratie ist der Feind.«

Die ersten KZ-Häftlinge

Hausdurchsuchungen in »Kleinmoskau« waren damals an der Tagesordnung. Im »Häusle«, das der Genossenschaftstheoretiker Dr. Karl Bittel und seine Frau Mia bewohnten, wurden Schriftstücke wie »Praktische Richtlinien zum Schulkampf« beschlagnahmt. »Die Wohnung des Raichle«, so das Landeskriminalpolizeiamt, »dient – von der Kommunistin Frau Dr. Bittel geleitet – als illegales Büro für die kommunistische Kinderbewegung, Jung-Spartakusbund«. Bei der letzten freien Gemeinderatswahl in Urach 1931 erzielte die KPD die meisten Stimmen; von acht zu vergebenden Sitzen erhielt sie drei.

Nach der Machtübergabe an die Nazis war es endgültig aus mit der Uracher Kolonie. Am 22. März 1933 kamen die ersten »unliebsamen Personen« in Haft, zumeist ins KZ Heuberg, darunter im Laufe des Jahres allein 22 aus Urach, auch Karl Bittel; im April folgte das Verbot der KPD und SPD nahestehender Vereine und Organisationen samt Beschlagnahme des Vermögens. Im Juli und August 1933 wurden rund tausend Bücher und Schriften beim Arbeiter-Leseverein Urach und bei kommunistischen Funktionären beschlagnahmt.

Diese umfangreiche Bibliothek enthielt neben klassischer Literatur von Mörike, Keller, Raabe und Hauff auch Werke von Dichtern, die zeitweilig in Urach ansässig waren und deren Bücher am 10. Mai 1933 von den Nazis verbrannt wurden, wie Mühsams »Judas«, Bechers »Hungrige Stadt«, »Graue Kolonnen« und »Der Große Plan«.

Deutscher Ordnungssinn

Am 25.8. hatten zwei Landjäger auf Weisung des Stationskommandos »in den Häuschen des Dr. Bittel (am grünen Weg)« nach linkem Schriftgut gesucht: »Auf dem Dachraum des kleineren Häuschens befand sich eine ziemlich große Kiste, in welcher nebst alten Manuskripten, Briefen, Zeitungen, eine größere Anzahl kommunistischer und marxistischer Broschüren und Bücher sich befanden. Letztere wurden beschlagnahmt. . . . Ein Posten alter, kommunistischer Zeitungen, Flugblätter und anderem wurde an Ort und Stelle verbrannt. Etwas über 100 Broschüren und Serienhefte wie: Kommunistische Internationale, Russische Korrespondenz, Der Kampf, Spartakusbriefe, . . . und anderes mehr, im Gewicht von über 1/2 Zentner wurden nach dem Oberamt verbracht«, so heißt es im Polizeiprotokoll. Und weiter im Beamtentenor: »Durch die Beförderung der Druckschriften nach dem, Oberamt sind 50 Pfennig Kosten entstanden.«

P.S. von 1985 (. . .)Der Antrag, in Urach eine »Bibliothek der verbrannten Bücher« einzurichten sowie eine Dokumentation samt Ausstellung über die Literatenkolonie und deren Ende 1933 zu fördern, wurde im Gemeinderat Anfang '85 mit großer Mehrheit abgelehnt.

Günter Randecker, Bad Urach

btr.: »Die Denunziation des Anarchismus 24mal in der Sekunde«, SF-19

Weitere Notizen über den Film »Liebe und Anarchie«

Im »Schwarzen Faden« Nr. 19 war eine ausführliche Kritik zu dem Film »Liebe und Anarchie« von Jörg Auberg zu lesen.

Ich habe mich damals ziemlich darüber aufgeregt wie ideologisch-glatt argumentiert wird, trotz einiger einleuchtender Argumente und präziser Analyse. Kaum jemand, den ich kenne brach bei dem Film in wahre Begeisterungsstürme aus. Wie sagt Frau/ Mann? Na ja, war ganz nett.

Gerade deshalb erscheint es mir wichtig näher auf die »Denunziation des Anarchismus 24mal in der Sekunde« einzugehen. Die Verästelung der Kritik, der Rückgriff auf andere Filme, in denen Anarchisten/ Anarchismus thematisiert (denunziert) werden oder auch der kurze Exkurs zum italienischen Anarchismus, ist ein Beispiel für Filmkritik, die auch inhaltlich in die Tiefe will. Sie bleibt nicht am spiegelnden Scheinbild stehen.

Doch die Geradlinigkeit dieser Verknüpfung, die Ausgrenzung der überhöhten Spielweise als inflationäres künstlerisches Mittel (italienische Exotik), die irrige Annahme der Film sei ohne erkennbare Brüche – Verhältnis von Wirklichkeit und Fiktion – gearbeitet, liegt mir schwer im Magen.

Natürlich findet eine Denunziation des Anarchismus statt – ich weiß, die Figur des Bilderbuch-Anarchisten wäre uns allen lieber, oder?
Das ist eine andere Variante der Denunziation des Anarchismus: Der strahlende Held, der alle Fäden in seiner Hand hält, kein lächerlicher Hampelmann, einem, dem das Attentat gelingt im vollen Bewußtsein seiner politischen Aufgabe – den die Liebesgeschichte mit dem ›Flittchen‹ einen feuchten Kehricht interessiert, weil sie unpolitisch ist. Ein Mythos-Mann, wie er in dem Malatesta-Zitat am Ende des Films zum Ausdruck kommt, übrigens der gleiche Ursprung der in dem A. Berkmann-Zitat am Ende der Kritik angedeutet wird.

Doch was erfahren wir über die Filmemacherin? Sie ist der Kumpanei mit Fellini verdächtig, dessen langjährige Regiemitarbeiterin sie war. Dieser aber hat mit dem »faschistoiden Film Orchesterprobe« seine wahre Identität zu erkennen gegeben. Also ist auch von Lina Wertmüller nichts anderes zu erwarten. Einmal gut umgerührt, Deckel drauf und fertig sind die verteufelt gut funktionierenden Mechanismen, die Gut und Böse unterscheiden, um schwarzweiß und linientreu zu denken. Das ist mieseste Ideologieproduktion! Sozialistischer Realismus, ick hör dir trapsen!

Nebenbei bemerkt hat Fellini eine ganze Reihe hervorragender Filme gedreht, auch wenn seine einst kritischere Sichtweise inzwischen ein wenig getrübt zu sein scheint.

Selbst beim schlechtest unterstellten Willen ist doch kaum dem Film anzulasten, daß seine Vereinnahmung durch die bürgerliche Kritik heute stattfindet nach Jahren in denen er nicht gezeigt worden ist (werden durfte). Immerhin wurde die Produktion 1973 gemacht.

Genauso weit hergeholt ist die Behauptung, der Film kommt erst jetzt in die Kinos, da die Filmkritik sich vor 10 Jahren ein Bejubeln von »Liebe und Anarchie« auf Grund des »Umtriebs anarchistischer Banden«, sprich Terrorismus-Hysterie nicht leisten konnte. Bisher ist in diesem Land noch jede kritische Kunst für herrschende Zwecke mißbraucht (verwertet) worden. Ein Teil der Ohnmacht künstlerischer Arbeit liegt darin.

Dieser Film war mit Sicherheit keine subversive Bedrohung. Aber er hat eine ästhetische Ebene erreicht, die von hoher Qualität ist im Verhältnis zu den üblichen Massenproduktionen, auch den Polit-Filmen. In dem Sinn ist er ein »Kunstfilm«, wie alle Wertmüller Filme, die bisher hier in die Kinos kamen.

Ob die »italienische Exotik« inflationär eingesetzt oder ausgebeutet worden ist, will ich dahingestellt sein lassen. Tatsache aber ist, daß die Filmemacherin das Mittel der Komik benutzt, um die Figuren **erkennbar zu überzeichnen**. Ihr gelingt damit die Haltung der Menschen (bis zur Typisierung) transparent zu machen. Deutlich sichtbar an der Figur des Faschisten Spatoletti, die in der überhöht gespielten Form eine faschistisch-patriarchale Haltung zum Ausdruck bringt. Sie ist lächerlich und brutal, gefährlich und überheblich, damit durchschaubar und jederzeit ablehnbar.

Auch komisch, aber anders – widersprüchlicher angelegt – sind die übrigen Figuren im Film. Es entstehen durchaus Assoziationen zu sozialen Zusammenhängen, für Momente reale Sehnsüchte und Utopien. Sie bewegen sich auf dieser überhöhten Ebene zwischen Wirklichkeit und Fiktion. Dabei wird »romantisiert« (Prostituierte, Fleischbeschau usw.) aber auch Klischees zerstört. Vielfältige Kunstfiguren werden vorgeführt, die in ihrer Reduktion auf typische Merkmale eine lebendige Widersprüchlichkeit an den Tag legen. Natürlich verkürzt, aber nicht ständig funktionalisiert im Sinne einer Fremdbestimmung. Diese überzeichneten Situationen werden an verschiedenen Stellen gebrochen. Der Film beginnt mit dem Versuch realistischer Bilder des von Carabinieri ermordeten Anarchisten zu zeigen. Er endet mit real nachvollziehbaren Szenen eines Mordes in damals wie heute existierenden Folterkammern. Fast ein Rahmen, in den die Geschichte eingebettet ist. Der Rest erzählt die jederzeit kritisierbare Entwicklung eines Menschen, dessen filmischer Ausgangspunkt, die Ermordung des Freundes am Anfang, Betroffenheit ausgelöst hat. Der vielleicht wichtigste Grund, um Widerstand zu entwikkeln und nicht den subtilen Mechanismen der Anpassung zu verfallen.

Dieser Prozeß wird im Film nicht mehr politisch vermittelt. An diesem Punkt könnte eine weitere Kritik ansetzen.

Herby Sachs, Leverkusen



*LESERBRIEFE

btr.: »Raus aus der Nato?«, SF-19

Euer Fragezeichen hinter dem Artikel hättet ihr euch auch sparen können. Fast so wie den ganzen Artikel! Ich hab selbst beim dritten Mal durchlesen nicht durchgeblickt, was ihr damit eigentlich wolltet.

Der Artikel enthält zwar einige Punkte, die diese Kritik – und noch mehr – verdienen, doch bleibt das Ganze für mich zu diffus, zu verschwommen, wen ihr überhaupt meint, und auf welche politische Strömung ihr euch gerade bezieht.

Ansonsten, *die* Friedensbewegung hat es nie gegeben. Es gab die Kampagne gegen die Mittelstreckenraketen, die in der Tradition des ›Kampf gegen Atomtod‹ steht. Die Bewegung war auf ihrem kleinsten nenner bestenfalls atompazifistisch.

Hier drunter fallen die verschiedensten politischen und weltanschaulichen Strömungen, die nicht so einfach als *die* Friedensbewegung abzutun sind.

Klar sind auch die Hintergründe der NATO, als »Weltbulle« der kapitalistischen Weltordnung. Die NATO-Fans in der BRD wissen wohl, daß die BRD ihre Stellung als eine der führenden nationen auf dem Weltmarkt nur zu den bedingungen der ›pax americana‹ halten und/oder ausbauen kann.

Die Forderung nach einem Austritt aus der NATO muß sich natürlich im Rahmen gesamtgesellschaftlicher und global-ökonomischer Konzepte bewegen. Hier kann bestenfalls die Kritik an sozialen Bewegungen allgemein greifen, daß diese zu eindimensional, linear ausgerichtet sind. Die Komplexität gesellschaftlicher »Realität« und Veränderungen wird oft außer Acht gelassen und zu stur an einem Thema (hier: »Frieden«) rumgebastelt. Die undifferenzierte Verwendung des begriffs der *Friedensbewegung* weist auch auf ein Dilemma unter uns hin, nicht zwischen sozialen und sozialrevolutionären Bewegungen unterscheiden zu können. Oft wird in eine sich formierende soziale Bewegung revolutionäres Pathos hineininterpretiert (oder verbalisiert – etwa in der Parole des »Vom Protest zum Widerstand«!), der schlichtweg an den gegebenen Machtverhältnissen vorbei gedacht ist. Die Frage der NATO-Mitgliedschaft und der Stellung der BRD als Nr.2 in diesem ›Kriegsführungs‹bündnis wird in der Friedensbewegung durchaus kontrovers aufgefaßt, jedoch zu wenig diskutiert.

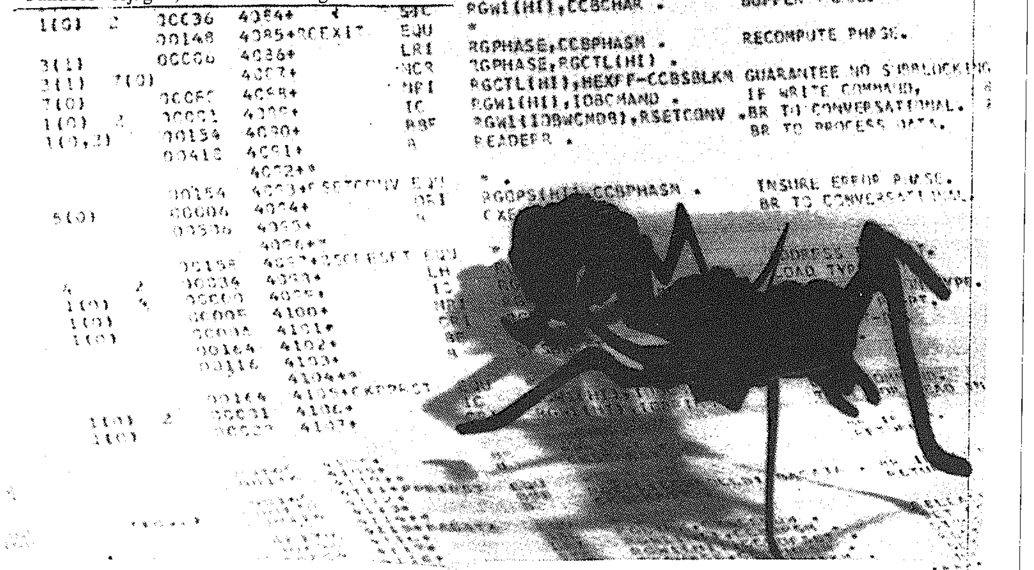
Mich verwundert auch daß nur die »Bedenken« – es ist wohl mehr wahltaktisches Verhalten – des »gewerkschaftlich orientierten« Spektrums in der Friedensbewegung gegen einen NATO-Austritt angeführt werden. Der autonome, antimilitaristische Flügel hat schon 1982 versucht, Anti-NATO-Inhalte rüberzubringen und im BAF (Bundeskonferenz autonomer Friedensgruppen, heute BUF) autonome Gruppen zu koordinieren. Die Gruppen des BUF unterstrichen in konkreten Aktionen und Demos (z.B. in bremerhaven 1983, im Raum Hildesheim und Fulda 1984, bei den Aktionen gegen die NATO-Herbstmanöver, Weltwirtschaftsgipfel 1985) ihre Position. Das BUF bereitet demzufolge für 1986 einen Kongreß über/gegen die NATO vor (soll im April stattfinden).

Vielleicht wäre es ganz sinnvoll, dieses Phänomen Friedensbewegung mal aus anarchistischer Sicht zu analysieren, zu kritisieren und diskutieren, sowohl konkrete Ansatzpunkte antimilitaristischer Arbeit (Theorie und Praxis) zu entwickeln. Dies könnte auch im Rahmen dieses Kongresses geschehen.

Reiner Tegt, Bielefeld

Anm. d. Red.: Wir nehmen das *Verständnisproblem* auf unsere Kappe. Der Beitrag war falsch abgesetzt und deshalb für viele schwer verständlich. Es handelt sich weniger um einen Artikel als um ein Dokument aus ›grünen und friedensbewegten‹ Reihen. Als Dokument spricht es in seiner Beschwichtigungshaltung für sich; nur konnte kaum deutlich werden, wo der Dokument-Text beginnt, der SF-Kommentar aufhört. Also: SF-Kommentar findet sich nur in der 1.Spalte auf S. 11 und in den kursiv gestellten Zwischenbemerkungen im Dokument-Text. Der ›von Teilen der Grünen bzw. gewerkschaftlich orientierten Friedensgruppen‹ stammende Text beginnt in der 2. Spalte, S. 11 bis S. 13. Wer also gänzlich irritiert war, sollte sich die Mühe machen, den Beitrag nochmal zu lesen. Sorry!

Zum zweiten: »Raus aus der NATO!« war nicht die Parole der ›Schwarzen Blocks‹. Diese forderten vielmehr (ganz richtig) zunächst »Kampf der NATO-Kriegspolitik« und später (etwas griffiger, aber maßloser oder ›an den Machtverhältnissen vorbei‹) »Yankees verjagen, NATO zerschlagen«.



btr. SF-»Nostalgienummer«, Editorial

Euren Angriff gegenüber dem »Landanarchisten«, er suche über Großstädte »selbstbeweihräuchernde« Mythosideologie, bloß weil er aus ruhigerer Umwelt sich die Stadtscene beschnuppert, ist absurde Deutungspsychologie! Das habt ihr Mitte-Seite-3 in eurer »Nostalgienummer« gebracht. Ihr wißt wie schwer »autonomer« Zusammenhalt entsteht und welche Schwierigkeiten zu geschlossenen Kommunikationssystemen zwischen uns anwachsen. Der Landanarchist denkt nicht nur im Maßstab hinterwäldlerischer Mythossuche! Er versucht wie ihr, wie die Grünen, auf analytischem Wege das Recht auf Freiheit der Entfaltung und des Meinungsaufbaues, sowie das Recht auf Gleichheit mitzuerkämpfen! Ich als Provinzler behaupte, daß das Meinungsbild, der Propaganda über die Militanz einer Meinungsgruppe, eine Spiegelverkehrung ihrer Grundstruktur ist und die Militanz anarchistisch-autonomer Gruppen, so von unserem Zensur-System über die Medien hinterhältig aufgeputscht und zerstückelt werden. Die Medien legen über uns den Grauschleier der Kriminalität. Dementsprechend ist der Anarchismus, also unser Kommunikationssystem, zerrissen, wie aber auch die Demokratie mit ihrem Freiheitstraum. Ich als Provinzler behaupte auch, daß der, in euren Augen provinzlerische »Landanarchist« der 10.000er Stadt, die moderne Politgestaltung analytisch in evolutionärem Bewußtseinszustande prägt, und darum stark zu revolutionären Spannungen, im Kampf um die sozialistische Gerechtigkeit der liberalen Meinungsentfaltung beiträgt. Vielleicht verwechselt ihr uns mit nicht-fühlenden, nicht-denkenden Bauern auf Märchensuche. Außerdem kommt der Landanarchist meist zwecks aktueller Informationssuche in die Stadt. Es ist äußerst schwer auf dem Land aktuelle autonome Information zu bekommen, so solltet ihr nicht schimpfen, sondern uns lieber versuchen einzuspannen, zwecks aktueller Bildung. So habt ihr aber wohl doch mehr Material über bundesweit-verstreute Aktionen der modernen anarchistischen Widerstandsbewegung!

Eine 50.000er Stadt, wie Kiel, hab ich von der Besichtigung noch nicht überschritten, alles nur Durchfahrten gewesen, trotzdem möcht ich als Anarchist nicht nur in diesen Breitengraden herumlaufen, sondern auch autonom in Aktion treten können. In unserer Zersplitterungsbewegung sollten wir uns doch nicht gegenseitig als Mythossuchende bezeichnen, sondern versuchen die analytisch moderne Anarchie der Menschlichkeit auch rauszutragen.

Ein Landanarchist, der die Zerstörung autonomer Zusammenhalte miterlebt. Hamburg-Hafenstraße-Räumungsangriffe, die der Verbindung zur Föderation im Raum RD-HH-FL tödlich schaden können. So'n Ärger!

T.G., Autonome Gruppe Rendsburg

Ein Plädoyer für Wladimir Fjodor!

Ich war etwas enttäuscht, daß Ihr meinen Beitrag nicht abgedruckt habt, fand es aber gut, daß Ihr im Editorial die Gründe dafür angegeben habt. Dazu folgende Anmerkungen:

Prinzipiell spricht wohl nichts dagegen, daß man für Sachen, die man für richtig hält, die man propagiert und die man vielleicht sogar versucht zu leben, auch mit seinem Namen einsteht. Aber ich denke es gibt von dieser Regel auch Ausnahmen.

Einen Grund nennt Ihr selber in der Ausgabe Nr. 13 des SF. Ab Seite 47 berichtet Ihr nämlich über Ausbildungsverbote für Anarchisten und Ihr teilt mit, daß schon alleine auf Grund von Artikeln im SF Euch diese Nachteile entstanden sind. Daß zu allen Zeiten von allen möglichen Menschen und natürlich erst recht von Anarchisten Pseudonyme und Kryptonyme benutzt wurden, braucht nicht weiter belegt zu werden. Über den berühmtesten Fall habt Ihr auch schon berichtet und zwar in der Nr. 4, wo auf mehreren Seiten die Persönlichkeit B. Traven vorgestellt wird. Er ist wohl das beste Beispiel dafür, daß die Identität nichts, bzw. nicht viel, zählt, dafür aber der Inhalt umso wichtiger ist.

Ich denke Ihr solltet es akzeptieren, wenn ein Autor in einer bestimmten Situation oder während eines Zeitabschnittes nicht mit seinem Namen zeichnet. Ich finde es gibt schon genug Märtyrer, es fehlt aber an Mäzenen! Ansonsten möchte ich Euch für Eure (!) Zeitung ein großes Lob aussprechen (Merci, SF)! Sie ist sehr ansprechend aufgemacht. Es handelt sich auf den Seiten nicht um reine Buchstabenwüsten sondern in der Regel wird auch ästhetischen Ansprüchen entsprochen. Dabei gefällt mir besonders, daß häufig Fotographien verwendet werden. Die Zeitschrift hat sich im Laufe der Zeit auch positiv verändert, was sich besonders in der viel angenehmer zu lesenden Schrift ausdrückt.

Inhaltlich haben die Artikel meist ein erstaunliches Niveau. Für meinen Geschmack könnten aber häufiger kürzere Artikel dazwischen sein, so in der Art von Reportagen. Also als Ergänzung zu langen abstrakten für mich manchmal wenig interessanten Artikeln. Vielleicht könntet Ihr den Gebrauchswert dadurch erhöhen, daß Ihr mehrere kurze Buchbesprechungen zufügt und auf Artikel verweist, die zu ähnlichen Themen schon erschienen sind.

Zur Kulturnummer (Nr. 18) fällt mir z.B. ein: *Unter dem Pflaster liegt der Strand* Nr.7, »Kunstspektakel, Anarchismus und politische Kunst heute: Fragen an Gerd Arntz« und *Schwarze Protokolle* Nr.6, »Die surrealistische Revolution, das Leben ändern. Die Welt verändern. Wieso eigentlich Surrealismus? Ein bemerkenswerter Vorläufer der antiautoritären Bewegung: DADA.«

Wladimir Fjodor, Hamburg

★ In der Zeitung **RadiAktiv** finden sich aktuelle Nachrichten und in einer speziellen Sondernummer ausführliches zum **Widerstand gegen die WAA Wackersdorf** und zu den Polizeiübergriffen in Haidhausen. Exemplare der Zeitung, in deren Redaktion auch Libertäre mitarbeiten, können gegen 20.-DM (5 Ausgaben) bestellt werden: NIGA, c/o Anita Aschenbrenner, Keßlerplatz 15, 8500 Nürnberg 20.

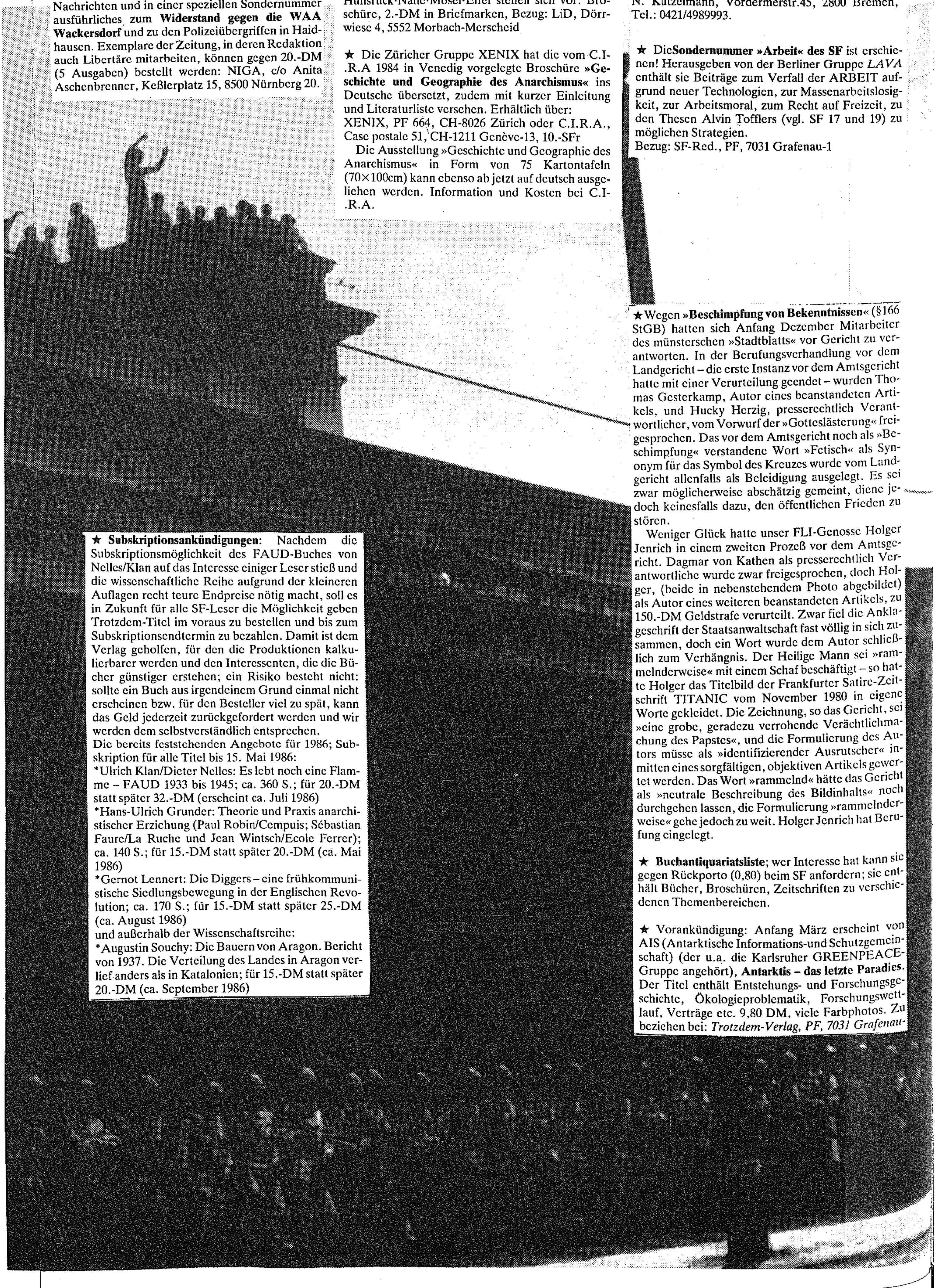
★ **Beginnen** – Alternativprojekte aus der Region Hunsrück·Nahe·Mosel·Eifel stellen sich vor. Broschüre, 2.-DM in Briefmarken, Bezug: LiD, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid

★ Die Züricher Gruppe XENIX hat die vom C.I.R.A 1984 in Venedig vorgelegte Broschüre **»Geschichte und Geographie des Anarchismus«** ins Deutsche übersetzt, zudem mit kurzer Einleitung und Literaturliste versehen. Erhältlich über: XENIX, PF 664, CH-8026 Zürich oder C.I.R.A., Case postale 51, CH-1211 Genève-13, 10.-SFr

Die Ausstellung »Geschichte und Geographie des Anarchismus« in Form von 75 Kartontafeln (70×100cm) kann ebenso ab jetzt auf deutsch ausgeliehen werden. Information und Kosten bei C.I.R.A.

★ »Suche alte **RADIKAL** Nr. 0–98; **SF** Nr. 0,1,2,5; N. Kutzelmann, Vordermerstr.45, 2800 Bremen, Tel.: 0421/4989993.

★ Die **Sondernummer »Arbeit« des SF** ist erschienen! Herausgeben von der Berliner Gruppe *LAVA* enthält sie Beiträge zum Verfall der ARBEIT aufgrund neuer Technologien, zur Massenarbeitslosigkeit, zur Arbeitsmoral, zum Recht auf Freizeit, zu den Thesen Alvin Tofflers (vgl. SF 17 und 19) zu möglichen Strategien.
Bezug: SF-Red., PF, 7031 Grafenau-1



★ **Subskriptionsankündigungen**: Nachdem die Subskriptionsmöglichkeit des FAUD-Buches von Nelles/Klan auf das Interesse einiger Leser stieß und die wissenschaftliche Reihe aufgrund der kleineren Auflagen recht teure Endpreise nötig macht, soll es in Zukunft für alle SF-Leser die Möglichkeit geben Trotzdem-Titel im voraus zu bestellen und bis zum Subskriptionsendtermin zu bezahlen. Damit ist dem Verlag geholfen, für den die Produktionen kalkulierbarer werden und den Interessenten, die die Bücher günstiger erstehen; ein Risiko besteht nicht: sollte ein Buch aus irgendeinem Grund einmal nicht erscheinen bzw. für den Besteller viel zu spät, kann das Geld jederzeit zurückgefordert werden und wir werden dem selbstverständlich entsprechen.
Die bereits feststehenden Angebote für 1986; Subskription für alle Titel bis 15. Mai 1986:
*Ulrich Klan/Dieter Nelles: Es lebt noch eine Flamme – FAUD 1933 bis 1945; ca. 360 S.; für 20.-DM statt später 32.-DM (erscheint ca. Juli 1986)
*Hans-Ulrich Grunder: Theorie und Praxis anarchistischer Erziehung (Paul Robin/Cempuis; Sébastian Faure/La Ruche und Jean Wintsch/Ecole Ferrer); ca. 140 S.; für 15.-DM statt später 20.-DM (ca. Mai 1986)
*Gernot Lennert: Die Diggers – eine frühkommunistische Siedlungsbewegung in der Englischen Revolution; ca. 170 S.; für 15.-DM statt später 25.-DM (ca. August 1986)
und außerhalb der Wissenschaftsreihe:
*Augustin Souchy: Die Bauern von Aragon. Bericht von 1937. Die Verteilung des Landes in Aragon verlief anders als in Katalonien; für 15.-DM statt später 20.-DM (ca. September 1986)

★ Wegen **»Beschimpfung von Bekenntnissen«** (§166 StGB) hatten sich Anfang Dezember Mitarbeiter des münsterschen »Stadtblatts« vor Gericht zu verantworten. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht – die erste Instanz vor dem Amtsgericht hatte mit einer Verurteilung geendet – wurden Thomas Gesterkamp, Autor eines beanstandeten Artikels, und Hucky Herzig, presserechtlich Verantwortlicher, vom Vorwurf der »Gotteslästerung« freigesprochen. Das vor dem Amtsgericht noch als »Beschimpfung« verstandene Wort »Fetisch« als Synonym für das Symbol des Kreuzes wurde vom Landgericht allenfalls als Beleidigung ausgelegt. Es sei zwar möglicherweise abschätzig gemeint, diene jedoch keinesfalls dazu, den öffentlichen Frieden zu stören.

Weniger Glück hatte unser FLI-Genosse Holger Jenrich in einem zweiten Prozeß vor dem Amtsgericht. Dagmar von Kathen als presserechtlich Verantwortliche wurde zwar freigesprochen, doch Holger, (beide in nebenstehendem Photo abgebildet) als Autor eines weiteren beanstandeten Artikels, zu 150.-DM Geldstrafe verurteilt. Zwar fiel die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft fast völlig in sich zusammen, doch ein Wort wurde dem Autor schließlich zum Verhängnis. Der Heilige Mann sei »rammelnderweise« mit einem Schaf beschäftigt – so hatte Holger das Titelbild der Frankfurter Satire-Zeitschrift TITANIC vom November 1980 in eigene Worte gekleidet. Die Zeichnung, so das Gericht, sei »eine grobe, geradezu verrohende Verächtlichmachung des Papstes«, und die Formulierung des Autors müsse als »identifizierender Ausrutscher« inmitten eines sorgfältigen, objektiven Artikels gewertet werden. Das Wort »rammelnd« hätte das Gericht als »neutrale Beschreibung des Bildinhalts« noch durchgehen lassen, die Formulierung »rammelnderweise« gehe jedoch zu weit. Holger Jenrich hat Berufung eingelegt.

★ **Buchantiquariatsliste**; wer Interesse hat kann sie gegen Rückporto (0,80) beim SF anfordern; sie enthält Bücher, Broschüren, Zeitschriften zu verschiedenen Themenbereichen.

★ Vorankündigung: Anfang März erscheint von AIS (Antarktische Informations-und Schutzgemeinschaft) (der u.a. die Karlsruher GREENPEACE-Gruppe angehört), **Antarktis – das letzte Paradies**. Der Titel enthält Entstehungs- und Forschungsgeschichte, Ökologieproblematik, Forschungswettlauf, Verträge etc. 9,80 DM, viele Farbphotos. Zu beziehen bei: *Trotzdem-Verlag, PF, 7031 Grafenau-*

★ALTE AUSGABEN DES SF:
Ab und zu hält sich hartnäckig das Gerücht, eine bestimmte Nummer des SF – etwa die Kulturnummer – sei vergriffen. Ursache geben linke Buchläden, die den SF nicht nachbestellen, wenn das abonnierte Kontingent ausverkauft ist. Fordert die Ladenmacher/innen deshalb auf, den SF nachzuordern; falls es aus welchen Gründen auch immer nicht gelingt, wendet euch direkt an uns; gültig ist in jedem Fall die unten wiedergegebene Liste: alle dort inhaltlich wiedergegebenen Nummern sind noch lieferbar. Um neueren Abonennten die Gelegenheit zu geben, ihre Sammlung zu vervollständigen und bei Bekannten und Interessierten zu einem günstigen Preis für den SF zu werben, machen wir folgendes Angebot: Für 4 alte Ausgaben schickt ihr uns 10 DM (Schein, Überweisung, Briefmarken). Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Ausgaben; zusätzlich haben wir eine mit Anmerkungen, Register, Vorwort, Rezension etc. kommentierte **»Nostalgie«-Auswahlnummer«** zusammengestellt, die ausgewählte Beiträge aus den Nummern O bis 12 enthält (vgl. Anzeige in dieser Nummer).

Einige wenige Restexemplare der Nummern 11 und 13 sind noch lieferbar – Ersatzbestellung angeben!

Nr.14: (64 Seiten)
★ Arbeit, Entropie, Apokalypse und 35-Stundenwoche ★ Geheimer NATO-Stützpunkt auf den Färörn ★ Cruise auf U-Boote - NATO-Pläne ★ Europawahlboykott ★ Antipädagogik contra Libertäre Pädagogik ★ Gesell-Diskussion ★ Das letzte Interview mit Augustin Souchy; + Filmbesprechung Die lange Hoffnung ★ Aufruf an Anarcha-Feministinnen ★ Kritik an den Ökolibertären u.v.a.m.

Nr.15: (64 Seiten)
★ Kulturnummer? ★ FLI-Treffen (Lutter) ★ Automatisierungsdebatte ★ Interview mit A. Gorz ★ Frau-Mann-Maschine ★ Hacker ★ Pädagogik-Diskussion ★ F. Ferrer ★ Anti-Kriegs-Museum, ein Interview ★ Europawahlnachschlag ★ Migros-Opposition ★ Projektemesse ★ Souchy: Mexiko ★ Reimers: Oskar Kanehl ★ Faschismus – Antifaschismus ★ S.Gesell-Diskussion ★ Omori ★ Libertäre Comics ★ Venedig Veranstaltungsplan ★ u.v.a.

Nr.16: (64 Seiten)
★ Venedig-Berichte (5 Teile) ★ Feminismus und Anarchismus (Vortrag aus Venedig) ★ 1984 = Die Ware (J. Clark-Vortrag aus Venedig) ★ Zur Wende ★ IWF-Kritik ★ Kolumbien/Selbstverwaltung ★ »Atommüllpriester« ★ Buko-Bericht ★ Oskar M. Graf ★ »Bakuninhütte« – Erinnerungen von Fritz Scherer ★ Nachruf auf Otto Reimers ★ Stowasser-Prozeß ★ u.v.a.



Nr.17: (64 Seiten)
★ A-Szene ★ Industrialismus-Kritik, Teil 1 (Ansatz von Alvin Toffler) ★ Sozialstaat oder Marktanarchie ★ Bookchins Natur- und Evolutionsverständnis ★ Menschenrechte ★ Chile-Widerstandstage ★ Puerto Rico Landbesetzungen ★ Angst des Bürgers vor dem Anarchismus (Casas Viejas) ★ »Nährbodenforschung« Neonazis ★ Spuren der Besiegten (Rez.) ★ Zeitschriftenschau ★ u.v.a.m.

Nr.18: (64 Seiten) (Kulturnummer)
★ Theater im Zeitalter totaler Medienwelt ★ Videofront ★ Kultur oder wat? ★ Wider die Vereinnahmung ★ Über Carl Einstein; mit seiner Rede über Durruti ★ Das andere Amerika (Filme) ★ Jean Vigo (Filmemacher) ★ Streit um den CNT-Nachlaß ★ Tschernyschewski: Verwertung von Politik und Kultur ★ Herrschaftskultur: Reise in irische Knäste ★ A-Szene (FLI, AFN, »Volksfront«), u.v.a.m.

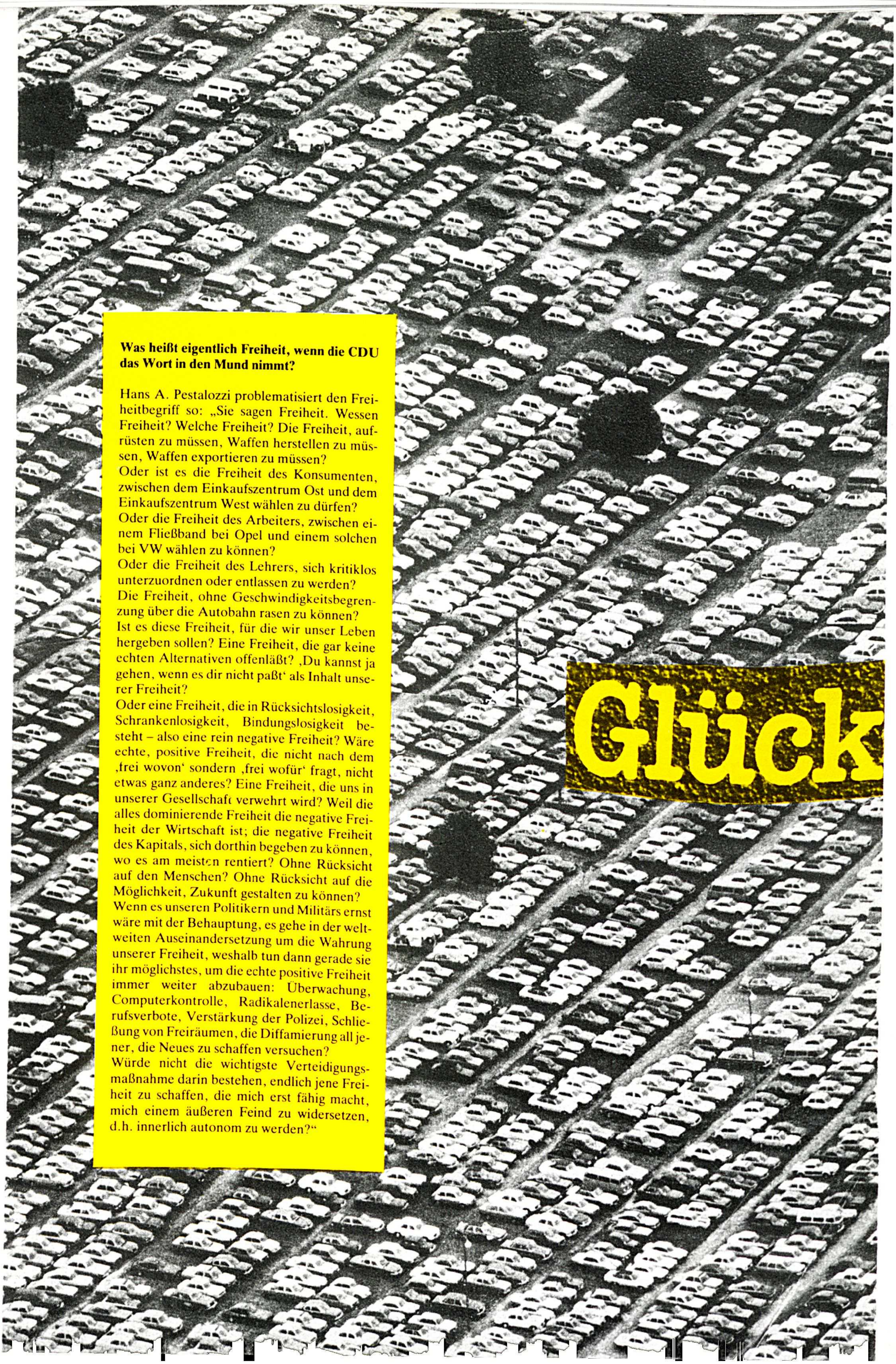
Nr.19: (64 Seiten)
★ Unruhen in Griechenland ★ Entstehungsgeschichte der PASOK ★ Raus aus der NATO? ★ Thesen für einen libertären Kommunalismus ★ Kritik der Toffler-Thesen ★ BTX ★ Reise in irische Knäste, Teil 2 ★ Einstellung der Zeitschrift »Anschläge« ★ Kritik der Subkultur (Punk und Ökobank) ★ Anarchismus und Mystik ★ Uracher Kommune 1919 ★ Frauen in der FAUD 1919–1933 ★ Anarchafeminismus ★ »Liebe und Anarchie« (Rezension) ★ Carl Einstein-Nachtrag, SF-Beschlagnahme, A-Szene, Kleinanzeigen, Kurzmeldungen etc.

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1

Zum Schluß – wie im Editorial versprochen – unsere guten Vorsätze für 1986: (ganz im taz-Klischee-Fieber)
bei 3000 Auflage: 4 Nummern + 1 Sondernummer pro Jahr, Erhöhung auf 68 Seiten Umfang, ein Essen für die Redakteure, ein Ausschnittdienst »Anarchismus«.
bei 4000 Auflage: Erhöhung der Seitenzahl auf 72, Ausschnittdienst »Soziale Bewegung/BI-Aktionen«, Honorar für Photos und Grafiken, Fahrtkosten für die Redakteure.
bei 5000 Auflage: zweimonatliches Erscheinen, 80 Seiten, Farbtitel, Zeilenhonorar für Autoren, Aktion: SF an die Kioske, vier *halbe* Stellen – damit Zeit für anderes bleibt.
Das eine oder andere – vgl. Farbtitel bei Nummer 18 – verwirklichen wir ab und zu mal probehalber um zu sehen, ob's gefällt.

★ *Der SF ist in den meisten größeren Städten in linken Buchläden, durch Wiederverkäufer etc. zu bekommen. Wir suchen jedoch* **noch Wiederverkäufer/innen** in Regionen wie dem Saarland, Ostfriesland, Sauerland, Schwarzwald, oder in mittelgroßen Städten wie z.B. Passau, Würzburg, Kaiserslautern, Pirmasens, Singen, Friedrichshafen, Kassel, Gießen, Wetzlar, Wuppertal, Herne, Recklinghausen, Essen, Soest, Salzgitter, Lübeck etc. Immer gesucht sind Leute, die den SF auch einmalig zu politischen Veranstaltungen, Demos, besetzten ›Freien Republiken‹ oder auch zu Konzerten mitnehmen wollen. Wir freuen uns, wenn es einige von euch versuchen.

Foto: Petra Gall



Was heißt eigentlich Freiheit, wenn die CDU das Wort in den Mund nimmt?

Hans A. Pestalozzi problematisiert den Freiheitbegriff so: „Sie sagen Freiheit. Wessen Freiheit? Welche Freiheit? Die Freiheit, aufrüsten zu müssen, Waffen herstellen zu müssen, Waffen exportieren zu müssen?
Oder ist es die Freiheit des Konsumenten, zwischen dem Einkaufszentrum Ost und dem Einkaufszentrum West wählen zu dürfen?
Oder die Freiheit des Arbeiters, zwischen einem Fließband bei Opel und einem solchen bei VW wählen zu können?
Oder die Freiheit des Lehrers, sich kritiklos unterzuordnen oder entlassen zu werden?
Die Freiheit, ohne Geschwindigkeitsbegrenzung über die Autobahn rasen zu können?
Ist es diese Freiheit, für die wir unser Leben hergeben sollen? Eine Freiheit, die gar keine echten Alternativen offenläßt? ‚Du kannst ja gehen, wenn es dir nicht paßt' als Inhalt unserer Freiheit?
Oder eine Freiheit, die in Rücksichtslosigkeit, Schrankenlosigkeit, Bindungslosigkeit besteht – also eine rein negative Freiheit? Wäre echte, positive Freiheit, die nicht nach dem ‚frei wovon' sondern ‚frei wofür' fragt, nicht etwas ganz anderes? Eine Freiheit, die uns in unserer Gesellschaft verwehrt wird? Weil die alles dominierende Freiheit die negative Freiheit der Wirtschaft ist; die negative Freiheit des Kapitals, sich dorthin begeben zu können, wo es am meisten rentiert? Ohne Rücksicht auf den Menschen? Ohne Rücksicht auf die Möglichkeit, Zukunft gestalten zu können?
Wenn es unseren Politikern und Militärs ernst wäre mit der Behauptung, es gehe in der weltweiten Auseinandersetzung um die Wahrung unserer Freiheit, weshalb tun dann gerade sie ihr möglichstes, um die echte positive Freiheit immer weiter abzubauen: Überwachung, Computerkontrolle, Radikalenerlasse, Berufsverbote, Verstärkung der Polizei, Schließung von Freiräumen, die Diffamierung all jener, die Neues zu schaffen versuchen?
Würde nicht die wichtigste Verteidigungsmaßnahme darin bestehen, endlich jene Freiheit zu schaffen, die mich erst fähig macht, mich einem äußeren Feind zu widersetzen, d.h. innerlich autonom zu werden?"